

Jonas von Bockel | Lennart Riebe | Laura Six (Hrsg.)

# Politik und Gesellschaft im Pferdestall



Beiträge zur Geschichte der  
Sozialwissenschaften an  
der Universität Hamburg



## Politik und Gesellschaft im Pferdestall



Jonas von Bockel | Lennart Riebe | Laura Six (Hrsg.)  
*unter Mitarbeit von Pia Christoph*

**Politik und Gesellschaft im Pferdestall**  
Beiträge zur Geschichte der Sozialwissenschaften  
an der Universität Hamburg

Budrich Academic Press  
Opladen, Berlin, Toronto 2026

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

Gedruckt auf FSC®-zertifiziertem Papier, CO2-kompensierte Produktion. Mehr Informationen unter <https://budrich.de/nachhaltigkeit/>. Printed in Europe.

© 2026 Dieses Werk ist bei der Budrich Academic Press GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0):

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung unter Angabe der UrheberInnen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.

Stauffenbergstr. 7 | D-51379 Leverkusen | [info@budrich.de](mailto:info@budrich.de)

[www.budrich-academic-press.de](http://www.budrich-academic-press.de)



Die Verwendung von Materialien Dritter in diesem Buch bedeutet nicht, dass diese ebenfalls der genannten Creative-Commons-Lizenz unterliegen. Steht das verwendete Material nicht unter der genannten Creative-Commons-Lizenz und ist die betreffende Handlung gesetzlich nicht gestattet, ist die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers für die Weiterverwendung einzuholen. In dem vorliegenden Werk verwendete Marken, Unternehmensnamen, allgemein beschreibende Bezeichnungen etc. dürfen nicht frei genutzt werden. Die Rechte des jeweiligen Rechteinhabers müssen beachtet werden, und die Nutzung unterliegt den Regeln des Markenrechts, auch ohne gesonderten Hinweis.

Dieses Buch steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (<https://doi.org/10.3224/96665061>). Eine kostenpflichtige Druckversion kann über den Verlag bezogen werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN 978-3-96665-061-8 (Paperback)

eISBN 978-3-96665-935-2 (PDF)

DOI 10.3224/96665061

Gestaltung & Satz: Isabel Kiefaber, Berlin

Druck: docupoint GmbH, Barleben



Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie der Freien und Hansestadt Hamburg im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern

# Inhaltsverzeichnis

- 7 Lennart Riebe, Jonas von Bockel & Laura Six  
Einleitung

## I. Beiträge

- 19 Lennart Riebe  
Von Sicherheitsventilen und Kriegsverhütungsformeln –  
Politik und Wissenschaft bei Eduard Heimann und  
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
- 47 Christopher Kirschner  
»Ehe die Spitzhacke ihre Arbeit beginnt« – Andreas  
Walther und seine »ausmerzende« Soziologie in der  
Notarbeit 51 der Notgemeinschaft der Deutschen  
Wissenschaft
- 73 Malte Kanefendt & David Weiß  
»The colonial past is very much a part of the present« –  
Walter Rodney in Hamburg
- 133 Laura Six  
Krieg und Gewalt in der Weltgesellschaft – Geschichte  
und Theorie der Hamburger Arbeitsgemeinschaft  
Kriegsursachenforschung (AKUF)
- 181 Pia Christoph  
»Vernetzen, verbünden, austauschen,  
zusammenschließen!« – Frauengruppen am  
Hamburger Institut für Politische Wissenschaft
- 233 Angaben zu den Autor\*innen

## II. Ausstellung

236 Politik und Gesellschaft im Pferdestall.  
Eine Ausstellung

### Gebäudegeschichte

240 Der Pferdestall der Firma Schlüter & Söhne  
244 Ein Gebäude als Spiegel der Zeit  
248 Vom Bornplatz zum Allende-Platz

### Nationalsozialismus

254 Die frühe Hamburger Soziologie  
260 Konservative Revolution & Politische Universität  
264 Der nationalsozialistische Universitätsalltag  
270 Vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik

### Fächergeschichte

274 Das Studium im Wandel der Zeit  
280 Seminare & Lehrinhalte  
286 Siegfried Landshut und die Politikwissenschaft  
292 Christa Hoffmann-Riem: Familiensoziologie  
wird praktisch  
296 Die umkämpften Gender und Queer Studies

### Studierendengeschichte

302 Feministische Initiativen & Gleichstellung  
308 Vom Pauken und Pamphleten – Streiks der  
Studierendenschaft  
  
314 Bildquellenverzeichnis

## Einleitung

*Lennart Riebe, Jonas von Bockel, Laura Six*

Wer an der Universität Hamburg ein Studium der Sozialwissenschaften aufnimmt, kommt um ihn nicht herum: der *Pferdestall*. Doch warum wird das Universitätsgebäude am Allende-Platz 1, in dem traditionellerweise der Fachbereich Sozialwissenschaften untergebracht ist, eigentlich so genannt? Was für Geschichten lassen sich noch über das Gebäude im Herzen des Grindelviertels und die in ihm beherbergten Wissenschaften erzählen? Wie haben sich Forschung und Lehre, Studium und Inhalte der Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg im Laufe der Zeit verändert? Und durch welche gesellschaftlichen und universitären Kontexte und Debatten wurden sie geprägt? Um zu einem besseren Verständnis für das eigene Fach und den eigenen Fachbereich zu gelangen, ist eine Auseinandersetzung mit diesen und weiteren Fragen unerlässlich.

Die Geschichte der Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg ist bisher jedoch nur in Ansätzen erschlossen. Ein Großteil der bestehenden Forschung konzentriert sich auf die Anfangs- und Entstehungsjahre insbesondere der beiden zentralen Disziplinen Soziologie und Politikwissenschaft.<sup>1</sup> Während eine erste Übersicht der Fakultäts- und Fachbereichsentwicklung – noch unter weitgehender Ausklammerung der Zeit des Nationalsozialismus – bereits anlässlich des 50-jährigen Universitätsjubiläums 1969 erschien,<sup>2</sup> setzte ab den 1980er Jahren eine verstärkte und zunehmend kritische Auseinandersetzung mit einzelnen Personen und Institutionen ein.<sup>3</sup> Vor allem die beiden Gründungsfiguren Andreas Walther (1878–1960), der 1926 auf den ersten Lehrstuhl für Soziologie berufen wurde, und Siegfried Landshut (1897–1968), welcher ab 1951 die erste Professur für die Politikwissenschaft innehatte, stießen dabei mit ihren äußerst gegensätzlichen Lebensläufen auf Interesse: Während Walther

---

1 Neben diesen beiden Disziplinen, auf die sich auch unser Sammelband weitestgehend beschränkt, gab und gibt es verschiedene »kleine Fächer«, die ebenfalls Teil der Geschichte der Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg sind. Während gegenwärtig nur noch die Journalistik und Kommunikationswissenschaft am Fachbereich angesiedelt sind, gehörten in der Vergangenheit auch die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und die Kriminologie dazu.

2 Jantke 1970.

3 Ein wichtiger Impuls hierfür ging unter anderem vom Forschungsprojekt »Hochschulalltag im »Dritten Reich« aus, das in mehreren Beiträgen auch die Rolle sozialwissenschaftlicher Fächer und Institutionen der Universität Hamburg im Nationalsozialismus aufarbeitet, vgl. Krause et al. 1991.

sich mit seiner Forschung bereits früh dem NS-Regime angedient hat,<sup>4</sup> wurde Landshut 1933 als Jude aus dem Universitätsleben ausgeschlossen, in die Emigration gezwungen und konnte erst nach Ende des Zweiten Weltkriegs wieder an die Universität Hamburg zurückkehren.<sup>5</sup> Jenseits der Erforschung ihrer personellen und institutionellen Anfänge muss jedoch, wie für die meisten Fächer der Universität Hamburg, auch für die Sozialwissenschaften konstatiert werden: »Je näher man der jüngeren oder jüngsten Fachgeschichte kommt, desto dünner wird die einschlägige Forschung.«<sup>6</sup>

Infolge des 100-jährigen Universitätsjubiläums 2019, das auch den ursprünglichen Anlass für unser Projekt und den vorliegenden Sammelband bildete, sind schließlich zwei richtungsweisende Publikationen erschienen, welche einerseits die multiplen Anfangs- und Gründungskontexte erneut beleuchten, andererseits aber auch zeitlich wie inhaltlich darüber hinausgehende Entwicklungslinien und Zusammenhänge in den Blick nehmen. So versammelt der dritte Band der monumentalen Reihe *100 Jahre Universität Hamburg. Studien zur Hamburger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte*, herausgegeben von Rainer Nicolaysen, Eckart Krause und Gunnar B. Zimmermann (2022), mehrere Beiträge, die sich in vertiefter Weise mit ganz unterschiedlichen Aspekten der Geschichte der Hamburger Sozialwissenschaften befassen – von den staatswissenschaftlichen Anfängen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und ihrer zunehmenden fachlich-institutionellen Ausdifferenzierung<sup>7</sup> über das Projekt einer politischen Wissenschaft und Hochschule unter nationalsozialistischem Vorzeichen<sup>8</sup>, den verschiedenen historischen Phasen und inhaltlichen Ausprägungen der Hamburger Soziologie im Laufe des 20. Jahrhunderts<sup>9</sup> bis zur Geschichte der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) und ihrer Überführung in den Fachbereich Sozialökonomie.<sup>10</sup> Der von Peter Niesen und David Weiß (2021) herausgegebene Sammelband *100 Jahre Politikwissenschaft in Hamburg. Bruchstücke zu einer Institutsgeschichte*, der ursprünglich auf ein Blogprojekt zurückgeht, zeichnet dagegen in zahlreichen kleineren Einzelbeiträgen ein »kooperatives Portrait«<sup>11</sup> der Hamburger Politikwissenschaft. Neben einzelnen Werken und Personen werden dafür auch die weiteren institutionellen Wurzeln, intellektuellen

---

4 Waßner 1986 u. Roth 1987.

5 Nicolaysen 1994 u. 1997.

6 Nicolaysen et al. 2022, S. 9.

7 Allgoewer/Schroeter 2022.

8 Asbach 2022.

9 Beregow et al. 2022.

10 Ralfs 2022.

11 Niesen/Weiß 2021, S. 13.

Einflüsse und gesellschaftlichen Kontexte politikwissenschaftlichen Denkens in Hamburg in den Blick genommen.

Vor dem Hintergrund dieser jüngeren Publikationen wird deutlich, dass die Geschichte der Sozialwissenschaften (nicht nur) an der Universität Hamburg einen vielfältigen und komplexen Untersuchungsgegenstand bildet, der sich nicht in der bloßen Darstellung offizieller Forschungs- und Lehrinhalte und institutioneller Strukturen erschöpft, sondern eine wesentlich umfassendere Sichtweise erfordert. Unser Sammelband knüpft an die Erkenntnisse dieser jüngeren Forschung an und will dadurch in doppelter Weise zu dem von Nicolaysen, Krause und Zimmermann entworfenen Forschungsprogramm einer »multiperspektivische[n] Universitätsgeschichte«<sup>12</sup> beitragen: *Erstens* widmen sich fünf Forschungsbeiträge in vertiefter und teils umfangreicher Weise speziellen Frage- und Problemstellungen, die zeitlich von den 1920er Jahren bis ins 21. Jahrhundert und inhaltlich von der Wissenschafts- bis zur Studierenden-geschichte reichen. *Zweitens* wird in diesem Band die Ausstellung *Politik und Gesellschaft im Pferdestall. Die Geschichte der Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg* abgedruckt, welche die Geschichte des Fachbereichs überblicksartig anhand zahlreicher Text- und Bildquellen erzählt und exemplarische Einblicke in fast hundert Jahre Studium, Lehre und Forschung sowie deren gesellschaftliche und räumliche Kontexte gibt. Auf diese Weise tragen Forschungsbeiträge und Ausstellung jeweils auf unterschiedlichen Ebenen zu einer möglichst umfassenden Geschichtsschreibung der Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg bei.

Der vorliegende Sammelband ist das Ergebnis eines mehrjährigen Arbeits- und Forschungszusammenhangs, der sich 2018 ursprünglich als ein studentisches Projekt gegründet hatte. Als Gruppe von Studierenden der Politikwissenschaft und Soziologie wollten wir das bevorstehende Universitätsjubiläum zum Anlass nehmen, um uns mit der Geschichte unseres Fachbereichs, der Studierendenschaft und dem Universitätsgebäude, in dem wir uns tagtäglich bewegt hatten, in kritischer Absicht auseinanderzusetzen. Zugleich war unsere Idee, durch ein selbstorganisiertes Forschungsprojekt den relativ starren und vorgegebenen Studienverlaufsplänen des Bachelor-/Master-Systems etwas entgegenzusetzen. Wir wollen damit an die potenziellen Freiräume erinnern, welche die Universität auch noch unter den Bedingungen einer zunehmend unternehmerischen und auf den zügigen Erwerb formaler Bildungsabschlüsse ausgerichteten Hochschullandschaft bieten kann. Verschiedene Faktoren,

---

12 Nicolaysen et al. 2020, S. 9.

wie der Wechsel von Studien- und Wohnorten, erfolgreiche (wenn auch nicht immer zügige) Studienabschlüsse, der Antritt von wissenschaftlichen oder anderen Stellen und die Langwierigkeit von Forschungs-, Begutachtungs- und Überarbeitungsprozessen führten jedoch dazu, dass sich der Abschluss des Projekts immer wieder hinauszögerte. Gerade der mittlerweile beträchtliche zeitliche Abstand zum ursprünglichen Projektanlass bietet uns jedoch die Gelegenheit, jenseits der üblichen Konjunkturen runder Geburtstage und offizieller Jubelfeiern etwas zur Erforschung der Universitätsgeschichte beizutragen.<sup>13</sup>

Den Ausgangspunkt unseres Projektes bildete ein zweisemigtriges Seminar im Wintersemester 2018/19 und Sommersemester 2019, das wir als Studierende selbstständig inhaltlich konzipiert und durchgeführt haben, wobei für einzelne Sitzungen auf fachliche Expertise von außen beispielsweise in Form von Methoden- oder Schreibworkshops zurückgegriffen wurde. Das Seminar war für alle Studierenden des Fachbereichs Sozialwissenschaften geöffnet und durch die Übernahme der formalen Schirmherrschaft durch Olaf Asbach wurde es den Teilnehmenden ermöglicht, im Rahmen des Seminars eine Prüfungsleistung abzulegen und Leistungspunkte zu erwerben. Nach einer allgemeinen Einführung in die Geschichte der Universität Hamburg und Grundlagen der Archivarbeit ging es zunächst darum, die verfügbaren und für unser Vorhaben relevanten Quellenbestände an den unterschiedlichen Orten und Archiven zu sichten. Hier ist in erster Linie die Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte zu nennen, die durch ihre umfangreiche Literatur- und Materialsammlung die entscheidende Arbeitsgrundlage für unser Projekt bereitstellte. Darüber hinaus konnten wir auf Quellenbestände im Universitäts- bzw. Staatsarchiv, dem Archiv des Zentrums GenderWissen, den Räumen des AStA und des Fachschafftsrat Sozialwissenschaften sowie des Studienbüros Sozialwissenschaften zugreifen.

Bereits von Beginn des Projekts an bestand der Plan, die Ergebnisse unserer Arbeit in einer öffentlichen Ausstellung, welche einen allgemeinen Überblick über das Thema gibt, und einem fachwissenschaftlichen Sammelband, in dem einzelne Aspekte vertieft behandelt werden, zu präsentieren. Um in das weitgefächerte historische Material eine Struktur zu bringen, wurden für die Ausstellung zunächst mehrere Themenschwerpunkte identifiziert, die einerseits die verschiedenen Perspektiven und Interessen unserer Gruppe widerspiegeln, andererseits den grundsätzlichen Projektanspruch

---

13 Zum Verhältnis von Universitätsgeschichte und Jubiläen vgl. Nicolay-  
sen et al. 2020, S. 9ff.

verdeutlichen: Nicht nur Einblicke in die historische Entwicklung der jeweiligen Forschungs- und Lehrinhalte zu geben, sondern auch die weiteren gesellschaftlichen und räumlichen Kontexte zu thematisieren, in welche die Produktion und Vermittlung sozialwissenschaftlichen Wissens notwendigerweise eingebettet sind. Das komplexe und sich stets wandelnde Verhältnis von Wissenschaft, Universität, Politik und (Stadt-)Gesellschaft wird in der Ausstellung deshalb aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Dadurch lassen sich etwa an der Bau- und Nutzungsgeschichte des Institutsgebäudes am Allende-Platz 1 und seiner Lage im historischen Grindelviertel, an der Rolle von Universität und Sozialwissenschaft im Nationalsozialismus, an den Lebensläufen zweier ausgewählter Hamburger Sozialwissenschaftler\*innen und an den Kämpfen um studentische Freiräume und feministischer Kritik an patriarchal geprägten Gremienstrukturen auch die gesellschaftlichen Umbrüche des vergangenen Jahrhunderts anschaulich nachvollziehen.

Nach der inhaltlichen Ausarbeitung der Ausstellung in Kleingruppen konnten die insgesamt 15 Ausstellungstapeten schließlich im Dezember 2020 im pandemiebedingt leeren *Pferdestall* angebracht werden. Über drei Stockwerke im Gebäude verteilt, wurden die Ergebnisse unseres Projekts auf diese Weise für die interessierte (Universitäts-)Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zur Pandemie, welche die Nutzung des *Pferdestalls* für das Universitätspublikum bereits stark einschränkte, kam ab Juni 2022 jedoch die bis heute andauernde und aufgrund unsicherer Finanzierung stetig verzögerte Sanierung des Gebäudes. Während ein Großteil der wissenschaftlichen und administrativen Arbeitsplätze auf unterschiedliche Standorte am Campus verteilt werden musste, waren die Seminarräume und auch der studentische Freiraum, die *T-Stube*, zunächst gar nicht mehr nutzbar. Auch ein Großteil der Ausstellungstapeten wurde im Zuge der begonnenen Sanierungsarbeiten beseitigt, sodass die Ausstellung derzeit nur noch fragmentarisch erhalten ist. Auch wenn durch die Teilsanierung des 1. Stocks erfreulicherweise seit dem Sommersemester 2024 zumindest wieder Lehrveranstaltungen im *Pferdestall* stattfinden können, bleibt die Zukunft des Gebäudes, das seit den 1960er Jahren die Sozialwissenschaften beherbergt, bis auf Weiteres relativ ungewiss. Insofern hat der ursprünglich eher deskriptiv gemeinte Titel von Ausstellung und Sammelband – *Politik und Gesellschaft im Pferdestall* – unter den gegenwärtigen Bedingungen vorerst leider auch eine erinnernde Bedeutung bekommen.

Während unserer gemeinsamen Recherchen und Diskussionen kristallisierten sich einzelne bisher nicht oder kaum erschlossene thematische Aspekte und Fragestellungen heraus, die nicht im Rah-

men der Ausstellung bearbeitet werden konnten und daher eine vertiefte Untersuchung in Einzelstudien erforderlich machten. Diese Studien bilden den fachwissenschaftlichen Kern des vorliegenden Sammelbandes. Zur wissenschaftlichen Qualitätssicherung wurden die Beiträge einem anonymisierten Begutachtungsprozess durch jeweils zwei externe Gutachter\*innen unterzogen.

Der Sammelband gliedert sich in zwei Teile: Der erste Teil umfasst die einzelnen Beiträge in chronologischer Reihenfolge der jeweils behandelten Themen und Entwicklungen. Im zweiten Teil wird die Ausstellung in Buchform präsentiert.

Im ersten Aufsatz des Bandes widmet sich *Lennart Riebe* dem Rechtswissenschaftler Albrecht Mendelssohn Bartholdy (1874–1936) und dem Sozialökonom Eduard Heimann (1889–1967), die beide während der Weimarer Republik an der Universität Hamburg gewirkt haben, und fragt nach dem Verhältnis von Politik und Wissenschaft in ihren jeweiligen Werken. Die beiden Wissenschaftler, die 1933 als Juden aus dem universitären Leben ausgeschlossen wurden, haben aus jeweils ganz unterschiedlichen disziplinären und normativen Perspektiven gearbeitet. Riebe zeigt in seiner Rekonstruktion, wie ihre Werke als Beispiele für die mitunter verschlungene Geschichte politikwissenschaftlichen Denkens zwischen der disziplinären Ausdifferenzierung der ›politischen Wissenschaften‹ im 19. Jahrhundert und der Institutionalisierung des Universitätsfachs Politikwissenschaft nach 1945 gelten können.

*Christopher Kirschner* beschäftigt sich in seinem Beitrag mit Andreas Walther, der ab 1927 den ersten Hamburger Lehrstuhl für Soziologie innehatte. Im Fokus der Untersuchung steht Walthers zwischen 1934 und 1935 entstandene stadtsoziologische Forschungsarbeit *Notarbeit 51*, die, wie Kirschner verdeutlicht, darauf zielte, mit den Mitteln der jungen, sich noch professionalisierenden Soziologie an der nationalsozialistischen Konstruktion einer deutschen ›Volksgemeinschaft‹ mitzuwirken. Durch die geographische und soziale Vermessung des Hamburger Stadtgebiets identifizierte Walther Ballungsgebiete mit vorwiegend vermeintlich ›gemeinschaftschädlichen‹ Bewohner\*innen, um auf dieser Grundlage im Sinne einer ›ausmerzenden‹ Soziologie Pläne für deren Umsiedlung oder Vernichtung entwerfen zu können. Dadurch rückt Kirschner zugleich in den Blick, dass sich ab 1933 viele Vertreter institutionalisierter Wissenschaften nicht einfach der NS-Ideologie fügten, sondern diese in vielfältiger Weise wesentlich mit formierten und ausgestalteten.

*Malte Kanefendt* und *David Weiß* folgen den Spuren des antikolonialen Theoretikers und Aktivisten Walter Rodney (1942–1980), der 1978 für einen Gastaufenthalt an die Universität Hamburg kam und

dort eine Vorlesungsreihe zur Geschichte und Theorie des (post-)kolonialen Afrikas hielt. Vor dem Hintergrund von dessen politischer und intellektueller Biografie, die Stationen in der Karibik sowie in Afrika, Nordamerika und Europa umfasst, arbeiten Kanefendt und Weiß die historischen Umstände auf, die zu Rodney's Besuch in der Hansestadt geführt haben. Auf der Grundlage von Gesprächen mit Zeitzeug\*innen rekonstruieren die beiden Autoren Rodney's Wirken in Hamburg zwischen Wohngemeinschaft und Hörsaal sowie die politischen und wissenschaftlichen Aktivitäten, die nach seiner Ermordung im Gedenken an ihn in Hamburg fortgeführt wurden.

*Laura Six* geht der Theorie und Geschichte der *Hamburger Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung* (AKUF) nach. Als eine der wenigen langfristig etablierten Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland verband die AKUF ab 1979 ihre Lehr- und Forschungstätigkeit zu einem statusgruppenübergreifenden Projekt der systematischen Beobachtung und Erhebung des weltweiten Kriegsgeschehens nach 1945. Ausgehend von einer Darstellung dieser empirisch-systematischen Arbeiten an einer ›Kriegedatenbank‹ rekonstruiert Six entlang von historischen Umbrüchen in Gesellschaft und internationalem System die Entwicklung des AKUF-Ansatzes, mit dem Kriege als Produkt kapitalistischer Vergesellschaftungsprozesse erklärt werden.

Im abschließenden Beitrag zeichnet *Pia Christoph* die Entstehung, Entwicklung und Aktivitäten feministischer und frauenpolitischer Initiativen am Institut für Politische Wissenschaft nach. Im Mittelpunkt stehen das Selbstverständnis, die Zielsetzungen und das Engagement von sechs studentischen Frauengruppen, die zwischen 1977 und 2002 am Fachbereich aktiv waren. Auf Grundlage einer enormen Fülle an gesichtetem und analysiertem Quellenmaterial beleuchtet Christoph die zentralen institutionellen und gesellschaftspolitischen Handlungsfelder der Gruppen, darunter den Einsatz für Frauenlehraufträge, ihr Wirken in universitären Gremien, die Organisation autonomer Seminare, ihre (überregionale) Vernetzung sowie eigenständige Publikationen wie die *Fällt-Studie*.

## Danksagung

Unser Projekt wäre ohne die tatkräftige und teils langjährige Unterstützung einer Vielzahl an Personen und Institutionen nicht möglich gewesen.

An erster Stelle sind die Mitarbeiter\*innen der Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte Rainer Nicolaysen, Eckart Krause, Gunnar B. Zimmermann und Johanna Blautzik zu nennen, deren inhaltliche Be-

ratung und Bereitstellung von Quellen- und Bildmaterial für die Konzipierung und Durchführung des Projekts von unschätzbarem Wert waren. Daneben danken wir den Mitarbeiter\*innen des Universitätsarchivs, des Zentrums GenderWissen und des Studienbüros Sozialwissenschaften sowie dem Fachschafftsrat Sozialwissenschaften für die Unterstützung bei unseren Rechercharbeiten.

In organisatorischer und finanzieller Hinsicht wurde das Projekt erst durch die Förderung seitens verschiedener Stellen der Universität Hamburg ermöglicht. Die erstmalige Förderung erfolgte durch den Jubiläumsfonds der Stabsstelle Universitätsjubiläum, wofür wir uns insbesondere bei Claudine Hartau bedanken möchten. Darüber hinaus konnten wir auf Mittel der Exzellenzstrategie zur Förderung studentischer Forschungsgruppen, der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie des Fachbereichs Sozialwissenschaften zurückgreifen. In diesem Zusammenhang wollen wir uns sehr herzlich bei Antje Newig, Annette Pauls und Stephan Michel, Corinna Lollert sowie Cord Jakobeit, Peter Niesen und Kai-Uwe Schnapp bedanken. Für die Übernahme der formalen Schirmherrschaft unseres selbstorganisierten Seminars danken wir Olaf Asbach.

Bei der Erarbeitung des Projekts haben wir auf vielfältige Art und Weise Hilfe und Unterstützung erfahren. Hier muss in besonderer Weise Pia Christoph hervorgehoben werden, die von Beginn an eine tragende Rolle übernommen hat und deren Mitarbeit wesentlich zum erfolgreichen Abschluss des Projekts beigetragen hat. Auch unserer Grafikerin Isabel Kiefaber gilt ein besonderer Dank nicht nur für die hervorragende grafische Gestaltung von Ausstellung und Sammelband, sondern auch für die Ausdauer und Geduld, mit der sie unserem Projekt über mehrere Jahre hinweg die Treue gehalten hat. Daneben danken wir Fridrun Freise, Wolfgang Hoffmann-Riem, Marianne Pieper, Thorsten Logge, Urs Stäheli, Gerhard Riemann, Luise Heinz sowie allen Gutachter\*innen. Schließlich danken wir Philip Bergstermann und Magdalena Lautenschlager vom Budrich Verlag für die professionelle Begleitung des Projekts.

## Bibliografie

- Allgoewer, Elisabeth/Schroeter, Felix (2022): Von der Staatswissenschaft zur Volkswirtschaftslehre. Die Anfänge der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Hamburger Universität. In: Nicolaysen, Rainer/Krause, Eckart/Zimmermann, Gunnar B. (Hrsg.): 100 Jahre Universität Hamburg. Studien zur Hamburger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in vier Bänden. Band 3: Erziehungswissenschaft, Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 159–235.
- Asbach, Olaf (2022): Politik, Wissenschaft und Politische Wissenschaft in Hamburg in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Nicolaysen, Rainer/Krause, Eckart/Zimmermann, Gunnar B. (Hrsg.): 100 Jahre Universität Hamburg. Studien zur Hamburger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in vier Bänden. Band 3: Erziehungswissenschaft, Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 236–271.
- Jantke, Carl (1970): Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät. In: Universität Hamburg 1919–1969. Festschrift zum 50. Gründungstag der Universität Hamburg. Hamburg: Selbstverlag der Universität Hamburg, S. 137–163.
- Beregow, Elena/Heinz, Luise/Stäheli, Urs (2022): Zur Geschichte der Hamburger Soziologie. Nationalsozialismus, Sozialtechnokratie und kritische Sozialforschung. In: Nicolaysen, Rainer/Krause, Eckart/Zimmermann, Gunnar B. (Hrsg.): 100 Jahre Universität Hamburg. Studien zur Hamburger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in vier Bänden. Band 3: Erziehungswissenschaft, Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 272–300.
- Krause, Eckart/Huber, Ludwig/Fischer, Holger (Hrsg.) (1991): Hochschulalltag im ‚Dritten Reich‘. Die Hamburger Universität 1933–1945. 3 Bände. Berlin/Hamburg: Reimer.
- Nicolaysen, Rainer (1994): Siegfried Landshut 1897–1968. In: Krois, John Michael/Lohse, Gerhard/Nicolaysen, Rainer: Die Wissenschaftler Ernst Cassirer, Bruno Snell, Siegfried Landshut. Hamburgische Lebensbilder, Band 8. Hamburg: Verlag Verein für Hamburgische Geschichte, S. 75–115.
- Nicolaysen, Rainer (1997): Siegfried Landshut: die Wiederentdeckung der Politik. Eine Biographie. Frankfurt: Jüdischer Verlag.
- Nicolaysen, Rainer/Krause, Eckart/Zimmermann, Gunnar B. (2020): Einleitung. In: dies. (Hrsg.): 100 Jahre Universität Hamburg. Studien zur Hamburger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in vier Bänden. Band 1: Allgemeine Aspekte und Entwicklungen. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 9–30.
- Nicolaysen, Rainer/Krause, Eckart/Zimmermann, Gunnar B. (2022): Einleitung. In: dies. (Hrsg.): 100 Jahre Universität Hamburg. Studien zur Hamburger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in vier Bänden. Band 3: Erziehungswissenschaft, Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 7–18.
- Niesen, Peter/Weiß, David (2021): Von den politischen Wissenschaften zur Politikwissenschaft. Ein kooperatives Portrait. In: dies. (Hrsg.): 100 Jahre Politikwissenschaft in Hamburg. Bruchstücke zu einer Institutsgeschichte. Bielefeld: transcript, S. 13–25.
- Ralfs, Ulla (2022): Zum Erfolg und zum Scheitern verurteilt. Die Hochschule für Wirtschaft und Politik auf ihrer langen Wegstrecke zum Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg. In: Nicolaysen, Rainer/Krause, Eckart/Zimmermann, Gunnar B. (Hrsg.): 100 Jahre Universität Hamburg. Studien zur Hamburger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in vier Bänden. Band 3: Erziehungswissenschaft, Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 301–360.
- Roth, Karl Heinz (1987): Städtesanierung und »ausmerzende« Soziologie. Der Fall Andreas Walther und die »Notarbeit 51« der »Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft« 1934–1935 in Hamburg. In: Herrmann, Michael/Lenger, Hans-Joachim/Reemtsma, Jan Philipp/Roth, Karl Heinz (Hrsg.): »Hafenstraße«. Chronik und Analysen eines Konflikts. Hamburg: Verlag am Galgenberg, S. 39–59.
- Waßner, Rainer (1986): Andreas Walther und das Seminar für Soziologie in Hamburg zwischen 1926 und 1945. Ein wissenschaftsbiographischer Umriss. In: Papcke, Sven (Hrsg.): Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 386–420.



# I. Beiträge





# Von Sicherheitsventilen und Kriegsverhütungsformeln Politik und Wissenschaft bei Eduard Heimann und Albrecht Mendelssohn Bartholdy

*Lennart Riebe*

## 1. Einleitung

Entgegen ihrem Gründungsmythos existiert eine deutsche Politikwissenschaft nicht erst seit ihrer Institutionalisierung als Universitätsfach, das nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit dem Ziel einer Demokratisierung der deutschen Gesellschaft eingerichtet wurde, sondern hat eine wesentlich komplexere und länger zurückreichende Geschichte.<sup>1</sup> Insbesondere die Zeit der Weimarer Republik ist in diesem Zusammenhang von besonderem Interesse. Denn spätestens ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die wissenschaftliche Beschäftigung mit politischen Fragen und Problemen aufgrund des endgültigen Zerfalls der traditionellen Lehre von der Politik zunächst von einer »institutionellen Nichtexistenz«<sup>2</sup> gekennzeichnet. Die Grundlagen, Institutionen und Prozesse des Politischen wurden vielmehr fächerübergreifend innerhalb der verschiedenen positiven Einzeldisziplinen der Staats-, Geschichts-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften thematisiert, die eine Vielzahl an »politischen Wissenschaften« bildeten.<sup>3</sup>

Mit der Gründung der Weimarer Republik und den damit verbundenen intellektuellen Krisen und Neuorientierungen setzte jedoch eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Rolle von Staat und Politik in der modernen, demokratisch verfassten Gesellschaft sowie insbesondere den spezifischen Bedingungen ihrer wissenschaftlichen Erkenntnis ein. In Berlin und Hamburg entstanden mit der *Deutschen Hochschule für Politik* und dem *Institut für Auswärtige Politik* die ersten Lehr- und Forschungsinstitutionen, die sich (wieder) als Teil einer neuen, eigenständigen Wissenschaft von der Politik im Singular verstanden.<sup>4</sup>

Innerhalb der Geschichte des politikwissenschaftlichen Denkens bildet die Weimarer Republik also eine entscheidende Umbruchs-

1 Zur Gründung des Universitätsfaches vgl. Bleek 2001, Kap. 8; Paulus 2010, S. 209–234; für eine Übersicht über die (Vor-)Geschichte vgl. Bleek 2001, Kap. 2–7; Münkler/Krause 2003, S. 13–36.

2 Bleek 1996, S. 22; vgl. Göhler 1991, S. 8.

3 Vgl. Fijalkowski 1996, S. 307–311.

4 Vgl. Bleek 2001, S. 198–228; Nickel 2004.

phase, in der etablierte Gewissheiten und herkömmliche Ansätze durch neuere Methoden und Selbstverständnisse kritisiert und herausgefordert wurden, sich aber auch in vielfältiger Weise mit ihnen überschritten und verbanden: Neben klassische staatsrechtliche Ordnungslehren traten soziologisch geprägte Sichtweisen auf politische Akteure, gegenüber historistischen Einzelfalldarstellungen richtete sich der Blick stärker auf die Gegenwart und verband sich mit dem Anspruch auf die Formulierung verallgemeinerbarer Theorien und Gesetzmäßigkeiten, und infolge des von Max Weber ausgelösten Werturteilsstreits wurde das Verhältnis von sozialwissenschaftlicher Erkenntnis und politisch-normativen Wertungen zunehmend problematisiert.<sup>5</sup>

Auch an der 1919 gegründeten Universität Hamburg wurde bereits vor der Einrichtung des ersten offiziellen Lehrstuhls für eine ›Wissenschaft von der Politik‹ 1951 in unterschiedlichen Kontexten zu politischen Themen wissenschaftlich geforscht.<sup>6</sup> Anhand zweier Hamburger Wissenschaftler wirft der vorliegende Beitrag einen exemplarischen Blick auf die wissenschaftliche Bearbeitung politischer Fragen und Probleme vor der (Neu-)Gründung des heutigen Universitätsfachs. Damit soll zu einer Geschichtsschreibung politikwissenschaftlichen Denkens und Forschens beigetragen werden, die sich nicht auf ein quasi-teleologisches Aufspüren von institutionellen Vorläufern einer modernen Politikwissenschaft beschränkt, sondern den komplexen Bruch- und Kontinuitätslinien Rechnung trägt, die zwischen den disziplinären Ausdifferenzierungen seit dem 19. Jahrhundert und der gegenwärtigen Gestalt des Fachs verlaufen.<sup>7</sup>

Albrecht Mendelssohn Bartholdy (1874–1936), welcher ab 1920 eine Professur für Zivilrecht, Auslandsrecht und Rechtsvergleichung innehatte und ab 1922 der Leiter des erwähnten *Instituts für Auswärtige Politik* war, und Eduard Heimann (1889–1967), der 1925 auf den Lehrstuhl für Theoretische und Praktische Sozialökonomie berufen wurde, bieten sich aus mehreren Gründen für ein solches Vorhaben an.<sup>8</sup> Als historisch arbeitender Rechtswissenschaftler und als soziologisch geschulter Nationalökonom repräsentieren Mendelssohn Bartholdy und Heimann vier der zentralen Nachbardisziplinen, welche die Integrationsdisziplin Politikwissenschaft später wieder

---

5 Vgl. Behrmann 1998, S. 457ff.

6 Vgl. insbesondere die Beiträge in Nicolaysen et al. 2022; Niesen/Weiß 2022.

7 Zur Problematik einer linearen fachgeschichtlichen ›Fortschrittserzählung‹ der Sozialwissenschaften im Allgemeinen sowie der Politikwissenschaft im Besonderen vgl. Tenbrück 1994; Gangl 2008.

8 Für die Hintergründe der jeweiligen Berufungen vgl. Allgoewer/Schroeter 2022, S. 190ff. sowie Bachmann 2022, S. 395ff., 437ff.

zu vereinigen suchte.<sup>9</sup> Beide waren innerhalb ihres jeweiligen Fachs und darüber hinaus einflussreiche Stimmen, die durch ihre Arbeiten die wissenschaftlichen und öffentlichen Debatten der Weimarer Republik maßgeblich beeinflussten, jedoch nach deren Untergang relativ schnell in Vergessenheit gerieten.<sup>10</sup>

Heimann und Mendelssohn Bartholdy gehörten der demokratisch gesinnten Minderheit in der deutschen und hamburgischen Professorenschaft an. An ihren sehr unterschiedlich gelagerten Werken lassen sich daher Einblicke gewinnen in politikwissenschaftliche Problemstellungen und Lösungsansätze, die sich bereits in der Weimarer Republik demokratischen Normen verpflichtet sahen. Zudem besteht eine biografische Verbindungslinie zwischen Heimann und Mendelssohn Bartholdy und dem ersten Inhaber eines politikwissenschaftlichen Lehrstuhls in Hamburg, Siegfried Landshut, der zu Beginn seiner Karriere bei beiden zeitweilig als Assistent angestellt war und mit ihnen zusammengearbeitet hat.<sup>11</sup> Wie Landshut wurden jedoch auch seine beiden Vorgesetzten 1933 im Zuge der nationalsozialistischen Selbstgleichschaltung der Hamburger Universität als Juden verfolgt, aus dem universitären Leben ausgeschlossen und schließlich in die Emigration gezwungen.

Die Rekonstruktion der untersuchten Ansätze erfolgt jeweils anhand des mitgeführten Politikbegriffs, des zugrundeliegenden Wissenschaftsverständnisses und der inhaltlich-thematischen Schwerpunkte. Heimann und Bartholdy bilden ihre politikwissenschaftlichen Perspektiven im Zusammenhang mit spezifischen Krisenerfahrungen und -diskursen aus, die deshalb jeweils vor der Rekonstruktion ihrer Ansätze kurz umrissen werden.

## 2. Eduard Heimann: Sozialpolitik als Sicherheitsventil des Kapitalismus

Die grundlegende Neuordnung der Kräfteverhältnisse innerhalb der deutschen Gesellschaft zugunsten von Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie führte nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zunächst zu weitreichenden Debatten über eine Vergesellschaftung industrieller Schlüsselsektoren. Eduard Heimann beteiligte sich an diesen Debatten durch erste wissenschaftliche Arbeiten zu Gemein-

---

9 Zum einflussreichen Verständnis der neubegründeten Politikwissenschaft als Integrationsdisziplin vgl. Fraenkel 1967; Bergstraesser 1966; vgl. ferner Bleek 2001, S. 300ff.

10 Vgl. zu Heimann: Krohn 1981, S. 64–72; Kaufmann 2003, S. 113ff.; Rieter 2011; zu Mendelssohn Bartholdy: Nicolaysen 2011; Dathe 2019; Bauer 2024.

11 Nicolaysen 1997, S. 80ff., 90ff. Zum Leben und Werk von Siegfried Landshut siehe auch die Ausstellungstafeln auf S. 286–291.

wirtschaftskonzepten, aber auch praktisch-politisch als (General-) Sekretär der ersten und zweiten Sozialisierungskommission, welche zwischen 1918 und 1923 zur Klärung der Sozialisierungsfrage eingesetzt wurden, deren Vorschläge jedoch weitgehend folgenlos blieben.<sup>12</sup> Stattdessen setzte die sozialdemokratische Regierung zur Bewältigung der sozioökonomischen Krisen und Kriegsfolgen auf einen umfangreichen Ausbau der sozialen Sicherungssysteme sowie eine Ausweitung des Arbeits- und Betriebsrechts. Doch die rasant ansteigenden Staatsausgaben und die kämpferische Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften führten dazu, dass der Sozialstaat im Verlauf der Weimarer Republik zunehmend zum Gegenstand heftiger Kritik seitens liberaler und konservativer Kräfte wurde. Angesichts der fortschreitenden gesellschaftlichen Polarisierung geriet das Feld der Sozialpolitik auf diese Weise zu einem zentralen Schauplatz politisch-ideologischer Konflikte, was entscheidend zur »wachsende[n] Destabilisierung der Weimarer Republik«<sup>13</sup> beitrug.

Auch in den wissenschaftlichen Diskursen der Nationalökonomie und der entstehenden Soziologie, in denen spätestens seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts Fragen der Analyse und Begründung sozialpolitischer Maßnahmen und Programme im Zentrum des Interesses standen, verschärfte sich die zunehmende Pluralisierung der politischen und normativen Orientierungen wie der theoretischen Perspektiven in der Weimarer Republik zu einer allgemein empfundenen »Krise der Sozialpolitik«<sup>14</sup>. Während im Kaiserreich die »Kathedersozialisten« der Historischen Schule noch wie selbstverständlich von der Sozialpolitik als Gegenstand einer »ethischen Wissenschaft« sprechen konnten, welche den über allen Parteien stehenden Obrigkeitsstaat zum natürlichen Adressaten hatte, waren die Voraussetzungen hierfür spätestens mit dem Zusammenbruch der alten Ordnung brüchig geworden. Neben dem Vordringen neoklassisch-liberaler Wirtschaftstheorie, die gegenüber staatlichen Eingriffen die Gesetze des freien Marktes in Stellung brachte, gewannen auch Ansätze an Bedeutung, die den Begriff der Sozialpolitik auf eine klassen- und gesellschaftstheoretische Grundlage zu stellen suchten.<sup>15</sup> Eduard Heimanns Frühwerk lässt sich in diesem Debattenzusammenhang, der um eine (Neu-)Begründung der »Sozialpolitik als eigenständige[r] wissenschaftliche[r] Disziplin«<sup>16</sup> kreiste, verorten und stellt darüber hinaus einen der zahlreichen zeitgenössischen

---

12 Vgl. Rieter 2011, S. 230.

13 Krohn 1981, S. 28.

14 Kaufmann 2003, S. 79ff.

15 Vgl. ebd., S. 105–113.

16 Kaufmann 2003, S. 106.

Versuche dar, einen ›Dritten Weg‹ jenseits von kapitalistischer Markt- und sozialistischer Planwirtschaft zu skizzieren.<sup>17</sup>

## 2.1 Vom Liberalismus zum Sozialismus

Den historischen und normativen Ausgangspunkt von Heimanns Theorie der Sozialpolitik bildet der Liberalismus, dessen Entstehung er am Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert verortet und als eine der »großen Befreiungstaten, die am Ursprung der modernen Welt stehen«<sup>18</sup>, charakterisiert. Ausgehend vom freien und vernunftbegabten Individuum, das Eigentümer seiner Arbeitskraft ist, werde in der liberalen Lehre erstmals die Möglichkeit einer vernünftig eingerichteten Gesellschaftsordnung entworfen, in der die Prinzipien individueller Freiheit und universeller Gemeinschaft sich wechselseitig bedingen und stabilisieren würden. In der Sphäre der Ökonomie führe das freie Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Markt zur Verwirklichung des Gemeinwohls, das sich in der Sphäre der Politik in analoger Weise durch den freien, demokratischen Wettbewerb zwischen konkurrierenden Weltanschauungen realisiere. Eine doppelte Gesetzesherrschaft aus freiem Markt und bürgerlichem Recht bildet nach Heimann deshalb die Voraussetzung für das frühliberale Ideal einer »kleinbetriebliche[n] Demokratie«<sup>19</sup>, in der Arbeit und Eigentum vereinigt in der Hand des einzelnen Bürgers liegen und dadurch seine soziale Freiheit gewährleisten.

Doch statt eine Gesellschaft aus freien und gleichen Kleineigentümern hervorzubringen, sei die historische Befreiung der Arbeiter aus der ständisch-feudalen Abhängigkeit in eine neue Form der Herrschaft umgeschlagen, die nicht auf der Vereinigung, sondern der Trennung von Arbeit und Eigentum beruhe. Mit dem Siegeszug des kapitalistischen Großbetriebs, der sich als Folge von Industrialisierung und technischem Fortschritt gegen den handwerklichen Kleinbetrieb durchgesetzt habe, werde menschliche Arbeit in Form von Lohnarbeit auf ein bloßes Mittel der Profitmaximierung reduziert und darüber hinaus eine ungleiche Eigentumsverteilung beständig reproduziert. Anstatt zur allseitigen Freiheit zu führen, sei die Rationalität des freien Marktes unter diesen Bedingungen zu einem

---

17 Die werkgeschichtliche Unterteilung in ein Frühwerk der Weimarer Zeit und ein Spätwerk, das Heimanns Arbeiten im US-amerikanischen Exil ab 1933 sowie dessen Rückkehr in die BRD 1962 umfasst, lässt sich durch die jeweils unterschiedlich gelagerten Problemstellungen begründen. vgl. Heyder 1977, S. 10. Für eine ausführliche Untersuchung und Einordnung des Spätwerks vgl. Kruse 1994. Für den Diskurs des ›Dritten Wegs‹ in der Weimarer Republik vgl. Köster 2011, S. 170–178; Scholl 2015, S. 81–112, 120ff.

18 Heimann 1980, S. 15.

19 Ebd., S. 39; Heimann 1931a, S. 11.

ökonomischen und ideologischen »Herrschaftsmittel«<sup>20</sup> des Kapitals geworden. Die rechtliche Freiheit des Arbeiters habe im Kapitalismus zu seiner sozialen Unfreiheit geführt. Seine vorläufige Vollendung findet dieses dialektische Umschlagen von vernunftgemäßer Freiheit in eine rationalisierte Form der Herrschaft für Heimann schließlich im Monopol, welches gleichermaßen die logische Konsequenz des kapitalistischen Wettbewerbsprinzips wie auch seine Abschaffung darstelle und damit einem neuartigen »Industriefeudalismus«<sup>21</sup> den Weg bereite.

Damit stand die Idee der Freiheit Heimann zufolge an einem historischen Scheideweg: Ein bürgerlicher Liberalismus, welcher an einem individualistischen Freiheitsverständnis festhalte und sich auf die Beschwörung der freien Kräfte des Marktes beschränke, verkomme unter den Bedingungen des kapitalistischen Großbetriebs zu einer »konservativen Macht«<sup>22</sup>. Sein ursprünglicher Anspruch auf universelle Emanzipation werde zugunsten einer ideologischen Absicherung partikularer Herrschaft preisgegeben. Doch mit der Entstehung der Arbeiterbewegung sei aus den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft ein neues, soziales Verständnis von Freiheit erwachsen, das im Gegensatz zur frühliberalen Utopie nicht auf der Vorstellung einer natürlichen und quasi-automatischen Verwirklichung basiere, sondern durch »politische Satzung positiv errichtet, die natürliche Freiheit der Wirtschaftsmacht also vernichtet«<sup>23</sup> werden müsse.

Im Zentrum dieser neuen sozialen Freiheitsidee steht für Heimann eine menschenwürdige und demokratische Umgestaltung der industriellen Arbeits- und Betriebswelt, in der Arbeit die Möglichkeit zur individuellen und kollektiven Selbstverwirklichung bietet. Indem die Arbeiterbewegung durch das allmähliche Erkämpfen sozialpolitischer Reformen zur schrittweisen Errichtung einer sozialistischen Betriebs- und Eigentumsordnung gelange, erneuere sie auf diese Weise das ursprüngliche Versprechen des Liberalismus einer Versöhnung von Freiheit und Gemeinschaft. Für Heimann ist der Sozialismus als »unmittelbarer Erbe des Liberalismus«<sup>24</sup> also von der Paradoxie gekennzeichnet, »als eine Erscheinung der liberalen Welt über sie hinauszustreben«<sup>25</sup>. Den Fluchtpunkt seiner sozialreformistischen Überlegungen bildet die Idee einer sozialistischen Markt-

---

20 Ebd., S. 13.

21 Heimann 1924a, S. 194.

22 Heimann 1980, S. 43.

23 Ebd., S. 91.

24 Ebd., S. 44.

25 Ebd., S. 139f.

wirtschaft, die im Sinne eines ›Dritten Wegs‹ gleichermaßen die Konzentration privater und zentralstaatlicher Macht verhindern solle.<sup>26</sup>

Vor dem Hintergrund dieser historischen Ausgangsdiagnose lässt sich Heimanns Theorie als ein Versuch charakterisieren, »die Analyse sozialpolitischer Maßnahmen und Programme einzubetten in eine umfassende Deutung des modernen Kapitalismus, seiner Ursprünge und Entwicklungsmöglichkeiten«<sup>27</sup>. Seine Begründung der Sozialpolitik setzt dabei zunächst an den sozialen und ökonomischen Dynamiken und Widersprüchen an, die Heimann zufolge zu einer strukturellen Instabilität der kapitalistischen Gesellschaft führen. So berge die »zentrifugale Kraft« der privaten Interessensverfolgung mit der Herausbildung kollektiver Klasseninteressen im Industriekapitalismus eine wachsende »Sprengungsgefahr für die Gesellschaft«<sup>28</sup>. Denn durch die klassenmäßige Spaltung werde zunehmend der »Rest ehemaliger Gemeinschaft«<sup>29</sup> zerstört, der für jede Form menschlichen Zusammenlebens notwendig sei. Die Forderung nach einer revolutionären Abschaffung einer Klasse sei unter den Bedingungen einer komplexen gesellschaftlichen Arbeitsteilung gleichbedeutend mit dem Vorhaben der »Amputation eines lebenswichtigen Gliedes aus einem lebenden Organismus«<sup>30</sup>. Darüber hinaus würde aber auch das kapitalistische Profitstreben und die damit verbundene kurzfristige Kosten-Nutzen-Kalkulation die menschlichen und natürlichen Grundlagen der gesellschaftlichen Reproduktion langfristig untergraben. Der Kapitalismus befördere also nicht nur eine gesellschaftliche Instabilität, sondern verhindere auch aus einer wirtschaftswissenschaftlichen Perspektive die »rationale Bewirtschaftung der menschlichen Arbeitskraft«<sup>31</sup>.

Aus diesen inneren Widersprüchen ergibt sich für Heimann die strukturelle Notwendigkeit sozialpolitischer Eingriffe. Unter Sozialpolitik versteht er dabei »eine Summe von Maßregeln zum Schutz und zur Förderung des arbeitenden Menschen«<sup>32</sup>, zu denen er unter anderem so heterogene Bereiche wie Arbeitsschutz, Arbeitsrecht, Betriebsräte, Gewerkschaften, Arbeitswissenschaft, Arbeitslosenhilfe und das Schlichtungswesen zählt. Obwohl die einzelnen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Stellung und Auswirkung innerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses sehr unterschiedlich ausfallen würden, läge ihr innerer Zusammenhang in der gemeinsamen Tendenz zur

---

26 Vgl. Kodalle 1975, S. 26; Haarmann 2015, S. 218–230.

27 Badura 1980, S. V.

28 Heimann 1924b, S. 54.

29 Ebd., S. 57.

30 Heimann 1924b, S. 57.

31 Ebd., S. 60.

32 Heimann 1980, S. 167.

Realisierung der sozialen Freiheitsidee. Im Gegensatz zur Wohlfahrts- und Armenpflege, die lediglich eine passive Abfederung der sozialen Auswirkungen des Kapitalismus darstellen würde, sei Sozialpolitik auf die aktive Umgestaltung der industriellen Arbeits- und Betriebswelt gerichtet. Sozialpolitik bewahrt nach Heimann den Kapitalismus vor seinen selbstzerstörerischen Tendenzen, indem sie menschenwürdige Arbeitsbedingungen schafft und als »Sicherheitsventil an dem hoch explosiven Apparat der arbeitsteiligen Markt- und Interessenwirtschaft«<sup>33</sup> fungiert, geht aber gleichzeitig über ihn hinaus, da mit jeder sozialpolitischen Errungenschaft die Sphäre der sozialen Freiheit ein Stück weiter ausgebaut werde. In dieser Gleichzeitigkeit von Stabilisierung und Transformation liegt für Heimann ihr »konservativ-revolutionäres Doppelwesen«<sup>34</sup>.

## 2.2 Sozialistische Erneuerung und das Problem des Mittelstands

In der Tradition der deutschen Sozialdemokratie stehend, stellt Heimanns Frühwerk nicht nur einen Beitrag zur wissenschaftlichen Analyse und Begründung sozialpolitischer Maßnahmen dar, sondern ist auch als eine Reaktion auf das Scheitern der orthodox-marxistischen Lehre nach der Novemberrevolution und der damit verbundenen Strategiedebatte innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung zu verstehen. In expliziter Abgrenzung gegenüber marxistischen Avantgarde- und Verelendungstheorien entwirft Heimann mit seiner Theorie der Sozialpolitik die Möglichkeit einer schrittweisen Demokratisierung der kapitalistischen Betriebs- und Eigentumsordnung »von unten«, die sich jedoch am gegenwärtigen Stand der Bereitschaft und Leistungsfähigkeit der Arbeiter zur Übernahme neuer Freiheitsgrade zu orientieren habe. Denn um immer weitreichendere sozialpolitische Maßnahmen umzusetzen, erfordere es neben der Erringung institutioneller Macht auch die lebendige Mitwirkung und emotionale Einbindung der arbeitenden Menschen.<sup>35</sup>

Seine sozialökonomische Perspektive verbindet Heimann deshalb mit einer zeittypischen Rationalismus- und Entfremdungskritik, deren religiös und lebensphilosophisch grundiertes Vokabular er vor allem aus der dialektischen Theologie seines Lehrers Paul Tillich übernommen hat. Die Reduzierung des Klassenkampfes auf eine rein ökonomische Frage, wie es etwa im orthodoxen Marxismus geschehe, sei nach Heimann lediglich die Fortführung einer bürger-

---

33 Heimann 1926, S. 305.

34 Heimann 1980, S. 172.

35 Vgl. Heimann 1926, S. 293–299.

lich-rationalistischen »Güterideologie«<sup>36</sup>, welche deshalb gerade nicht zu einer Sinn- und Gemeinschaftsstiftung bei den arbeitenden Menschen fähig sei. Stattdessen sei eine geistige Erneuerung des Sozialismus erforderlich, welche neben Vernunft und Interesse auch auf Glauben und einer »Solidarität des Leidens«<sup>37</sup> beruhen müsse und für die sowohl die christliche Gemeinschafts- und Symbollehre als auch lebensphilosophische Ideen wichtige intellektuelle Ressourcen darstellten.<sup>38</sup>

Aus dieser Perspektive erscheinen die sozialpolitischen Kämpfe der Gegenwart für Heimann als Moment eines übergreifenden, sich in der Geschichte entfaltenden Lebensprozesses, in dem sich die Arbeiterbewegung als eine neue historische »Sozialgestalt« herausbilde und die in ihr »eingeboren[e] Idee der Arbeitswürde«<sup>39</sup> verwirkliche. Den Lauf der Geschichte, der sich nicht nach rationalen Prinzipien oder Gesetzmäßigkeiten vorherbestimmen lasse, begreift Heimann als ein »Auseinander-hervorgehen immer neuer lebendiger Qualitäten, neuer sinnvoller Wesenheiten«, deren »Drang [...] nach Verwirklichung, Gestaltung und Erfüllung« das aus der nicht-rationalen »Tiefenschicht des Lebens«<sup>40</sup> hervortreibende Moment geschichtlicher Dynamik bildet. Im sozialpolitischen Kampf äußere sich dementsprechend der »Lebensdrang in den geknechteten Menschen der kapitalistischen Arbeitswelt«<sup>41</sup>. Ihr Wille zur Freiheit und Würde sei in letzter Instanz nicht auf Interessen oder Überzeugungen zurückführbar, sondern ist ihnen laut Heimann in quasi-schicksalhafter Weise »elementar und existenziell, vormoralisch und vorrational«<sup>42</sup> eingeboren.

Um diese innere Dynamik des Lebens in konkrete politische Praxis zu übersetzen, sei jedoch nichtsdestotrotz eine gewisse Rationalisierung durch Begriffe, Theorien und Programme notwendig. Für diese Aufgabe nehmen die Sozialwissenschaften nach Heimann eine wichtige Rolle ein, da sie durch ihre jeweiligen Kategorien die Mittel zur Erkenntnis und Beurteilung der lebendigen Wirklichkeit bereitstellen. Die einzelnen sozialwissenschaftlichen Disziplinen, zu denen Heimann die Nationalökonomie, die Geschichtswissenschaft in Gestalt des Historismus und die Soziologie rechnet, seien in ihrer jeweiligen Perspektive wiederum nicht völlig unabhängig und »freischwebend«. Vielmehr hätten sie sich in spezifischen historischen

---

36 Kodalle 1975, S. 11.

37 Ebd., S. 10.

38 Vgl. Rathmann 1988, S. 123ff.; Rieter 2011, S. 236f.

39 Heimann 1980, S. 141.

40 Ebd., S. 82.

41 Ebd., S. 140.

42 Ebd., S. 140.

Situationen herausgebildet, wodurch sie mit bestimmten Sozialgestalten und deren politisch-sozialen Ideen verknüpft seien: »Nach ihrer ursprünglichen Absicht und nach ihrer tatsächlichen Wirkung auf das öffentliche Leben ist die Nationalökonomie liberal-kapitalistisch, die Geschichtsschreibung konservativ-feudalistisch, schließlich die Soziologie sozialistisch.«<sup>43</sup> Erst die Soziologie, die in ihrer historisch fundierten, aber auf die Zukunft gerichteten Form insbesondere durch Marx begründet worden sei, habe die Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft zum Gegenstand ihrer Erkenntnis und damit die Frage der sozialen Freiheit zu ihrem »ursprüngliche[n] Inhalt«<sup>44</sup> gemacht. Mit seiner Theorie der Sozialpolitik sucht Heimann an dieses Erbe von Marx kritisch anzuknüpfen und auf diese Weise der Sozialdemokratie, die ab Mitte der 1920er Jahre politisch zunehmend in die Defensive geriet, eine strategische Handlungsperspektive auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie aufzuzeigen.<sup>45</sup>

Doch mit dem rasanten Aufstieg der NSDAP zu Beginn der 1930er Jahre sah sich die Weimarer Sozialdemokratie mit einer neuen, ganz anders gelagerten Gefahr konfrontiert, die sich einer Erklärung durch die herkömmlichen klassentheoretischen Modelle zu widersetzen schien und stattdessen die Entwicklung neuer Kategorien erforderte. Auch für Heimann stellte der nationalsozialistische Erfolg einen entscheidenden Prüfstein für den Erkenntnis- und Orientierungsanspruch sozialistischer Theoriebildung dar. Wie viele seiner Zeitgenoss\*innen sieht er den maßgeblichen Grund für den Siegeszug des Nationalsozialismus in einer Radikalisierung des »Mittelstands«, welcher sich entgegen seiner eigentlichen Interessen ideologisch habe vereinnahmen lassen.<sup>46</sup>

In Abgrenzung zu orthodox-marxistischen Positionen, die in den Angestellten, Handwerkern, Kleinbürgern und Bauern lediglich potenzielle Proletarier ausmachen würden, deren ökonomische Not sie mittelfristig in die Arme der Arbeiterbewegung treiben werde, hebt Heimann jedoch die Eigenständigkeit der mittelständischen Krisenerfahrung hervor, welche sich nicht vollständig mit derjenigen der proletarischen Arbeiterschaft decke. Auch die mittelstän-

---

43 Heimann 1932a, S. 9.

44 Ebd., S. 24. Gegenüber ihren Ursprüngen sei die deutsche Soziologie mittlerweile jedoch größtenteils »formalisiert und akademisiert« worden und ziehe sich auf abstrakte Problemstellungen zurück, wodurch sie weder die lebendige Wirklichkeit in ihrer »spannungsreiche[n] Gesamtgestalt« adäquat erfassen noch zu ihrer Veränderung in emanzipatorischer Absicht beitragen könne, ebd., S. 25.

45 Vgl. Krohn 1981, S. 66f.

46 Die These vom »Extremismus der Mitte« wurde erstmals 1930 vom Soziologen Theodor Geiger vorgebracht und fand nicht nur unter Weimarer Sozialwissenschaftlern und Intellektuellen, wie etwa Emil Lederer, Walter Dirks und Rudolf Heberle, große Zustimmung, sondern wurde auch nach dem Zweiten Weltkrieg vom US-amerikanischen Soziologen Seymour Martin Lipset aufgegriffen und weiterentwickelt, vgl. Kraushaar 1994.

dischen Schichten seien trotz ihres angesparten Kleinvermögens, das sie vom Zustand der proletarischen Eigentumslosigkeit unterscheidet, von den »unpersönlichen Gewalten«<sup>47</sup> der kapitalistischen Krisen- und Rationalisierungstendenzen in ihrer Existenz bedroht. Doch würden sie ihr Schicksal nicht wie die Arbeiterklasse als soziale Entwurzelung erfahren, wodurch ihre Eingliederung in die sozialen und kulturellen Institutionen der Arbeiterbewegung verhindert werde. Stattdessen verblieben sie aufgrund der Interessens- und Verwaltungsorganisationen der demokratischen Massengesellschaft »organisierte Glieder ihrer Gruppe unter ausdrücklicher Bewahrung der Lebensinhalte und Wertvorstellungen«<sup>48</sup>.

Obwohl Proletariat und Mittelstand also gleichermaßen unter den kapitalistischen Verhältnissen leiden würden, hätten ihre jeweils unterschiedlichen Erfahrungen Heimann zufolge zu einem Auseinanderbrechen der »antikapitalistische[n] Front«<sup>49</sup> geführt. Während die Arbeiterbewegung aus ihrer Eigentumslosigkeit heraus eine Änderung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse anstrebe, sei der »mittelständische Antikapitalismus«<sup>50</sup> für derartige Forderungen nicht empfänglich. In der nationalsozialistischen Ideologie, der sich der Mittelstand verschrieben habe, entlade sich vielmehr der »ungeformte, ungebrochene Lebensdrang«<sup>51</sup>, der seinen höchsten symbolischen Ausdruck in der Volksgemeinschaft finde. Gerade in diesem irrationalen Aufbegehren des Nationalsozialismus gegen die rationalisierte, kapitalistische Herrschaft sieht Heimann jedoch einen echten revolutionären Impuls, den es trotz dessen reaktionärer und widersprüchlicher Inhalte ernst zu nehmen und aufzugreifen gelte. Um die Kraft dieses »Vitalsozialismus« für die Erneuerung des »Rationalsozialismus«<sup>52</sup> der organisierten Arbeiterbewegung zu nutzen, müsse jedoch zunächst die gemeinsame Motivation beider Widerstandsbewegungen identifiziert werden, die Heimann im Bedürfnis nach »Freiheit und Verwurzelung in der Arbeit als der eigenen Sache«<sup>53</sup> sieht. Von hier aus seien dann strategische Bündnisse anzustreben, etwa durch den Schutz bäuerlicher und kleingewerblicher Eigentumsformen, sowie sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Verhinderung künftiger Krisen zu entwerfen.

---

47 Heimann 1932b, S. 82; vgl. Heimann 1931b.

48 Heimann 1932b, S. 82.

49 Ebd., S. 75.

50 Ebd., S. 86.

51 Ebd.

52 Heimann 1931c, S. 594.

53 Heimann 1932b, S. 86.

### 2.3 Leerstelle Staat und intellektuelle Bündnispolitik

Mit seiner Theorie der Sozialpolitik, die im gesamten politischen Spektrum der Weimarer Republik rezipiert, dabei auch von verschiedenen Seiten scharf kritisiert wurde, profilierte sich Heimann als einer der einflussreichsten »Theoretiker der Sozialdemokratie«<sup>54</sup> seiner Zeit. Gegenüber älteren staatswissenschaftlichen Ansätzen, die in sozialpolitischen Maßnahmen eine vermeintlich neutrale, obrigkeitliche Regulierung der »sozialen Frage« sehen, grenzt sich seine Perspektive durch ihre »historisch-soziologische Grundlegung«<sup>55</sup> ab. In der Tradition der deutschen Nationalökonomie und frühen Soziologie stehend, bezieht Heimann den Begriff der Sozialpolitik auf die übergreifende historische Entwicklung der modernen, industriekapitalistischen Gesellschaft und der damit verbundenen Konflikte. Damit legt er erstmals eine »erklärende Theorie der Genese und Dynamik von Sozialpolitik«<sup>56</sup> vor, welche sich am methodischen Ideal einer »Einheit der Sozialwissenschaften« orientiert und die sozialen, ökonomischen, politischen und ideologischen Dimensionen ihres Gegenstands miteinbezieht. Politik bildet bei Heimann also keinen eigenständigen Untersuchungsbereich, sondern wird vor allem hinsichtlich der praktischen Möglichkeiten einer (sozial-)politischen Bearbeitung und Überwindung gesellschaftlicher Widersprüche thematisiert.

Doch die Abgrenzung gegenüber der Staatsfixierung früherer Ansätze führt bei Heimann in umgekehrter Weise zu einer nahezu vollständigen Ausklammerung der Rolle des Staates. Die transformatorische Dynamik, welche sich durch die Ausweitung immer weiterer sozialpolitischer Maßnahmen entfalten soll, ist für ihn vor allem auf die Selbstorganisation der Arbeiterbewegung als gesellschaftsgestaltender Kraft zurückzuführen, während der Staat lediglich indirekt als »Instanz, derer sich die gesellschaftlichen Kräfte bedienen, um die im marktwirtschaftlichen Konkurrenzkampf vernachlässigten Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen«<sup>57</sup>, in Erscheinung tritt. Durch ein solch instrumentalistisches Staatsverständnis verstellt sich Heimann jedoch die Möglichkeit, die qualitativ neue und eigenständige Bedeutung des Staates für die Regulation und Stabilisierung kapitalistischer Klassen- und Herrschaftsverhältnisse, wie sie im Zuge der zahlreichen Krisen im Übergang vom 19. ins 20. Jahrhundert zunehmend sichtbar wird, angemessen zu erfassen.

---

54 Badura 1980, S. III.

55 Heyder 1977, S. 43.

56 Kaufmann 2003, S. 116.

57 Heyder 1977, S. 46.

Heimanns Ansatz, Sozialpolitik gleichermaßen als notwendige Konsequenz innerkapitalistischer Entwicklungsdynamiken wie auch als Medium demokratisch-sozialistischer Reformbestrebungen zu konzipieren, beruht vornehmlich auf der historischen Erfahrung einer relativen Stärke gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Kräfte zu Beginn der Weimarer Republik. Eine systematische Auseinandersetzung mit den strukturellen Widerständen und Grenzen, die einer politischen Gestaltungsfähigkeit unter den Bedingungen kapitalistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse gesetzt sind, findet dabei nicht statt. Zwar gesteht Heimann gelegentlich zu, dass eine sozialpolitische Befriedung des Klassenkonflikts durchaus auch zu einer gesellschaftlichen Integration der Arbeitsklasse führen und dadurch lediglich einen »gemilderte[n] Kapitalismus«<sup>58</sup> hervorbringen könne, doch bleibt seine Perspektive insgesamt einem »gewissen Geschichtsoptimismus«<sup>59</sup> verhaftet.

Zugleich zeigt sich an Heimanns Versuch einer geistigen Neubegründung des Sozialismus und seiner Offenheit gegenüber unterschiedlichsten zeitgenössischen Denkströmungen ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Bündnisfähigkeit der Arbeiterbewegung innerhalb einer pluralisierten, demokratisch organisierten Gesellschaft. Seine Auseinandersetzung mit neoklassischen Ansätzen und der Idee einer sozialistischen Marktwirtschaft, der ideengeschichtliche Bezug zum Frühliberalismus, der Anschluss an die christliche Gemeinschaftslehre und die Übernahme lebensphilosophischer Terminologie zeugen nicht nur von der außergewöhnlichen ideologischen Experimentierfreudigkeit der Weimarer Republik. Sie können auch als politisch-intellektuelles Projekt verstanden werden, das einen demokratischen Reformsozialismus, der die zeitgenössische Kritik an den anonymen Partei- und Gewerkschaftsapparaten aufgreift, für unterschiedliche gesellschaftliche Akteure und Bewegungen anschlussfähig zu machen versucht.

Spätestens an Heimanns Auseinandersetzung mit dem aufkommenden Nationalsozialismus werden jedoch die gravierenden Probleme seiner eigenwilligen Perspektive deutlich, die sich vor allem aus der Zentralstellung des diffus bleibenden Lebensbegriffs ergeben. Nicht nur verstellt die vopolitische Setzung der Arbeiterbewegung als einer Gestalt des historischen Lebensprozesses, die scheinbar wesensmäßig von einem »antikapitalistischen« Drang angetrieben wird, die Analyse einer komplexen und pluralisierten gesellschaftlichen Wirklichkeit, die dieser Setzung zunehmend widerspricht. Seine lebensphilosophische Terminologie führt Heimann

---

58 Heimann 1980, S. 315.

59 Heyder 1977, S. 13.

darüber hinaus auch zur Einschätzung, dass die Ideologie des Nationalsozialismus der Ausdruck eines vermeintlich vitalistischen und deshalb prinzipiell legitimen Aufbegehrens des Mittelstands darstellt. Ein derart inhaltlich entleerter Begriff des Lebens, der jeglichen Protest gegen die rationalisierte Herrschaft einer bürgerlich-liberalen Ordnung auf ein unspezifisches vorrationales Leiden zurückführt, vermag letztendlich zwischen ideologischem Ressentiment und begründetem Widerstand analytisch und normativ nicht mehr klar zu unterscheiden. Zugleich geraten die konkreten völkisch-antisemitischen Inhalte des Nationalsozialismus sowie die Gründe für ihre weitreichende Akzeptanz in der deutschen Gesellschaft gar nicht mehr als erklärungsbedürftige Phänomene in den Blick.

### 3. Albrecht Mendelssohn Bartholdy: Auf der Suche nach der Kriegsverhütungsformel

Im Gegensatz zu Eduard Heimann, der sich mit den innergesellschaftlichen und politisch-ökonomischen Entwicklungen der Weimarer Republik beschäftigte, stehen bei Albrecht Mendelssohn Bartholdy Fragen und Probleme der internationalen Politik im Vordergrund. Die öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurse, an denen er sich maßgeblich beteiligte, waren dominiert vom Epochenbruch des Ersten Weltkriegs und den vielfältigen Auswirkungen des Versailler Vertrags. Neben der politischen Neuordnung Europas und der Gründung des Völkerbundes gehörten hierzu vor allem das erklärte Ziel der Alliierten, Deutschland militärisch, politisch und wirtschaftlich entscheidend zu schwächen. Um die dazu erhobenen Reparationsforderungen rechtlich handhabbar zu machen, wurde mit Artikel 231 der sogenannte »Kriegsschuldparagraph« in den Friedensvertrag aufgenommen, welcher Deutschland und seine Verbündeten als alleinige Urheber der im Krieg verursachten Schäden festschrieb.<sup>60</sup>

Ursprünglich hatte der Paragraph in der Intention der Alliierten eine eher juristisch-technische Funktion, die eine Reformulierung der bis dahin nur als pauschale machtpolitische Forderungen gestellten Entschädigungszahlungen in einen »rechtliche[n] Anspruch auf eine Erstattung nach begründeten Prinzipien«<sup>61</sup> markierte. Im Laufe der Friedensverhandlungen, an denen auch Mendelssohn Bartholdy 1919 als Mitglied der deutschen Delegation beteiligt war<sup>62</sup>,

60 Vgl. Büttner 2008, S. 120–130.

61 Vgl. Payk 2018, S. 520.

62 Zusammen mit Max Weber, Hans Delbrück und Max Graf Montgelas hat Mendelssohn Bartholdy im Mai 1919 die sogenannte »Professoren-Denkschrift« als Protest gegen den Artikel 231 unterzeichnet. Dieses Gutachten, welches das deutsche Kaiserreich von jedem Vorwurf eines vorsätzlichen Kriegswillens freispricht und das untergangene Zarenreich

und in Folge aufgepeitschter Abwehrdebatten in der deutschen Öffentlichkeit, die wiederum scharfe Reaktionen bei den Siegermächten auslösten und so zu einer wechselseitigen Empörungspirale führten, erhielt der Paragraph jedoch den Charakter einer moralischen Verurteilung Deutschlands zum Alleinschuldigen. Die Annahme des Versailler Vertrags wurde unter diesen Bedingungen daher über fast das gesamte politische Spektrum der Weimarer Öffentlichkeit hinweg als nationale Schande wahrgenommen und als ›Trauma von Versailles‹ diffamiert. Auf diese Weise avancierte der Kampf gegen die sogenannte ›Kriegsschuldlüge‹, verstanden als potenzieller Hebel zur Gesamtrevision des Vertrags, zu einem der wichtigsten innen- und außenpolitischen Debattenzusammenhänge der Weimarer Republik und bildete »die Integrationsklammer der politischen Kultur Weimars – eine Klammer freilich, deren Zwingkräfte das ohnehin schwach ausgebildete demokratische Bewußtsein pulverisierten«<sup>63</sup>.

### 3.1 Das *Institut für Auswärtige Politik* und der Kampf gegen die ›Schuldlüge‹

Auch das *Institut für Auswärtige Politik*, dessen Leitung Mendelssohn Bartholdy von seiner Gründung 1923 bis zu seiner Umformung durch die Nationalsozialisten 1934 innehatte, entstand als Reaktion auf den Krieg und die Versailler Friedensverhandlungen. Die Delegationen der teilnehmenden Staaten sahen aufgrund der einschneidenden Erlebnisse des Weltkriegs die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit zwischenstaatlichen Beziehungen, welche die Erforschung von Kriegsursachen und Strategien zur Friedenssicherung zum Ziel hatten. Aus diesem Impuls heraus entstanden bereits Anfang der 1920er Jahre in den USA und Großbritannien ähnlich gelagerte politikwissenschaftliche Forschungsinstitute. Die Hamburger Institutsgründung wurde dabei zusätzlich vom politischen Interesse der deutschen Regierung an einer wissenschaftlichen Fundierung ihrer Revisionsbestrebungen sowie dem ökonomischen Interesse der Hamburger Kaufmannschaft an einer möglichst schnellen internationalen Rehabilitierung Deutschlands getragen.<sup>64</sup>

---

als Hauptverantwortlichen benennt, beruhte wesentlich auf den Akten des Auswärtigen Amtes und war bereits vor der Ankunft der delegierten Professoren fertiggestellt, die dann lediglich mit ihren Namen dafür bürgten, vgl. Heinemann 1983, S. 45.

63 Heinemann 1988, S. 385.

64 Vgl. Nicolaysen 2011, S. 19ff.

Als ausgewiesener Kenner internationalen Rechts und aufgrund seiner hohen Reputation im Ausland war Albrecht Mendelssohn Bartholdy bereits früh als Institutsleiter im Gespräch. Tatsächlich war das Institut programmatisch auf Mendelssohn Bartholdys Forschungs- und Interessensprofil zugeschnitten und wurde stark von seiner Person dominiert. Als privatrechtliche Forschungseinrichtung bestand es unabhängig von der Universität und wurde aus einer Mischung von öffentlichen und privaten Fördermitteln finanziert. Die von der Hamburger Bürgerschaft festgelegten Aufgaben des Instituts umfassten vor allem die wissenschaftliche Analyse der diplomatischen Methoden der jüngsten Geschichte, die Beobachtung und Aufzeichnung der Außenpolitik der großen Staaten, eine hierauf aufbauende Formulierung von Richtlinien für eine friedenssichernde Außenpolitik und die Vermittlung dieser Forschungsergebnisse an die öffentliche Allgemeinheit. Diese Aufgaben versuchte das Institut durch die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift, den *Europäischen Gesprächen*, und einer Schriftenreihe *Politische Wissenschaft*, die gemeinsam mit der *Deutschen Hochschule für Politik* erfolgte, dem Aufbau einer Bibliothek und eines Zeitungsarchivs sowie zahlreichen weiteren, auch internationalen Publikations-, Vortrags- und Lehrtätigkeiten zu erfüllen.<sup>65</sup>

Die Arbeit des Instituts, deren wissenschaftliches Ziel Mendelssohn Bartholdy in der »wissenschaftlichen Erforschung der Gesetzmäßigkeiten im Gebiet der auswärtigen Politik«<sup>66</sup> sieht, wurde dabei explizit als Teil der Begründung einer neuen, politikwissenschaftlichen Disziplin in Deutschland verstanden, »die in Wechselbeziehungen zu vielen Nachbardisziplinen nach besonderen Methoden vorgeht«<sup>67</sup>. Die Grundlage dieser neuen Disziplin bildet nach Mendelssohn Bartholdy dabei zunächst die deskriptiv-dokumentarische »Feststellung der außenpolitischen Tatsachen und Vorgänge mitten im Fluß des Geschehens«<sup>68</sup>. In einer darauf aufbauenden Analyse müssten dann die kausalen Ursachen, die diesen Ereignissen und Prozessen zugrunde liegen, identifiziert und dynamisch nach ihrem jeweiligen Einfluss und in ihren verschiedenen Zusammenhängen bestimmt werden. Hierfür sei die Deutung und Aufdeckung der In-

---

65 Vgl. Gantzel-Kress 1985, S. 138ff.; Huhn 1986, S. 86ff.

66 Mendelssohn Bartholdy 1930a, S. 339, Hervorh. i.O.

67 So der Klappentext des ersten Bandes der Reihe *Politische Wissenschaft*, Mendelssohn Bartholdy 1927a. Die Erzählung einer fachlichen und institutionellen Neugründung wurde nach 1945 von der *Deutschen Hochschule für Politik* zur Konstruktion einer politikwissenschaftlichen Traditionslinie in Deutschland, die dann während des Nationalsozialismus unterbrochen worden sei, aufgegriffen und fortgeführt. Zur Problematisierung dieser Vorstellung und der damit verbundenen Debatte in der Geschichtsschreibung der deutschen Politikwissenschaft vgl. Bleek 2001, 261ff.; Eisfeld 2013.

68 Mendelssohn Bartholdy 1930a, S. 341.

teressen und Ziele der jeweiligen Akteure im Sinne einer »Motivenforschung«<sup>69</sup> zentral, beispielsweise der Einfluss von wirtschaftlichen oder innenpolitischen Faktoren auf die außenpolitischen Entscheidungen einzelner Staaten und Regierungen. Aus einem solchen Vorgehen würde sich dann die generelle Perspektive einer »Konjunkturforschung«<sup>70</sup> außenpolitischer Krisen ergeben, welche durch die Erkenntnis von Kriegsursachen in letzter Instanz zu einer »Findung der Kriegsverhütungsformel«<sup>71</sup> beitragen könne. An die Stelle der Frage nach einer alleinigen Kriegsschuld, die einen ehemals angreifenden Staat wie Deutschland dauerhaft als potenziellen künftigen Aggressor stigmatisiere, solle auf diese Weise die Frage nach den vielfältigen Kriegsursachen treten.

Mendelssohn Bartholdys größtes und langfristiges Projekt, das er im Kontext des Kriegsschuld- und Kriegsursachenkomplexes bearbeitet hat, war die Publikation der *Großen Politik der europäischen Kabinette 1871–1914*. Mit dieser vierzigbändigen Großpublikation, an der er ab 1919 mitarbeitete und die zwischen 1922 und 1927 erschien, wurde der Versuch unternommen, durch die Veröffentlichung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes den deutschen Revisionsbestrebungen eine wissenschaftliche Grundlage zu liefern. Eine konsequente Öffnung der deutschen Geheimarchive für die Jahrzehnte vor dem Weltkrieg sollte die von den Alliierten erhobenen Vorwürfe einer langfristigen Kriegsplanung des Kaiserreichs widerlegen und diese ihrerseits zur Öffnung der Archive zwingen. Da jedoch das Auswärtige Amt die Auswahl der Akten auf ihre Unbedenklichkeit überprüfte und Einfluss auf deren publizistische Aufbereitung nahm, war das Ergebnis eine »methodisch fragwürdige Unternehmung mit Lücken und Mängeln«<sup>72</sup> und geriet »eher zu einem Kompromiß mit der Staatsraison als zu einem Zeugnis schonungsloser wissenschaftlicher Offenlegung«<sup>73</sup>. Im Nachhinein lässt sich das Verhältnis von äußerem Druck und Selbstzensur der Herausgeber im Publikationsprozess nicht mehr klar bestimmen, jedoch war sich Mendelssohn Bartholdy seiner politischen Instrumentalisierung anscheinend wenig bewusst und hielt an der wissenschaftlichen Qualität des Projekts unbeirrt fest.<sup>74</sup>

---

69 Ebd., S. 341.

70 Ebd., S. 342.

71 Ebd.

72 Nicolaysen 2011, S. 19.

73 Gantzel-Kress 1991, S. 916.

74 Vgl. Heinemann 1983, S. 79–87.

### 3.2 Politik als bürgerliche Tugendlehre

Während das methodische Programm des Instituts dem Anspruch nach auf die empirische Untersuchung internationaler Beziehungen abzielte, aus der dann möglichst objektive Gesetzmäßigkeiten abgeleitet werden sollten, ist Mendelssohn Bartholdys eigenes Werk wesentlich stärker von einer explizit politisch-normativen Haltung bestimmt, die sich aus der »Erfahrung des Systemzusammenbruchs der bisherigen Welt«<sup>75</sup> speist. Der Weltkrieg als »große[r] Offenbarer der Fehler und Tugenden, der Stärke und Schwäche eines Volkes«<sup>76</sup> bildet für ihn Anlass und Ausgangspunkt, um die moralischen Verfehlungen der Deutschen, die sie in den Krieg geführt haben, zu erkennen und aus ihnen zu lernen. In Abgrenzung von der im Kaiserreich einflussreichen Lehre Heinrich von Treitschkes, die Politik als moralfreie Sphäre begreife, in der einzig die Macht des Stärkeren gelte und uneigennütziges Handeln die größte Schwäche darstelle, entwirft Mendelssohn Bartholdy noch während des Krieges eine bürgerliche Tugendlehre, welche auch eine wichtige normative Ressource für seine spätere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit politischen Frage- und Problemstellungen bildet.<sup>77</sup> Gegenüber Treitschkes machtzentriertem Denken geht Mendelssohn Bartholdy von einer universellen und unhintergehbaren Moral aus, die gleichermaßen für alle Menschen gelten müsse. Eine moraltheoretische Unterscheidung zwischen alltäglichem und politischem Handeln verwirft er »nicht aus sittenrichterlicher Überhebung, sondern weil sie gegen die menschliche Natur ist«<sup>78</sup>. Zu den konkreten Tugenden, die deshalb sowohl von der breiten Bevölkerung wie auch von der politischen Führung verkörpert werden müssten, zählt er »Heimatliebe«, »Rechtlichkeit«, »Gemeinsinn« und »Beständigkeit«.<sup>79</sup>

Die Kategorien zur Analyse und Beurteilung politischen Handelns können für Mendelssohn Bartholdy also nicht allein durch Zweckmäßigkeit bestimmt werden. Stattdessen müsse ein »allgemein gültige[r], dauernde[r] Maßstab des Gebotenen und Erlaubten, des Verbotenen und Verpönten«<sup>80</sup> zugrunde gelegt werden, der in letzter Instanz jedoch weder auf religiöse noch philosophische Prinzipien zurückgeführt werden könne. Was politisch als gerecht und gut gel-

---

75 Gantzel-Kress 1985, S. 138.

76 Mendelssohn Bartholdy 1917, S. 11.

77 Ebd. Für eine gegenteilige Einschätzung, die in Mendelssohn Bartholdys Tugendlehre lediglich eine »Form von Erbauungsliteratur« für die bürgerliche Friedensbewegung sieht, welche keinerlei Bedeutung für seine wissenschaftliche Arbeit beanspruchen kann, vgl. Bauer 2024, S. 216ff.

78 Mendelssohn Bartholdy 1917, S. 19f.

79 Vgl. Bauer 2024, S. 205–219.

80 Mendelssohn Bartholdy 1925, S. 195.

te, bemesse sich vielmehr an der Frage, inwiefern es zur materiellen und moralischen Verbesserung der Nation beitrage, also »welche Politik das Volk und das Land gesund an Leib und Seele erhält«<sup>81</sup>. Im Zentrum dieses Politikverständnis steht deshalb das Individuum und dessen politisch-moralische Urteils- und Entscheidungsfähigkeit. Während Mendelssohn Bartholdy sich in juristischer Hinsicht intensiv mit den Institutionen politischer und rechtlicher Ordnung auf nationaler wie internationaler Ebene befasste, betont er gleichzeitig, »daß über allen Rechtsformen politischer Gemeinschaft die sittliche Entscheidung im wohlgebildeten Willen des Menschen steht«<sup>82</sup>. Auch sein Blick auf die internationalen Beziehungen ist dementsprechend wesentlich geleitet von der Frage nach der »Sittlichkeit im Völkerleben«<sup>83</sup>. Staatsoberhäupter und politisches Führungspersonal werden von ihm vor allem daraufhin beurteilt, inwiefern sie ein »Verantwortungsgefühl des einzelnen gegenüber der Allgemeinheit« unter Beweis stellen oder sich umgekehrt »schlechten Instinkten«<sup>84</sup> hingeben. Das Ideal, an dem die Wirklichkeit gemessen wird, ist das vorausschauende Handeln des verantwortungsvollen Staatsmannes, denn »[w]er Politik treibt, der erntet nicht; er säet«<sup>85</sup>.

Ein besonders folgenschweres Beispiel für die völlige Verfehlung dieses Ideals erkennt Mendelssohn Bartholdy im Modus der nationalen »Prestigepolitik«<sup>86</sup>, den die europäischen Großmächte ab dem Ende des 19. Jahrhunderts verfolgten und welcher durch die Anerkennung kurzfristiger Machtgewinne bei gleichzeitiger Diskreditierung von auf Ausgleich bedachten Lösungen gekennzeichnet war. Angetrieben durch eine internationale Öffentlichkeit sei auf diese Weise eine wechselseitige nationalistische Aufstachelung der Außenpolitik erfolgt, »bis sie über dieser falschen Einschätzung der anderen das Maß ihres eigenen Willens und Könnens verliert und in einen vernichtenden Krieg taumelt«<sup>87</sup>.

Damit sich diese zerstörerische Dynamik nicht wiederholt, versucht Mendelssohn Bartholdy ein alternatives Außenpolitikverständnis zu entwerfen, das einerseits die notwendige Verfolgung nationaler Interessen umfasst, diese andererseits aber auch übersteigt und dadurch zur Verwirklichung universeller Werte beitragen will. Die Möglichkeit einer solch versöhnenden Perspektive sieht er beispielhaft in einer deutschen Europapolitik und der Idee einer kolonial-

---

81 Ebd.

82 Mendelssohn Bartholdy 1922a, S. XVI.

83 Mendelssohn Bartholdy 1923, S. 288.

84 Ebd., S. 289.

85 Mendelssohn Bartholdy 1924a, S. 80.

86 Mendelssohn Bartholdy 1923, S. 289.

87 Ebd.

politischen Mandatsgemeinschaft angelegt, welche als Reaktion auf das moralische Versagens Europas in seinen Kolonien eine kollektive Verwaltung der afrikanischen Kolonialgebiete durch die europäischen Mächte nach dem Vorbild des Versailler Mandatssystems vorsieht. Eine gemeinschaftlich überwachte Kolonialregierung hätte die verwalteten Gebiete nicht als egoistisches Besitz-, sondern als altruistisches Treuhandverhältnis zu verstehen, deren Verwaltung von den Pflichten gegenüber der einheimischen Bevölkerung bestimmt wäre. Die Rechenschaftspflicht des verwaltenden Staats gegenüber der europäischen Gemeinschaft würde unter diesen Bedingungen zu einem moralischen Wettbewerb um die effizienteste Mandatsregierung, die beste Wirtschaftspolitik und den größten Respekt gegenüber der einheimischen Kultur führen. Auf diese Weise werde es auch Deutschland wieder ermöglicht, seine kolonialen Führungsqualitäten in Afrika unter Beweis zu stellen.<sup>88</sup>

Die enge Verbindung von Politik und Moral, die Mendelssohn Bartholdys Perspektive auf internationale Beziehungen bestimmt, verdeutlicht nochmals die große Bedeutung, welche dem Kampf gegen die ›Schuldlüge‹ innerhalb seines Werkes zukommt. Denn der Vorwurf einer deutschen Alleinschuld am Weltkrieg stellt für Mendelssohn Bartholdy nicht nur einen politischen Vorgang innerhalb eines nationalen Interessenskonflikts dar, sondern beinhaltet in erster Linie eine moralische Verurteilung, die von einer »Abscheu gegen Deutschland«<sup>89</sup> motiviert gewesen sei und einen »Fleck auf der Ehre«<sup>90</sup> der eigenen Nation bedeute. Um dieser Schande wieder zu entkommen, könne nur die Aufdeckung der vermeintlichen historischen Wahrheit abhelfen, welche durch die Publikation aller diplomatischen Geheimakten ans Licht gebracht werden solle. Dabei verurteilt Mendelssohn Bartholdy gleichzeitig alle Versuche, die Schuldlüge als ein »innerpolitisches Agitationsmittel«<sup>91</sup> zu verwenden, und insistiert auf der eigenständigen moralischen Kraft, die der Erkenntnis der Wahrheit innewohne.

Noch 1931 beschwört er, die gegenteilige politische Lage der Weimarer Republik tendenziell verkennend, die letzten Öffnungen der Archive der europäischen Großmächte, welche in wenigen Jahren ein umfassendes Bild der Vorkriegs-Diplomatie ermöglichen würden. Sobald dies erfolgt sei, könnten die unabhängigen Gutachter zusammenkommen und ein endgültiges Urteil über Schuld und Ursachen des Kriegs sprechen, wobei der »Spruch, den sie fällen,

88 Vgl. Mendelssohn Bartholdy 1922b; ders. 1924b; ders. 1927b.

89 Mendelssohn Bartholdy 1930b, S. 599.

90 Mendelssohn Bartholdy 1932, S. 4.

91 Ebd. S. 6.

[...] nicht bloß ein Spruch zwischen den kriegsführenden Mächten eines Krieges sein [wird]«, sondern ein »Spruch der einen Wahrheit und des Gleichen Rechts für alle Völker«<sup>92</sup>.

### 3.3 Traditionspflege in neuem Gewand

In seiner Auseinandersetzung mit den internationalen Konflikten und Entwicklungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die häufig auch über die Kriegsschuldthematik im engeren Sinne hinausgehen, aber immer wieder von ihr motiviert sind und auf sie verweisen, fokussiert sich Mendelssohn Bartholdy auf die Ebene der zwischenstaatlichen Diplomatie. Neben der Rekonstruktion und Beurteilung historischer und zeitgenössischer diplomatischer Krisen, Abkommen und Verträge sowie Nachrufen und Würdigungen bedeutender Diplomaten gehören hierzu auch Überlegungen zur Funktion der Diplomatie im politischen Prozess und zur Struktur der Diplomatenausbildung.<sup>93</sup> An dieser Engführung auf das diplomatische Geschäft und seine Träger wird nicht nur gelegentlich eine persönliche Faszination und Verehrung für diesen Berufsstand sichtbar, sondern sie folgt auch konsequent aus Mendelssohn Bartholdys nationalbürgerlichem Politikverständnis, das die politisch-moralische Urteilskraft und Qualität des einzelnen Entscheidungsträgers ins Zentrum rückt.

Entgegen der Ankündigung einer neuen Wissenschaft von der Politik, welche mit der Gründung des Instituts für Auswärtige Politik einhergehen sollte, verbleibt sein Werk somit unterhalb des dort formulierten methodisch-theoretischen Anspruchs. Während der Großteil von Mendelssohn Bartholdys Arbeiten die Dokumentation und Kommentierung internationaler Abkommen und Konflikte umfasst, wurden die weitergehenden Schritte einer Motiv- und Ursachenforschung sowie einer Formulierung theoretischer Gesetzmäßigkeiten für die Sphäre der internationalen Politik von ihm nicht weiter systematisch verfolgt.<sup>94</sup> Obwohl in seinen Schriften die behandelten diplomatischen Vorgänge gelegentlich zu innenpolitischen und ökonomischen Faktoren in Beziehung gesetzt werden, verhindert die weitgehende Beschränkung auf die Ebene der offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungen eine systematische Einbeziehung von »innergesellschaftlichen nationalen Entwicklungen [...] unterhalb der Verfassungsebene«<sup>95</sup>.

---

92 Mendelssohn Bartholdy 1931, S. 13.

93 Vgl. u.a. Mendelssohn Bartholdy 1920; ders. 1925; ders. 1927a.

94 Vgl. Huhn 1986, S. 154ff.

95 Gantzel-Kress 1983, S. 87.

Mit seinem Fokus auf die diplomatische Staatspraxis steht Mendelssohn Bartholdy vielmehr noch stark in der Tradition der klassischen Staats- und Völkerrechtslehre des 19. Jahrhunderts. Der Staat erscheint bei ihm vor allem als monadisches Rechts- und Kollektivsubjekt, das die als einheitlich angenommenen Interessen seiner Bevölkerung willensmäßig in der internationalen Sphäre verfolgt und sein Handeln dabei möglichst an nationalbürgerlichen Gerechtigkeits- und Sittlichkeitsidealen zu orientieren habe, die als vorpolitisch gültig vorausgesetzt werden. Den Widerspruch zwischen partikularem Nationalinteresse einerseits und dem universellen Gebot eines bürgerlichen Kosmopolitismus andererseits versucht er lediglich durch den moralisierenden Appell an einen »abstrakten Völkerbunds- und Verständigungs-Idealismus«<sup>96</sup> aufzulösen.<sup>97</sup>

Indem die Gründe für Kriege vor allem im moralischen Versagen einzelner Entscheidungsträger oder ganzer Völker gesucht werden, kann Mendelssohn Bartholdy die institutionelle Struktur und innere Entwicklungsdynamik des modernen internationalen Systems als eigenständigen politikwissenschaftlichen Untersuchungsgegenstand nicht erfassen. Welche politischen, ökonomischen und sozialen Triebkräfte dazu beitragen, dass innerhalb und zwischen modernen Staaten strukturelle Macht- und Interessenskonflikte entstehen, die letztendlich zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen können, bleibt aus seiner Perspektive unbeleuchtet. Mendelssohn Bartholdys Ansatz lässt sich deshalb nicht als disziplinäre oder methodische Neubegründung, sondern eher als Versuch des Fortschreibens von etablierten Normen- und Traditionsbeständen charakterisieren, die angesichts der Krise des Ersten Weltkriegs zunehmend an Glaubwürdigkeit eingebüßt hatten.

Doch trotz seines eher traditionsverhafteten wissenschaftlichen Ansatzes lassen sich an den Organisations- und Kommunikationspraktiken von Mendelssohn Bartholdy als Institutsleiter auch »moderne« Tendenzen aufzeigen, die an die gegenwärtige Sozialfigur des Wissenschaftsmanagers erinnern: Als international anerkannter und kosmopolitisch ausgerichteter Forscher unternahm er vielfältige Vortrags- und Vernetzungsreisen in zahlreiche europäische und außereuropäische Länder, in denen er als »Repräsentant idealistischen deutschen Geisteslebens« versuchte zur »Stärkung der inter-

---

96 Gantzel-Kress 1983, S. 75. Während Mendelssohn Bartholdys anfänglich noch Hoffnung gegenüber dem Völkerbund hegt und die Organisationsform des Bundes als spezifisch deutsches Ordnungsideal lobt, wird seine Haltung im Laufe der Zeit immer skeptischer. 1930 plädiert er schließlich aus nationalmoralischen Gründen für einen Austritt Deutschlands, da der permanente Bezug auf den Versailler Vertrag etwas für Deutschland gänzlich Unerträgliches darstelle, vgl. Mendelssohn Bartholdy 1930b.

97 Vgl. Stöckmann 2016.

nationalen Glaubwürdigkeit der Weimarer Demokratie«<sup>98</sup> beizutragen. Aus dieser ›Vortragsdiplomatie‹ erwachsen vielfältige Kontakte und Kooperationen, die Mendelssohn Bartholdy auch zur Förderung seines erweiterten Mitarbeiter\*innenkreises und zur Vermittlung von Stipendien nutzte. Als Herausgeber mehrerer Zeitschriften und Publikationsreihen konnte er insbesondere jüngeren Forschenden im Umfeld des Instituts Möglichkeiten zur Veröffentlichung und Vernetzung bieten, die entgegen seiner eigenen wissenschaftlichen Ausrichtung sehr heterogene, teils neuartige Ansätze vertraten. Hierzu gehörten neben seinem ›Kronprinz‹ am Institut, Alfred Vagts, vor allem Siegfried Landshut, Eckart Kehr, James Shotwell und Magdalene Schoch.

#### 4. Schluss

Die sehr unterschiedlich gelagerten Werke von Eduard Heimann und Albrecht Mendelssohn Bartholdy verdeutlichen, wie heterogen die wissenschaftliche Beschäftigung mit Politik an der Universität Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik war und in welchem Maße diese Vielfalt auf disziplinären Prägungen und politischen Positionierungen beruhte. In ihnen verbinden sich teilweise ›moderne‹, zukunftsweisende Einflüsse und Selbstverständnisse, die auf eine Wirklichkeits- und erfahrungswissenschaftliche Erforschung politischer Zusammenhänge abzielen, mit älteren und neueren Denkströmungen, die stärker von normativ-weltanschaulichen Gesichtspunkten bestimmt sind. Damit stehen sie exemplarisch für die disziplinären Neuorientierungs- und Suchbewegungen politikwissenschaftlichen Denkens, welche durch die tiefgreifenden Umbruchsprozesse zu Beginn des 20. Jahrhunderts angestoßen wurden.

Trotz ihrer verschiedenen thematischen und methodischen Ausrichtungen verweisen beide Werke damit auf einen gemeinsamen historischen Erfahrungskern, der von den multiplen, sich überschneidenden Krisen- und Desintegrationstendenzen der deutschen Nachkriegsgesellschaft geprägt war. Sowohl Heimann als auch Mendelssohn Bartholdy haben ihre Arbeit als Beitrag zur Überwindung gesellschaftlicher Spaltungen und zur Stabilisierung der demokratischen Ordnung der Weimarer Republik verstanden. Mit ihren Werken reagierten sie auf das drängende praktische Problem ihrer Zeit, »wie sich eine durch krasse Einkommens- und Statusdifferenzen, verfestigte soziale Milieus, konträre Weltanschauungen und differierende religiöse Bekenntnisse, Klassen- und Weltanschau-

---

98 Gantzel-Kress 1985, S. 132, 140.

ungsparteien mehrfach fragmentierte Gesellschaft sozial-politisch und national-staatlich integrieren läßt«<sup>99</sup>. Die darin aufscheinende Problemstellung einer politischen Einheits- und Ordnungsstiftung unter den Bedingungen pluralisierter gesellschaftlicher Interessen, Meinungen und Einstellungen, deren weitreichende Implikationen in der neuen Realität der Weimarer Republik mit voller Wucht durchschlugen, lässt sich gewissermaßen als eine systematische Grundfrage moderner Politikwissenschaft charakterisieren. Die Werke von Heimann und Mendelssohn Bartholdy können dementsprechend als Versuche begriffen werden, dieses Grundproblem modernen, politikwissenschaftlichen Denkens jeweils mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bearbeiten.

An ihren jeweiligen Lösungsvorschlägen, der sozialpolitischen Abfederung sozioökonomischer Widersprüche und der Begründung eines lagerübergreifenden demokratischen Reformsozialismus einerseits und dem Appell an bürgerlich-kosmopolitische Tugenden und der Enthüllung einer historischen Wahrheit zur nationalmoralischen Entlastung andererseits, drückt sich die zeitgenössische Suche nach verbindenden, gemeinschaftsstiftenden Erzählungen aus. Zugleich werden an ihnen aber auch die Grenzen der jeweiligen Ansätze zur angemessenen wissenschaftlichen Analyse der politischen Wirklichkeit sichtbar, welche durch starke normativ-weltanschauliche Setzungen und essentialistische Zuschreibungen notwendigerweise präformiert und dadurch in ihrer Erklärungskraft beschränkt bleiben müssen.

Auch wenn die Ansätze von Heimann und Mendelssohn Bartholdy aus heutiger Perspektive kaum überzeugend sind, so kann durch die Rekonstruktion ihrer Politik- und Wissenschaftsverständnisse doch daran erinnert werden, dass ›das Politische‹ keineswegs einen von vorneherein feststehenden und abschließend fixierbaren Gegenstandsbereich darstellt, der exklusiv aus einer bestimmten fachwissenschaftlichen Perspektive heraus untersucht werden kann. Vielmehr unterliegt dasjenige, was unter Politik und den angemessenen Methoden ihrer wissenschaftlichen Erkenntnis verstanden wird, einem historischen Wandel und ist abhängig von gesellschaftlichen Kontextbedingungen. Zu einer Politikwissenschaft, welche den eigenen wissenschaftlichen Standort angemessen reflektieren kann, gehört deshalb auch ein Verständnis für ihre mitunter verschlungene (Vor-)Geschichte.

## Bibliografie

- Allgoewer, Elisabeth/Schroeter, Felix (2022): Von der Staatswissenschaft zur Volkswirtschaftslehre. Die Anfänge der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Hamburger Universität. In: Nicolaysen, Rainer/Krause, Eckart/Zimmermann, Gunnar B. (Hrsg.): 100 Jahre Universität Hamburg: Studien zur Hamburger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in vier Bänden. Band 3: Erziehungswissenschaft, Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft. Göttingen: Wallstein, S. 159–235.
- Bachmann, Sarah A. (2022): Schlaglichter auf 100 Jahre Rechtswissenschaft an der Hamburger Universität. In: Nicolaysen, Rainer/Krause, Eckart/Zimmermann, Gunnar B. (Hrsg.): 100 Jahre Universität Hamburg: Studien zur Hamburger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in vier Bänden. Band 3: Erziehungswissenschaft, Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft. Göttingen: Wallstein, S. 363–644.
- Badura, Bernhard (1980): Heimanns demokratischer Sozialismus, eine Provokation moderner Sozialpolitik. In: Heimann, Eduard: Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik. Mit einem Vorwort von Bernhard Badura. Frankfurt: Suhrkamp, S. III–XXII.
- Bauer, Stephan (2024): Efraim Frisch und Albrecht Mendelssohn Bartholdy. Stationen und Kontexte einer intellektuellen Doppelbiografie (1900–1939). Potsdam: Universitätsverlag Potsdam.
- Behrmann, Günther C. (1998): Die Verselbständigung der Wissenschaft von der Politik. Gründung und Begründung einer neuen Fachwissenschaft. In: Acham, Karl/Nörr, Knut Wolfgang/Shefold, Bertram (Hrsg.): Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste. Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften zwischen den 20er und 50er Jahren. Stuttgart: Steiner, S. 443–478.
- Bergstraesser, Arnold (1966): Die Stellung der Politik unter den Wissenschaften. In: ders. (Hrsg.): Politik in Wissenschaft und Bildung. Schriften und Reden. 2. erw. Auflage. Freiburg: Verlag Rombach, S. 17–31.
- Büttner, Ursula (2008): Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Stuttgart: Clett-Kotta.
- Bleek, Wilhelm (1996): Aspekte der Wissenschaftsgeschichte der Politikwissenschaft. In: Lietzmann, Hans J./Bleek, Wilhelm (Hrsg.): Politikwissenschaft. Geschichte und Entwicklung in Deutschland und Europa. München: Oldenbourg, S. 21–37.
- Bleek, Wilhelm (2001): Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland. München: C.H. Beck.
- Dathe, Stephan (2019): »Das Imperium des Professors«. Annäherungen an den Wissenschaftler Albrecht Mendelssohn Bartholdy und sein Werk. In: Mendelssohn Studien. Beiträge zur neueren deutschen Kulturgeschichte Bd. 21, S. 239–265.
- Eisfeld, Rainer (2013): Ausgebürgert und doch angebräunt: deutsche Politikwissenschaft 1920–1945. Baden-Baden: Nomos.
- Fjalkowski, Jürgen (1996): Die Bedeutung des Jahres 1945 für die Entwicklung der Politikwissenschaft in Deutschland. In: Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft 9(1), S. 305–325.
- Fraenkel, Ernst (1967): Die Wissenschaft von der Politik und die Gesellschaft. In: Schneider, Heinrich (Hrsg.): Aufgabe und Selbstverständnis der politischen Wissenschaft. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 228–247.
- Gangl, Manfred (2008): Das Politische: zur Entstehung der Politikwissenschaft während der Weimarer Republik. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Gantzel-Kress, Gisela (1983): Zur Geschichte des Instituts für Auswärtige Politik. Von der Gründung bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme. In: Gantzel, Klaus Jürgen (Hrsg.): Kolonialrechtswissenschaft, Kriegsursachenforschung, internationale Angelegenheiten: Materialien und Interpretationen zur Geschichte des Instituts für Internationale Angelegenheiten der Universität Hamburg 1923–1983 im Widerstreit der Interessen. Baden-Baden: Nomos, S. 23–88.
- Gantzel-Kress, Gisela (1985): Albrecht Mendelssohn Bartholdy: ein Bürgerhumanist und Versöhnungsdiplomate im Aufbruch der Demokratie in Deutschland. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 71(1), S. 127–143.
- Gantzel-Kress, Gisela (1991): Das Institut für Auswärtige Politik im Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus (1933 bis 1937). In: Krause, Eckart/Huber, Ludwig/Fischer, Holger (Hrsg.): Hochschulalltag im »Dritten Reich«. Die Hamburger

- Universität 1933–1945. Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Band 3. Berlin: Reimer, S. 913–927.
- Göhler, Gerhard (1991): Einleitende Überlegungen zum Kontinuitätsproblem. In: ders./Zeuner, Bodo (Hrsg.): Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft. Baden-Baden: Nomos, S. 8–22.
- Haarmann, Moritz Peter (2015): Wirtschaft – Macht – Bürgerbewusstsein. Walter Euckens Beitrag zur sozioökonomischen Bildung. Wiesbaden: Springer VS.
- Heimann, Eduard (1924a): Entwicklungsgang der wirtschafts- und sozialpolitischen Systeme und Ideale. Die jüngste Entwicklung. In: Grundriss der Sozialökonomik. I. Abteilung. Historische und theoretische Grundlagen. I. Teil: Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft. Zweite, erweiterte Auflage. Tübingen: J.C.B. Mohr, S. 185–201.
- Heimann, Eduard (1924b): Marktwirtschaft, Klassengesellschaft und Sozialpolitik. Über die wissenschaftliche Grundlegung der Sozialpolitik und ihr Schrifttum. In: Kölner Sozialpolitische Vierteljahresschrift 3(2), S. 45–71.
- Heimann, Eduard (1926): Sozialismus und Sozialpolitik. Ökonomische und philosophische Betrachtungen über die Beziehung zwischen ihnen. In: Tillich, Paul (Hrsg.): Kairos. Zur Geisteslage und Geisteswendung. Darmstadt: Reichl, S. 289–310.
- Heimann, Eduard (1931a): Liberalismus und Kapitalismus. In: ders. (Hrsg.): Kapitalismus und Sozialismus. Reden und Aufsätze zur Wirtschafts- und Geisteslage. Potsdam: Alfred Protte Verlag, S. 9–18.
- Heimann, Eduard (1931b): Was will der Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur soziologischen Analyse. In: Neue Blätter für den Sozialismus. Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung 2(4), S. 145–148.
- Heimann, Eduard (1931c): Warum SPD? In: Neue Blätter für den Sozialismus. Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung 2(12), S. 590–603.
- Heimann, Eduard (1932a): Die soziologisch-politische Bedeutung der Sozialwissenschaften. In: ders. (Hrsg.): Sozialwissenschaft und Wirklichkeit. Tübingen: J.C.B. Mohr, S. 3–32.
- Heimann, Eduard (1932b): Sozialismus und Mittelstand. In: ders. (1980): Sozialismus im Wandel der modernen Gesellschaft. Aufsätze zur Theorie und Praxis des Sozialismus. Herausgegeben und eingeleitet von Heinz-Dietrich Ortlieb. Berlin: J.H.W. Dietz, S. 75–90.
- Heimann, Eduard (1980): Soziale Theorie des Kapitalismus: Theorie der Sozialpolitik. Mit einem Vorwort von Bernhard Badura. Frankfurt: Suhrkamp.
- Heinemann, Ulrich (1983): Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Heinemann, Ulrich (1988): Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion. In: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 371–386.
- Heyder, Ulrich (1977): Der sozialwissenschaftliche Systemversuch Eduard Heimanns. Darstellung und Kritik der Möglichkeit einer einheitlichen Theorie der modernen Wirtschafts- und Sozialsysteme. Frankfurt: Peter Lang.
- Huhn, Michael (1986): »Europäische Gespräche«: eine außenpolitische Zeitschrift der Weimarer Zeit. In: Gantzel, Klaus-Jürgen (Hrsg.): Wissenschaftliche Verantwortung und politische Macht. Berlin: Reimer, S. 65–183.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2003): Sozialpolitisches Denken: die deutsche Tradition. Frankfurt: Suhrkamp.
- Köster, Roman (2008): Die Wissenschaft der Außenseiter: die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kodalle, Klaus-M. (1975): Politische Solidarität und ökonomisches Interesse. Der Begriff des Sozialismus nach Eduard Heimann. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 26(1), S. 3–31.
- Kraushaar, Wolfgang (1994): Implosion der Mitte – Teil II. In: Mittelweg 36(3), S. 73–91.
- Krohn, Claus-Dieter (1981): Wirtschaftstheorien als politische Interessen. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918–1933. Frankfurt: Campus Verlag.
- Kruse, Volker (1994): Historisch-soziologische Zeitdiagnosen in Westdeutschland nach 1945: Eduard Heimann, Alfred von Martin, Hans Freyer. Frankfurt: Suhrkamp.
- Mendelssohn Bartholdy, Albrecht (1917): Bürgertugenden in Krieg und Frieden: fünf Vorträge im Freien Deutschen Hochstift. Tübingen: Mohr.
- Mendelssohn Bartholdy, Albrecht (1920): Das Volk und seine Diplomaten. Würzburg: Kabitzsch & Mönnich.

- Mendelssohn Bartholdy, Albrecht (1922a): Zur Einführung des fünften Bandes. In: Anschütz, Gerhard/Berolzheimer, Fritz/Jellinek, Georg/Lenz, Max/von Liszt, Franz/von Schanz, Georg/Schiffer, Eugen/Wach, Adolf (Hrsg.): Handbuch der Politik. Band 5: Der Weg in die Zukunft. Dritte Auflage. Berlin: Walthers Rothschild, S. XV–XVI.
- Mendelssohn Bartholdy, Albrecht (1922b): Gesamteuropäische Kolonialpolitik. In: Wirtschaftsdienst 38(11), S. 923–924.
- Mendelssohn Bartholdy, Albrecht (1923): Vom Völkerbund und der öffentlichen Meinung. In: Europäische Gespräche 1(4), S. 288–301.
- Mendelssohn Bartholdy, Albrecht (1924a): Verfassungsleben des Auslandes. In: Teubner, Benedictus Gotthelf (Hrsg.): Handbuch der Staats- und Wirtschaftskunde. Erste Abteilung: Staatskunde. Band 1, Heft 2. Leipzig: Teubner, S. 79–105.
- Mendelssohn Bartholdy, Albrecht (1924b): Deutschland und das Mandatssystem. In: Europäische Gespräche 2(21), S. 313–315.
- Mendelssohn Bartholdy, Albrecht (1925): Lernt auswärtige Politik! In: Echo der jungen Demokratie 7(6/7), S. 194–196.
- Mendelssohn Bartholdy, Albrecht (1927a): Diplomatie. Berlin: Rothschild.
- Mendelssohn Bartholdy, Albrecht (1927b): The European Situation. New Haven: Yale University Press.
- Mendelssohn Bartholdy, Albrecht (1930a): Institut für Auswärtige Politik. In: Brauer, Ludolph (Hrsg.): Forschungsinstitute: Ihre Geschichte, Organisation und Ziele, Band 2. Vaduz/Liechtenstein: Topos-Verl., S. 332–346.
- Mendelssohn Bartholdy, Albrecht (1930b): Soll Deutschland kündigen? In: Europäische Gespräche 8(7), S. 589–600.
- Mendelssohn Bartholdy, Albrecht (1932): Gleiches Recht für alle. I. Die Kriegsschuldfrage. In: Europäische Gespräche 9(1), S. 1–13.
- Münkler, Herfried/Krause, Skadi (2003): Geschichte und Selbstverständnis der Politikwissenschaft in Deutschland. In: Münkler, Herfried (Hrsg.): Politikwissenschaft. Ein Grundkurs. Reinbek: Rowohlt, S. 13–54.
- Nickel, Erich (2004): Politik und Politikwissenschaft in der Weimarer Republik. Berlin: Rothschild-Verlag.
- Nicolaysen, Rainer (1997): Siegfried Landshut: die Wiederentdeckung der Politik. Eine Biographie. Frankfurt: Jüdischer Verlag.
- Nicolaysen, Rainer (2011): Alfred Mendelssohn Bartholdy (1974–1936). Jurist – Friedensforscher – Künstler. In: Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht 75(1), S. 1–31.
- Nicolaysen, Rainer/Krause, Eckart/Zimmermann, Gunnar B. (Hrsg.) (2022): 100 Jahre Universität Hamburg: Studien zur Hamburger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in vier Bänden. Band 3: Erziehungswissenschaft, Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft. Göttingen: Wallstein, S. 159–235.
- Niesen, Peter/Weiß, David (Hrsg.) (2021): 100 Jahre Politikwissenschaft in Hamburg. Bruchstücke zu einer Institutsgeschichte. Bielefeld: transcript.
- Paulus, Stefan (2010): Vorbild USA? Amerikanisierung von Universität und Wissenschaft in Westdeutschland 1945–1976. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Payk, Marcus M. (2018): Frieden durch Recht? Der Aufstieg des modernen Völkerrechts und der Friedensschluss nach dem Ersten Weltkrieg. Berlin: De Gruyter.
- Rathmann, August (1988): Eduard Heimann (1889–1967). Von Marx und seiner »überwältigend großartigen« Lehre zum religiös-freiheitlichen Sozialismus. In: Lösche, Peter/Scholing, Michael/Walter, Franz (Hrsg.): Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten. Berlin: Colloquium Verlag, S. 121–144.
- Rieter, Heinz (2011): Eduard Heimann – Sozialökonom und religiöser Sozialist. In: Nicolaysen, Rainer (Hrsg.): Das Hauptgebäude der Universität Hamburg als Gedächtnisort. Mit sieben Porträts in der NS-Zeit vertriebenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Hamburg: Hamburg University Press, S. 229–259.
- Scholl, Stefan (2015): Begrenzte Abhängigkeit: »Wirtschaft« und »Politik« im 20. Jahrhundert. Frankfurt: Campus Verlag.
- Stöckmann, Jan (2016): Studying the International, Serving the Nation: The Origins of International Relations (IR) Scholarship in Germany, 1912–33. In: The International History Review 38(5), S. 1055–1080.
- Tenbruck, Friedrich (1994): Wie kann man die Geschichte der Sozialwissenschaft in den 20er Jahren schreiben? In: Nörr, Knut Wolfgang/Schefold, Bertram/ders. (Hrsg.): Geisteswissenschaften zwischen Kaiserreich und Republik. Zur Entwicklung von Nationalökonomie, Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaft im 20. Jahrhundert. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 23–46.



## »Ehe die Spitzhacke ihre Arbeit beginnt«

Andreas Walther und seine ›ausmerzende‹ Soziologie  
in der Notarbeit 51 der Notgemeinschaft der  
Deutschen Wissenschaft

*Christopher Kirschner*

### 1. Einleitung

Von Mai 1934 bis November 1935 erforschte die *Arbeitsgemeinschaft zur Untersuchung sozialer Krankheitsherde in Grosshamburg*<sup>1</sup> unter Leitung des Soziologen Andreas Walther die Wohn- und Lebensverhältnisse in mehreren Stadtteilen Hamburgs.<sup>2</sup> Durch die Ermittlung und großstadtsoziologische Analyse von acht »gemeinschädigenden Regionen« sollten im Rahmen dieser Forschungsarbeit, die im weiteren Verlauf dieses Artikels unter dem Kurztitel Notarbeit 51 aufgeführt wird, »möglichst viele Erscheinungen der Asozialität, Kriminalität und Minderwertigkeit«<sup>3</sup> festgehalten werden. Mit der Notarbeit 51 erbrachte Andreas Walther soziologische Vorarbeiten für eine von ihm empfohlene Sanierung der Stadt Hamburg, die, anders als bisher, eine »soziale Gesundung«<sup>4</sup> des sogenannten ›deutschen Volkes«<sup>5</sup> zum Ziel haben sollte.<sup>6</sup>

Die Forschungsgruppe war am Hamburger Seminar für Soziologie angegliedert und wurde auf offizielle Weisung des Hamburger Bürgermeisters Carl Vincent Krogmann<sup>7</sup> durch Behörden wie örtliche Polizeistellen, die Wohlfahrtsbehörde, die Landesunterrichtsbehörde sowie Organisationen der *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei* (NSDAP) unter anderem durch die Bereitstellung von Aktenbeständen unterstützt.<sup>8</sup> Damit hatten Walther und seine Angestellten Zugriff auf einen für die Soziologie bis dahin unerschlos-

1 Staatsarchiv Hamburg, Best. 364–51, Nr. K 20.01 Heft 401, Schreiben von Andreas Walther über die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft zur Untersuchung sozialer Krankheitsherde in Grosshamburg, 28.03.1934.

2 Vgl. Pahl-Weber/Schubert 1987, S. 112.

3 Walther 1936, S. 4 u. 15.

4 Ebd., S. 3.

5 Im Folgenden werden nationalsozialistische Eigenbegriffe, soweit sie nicht direkt zitiert werden, zur Distanzierung in einfache Anführungszeichen gesetzt.

6 Vgl. Walther 1936, S. 4.

7 Staatsarchiv Hamburg, Best. 131–10 I, Nr. 1935 Ma 1 32, Schreiben von Andreas Walther an den Regierungsdirektor Oscar Toepfer und das Hamburgische Staatsamt, 1935.

8 Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Best. I. 09. Notarbeit 51, Nr. 1, ca. 1935c, S. 27.

senen Datenfundus. Was bis zum Beginn des Jahres 1933 aufgrund formaler Beschränkungen unzugänglich gewesen war, wurde nun für den höheren Zweck der ›Gesundung‹ einer deutschen ›Volksgemeinschaft‹ freigegeben.

Eine Zusammenfassung der Forschungsergebnisse sowie daraus abgeleitete politische Handlungsaufforderungen wurden im Jahr 1936 unter dem Titel *Neue Wege zur Großstadtsanierung*<sup>9</sup> veröffentlicht. Umfangreiche Stadtsanierungen zur ›Volksgesundung‹<sup>10</sup> konnten jedoch unter anderem aufgrund des deutschen Angriffskrieges auf die europäischen Nachbarstaaten und die Sowjetunion sowie der Zerstörung großer Teile des Hamburger Stadtgebietes durch alliierte Bombenangriffe nicht verwirklicht werden. Die Notarbeit 51 ist – ungeachtet ihrer nicht erfolgten Umsetzung – als ein historischer Untersuchungsgegenstand zu betrachten, mit dem ein Blick auf die wissenschaftliche Praxis soziologischen Arbeitens während der Zeit des Nationalsozialismus geworfen werden kann. Anhand der Konzeption der stadtsoziologischen Forschungsarbeit lässt sich so unter anderem die (Mit-)Arbeit von Soziologen, wie Andreas Walther, an einer nationalsozialistischen Konstruktion von ›(Volks-)Gemeinschaft‹ untersuchen.

Im vorliegenden Beitrag werden die Instrumente der Datenerhebung sowie die darin enthaltenen völkischen, rassistischen und sozialdarwinistischen Präkonstruktionen der Notarbeit 51 analysiert.<sup>11</sup> Der Aufbau des Aufsatzes ist dabei wie folgt: In Abschnitt 2 findet sich eine kurze biografische Übersicht zu Andreas Walther. Abschnitt 3 beinhaltet die soziologische Analyse der Notarbeit 51. Dieser Analyse geht eine kurze historische Einordnung voraus, in welcher die großangelegten Sanierungsvorhaben des Hamburger Stadtgebietes ab Ende des 19. Jahrhunderts sowie die politischen Umsturzereignisse von 1933 kurz skizziert werden. Darüber hinaus werden Konzept und Umfang der von Andreas Walther geleiteten Forschungsarbeit erläutert. In Abschnitt 3.1 werden die empirische sowie die theoretische Bestimmung der Untersuchungsgebiete der

9 Walther 1936, S. 3.

10 Der Begriff der ›Volksgesundung‹ entstammt den Diskursen der sogenannten Sozialhygiene und wird insbesondere ab Anfang der 1920er Jahre in Deutschland verwendet. Die Sozialhygiene befasste sich bereits zum Ende des 19. Jahrhunderts mit den gesellschaftlichen Folgen von Industrialisierung und Urbanisierung. ›Krankheit‹ wurde hierbei sowohl im Hinblick auf den individuellen Körper als auch auf den gesellschaftlichen Körper verstanden, wobei insbesondere soziale und ökonomische Verhältnisse als wichtige Faktoren für das Auftreten oder Ausbleiben von ›Krankheiten‹ betrachtet wurden. Der sozialhygienische Begriff von ›Krankheit‹ wurde vorrangig metaphorisch verwendet und konnte sowohl für ›minderwertiges‹ oder ›schädliches‹ Verhalten als auch für stigmatisierte Gruppen verwendet werden, deren soziales Gefüge die gesellschaftlichen Verhältnisse zu bedrohen schien, vgl. Schnitzler 2012, S. 96ff.

11 Vgl. Bourdieu 1988, S. 43.

Notararbeit 51 rekonstruiert und die darin implementierten Vorannahmen herausgearbeitet. Abschnitt 3.2 widmet sich dem Klassifikationssystem, nach dem Bewohner\*innen<sup>12</sup> »gemeinschaftlicher Regionen« anhand von sechs Kategorien im Hinblick auf »Asozialität«, »Erbminderwertigkeiten«<sup>13</sup> und Leistungsunfähigkeit<sup>14</sup> klassifiziert wurden. In Abschnitt 3.3 wird untersucht, inwieweit es Andreas Walther gelang, die Ergebnisse seiner Forschungsarbeit sowie die daran anschließenden methodologischen sowie städteplanerischen Forderungen im regionalen bürokratisch-politischen Feld zu forcieren. Die Untersuchung stützt sich vorrangig auf die Schrift *Neue Wege zur Großstadtsanierung*, die Andreas Walther anlässlich des Abschlusses seines Forschungsprojektes veröffentlichte. Sechs erhaltene Protokolle<sup>15</sup>, welche die an dem Projekt beschäftigten Mitarbeiter über die Erhebungsgebiete anfertigten, werden ergänzend hinzugezogen. In Abschnitt 4 werden die zentralen Ergebnisse in Form eines Fazits zusammengefasst.

## 2. Andreas Walther und das Hamburger Seminar für Soziologie

Geboren wurde Andreas Walther am 10. Februar 1879. Zusammen mit seinen neun Geschwistern wuchs er in Cuxhaven auf. Sein Vater, ein lutherischer Theologe, war zeitweise Rektor der Universität Rostock. Wie er begann auch Andreas Walther nach dem Abitur eine akademische Ausbildung. Nach einem abgebrochenen Theologiestudium studierte er ab 1905 Geschichte in Göttingen und promovierte 1908 in diesem Fach.<sup>16</sup> Im Jahr 1911 habilitierte sich Walther in Berlin bei dem Historiker Otto Hintze.<sup>17</sup> Hintze sah die Soziologie als eine Bereicherung für die Geschichtswissenschaft an und kann als möglicher Impulsgeber für Walthers zunehmendes Interesse an der Soziologie

---

12 Zur geschlechtergerechten Sprache kommt in dieser Arbeit der Genderstern zum Einsatz, etwa Bewohner\*innen. Bei Bezeichnungen für historische Personengruppen, die im betrachteten Zeitraum faktisch ausschließlich oder vorrangig aus männlichen Mitgliedern bestanden, wird die traditionelle maskuline Form verwendet. Dies dient der historischen Genauigkeit und bedeutet nicht, dass diese Gruppen grundsätzlich oder zu jeder Zeit exklusiv männlich gewesen sein müssen.

13 Walther 1936, S. 9.

14 Der Begriff der Leistungsunfähigkeit, den Walther selbst so nicht verwendet, dient der Bündelung von Aussagen, in denen Walther »gemeinschaftlichen« Personen eine genetische Unfähigkeit oder subjektive Unwilligkeit unterstellt, »für sich und ihre Familie den Lebensunterhalt zu beschaffen«, ebd., S. 7.

15 Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Best. I. 09. Notararbeit 51, Nr. 1, Neustadt, ca. 1935a; Best. I. 09. Notararbeit 51, Nr. 1, Uhlenhorst Barmbek, ca. 1935b; Best. I. 09. Notararbeit 51, Nr. 1, Sternschanze, ca. 1935c; Best. I. 09. Notararbeit 51, Nr. 1, St. Pauli, 28. Mai 1934; Best. I. 09. Notararbeit 51, Nr. 2, St. Georg, ca. 1935d; Best. I. 09. Notararbeit 51, Nr. 2, Hoheluft, September 1935.

16 Staatsarchiv Hamburg, Best. 361–6, Nr. I 404 Bd. 1, Personalnachweisung von Andreas Walther, undatiert.

17 Walther 1911.

betrachtet werden. Mit der Soziologie wandte er sich einer Disziplin zu, die zu diesem Zeitpunkt im Deutschen Reich kein eigenständiges Fach an Universitäten war. Erste Lehrstühle entstanden erst zu Beginn der 1920er Jahre und damit deutlich später als beispielsweise in Frankreich oder den Vereinigten Staaten.<sup>18</sup>

Auf einer Studienreise durch die Vereinigten Staaten im Jahr 1913 kam Walther mit den frühen Arbeiten der amerikanischen Stadtsoziologie in Berührung, die sein wissenschaftliches Interesse für den urbanen Lebensraum nachhaltig prägen sollten.<sup>19</sup> Zu einem weiteren wissenschaftlichen Schwerpunkt Walthers entwickelte sich die völkervergleichende Soziologie. Sein soziologisches Verständnis war insbesondere durch die Werke von Herbert Spencer, der Chicago School und Max Weber geprägt.<sup>20</sup> Schriften, die Walther in seiner Funktion als wissenschaftlicher Intellektueller verfasste, beinhalteten im Sinne einer pädagogischen Soziologie fortlaufend die Forderung nach gesellschaftlicher Besserung durch den Einsatz soziologischen Wissens.<sup>21</sup> Nach der Teilnahme am Ersten Weltkrieg im Verwaltungsapparat des deutschen Heeres wurde Walther im Jahr 1921 an der Universität Göttingen zum ordentlichen Professor ernannt. Zur Ausübung seiner *Venia legendi* erhielt er ein persönliches Ordinariat für Geschichte, in welchem Soziologie im Sinne einer vergleichenden Geistesgeschichte in den Lehrplan integriert werden sollte.<sup>22</sup> Im Jahr 1922 wurde er Mitglied der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* (DGS). Dort lernte er den Gründer und langjährigen Vorsitzenden der DGS, Ferdinand Tönnies, kennen.<sup>23</sup> Im Jahr 1926 unternahm Walther eine zweite Forschungsreise durch die USA. Die Erfahrungen und wissenschaftlichen Eindrücke aus dieser Zeit hielt er in dem Buch *Soziologie und Sozialwissenschaften in Amerika und ihre Bedeutung für die Pädagogik*<sup>24</sup> fest.<sup>25</sup>

Im Jahr 1927 wurde Walther auf den neugegründeten Lehrstuhl für Soziologie der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät an der Hamburger Universität berufen. Es ist anzumerken, dass Walther nicht die erste Wahl der Fakultätsmitglieder darstellte. Das Ordinariat sollte eigentlich an den Heidelberger Nationalökonom und Kultursoziologen Alfred Weber gehen, Bruder des zu diesem Zeitpunkt

---

18 Vgl. Käsler 1984, S. 293.

19 Vgl. Neumann 1987, S. 302.

20 Vgl. Roth 1987, S. 42.

21 Vgl. Walther 1919; Walther 1936; Walther 1939; Staatsarchiv Hamburg, Best. 361–6, Nr. I 404 Bd. 1, Vortrag bei der Gesellschaft der Freunde des väterländischen Schul- und Erziehungswesens zum Thema »Erziehung zur Demokratie«, undatiert.

22 Vgl. Neumann 1987, S. 300.

23 Vgl. van Dyk/Schauer 2015, S. 92.

24 Walther 1927; vgl. Nicolaysen 1997, S. 95ff.

25 Vgl. Waßner 1985, S. 64.

bereits verstorbenen Soziologen Max Weber. Da die Soziologie als eigenständiges Fach zu Beginn der 1920er Jahre in Deutschland politisch und wissenschaftlich umstritten war, glaubte man, mit Alfred Weber jemanden zu berufen, mit dem man »einem möglichen Protest direkt das Wasser«<sup>26</sup> abgraben könne. Alfred Weber entschied sich jedoch schlussendlich für einen Verbleib an der Universität Heidelberg. Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät stellte daraufhin nach Beratungen mit Ferdinand Tönnies<sup>27</sup> eine aus drei Personen bestehende Berufungsliste<sup>28</sup> auf:

1. Andreas Walther (Göttingen)
2. Alfred Meusel (Aachen)
3. Karl Mannheim (Heidelberg)

Neben Walthers Schwerpunkt für Großstadtsoziologie kann eine mögliche Unterstützung durch Ferdinand Tönnies einen entscheidenden Vorteil gegenüber seinen Mitbewerbern dargestellt haben.<sup>29</sup> Ob sich Tönnies für die Berufung Walthers aussprach, lässt sich anhand der in dieser Arbeit berücksichtigten Primärquellen nicht nachvollziehen.

In den ersten Jahren seiner Amtszeit als Ordinarius engagierte sich Andreas Walther mit Nachdruck für die Anerkennung der Soziologie an der Universität Hamburg. So erreichte er 1931, dass Soziologie zum Haupt- und damit zum Promotionsfach wurde.<sup>30</sup> Rainer Waßner datiert diesen Erfolg Walthers fälschlicherweise auf das Jahr 1934 und führt so eine Professionalisierung des Faches auf die veränderten Machtverhältnisse während der frühen Phase der Diktatur unter den Nationalsozialisten zurück.<sup>31</sup>

---

26 Staatsarchiv Hamburg, Best. 364–13, Nr. Jur. Fak. Nr. 102, Protokoll der Fakultätsrats-sitzung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, 30.10.1926.

27 Vgl. Nicolaysen 1997, S. 95ff.

28 Staatsarchiv Hamburg, Best. 364–13, Nr. Jur. Fak. Nr. 102, Protokoll der Fakultätsrats-sitzung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, 28.5.1927.

29 Vgl. Waßner 1985, S. 16.

30 Die Promotion im Hauptfach Soziologie wurde, obwohl das Fach bis dahin noch in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät angesiedelt war, 1931 durch die Philosophische Fakultät zugelassen. Bedingung für die Absolvierung einer Promotion in der Soziologie war, dass von den Fächern Philosophie, Psychologie und Erziehungswissenschaften eins als Nebenfach gewählt wurde. Aufgrund der hier vorgebrachten Erkenntnisse bedarf Waßners Professionalisierungsthese einer erneuten und kritischen Betrachtung, was jedoch an anderer Stelle erfolgen muss, vgl. Staatsarchiv Hamburg, Best. 364–13, Nr. Phil. Fak. A117, Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät an den Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, 19.5.1931.

31 Vgl. Waßner 2018, S. 33.

Wie viele seiner professoralen Kollegen trat Andreas Walther am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein.<sup>32</sup> Sein Eintritt erfolgte nach der Reichstagswahl im März 1933 und damit zu einem Zeitpunkt, an dem der NSDAP-Mitgliederanteil im Bildungsbürgertum deutlich zunahm.<sup>33</sup> Bei dem Versuch einer Erklärung für die Parteimitgliedschaft Walthers müssen Spekulationen über individuelle Intentionen, die Walther zu dieser Entscheidung bewogen haben mochten, aus Gründen der Wissenschaftlichkeit unterlassen werden, auch da sie sich aus den vorhandenen Quellen nicht rekonstruieren lassen. Die Häufung von Parteieintritten aus Teilen des Bildungsbürgertums auf vermeintlich individuelle Beweggründe zu reduzieren, unterschlägt insbesondere die kollektiven Macht- und Sozialprozesse, die für das Phänomen eines Masseneintritts notwendig waren.<sup>34</sup> Apologisierende Erklärungsversuche, wie die Rainer Waßners, welcher Walthers Parteieintritt an Charaktereigenschaften oder persönlichen Misserfolgen festmacht, erscheinen daher als unzureichend.<sup>35</sup> Waßners Argumentation zur Verteidigung Walthers basiert dabei vor allem auf Ad-hoc-Erklärungen, die weder wissenschaftliche Erkenntnis liefern noch einer wissenschaftlichen Objektivität gerecht werden.<sup>36</sup> Während Hamburger Sozialwissenschaftler wie Eduard Heimann, Siegfried Landshut oder Kurt Singer aufgrund antisemitischer, politischer oder anderweitiger Verfolgung durch die Nationalsozialisten ins Ausland emigrieren mussten, proklamierten Soziologen wie Andreas Walther oder Hans Freyer die Epoche einer Soziologie, die sich vorrangig um

---

32 Bundesarchiv, NSDAP-Mitgliederkartei, Best. BAArch R 9361-VIII KARTEI, Nr. 24940151, NSDAP-Mitgliederkartei Andreas Walther, 01.05.1933.

33 Vgl. Haar 2009, S. 71.

34 Darüber hinaus verengt eine solche Perspektive den Fokus auf die Zeit des Eintrittsjahres, wodurch Walthers vorheriges wissenschaftliches und gesellschaftliches Handeln außer Acht gelassen wird. Elena Beregow et al. verweisen diesbezüglich auf Walthers zeitdiagnostische Schriften in den 1920er Jahren. Seine Kritik an der Weimarer Republik sowie einer fehlenden nationalen Einheit Deutschlands lässt den Autor\*innen zufolge bereits ein »praktisches Interesse an gesellschaftlicher Veränderung« erkennen. Die Entwicklung einer »ausmerzenden Soziologie« entwickelte sich Beregow et al. zufolge daher nicht aus einer »Andienung an den Nationalsozialismus«, sondern war bereits »in dieser Kombination des kulturpessimistischen Gemeinschaftsdenkens mit praxisorientierten Techniken des »social engineering« angelegt, Beregow et al., 2022, S. 274.

35 So schreibt Waßner: »Ich stelle ihn mir als einen frustrierten Wissenschaftler vor, dessen sämtliche, jahrelange Bemühungen in Göttingen und Hamburg um Respektierung der Soziologie gescheitert waren, und der nun – und nicht allein! – die Stunde der Soziologie gekommen sah.«, Waßner 1985, S. 40; vgl. auch Waßner 1988, S. 228f.

36 Vgl. Weber 1988, S. 148–152.

die ›Gemeinschaft‹<sup>37</sup> und das ›deutsche Volk‹ zu kümmern habe.<sup>38</sup> Hierdurch wurde der Zweck wissenschaftlicher Forschung an einen politischen, einzig an den Vorstellungen des Nationalsozialismus ausgerichteten Zweck geknüpft. So schreibt Walther:

»Der Nationalsozialismus will unendlich viel mehr und Tieferes, als bisher genügen konnte, über die Gesellschaft wissen, weil er sie eben in großem Stil gestalten will. Ihm kann zum Beispiel nicht mehr genügen, was wir bisher an sogenannter Sozialstatistik hatten.«<sup>39</sup>

Walther machte dabei politische Probleme staatlicher Institutionen oder solche, die er zu eben diesen erklärte, zu Problemstellungen der Wissenschaft und der Soziologie. Hierbei nutzte er die symbolischen Strategien des Wissenschaftsfeldes<sup>40</sup> und sein eigenes symbolisches Kapital als Wissenschaftler, um seine Lösungsansätze einer theoretischen Praxis in das bürokratisch-politische Feld einzuführen. Hatte Max Weber zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch für eine objektive Wissenschaft plädiert, die ausschließlich »Probleme aufzeigen«<sup>41</sup>, nicht aber Lösungen anbieten sollte, erhoben sich Soziologen wie Walther zu theoretischen Praktikern einer wiederzubelebenden ›Volksgemeinschaft‹. Ihm fehlte jedoch ein dauerhafter Zugang zum lokalen, aber auch zum überregionalen Macht-Feld. Zwar waren, wie sich anhand der *Meldungen aus dem Reich*<sup>42</sup> zeigen lässt,

---

37 Der Begriff der Gemeinschaft ist von dem der Gesellschaft terminologisch zu unterscheiden. Während die Gemeinschaft einen irrationalen, auf Traditionen beruhenden, auf einen Ort oder eine Gruppe beschränkten, sozialen Verbund bezeichnet, stellt eine Gesellschaft eine rationale, institutionalisierte Form der sozialen Ordnung dar. Von der deutschen Bevölkerung als Gemeinschaft zu sprechen, bedeutete, davon auszugehen, es handle sich hierbei um ein abgrenzbares Kollektiv mit eindeutigen sozialen und kulturellen Eigenschaften. Durch die Analogie zur ›Volksgemeinschaft‹ wurde der Begriff in Abgrenzung zu Tönnies zu einem wissenschaftlichen Begriff, in welchem sich nationalsozialistische Vorstellungen ausdrücken ließen, vgl. Walther 1939, S. 36. Der Begriff der ›Gemeinschaft‹ entspricht daher, soweit er hier aufgeführt wird, einer politischen Kategorie, die Walther unter der Beibehaltung des soziologischen Begriffs der Gemeinschaft in den soziologischen Diskurs einführte, vgl. hierzu Tönnies 2012 [1887], S. 221–255.

38 Vgl. Waßner 1991, S. 1018; vgl. van Dyk/Schauer 2015, S. 51.

39 Walther 1939, S. 46.

40 Aufgrund der zentralen Bedeutung symbolischer Güter entspricht das Wissenschaftsfeld einem »genuin symbolischen« Feld, in welchem vor allem der Einsatz symbolischer Strategien erfolgt. Bereits die Verwendung der offensichtlichsten Zeichen von Wissenschaftlichkeit, also die Nachahmung von Verfahren und Begriffen der Wissenschaft, kann unter Ausweisung der notwendigen Symbole bereits eine Anerkennung im Wissenschaftsfeld erreichen, vgl. Fröhlich 2014, S. 330.

41 Weber 1988, S. 148.

42 Die sogenannten Meldungen aus dem Reich waren Lageberichte, welche der Sicherheitsdienst (SD) der Schutzstaffel (SS) von 1939 bis 1944 als Lageberichte an die politische Führung des Dritten Reiches übermittelte. Die Lageberichte enthielten Informationen »über Alltagssorgen, Gerüchte, politische Meinungsäußerungen«, die mithilfe eines umfangreichen Systems an V-Leuten zusammengetragen wurden. Mit der zunehmenden Verschlechterung der militärischen Situation wurden die Berichte von Teilen der nationalsozialistischen Führung zunehmend als ›defätistisch‹ wahrgenommen und daraufhin eingestellt. Konzeption und Entwicklung der Lageberichte gehen auf den

soziologische Erhebungen durchaus gefragt.<sup>43</sup> Die Soziologie wurde jedoch im Vergleich zu anderen wissenschaftlichen Disziplinen von den staatlichen Behörden des sogenannten Dritten Reiches nur in Ausnahmefällen konsultiert.

Indem Walther im Jahr 1934 die Wahl von Hans Freyer zum alleinigen »Führer«<sup>44</sup> der DGS unterstützte, trug er damit zum Sturz von Ferdinand Tönnies bei, der bis dahin eine Vereinnahmung der DGS durch die Nationalsozialisten zu verhindern suchte.<sup>45</sup> Zur selben Zeit engagierte sich Walther in großem Umfang in verschiedenen universitären Gremien und als Dekan der Philosophischen Fakultät.<sup>46</sup> Im Jahr 1941 übernahm er kurzzeitig die Leitung der *Politischen Fachgemeinschaft der Fakultäten*<sup>47</sup>, die ab 1934 ein Studium nach nationalsozialistischen Vorstellungen verwirklichen sollte und an deren Konzipierung Walther beteiligt war.<sup>48</sup> Aufgrund gesundheitlicher Probleme bat Walther im Winter 1943 um seine Emeritierung, die im Frühjahr 1944 erfolgte.<sup>49</sup> Hochschulpolitische Kämpfe innerhalb der Philosophischen Fakultät verhinderten eine schnelle Neubesetzung des Ordinariats und stellten sogar dessen Denomination infrage. Erst die britische Militärverwaltung verfügte im September 1945 über den endgültigen Erhalt des soziologischen Lehrstuhls. Gleichzeitig versetzte sie Walther zwangsweise in den Ruhestand, was im Vergleich zu seinem Status als Emeritus eine empfindliche Kürzung seiner Bezüge zur Folge hatte.<sup>50</sup> In einem Beschwerdeschreiben an die Verwaltung der Stadt Hamburg schrieb Walther über sein Verhältnis zum Nationalsozialismus:

»Einem Soziologen, dessen Amtspflicht das Studium der Sozialideen und der Sozialbewegungen ist, ist es nicht erlaubt, sich von dem politischen Bereich zurückzuziehen, wenn es sich so sehr wie beim Natio-

---

Rechts- und Staatswissenschaftler Reinhard Höhn, der zeitweise für den Soziologen und Rechtswissenschaftler Franz Wilhelm Jerusalem arbeitete, sowie den Zeitungswissenschaftler Alfred Six zurück, die beide für den SD tätig waren, vgl. Wildt 2003, S. 18.

43 Vgl. Reppinger 2019, S. 365.

44 van Dyk/Schauer 2015, S. 52.

45 Vgl. ebd.

46 Vgl. Waßner 1991, S. 1019.

47 Die Politische Fachgemeinschaft der Fakultäten an der Hamburger Universität war ein Zusammenschluss von Vertretern geistes-, sozial-, wirtschafts- und rechtswissenschaftlicher Fächer, die kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten gegründet wurde. Neben der Förderung von Interdisziplinarität und einer politischen Ausrichtung von Wissenschaft, bot die Fachgemeinschaft Seminare an, die einem »nationalsozialistische[n] ›Studium Generale« entsprachen, Asbach 2022, S. 251.

48 Staatsarchiv Hamburg, Best. 364–5I, Nr. C 51.2a, Ernennung von Andreas Walther zum Leiter der Politischen Fachgemeinschaft der Fakultäten, 6.05.1940.

49 Staatsarchiv Hamburg, Best. 361–6, Nr. I 404 Bd. 1, Emeritierung Andreas Walther, 10.03.1944.

50 Staatsarchiv Hamburg, Best. 361–6, Nr. I 404 Bd. 1, Schreiben der Hochschulabteilung, 04.09.1945.

nalsozialismus um soziale Lehren und soziale Massnahmen handelt. Der Soziologe ist verpflichtet, Stellung zu nehmen und gerade dann, wenn er Probleme und Gefahren sieht, zum Besseren zu helfen.«<sup>51</sup>

Im Jahr 1947 wurde Walther von einem Berufungsausschuss in die Kategorie IV und damit als *Mitläufer* eingestuft. Hierdurch war es ihm wieder erlaubt, einer wissenschaftlichen Tätigkeit nachzugehen.<sup>52</sup> Im Jahr 1949 wurde Walther in die Kategorie V und damit als *entlastet* eingestuft.<sup>53</sup> Nach mehreren negativen Bescheiden erhielt Walther im Jahr 1954 den von ihm eingeforderten Status des Emeritus zurück.<sup>54</sup> Nach dem Ende seiner beruflichen Laufbahn beendete Walther seine soziologische Arbeit und wandte sich wieder der Geschichtswissenschaft zu. Am 16. Juni 1960 starb Walther im Alter von 81 Jahren.<sup>55</sup>

### 3. Die Notarbeit 51

Wie Walther sein »Helfen zum Besseren« praktisch umzusetzen versuchte, lässt sich beispielhaft am stadtsoziologischen Forschungsprojekt der Notarbeit 51 nachvollziehen. Die im 19. Jahrhundert zunehmende Industrialisierung der Stadt Hamburg und der damit verbundene Anstieg der Einwohnerzahl führten zur Entstehung eng besiedelter Stadtgebiete. Aufgrund der dort meist desolaten Wohnsituation und als Reaktion auf die Cholerapandemie von 1892<sup>56</sup> sowie auf die Hafendarbeiterstreiks von 1896/97 wurden im Jahr 1898 drei Sanierungsgebiete festgelegt.<sup>57</sup> Die Sanierungen von Teilen der Altstadt (Bezirk I) und der südlichen Neustadt (Bezirk III) erfolgten Anfang des 20. Jahrhunderts und hatten zur Folge, dass viele der ehemaligen Bewohner\*innen aufgrund gestiegener Mieten nicht zurück in ihre alten Wohngebiete ziehen konnten. Daher wichen sie auf andere Stadtviertel aus, wodurch dort erneut eng besiedelte Wohngebiete entstanden. Die Sanierung der nördlichen Neustadt

51 Staatsarchiv Hamburg, Best. 221-11, Nr. Ed. 1169, Schreiben von Andreas Walther an die Verwaltung der Hansestadt Hamburg, die Schulverwaltung und die Hochschulabteilung, 26.12.1945.

52 Staatsarchiv Hamburg, Best. 361-6, Nr. I 404 Bd. 1, Schreiben der Zentralstelle für Berufungsausschüsse, 1.12.1947.

53 Staatsarchiv Hamburg, Best. 361-6, Nr. I 404 Bd. 1, Schreiben des Rechtsanwaltes Dr. H. Lauffer, 2.10.1952.

54 Staatsarchiv Hamburg, Best. 361-6, Nr. I 404 Bd. 2, Schreiben der Hochschulabteilung der Hamburger Schulbehörde, 11.02.1954.

55 Vgl. Waßner 1985, S. 66.

56 Vgl. Pahl-Weber/Schubert 1987, S. 108.

57 Vgl. Roth 1987, S. 45.

(Bezirk II), die unter anderem das sogenannte Gängeviertel umfasste, erfolgte erst von 1933 bis 1937.<sup>58</sup>

Gegenüber der Großstadt als sozialer Lebensform bestanden in nationalsozialistischen Vorstellungen grundlegende Vorbehalte.<sup>59</sup> Gleichzeitig sollte über Großprojekte, wie den ›Führerstadtausbau‹, eine rassistische und herrschaftliche Macht zum Ausdruck gebracht werden. Die städtepolitischen Ansprüche der Nationalsozialisten standen demnach im Widerspruch zu einer ›Blut-und-Boden‹-Ideologie der Partei, zu der »die Entstädterung, die Verlagerung von Produktionsstätten in eher agrarisch strukturierte Bereiche des Reiches gehörte«<sup>60</sup>. Um die Großstadt von ihrer angeblich biologischen und ›sozial schädlichen‹ Wirkung zu lösen und sie dennoch als Lebensform beibehalten zu können, sollte durch eine Sanierung bestimmter Stadtviertel eine »Stadtgesundung«<sup>61</sup> herbeigeführt werden. Die Notwendigkeit für ein solches Vorhaben ergab sich insbesondere aus der Volksabstimmung über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches am 19. August 1934, in der sich Adolf Hitler als ›Führer‹ und Reichskanzler bestätigen ließ. Diese hatte zwar gezeigt, dass die politischen Gegner der NSDAP auf dem politischen Feld vorerst geschlagen waren. Eine Ablehnung gegenüber dem Nationalsozialismus sowie dem neuen ›Führer‹ hatte in bestimmten Bevölkerungs- und Stadtteilen jedoch weiterhin Bestand.<sup>62</sup> Wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts wollte man politischen Widerständen mit einer Sanierung prekärer Stadtviertel entgegenwirken. Diesmal wurden jedoch die sozialen Milieufaktoren durch rassistische und erbbiologische Annahmen über die sozialen Verhältnisse ersetzt, die direkt mit nationalsozialistischen Wertevorstellungen unterlegt waren. Dies zeigt sich deutlich in der Notarbeit 51. Großstadtsanierung bedeute demnach nicht allein die Sanierung von baulicher Substanz und Infrastruktur, sondern schließe die dort lebenden Bewohner\*innen mit ein.

Finanziert wurde die Notarbeit 51 »aus Mitteln der [...] Arbeitslosenfürsorge der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung«<sup>63</sup>, welche durch die *Notgemeinschaft der deut-*

58 Vgl. Pahl-Weber/Schubert 1987, S. 108ff.

59 Wie Bergmann et al. darlegen, führte »Verstädterung, Landflucht, Ballung von Kapital und Wirtschaft in den Städten« nach nationalsozialistischer Auffassung zu einer »Entwurzelung aus der heimatlichen Umgebung des Landes« und zu einer »Entwurzelung aus den sittlichen und moralischen Normen des damit verbundenen Volkstums«, Bergmann et al. 1981, S. 49.

60 Pahl-Weber/Schubert 1990, S. 89.

61 Pahl-Weber/Schubert 1987, S. 111.

62 Vgl. Roth 1987, S. 50.

63 Staatsarchiv Hamburg, Best. 131–10 I, Nr. 1935 Ma 1 32, Brief von Andreas Walther an Regierungsdirektor Toepfer und das Hamburgische Staatsamt, 11.02.1935.

schen Wissenschaft<sup>64</sup> vergeben wurden. Mit den Forschungsgeldern sollten temporäre Stellen geschaffen werden, die arbeitslosen Akademikern ein Einkommen und Folgeanstellungen ermöglichen sollten.<sup>65</sup> Die Einstellungskriterien waren aus diesem Grund deutlich breiter gefasst, weshalb im Fall der Notarbeit 51 keine soziologische Vorbildung vorausgesetzt wurde. Die sechs, später zehn Akademiker, die Walther und seinem Assistenten Hans Kinder im Laufe der Forschungsarbeit zur Verfügung standen, waren im weitesten Sinne Sozialwissenschaftler, was allerdings Volkswirte und Juristen mit einschloss. Eine Anstellung erfolgte für maximal 40 Wochen, was zur Folge hatte, dass Mitarbeiter im laufenden Forschungsprozess ausschieden.<sup>66</sup>

Die wissenschaftlichen Hilfsarbeiter wurden jeweils einem der acht Untersuchungsgebiete – Barmbek-Uhlenhorst, Neustadt, St. Georg-Nord, St. Pauli-Süd, Hammerbrook, Rothenburgsort, Hohe- luft, Sternschanze – zugeteilt, für deren Erforschung sie verantwortlich waren.<sup>67</sup> Für die Untersuchungsgebiete wurden jeweils stadtteil- geschichtliche und ethnografische Studien sowie die Auswertung von behördlichen Aktenbeständen durchgeführt.<sup>68</sup>

Die Notarbeit 51 erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Hambur- gisch-Preußischen Landesplanungsausschuss<sup>69</sup> sowie in Koopera- tion mit der Unterabteilung Landesplanung der Politischen Fachge- meinschaft der Fakultäten.<sup>70</sup> Hans Kinder, der später für den Archi- tekten des Groß-Hamburg-Projektes Konstanty Gutschow arbeitete, wechselte im Jahr 1935 in den Landesplanungsausschuss.<sup>71</sup> Er stellte für Walther ab diesem Zeitpunkt eine potenzielle Schnittstelle zwi- schen soziologischer Forschung und staatlichen Institutionen dar.<sup>72</sup>

64 Die im Jahr 1920 gegründete Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft diente der Förderung der Forschung, welche, finanziert durch Staat und Industrie, unabhängig über die Vergabe der finanziellen Mittel entscheiden sollte. Im sogenannten »Dritten Reich« verlor sie mit der Gründung des Reichsforschungsrates im Jahr 1937 einen Groß- teil ihrer Kompetenzen, vgl. Flachowsky 2008, S. 112.

65 Zwar waren im Jahr 1933 in Deutschland rund 300.000 Akademiker an Universitäten und wissenschaftlichen Instituten angestellt, gleichzeitig waren jedoch circa 150.000 Akademiker ohne Anstellung, vgl. Bergmann et al. 1981, S. 19.

66 Vgl. Walther 1936, S. 10.

67 Für Altona und Wandsbek, die zu diesem Zeitpunkt noch eigenständige Städte waren, wurden ausschließlich Kartografien erstellt, vgl. ebd., S. 17f.

68 Als Datenmaterial dienten Polizeiakten sowie Statistiken zu Fürsorgezöglingen, Wohl- fahrtsempfänger\*innen und sogenannten C-Kindern, vgl. Archiv der Stiftung für Sozial- geschichte des 20. Jahrhunderts, Best. I. 09. Notarbeit 51, Nr. 2, St. Georg, ca. 1935d.

69 Der Hamburgisch-Preußische Landesplanungsausschuss diente zur Entwicklung von Reformplänen, um »die Verhältnisse und Infrastrukturen von Stadt, Hafen und Region zeitgemäßer« zu gestalten. Die Pläne sollten in enger Kooperation mit der Wissenschaft herausgearbeitet werden, Asbach 2022, S. 258.

70 Vgl. Rössler 1991, S. 1035f.

71 Vgl. Pahl-Weber/Schubert 1987, S. 112.

72 Inwieweit Walther hiervon Gebrauch machte beziehungsweise machen konnte, ist bisher unerforscht und kann auch im Rahmen dieser Untersuchung nicht beantwortet

Das inhaltliche Vorgehen der Notararbeit 51 untergliederte sich in drei Arbeitsschritte:

1. »[D]ie eingelagerten gemeinschädigenden Kern- und Streuregionen«<sup>73</sup> sollten durch Bearbeitung des Quellenmaterials aus dem Stadtbild hervorgehoben, umgrenzt und charakterisiert werden.<sup>74</sup>
2. Der Charakter der einzelnen »gemeinschaftschädigenden Regionen« sollte unter anderem hinsichtlich Lage, Bauweise und Zustand der Wohnungen, industrieller Struktur, Kulturstätten und häufig ausgeübter Berufe bestimmt werden.<sup>75</sup>
3. Abschließend sollte darüber bestimmt werden, wie mit den Menschen verfahren werde, die ihre Wohnung aufgrund der Sanierung verlassen müssten.<sup>76</sup>

In seinem Bericht verwies Walther zunächst auf eine Korrelation der Lebensumstände, die zwischen Wohnungsdichte, Wohnverhältnissen, Kriminalität und Wahlverhalten bestünde und die sich soziologisch unter anderem anhand von Klassenzugehörigkeit, Lebensstilen und der Verteilung sozialer Chancen darstellen lasse. Darüber hinaus ging er davon aus, dass Menschen über substantielle soziale Eigenschaften verfügen würden, auf welche die »Gemeinschaft« keinen Einfluss nehmen könne. Ein empirischer Nachweis dieser Eigenschaften ließe sich unmittelbar über die Korrelation der Lebensumstände erbringen, wodurch Walther eine Kausalität zwischen Lebensumständen, vermeintlich substantiellen sozialen Eigenschaften und sozialem Verhalten herstellte.<sup>77</sup> Diese Kausalität und die damit verbundene Annahme einer unveränderlichen »Substanz« des einzelnen Menschen sind jedoch keineswegs selbstverständlich, sondern bilden historisch spezifische Elemente von Walthers soziologischer Wissensproduktion, welche selbst wiederum zum Gegenstand (sozial-)wissenschaftlicher Forschung gemacht werden müssen. Im Folgenden sollen daher diese Kausalität und die daraus abgeleiteten praktischen Lösungsansätze in kritischer Absicht untersucht werden.

### 3.1 Die »gemeinschaftschädigenden Regionen«

Bereits in einer früheren Forschungsarbeit zu den Reichstagswahlen vom September 1930 hatte Andreas Walther die Bevölkerung nach

---

werden, vgl. Rössler 1991, S. 1042.

73 Walther 1936, S. 24.

74 Vgl. ebd., S. 24.

75 Vgl. ebd., S. 24f.

76 Vgl. ebd., S. 29.

77 Vgl. ebd., S. 4.

der »örtliche[n] Verteilung der Wähler großer Parteien im Stadtkomplex Hamburg«<sup>78</sup> kartografiert. Für die Notarbeit 51 übernahm er diese Unterteilung des Stadtgebietes, da sich durch die gleichgroßen Bezirke (je 1.000 Personen) die empirischen Fälle ins Verhältnis zu ihrem geografischen Auftreten setzen ließen.<sup>79</sup> Eine »gemeinschädigende Region« entsprach dabei einem Gebiet, in welchem sich »Erscheinungen der Asozialität, Kriminalität und Minderwertigkeit« besonders häufig nachweisen ließen.<sup>80</sup> Hierfür ließ Walther Statistiken zu Fürsorgezöglingen, jugendlichen Kriminellen und »chronischen«<sup>81</sup> Wohlfahrtsempfänger\*innen erstellen und auf Grundkarten übertragen. Die Fallzahlen der Bezirke wurden zueinander ins Verhältnis gesetzt, wodurch sich innerhalb einiger Stadtteile Abschnitte mit besonders vielen Fällen ausmachen ließen. Diese Gebiete wurden als »gemeinschädigende Regionen« klassifiziert, als welche insgesamt acht Regionen ausgemacht wurden.<sup>82</sup> Als »gemeinschädigende Kerngebiete«<sup>83</sup> wurden Teile »gemeinschädigender Regionen« mit einer besonders hohen Dichte der oben genannten »Erscheinungen«, aber auch vermehrten Fällen von Alkoholismus, Kriminalität oder Prostitution klassifiziert. Diese »Kerngebiete« wurden mit den Wahlergebnissen der betreffenden Bezirke verglichen und im Hinblick auf Korrelationen mit Nichtwähler\*innen<sup>84</sup>, Wähler\*innen der Kommunistischen Partei<sup>85</sup> und »Herden der Asozialität und Kriminalität«<sup>86</sup> überprüft. Für die »Kerngebiete« bestand nach Einschätzung Walthers eine besonders hohe Sanierungsbedürftigkeit, da sie hinsichtlich ihrer sozialen und politischen Strukturen als äußerst problematisch einzuschätzen seien. Bereiche, in denen gehäuft Fälle ohne »zusammenhängende Massierung« auftraten, wurden hingegen als sogenannte »Streugebiete«<sup>87</sup> klassifiziert.<sup>88</sup>

Zur weiteren Eingrenzung der Untersuchungsgebiete wurden weitere Variablen erhoben. So wurden unter anderem die Wohnungen von 2.000 Hilfsschulkindern<sup>89</sup> des Jahres 1934 kartografiert.

---

78 Walther 1931, S. 177.

79 Vgl. Walther 1936, S. 9.

80 Vgl. ebd., S. 15.

81 Walther 1936, S. 17.

82 Vgl. Walther 1936, S. 16; vgl. Abschnitt 3.

83 Walther 1936, S. 15.

84 Nichtwähler\*innen galten nach Walther als »gemeinschädigend«, da ihr Verhalten in Form von »Gleichgültigkeit gegenüber öffentlichen Angelegenheiten« als asozial zu klassifizieren sei, Walther 1936, S. 14.

85 Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Best. I. 09. Notarbeit 51, Nr. 2, St. Georg, ca. 1935d, S. 61.

86 Walther 1936, S. 14.

87 Ebd., S. 15.

88 Vgl. ebd., S. 15.

89 Schüler\*innen, die aufgrund von Lernbeeinträchtigungen nicht am Unterricht der Volksschule teilnehmen konnten, wurden in sogenannten Hilfsschulen pädagogisch

Dies geschah in der Annahme, dass »bei den chronisch Erfolglosen [...] auch intellektuelle Minderwertigkeit«<sup>90</sup> vorzufinden sei und ein hoher Anteil an Hilfsschulkindern, den Verdacht der ›Gemeinschaftlichkeit‹ eines Gebietes erhärten würde.<sup>91</sup> Des Weiteren wurden Fälle von Kindern mit einer schlechten körperlichen Verfassung, sogenannte C-Kinder, kartografiert. Auch hier bestand die Annahme, dass eine unzureichende körperliche Verfasstheit in ›gemeinschädigenden Gebieten‹ gehäuft auftreten müsse und auf ›Erbdefekte‹ schließen lasse.<sup>92</sup> Die Kartografierungen beider Merkmalgruppen wiesen allerdings keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen einer Verteilung von Kindern mit guter körperlicher Verfassung (A-Kinder) und sogenannten C-Kindern auf. Walther begründete dies wie folgt:

»Medizinische Sachverständige vermuten, daß der schlanke und ›zarte‹, aber zähe und leistungskräftige nordische Typ, der in Norddeutschland und Hamburg besonders stark vertreten ist, von vielen Schulärzten konstitutionell zu niedrig bewertet wurde. Und Rassenkundige vermuten, daß in den Elendsquartieren der chronisch Erfolglosen dieser nordische Typ verhältnismäßig wenig vertreten ist.«<sup>93</sup>

Anhand dieses Auszugs lässt sich Walthers soziologisches Verständnis von ›Raum‹ und »Menschentypen«<sup>94</sup> verdeutlichen, das der Notarbeit 51 sowie dem Abschlussbericht zugrunde liegt: ›Raum‹ war demnach von der Natur so aufgeteilt, dass sich in ihm Gebiete für bestimmte ›Menschentypen‹ ausmachen ließen. Ein solcher ›Raum‹ umfasste nicht allein einen ›Siedlungsraum‹, sondern ebenso einen ›Rassen-, Sprach-, Kultur-, Nahrungs-, Krankheits- und Staatsraum‹.<sup>95</sup> Aus dieser Vielzahl verschiedener Raumtypen ergab sich jeweils ein ›Volksraum‹, in dem ein bestimmter ›Menschentyp‹ beheimatet sein sollte. Ein ›Raum‹, so die Annahme Walthers, begünstigte oder förderte gar ein bestimmtes soziales Verhalten der dort lebenden Menschen. Sowohl ein Zuwandern anderer ›Menschentypen‹ als auch künstliche Veränderungen des ›Raumes‹ konnten dazu führen, dass sich die Lebensbedingungen des eigentlich dort beheimateten ›Menschentyps‹ verschlechterten und zu dessen ›Degenerierung‹ beitragen. Im Einklang mit der Auffassung der Nationalsozialisten prognostizierte Walther daher einen zunehmenden Verfall des ›deut-

---

betreut.

90 Ebd., S. 21.

91 Vgl. ebd., S. 21.

92 Vgl. ebd., S. 23f.

93 Ebd., S. 24.

94 Ebd., S. 31.

95 Vgl. Bergmann et al. 1981.

schen Volkstums« im Einzugsgebiet der Großstadt. In dieser fänden gerade »gemeinschaftliche« Menschen nahezu »natürliche« Lebensbedingungen.<sup>96</sup> So seien die »gemeinschaftlichen Regionen«

»Brutstätten für Verbrechen. Sie sind zugleich Schlupfwinkel für Kriminelle aller Art, die dort Schutz finden durch den asozialen Korpsgeist der Nachbarschaft, teilweise auch durch die gedrängt unübersichtliche Bauweise der Häuser, Höfe und Durchgänge«<sup>97</sup>.

Die Reproduktion »gemeinschaftlicher Regionen« erklärte Walther mit dem Zuzug »biologisch hoffnungslos Defekte[r]«<sup>98</sup> aus den ländlichen Regionen, der Fortpflanzung von »Familien mit gehäuften Erbgut- und Moraldefekten«<sup>99</sup> untereinander sowie dem unkontrollierten Wandern »Gemeinschaftlicher« zwischen den verschiedenen »Regionen«.<sup>100</sup> Über die von ihm festgelegten Eigenschaften der als »gemeinschaftlich« eingestuften Bewohner\*innen (»chronische« Wohlfahrtsempfänger\*innen, »Halbkriminelle[n]«<sup>101</sup>, intellektuell »Minderwertige«) ergaben sich die zu untersuchenden behördlichen Datensätze (Polizeimeldebücher, Wohlfahrtsamt, Kartei der Hilfsschulkinder). Zwischen den jeweiligen Auswertungsergebnissen wurde ein Zusammenhang konstruiert, aus welchem die »gemeinschaftlichen Regionen« sowie die »Gemeinschaftlichen« bestimmt wurden.

In einem zweiten Schritt wurden der jeweilige Charakter und die Struktur der acht »Regionen« näher untersucht. Der Charakter einer »Region« wurde unter anderem durch deren Lage innerhalb des städtischen Gebietes, die Bauweise und den Zustand der Wohnungen, die Berufe der Bewohner\*innen sowie durch das quantitative Verhältnis von Männern und Frauen bestimmt.<sup>102</sup> Die Bestimmung der Struktur einer »Region« erfolgte durch die Erfassung von »gemeinschaftlichen Kerne[n] und Ansteckungsherde[n] besonderer Bösartigkeit [...] [sowie] sämtlicher gemeinschaftlicher Erscheinungen«<sup>103</sup>. Da »Halbkriminalität« für »gemeinschaftliche Regionen« charakteristisch sei, wurden die Meldebücher der Polizeiwachen der Bezirke ausgewertet. Hierbei wurde die Anzahl der Vergehen pro Wohnhaus ausgewertet und kartografiert. Dadurch konnte eine »regionale Verteilung asozialer Häuser«<sup>104</sup> herausgearbeitet wer-

---

96 Vgl. Walther 1936, S. 49.

97 Ebd., S. 6.

98 Ebd., S. 4.

99 Ebd., S. 6.

100 Vgl. ebd., S. 6.

101 Ebd., S. 5.

102 Vgl. ebd., S. 25.

103 Ebd., S. 25.

104 Ebd., S. 27.

den. Unter Berücksichtigung des Charakters und der Struktur eines Wohnviertels sollte die Baubehörde Maßnahmen zur Sanierung ›gemeinschädigender Regionen‹ treffen.

### 3.2 Die ›Gemeinschädigenden‹

Mit dem Begriff ›gemeinschädigend‹ sollte der »objektive Tatbestand des Schädigens [der Gemeinschaft] zum Ausdruck«<sup>105</sup> gebracht werden. Zur Bestimmung jener Personen, die diesen Tatbestand angeblich hervorriefen, entwarf Walther ein Klassifikationssystem, dessen vermeintliche empirische Grundlage aus sogenannten Milieu- und Erbfaktoren gebildet werden sollte.<sup>106</sup> Die Milieufaktoren untergliederten sich in soziale und physische Umweltfaktoren, wie Wohnverhältnisse, unreine Großstadtluft oder unzureichende Ernährung. Wie in Abschnitt 3.1 ausgeführt, gingen Walther und seine Mitarbeiter davon aus, dass die Milieufaktoren die dort lebenden Menschen in ihrem Handeln und Verhalten prägten.<sup>107</sup> Negative Milieufaktoren begünstigten demnach unter anderem Kriminalität, Prostitution und Alkoholismus. Die Erbfaktoren umfassten die vermeintliche Qualität des Erbgutes einer Person, wobei hier von einem substanziellen und rassistischen Verständnis von Erbmaterial ausgegangen wurde.

Innerhalb der Untersuchungsgebiete wurden empirisch diejenigen Personen erfasst, die unter die Taxonomie ›gemeinschädigend‹ fielen.<sup>108</sup> Hierdurch erfolgte zunächst eine Differenzierung in ›gemeinschädigende‹ und »ordentliche Menschen und Familien«<sup>109</sup>. Während letztere nicht näher bestimmt wurden, untergliederte sich die Taxonomie des ›Gemeinschädigenden‹ in die folgenden sechs Kategorien:

- Als »dissozial« galten demnach Personen, welche die »Zerstörung der Gemeinschaft« als Resultat eigenen Misserfolgs beabsichtigten.
- Als »asozial« sollten diejenigen klassifiziert werden, die häufig ›biologische Erbdefekte‹ vorwiesen, sich auflehnd und rücksichtslos gegenüber der ›Gemeinschaft‹ verhielten und weder über ethische Grundsätze noch über ein Pflichtbewusstsein verfügten.
- »Antisozial« umfasste (›erbminderwertige‹) Personen, deren kriminelle Motivation meist durch eine nicht geringe Intelligenz unterstützt sei

---

105 Ebd., S. 9.

106 Vgl. ebd., S. 19.

107 Vgl. Walther 1936, S. 19.

108 Vgl. ebd., S. 24.

109 Ebd., S. 5.

und deren Verhalten sich den Forderungen der ›Gemeinschaft‹ entschlossen widersetze.

- Als »negativ sozial« waren diejenigen zu klassifizieren, »die als wertvolle Glieder des Volkslebens nicht angesprochen werden« konnten. Demgegenüber standen die positiv sozialen Bewohner, die »durch Leistung oder Vorbild oder Persönlichkeit zur Gesundheit und Bereicherung des Volkslebens« beitrugen.
- ›Erbminderwertigkeiten‹ wiesen »auf ein Fehlen sonst normaler Qualitäten« hin.
- »Erbschäden« sollte eine Steigerung von ›Erbminderwertigkeiten‹ bezeichnen, da dieser Begriff »stärker ist und ausdrücklich an Verderbendes denkt«. <sup>110</sup>

Mit den Kategorien ›dissozial‹, ›antisozial‹ und ›negativ sozial‹ leitete Walther Kategorien von der Klassifikation ›asozial‹ ab, ohne jedoch diese Unterscheidungen in der Analyse wiederaufzugreifen. Für die Notarbeit 51 entfaltete sich laut Walther die Funktion der Begriffsunterschiede erst im dritten und noch zu erbringenden Schritt der Forschungsarbeit, also im Zuge der Identifizierung, Umsiedlung, Verhaftung, Unfruchtbarmachung oder Ermordung der ›Gemeinschaftsschädlichen‹. <sup>111</sup> Als Symbole wissenschaftlichen Arbeitens verliehen diese Kategorien Walthers Aussagen dennoch den Eindruck eines analytischen und differenzierenden Vorgehens. <sup>112</sup>

Walther setzt bei seiner Argumentation voraus, dass das erzieherische und repressive Wirken einer ›Gemeinschaft‹ auf die mit ihr assoziierten Mitglieder begrenzt war und, wie er schrieb, der Nationalsozialismus diese Begrenztheit erkannt habe. <sup>113</sup> Nach dieser Annahme gab es einen Bereich im sozialen Handeln sowie im Verhalten von Menschen, der durch ein gesellschaftliches Eingreifen nicht verändert werden konnte. Wie sich hieran zeigen lässt, weist Walthers Klassifikationssystem ein Verständnis von sozialen Tatbeständen und sozialem Handeln auf, das auf einem unverfügbaren, substanziellen Kern beruht. ›Dissoziale‹ und ›negativ-soziale‹ Menschen verfügten demnach über eine Substanz, die sie ausschließlich dann zu »nützlichen‹ Mitgliedern der ›Gemeinschaft‹ werden ließ, wenn man ihre Substanz von dem Einfluss ›schädlicher‹ Milieufaktoren befreit hätte. Die Substanz der ›Erbdefekten‹ sei hingegen aufgrund ihrer ›natürlichen‹ Art des Leistungsunfähigen und ›Leistungsunwilligen‹ aus

---

110 Ebd., S. 7ff.

111 Vgl. Abschnitt 3.3.

112 Vgl. Bourdieu 1988, S. 75.

113 Vgl. Walther 1936, S. 4.

sich heraus für jede ›Gemeinschaft‹ schädlich, die auf die Leistung ihrer Mitglieder setze und sich keine untätigen Mitglieder leisten wolle.<sup>114</sup> In Walthers Klassifikationssystem bestand ausgehend von dieser Vorannahme eine prinzipielle Unvereinbarkeit der substantiellen Beschaffenheit einer ›gesunden Volksgemeinschaft‹ mit einer Substanz derjenigen Individuen und Gruppen, deren biologische Substanz als ›defekt‹ gelten müsse. Diese scheinbar unabdingbare Trennung verschiedener menschlicher Substanzen, die Andreas Walther durch die Art der Ausrichtung seiner Kategorien vollzog, hatte zur Folge, dass anstelle der sozialen Wohn- und Lebensverhältnisse die vermeintliche ›Gemeinschaftlichkeit‹ der Bewohner in den Fokus der großstadtsoziologischen Untersuchung gerückt wurde.<sup>115</sup> Aus dieser Konstruktion unvereinbarer Substanzen schloss Walther, dass eine Veränderung der Milieufaktoren allein zu einer Verlagerung des Problems führen werde, wie dies die vorangegangenen Stadtsanierungen Anfang des 20. Jahrhunderts bereits gezeigt hätten.<sup>116</sup> Für eine Stadtsanierung, welche die »Gesundung der Gemeinschaft« im Blick habe, sei es notwendig, insbesondere die »biologische[n] Minderwertigkeiten«<sup>117</sup> bei der Untersuchung der ›gemeinschaftschädigenden Regionen‹ zu erfassen.<sup>118</sup>

Walther legte daher fest, dass dort, wo vermehrt »Unwirtschaftliche, Arbeitsscheue, Kriminelle, amnestierte Wohlfahrtsbetrüger, Erziehungsberechtigte, denen das Sorgerecht entzogen ist, Verwahrloste, Trunk- und Rauschgiftsüchtige, Querulanten, Geisteschwache«<sup>119</sup> zu finden seien, auf ›Erbdefekte‹ und ›Erbminderwertigkeiten‹ geschlossen werden könne.<sup>120</sup> Dies gelang, indem er Gesundheit nicht im Sinne einer medizinischen Kategorie verstand, sondern diese »nach der neuen Auffassung des Nationalsozialismus [...] an der Leistung«<sup>121</sup> der Menschen bestimmte.<sup>122</sup> Durch die Übernahme der behördlichen Kategorien reichte es für eine Erhebung von ›Gemeinschaftlichkeit‹ aus, die behördlichen Datensätze auf jene Schlagworte hin zu untersuchen, die nach diesem Verständnis auf eine Leistungsunfähigkeit oder Leistungsverweigerung schließen ließen. Die Betroffenen selbst mussten hierdurch weder befragt noch hinsichtlich ihres Genmaterials aufwendig untersucht werden. Der Verdacht des ›Gemeinschaftschädigenden‹ wurde hierdurch

---

114 Vgl. ebd., S. 20.

115 Ebd., S. 4.

116 Vgl. ebd., S. 19.

117 Ebd., S. 19.

118 Ebd., S. 4.

119 Ebd., S. 19.

120 Ebd., S. 19f.

121 Ebd., S. 20.

122 Beregow et al. 2022, S. 276.

nicht generell gegenüber Stadtbewohner\*innen, sondern vorrangig gegenüber allen unter prekären gesellschaftlichen Bedingungen lebenden Personen erhoben. Walther schrieb hierzu:

»Dabei darf zwar nie vergessen werden, daß auch durchaus ordentliche Menschen und Familien in diesen Quartieren zu finden sind. Denn es handelt sich meist zugleich um Gebiete besonders niedriger Mieten, so daß hier nicht wenige wohnen, die einfach nur sparen müssen, oder die an der Miete sparen wollen, was auch gerade durch Aufstiegswillen motiviert sein kann. Aber der überwuchernde Charakter dieser Bezirke als gefährdender Sammelpunkte von Gemeenschädlichkeit aller Art ist dadurch gegeben, daß sich hier die chronisch Erfolglosen und die Halbkriminellen und Kriminellen aus Stadt und Land zusammengefundnen haben.«<sup>123</sup>

Die Erbfaktoren wurden durch den Bezug auf Leistung von einem ursprünglich medizinischen und biologischen Verständnis gelöst und damit ihrer eigentlichen wissenschaftlichen Grundlage, der Genetik, entzogen.<sup>124</sup> Dabei ermöglichte die metaphorische Verwendung von Begriffen, wie Gesundheit, Erbdefekt, chronisch oder Leistung einen argumentativen Zirkelschluss: Gemäß Walthers Logik verfügten demnach die als ›chronisch Erfolglose‹ klassifizierten Bewohner\*innen häufig über vermeintliche ›Erbschäden‹, während Bewohner\*innen mit vermeintlichen ›Erbschäden‹ meist in den Kategorien des ›Erfolglosen‹, des Trunksüchtigen oder des ›Arbeitsscheuen‹ klassifiziert wurden. Dabei wurden die sozialen Wohn- und Lebensverhältnisse zu Multiplikatoren herabgestuft, durch welche das im Vorhinein bereits festgelegte und naturalisierte Verhalten der ›Gemeenschädigenden‹ lediglich verstärkt wurde.<sup>125</sup>

Mit den sechs Kategorien sowie der Konstruktion des ›Gemeenschädigenden‹ wurden nicht weiter erklärte und wissenschaftlich unbegründete Präkonstruktionen eingeführt, die den Sinnzusammenhang und das zu Erklärende der Notarbeit 51 in ihrer Form und Art entscheidend bestimmten. Die dabei vollzogenen kategorialen

---

123 Ebd., S. 5.

124 Sonja Schnitzler spricht im Hinblick auf eine metaphorische Verwendung medizinischer und biologischer Kategorien, wie beim Begriff ›Krankheit‹ oder ›Erbfaktor‹, durch die Soziologie der 1920er und 1930er Jahre von einer »Soziologisierung«, Schnitzler 2012, S. 96f.

125 Über die Klassifizierung der Leistungsunfähigen und ›Gemeenschädigenden‹ wurden nicht allein die Auszuschließenden, sondern darüber hinaus auch die Einzuschließenden, klassifiziert. Einem solchen Akt der Klassifikation wohnt von Seiten des Klassifizierenden immer schon ein reflexives, also ein auf sich selbst bezogenes Moment inne. Die Taxonomie des ›Gemeenschädigenden‹ lässt sich mit Pierre Bourdieu als ein »bewußter Protektionismus« beschreiben, durch welchen den Auszuschließenden die Eigenschaften und Merkmale, die zu ihrem Ausschluss führen, dauerhaft zugeschrieben werden sollen, vgl. Bourdieu 1987, S. 268, Hervorh. i. O.

Unterteilungen gewannen insoweit Realität, als dass Andreas Walther seinen konstruierten Forschungsgegenstand sowie den von ihm mittels dieser Konstruktion »erhobenen« Forschungsgegenstand als nahezu identisch behandelte.<sup>126</sup> So wurde bei der kategorialen Unterteilung der untersuchte Gegenstand an die Kategorien angepasst und nicht umgekehrt, wodurch der Eindruck entstand, dass die Kategorien lediglich eine bereits empirisch bestehende Unterteilung widerspiegeln.<sup>127</sup> In der Notararbeit 51 wurde damit nicht untersucht, ob, sondern *wo* sich die sechs Typen von »Gemeinschädlichkeit« im großstädtischen Raum bestimmter Wohnviertel wiederfinden ließen. Ihr Bestehen galt genauso wie ihre substanzielle und nicht veränderbare Form als unveränderbar vorausgesetzt. Hierfür setzte Walther soziale Wohn- und Lebensverhältnisse, politische Präferenzen und soziales Handeln mit angeblich biologischer, von Leistungsunfähigkeit geprägter Substanz in einen Kausalzusammenhang. Daraus schlussfolgernd formulierte er unter dem Vorwand einer großstadtsoziologischen Erhebung »ordnungspolitische Vorstellungen von Gesellschaft«<sup>128</sup>, für deren Erreichen er den Einsatz eugenischer Maßnahmen vorschlug. So hatte Andreas Walther für die als »gemeinschädigend« klassifizierten Menschen, abhängig von ihrer jeweiligen Klassifikation, praktische Konsequenzen vorgesehen, die von einer Umsiedlung in einen »gesunden« Stadtteil bis hin zum »[A]usmerzen« der »biologisch hoffnungslos Defekten«<sup>129</sup> reichen sollten.

### 3.3 Die »ausmerzende« Soziologie und die Praxis der »Stadtgesundung«

Die Konstruktion der als dringend sanierungsbedürftig eingestuft Gebiete sowie der dort wohnenden »gemeinschädigenden« Bewohner\*innen stellte ein wissenschaftliches Vorgehen dar, welches über die eigentliche großstadtsoziologische Analyse hinausging. So wurden sozial-, gesellschafts- und ordnungspolitische Ziele formuliert, die als jene der NSDAP gekennzeichnet waren oder mit diesen weitestgehend übereinstimmten.<sup>130</sup> Zudem leitete Andreas Walther das wissenschaftliche Interesse an der Untersuchung überhaupt

126 Das konstruierte Individuum ist nicht wie das empirische Individuum, welches ein sich unterscheidendes, aber in seinen Unterschieden nicht analysierter Forschungsgegenstand ist, »durch eine endliche Menge klar definierter Eigenschaften bestimmt«, Bourdieu 1988, S. 61.

127 Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts Best. I. 09. Notararbeit 51, Nr. 2, St. Georg, ca. 1935d, S. 59.

128 Schnitzler 2012, S. 21.

129 Walther 1936, S. 4.

130 Vgl. Pahl-Weber/Schubert 1987, S. 116.

erst aus einer sozialen sowie politischen Notwendigkeit der ›Stadtgesundheit‹ her, indem er nationalsozialistische und rassistische Vorstellungen über ›Lebensraum‹ und eine ›gesunde Volksgemeinschaft‹ zum Ausgangspunkt seiner Forschung machte. Zu diesem Zweck müsse, »ehe die Spitzhacke ihre Arbeit beginnt, bestimmt werden«<sup>131</sup>, wie mit den in den Sanierungsgebieten lebenden Menschen und Familien zu verfahren sei.<sup>132</sup> Für die genauere statistische Bestimmung dieser ›Regionen‹ bedürfe es jedoch zunächst einer verbesserten behördlichen Erfassung der großstädtischen Bevölkerung. Walther resümierte diesbezüglich, dass die bisherigen Datensätze aus den verschiedenen Behörden, wie dem Statistischen Landesamt oder der Wohlfahrtsbehörde, aufgrund verschiedener Gebietsgrößen, unterschiedlicher Erhebungsstandards oder -umfänge keine ausreichende statistische Grundlage für eine großstadtsoziologische Untersuchung bieten könnten. Indem man die Einteilung des Stadtgebietes nach dem Vorbild der Wahlbezirke für jede Behörde als einheitliche Gebietsgrößen übernehme, könnten die erhobenen Daten behördenübergreifend für eine statistische Auswertung nutzbar gemacht werden.<sup>133</sup> Walther ergänzte, dass eine zukünftige Einteilung im Sinne der »räumlichen Gliederung der nationalsozialistischen Partei und der NS.-Volkswohlfahrt«<sup>134</sup> eine alternative Unterteilung des Stadtgebietes darstelle. Eine Übernahme der räumlichen Gliederung der NSDAP würde unter anderem berücksichtigen, dass die verschiedenen Parteisegmente »sich zu lebendigen gemeinschaftlichen Organisationen der Bevölkerung [...] entwickeln«<sup>135</sup> würden.

Durch eine Vereinheitlichung der Erhebungsgrundlage sowie der Auswertungsinstrumente sei »die Durchführung solcher Arbeiten, nachdem sie einmal erprobt worden sind, [...] mit dem Personal [durchzuführen], das jeder Stadt zur Verfügung«<sup>136</sup> stehe. Was eine Auslagerung der empirischen Erhebungen an die städtischen Behörden für den Fachbereich Soziologie in Hamburg bedeutet hätte, führte Walther nicht aus. Möglich wäre, dass er dadurch eine Verankerung soziologischer Lehrinhalte in den Ausbildungskurricula städtischer Beamt\*innen verfolgte. Ähnliche Vorstöße hatte Walther bereits Ende der 1920er Jahre unternommen, als er die Einführung der Soziologie als Schulfach forderte.<sup>137</sup>

---

131 Walther 1936, S. 4.

132 Vgl. ebd., S. 4.

133 Vgl. ebd., S. 11ff.

134 Ebd., S. 13.

135 Ebd., S. 13.

136 Walther 1936, S. 3.

137 Staatsarchiv Hamburg, Best. 361–6, Nr. I 404 Bd. 1, Zeitungsartikel im Hamburger

Der Wechsel von seinem Assistenten Hans Kinder an den Hamburgisch-Preußischen Landesplanungsausschuss begünstigte möglicherweise, dass Walthers Vorschläge zur Vereinheitlichung der Gebietsgrößen in späteren Sanierungsuntersuchungen des Landesplanungsausschusses berücksichtigt wurden. So wurde bei der Erstellung des Generalbebauungsplans für Hamburg das Stadtgebiet in den Erhebungen im Jahr 1941 und 1944 entsprechend den städtischen Organisationseinheiten der NSDAP vorgenommen. Zudem war es Walther möglich, dem Landesplanungsausschuss während einer Sitzung im Februar 1935 persönlich über den aktuellen Stand seiner großstadtsoziologischen Forschungsarbeit zu berichten.<sup>138</sup> Da eine weiterführende Verwendung der Notarbeit 51 jedoch nicht erfolgte, blieb die wissenschaftliche Reichweite Andreas Walthers sowie die seiner Forschungsarbeit überschaubar.<sup>139</sup>

Davon ungeachtet positionierte sich Walther mit der Notarbeit 51 in einem zeitgenössischen Diskurs über die verschiedenen Praktiken zur Identifikation und Verfolgung politischer ›Feinde des Nationalsozialismus‹ und die zu ergreifenden Maßnahmen zur ›Gesundung der Volksgemeinschaft‹. Mit seinen Begrifflichkeiten, Vorannahmen und Schlussfolgerungen unterscheidet er sich dabei nicht allzu sehr von anderen Positionen dieses Diskurses.<sup>140</sup> Kamen bis zum Jahr 1934 vor allem Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter in Konzentrationslager, richteten sich die Verfolgungsmaßnahmen, wie die *Aktion Arbeitsscheu Reich*, im weiteren Verlauf der 1930er und zu Beginn der 1940er Jahre zunehmend gegen eine Vielzahl stigmatisierter sozialer Gruppen, die mit ihrem Verhalten sowie ihrer Lebensweise gegen nationalsozialistische Wertvorstellungen verstießen.<sup>141</sup> In den Konzentrationslagern mussten Häftlinge der Kategorie ›asozial‹ häufig besonders schwere und gefährliche Arbeiten verrichten. Als angebliche Gefahr für das ›deutsche Volk‹ veranlasste die NSDAP-Führung darüber hinaus die Unfruchtbarmachung oder Ermordung als ›asozial‹ geltender Menschen.<sup>142</sup>

Walthers Forderungen, »die nicht Besserungsfähigen unter Kontrolle [zu] nehmen; das Erbgut der biologisch hoffnungslos Defekten aus[zu]merzen«<sup>143</sup>, stellten somit eine für das ›Dritte Reich‹ frühe wissenschaftliche Ausformulierung einer eugenischen Praxis zur Be-

---

Anzeiger über den Vortrag von Walther »Erziehung zur Demokratie« vor der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, 22.10.1929.

138 Vgl. Pahl-Weber/Schubert 1987, S. 114.

139 Vgl. Walther 1936, S. 116.

140 Vgl. Bergmann et al. 1981, S. 28.

141 Vgl. Coppi 2009, S. 103.

142 Vgl. Sofsky 1993, S. 140.

143 Walther 1936, S. 4.

kämpfung des ›Gemeinschaftschädigenden‹ dar. Auch wenn die praktische Durchsetzung der NS-Ideologie und damit die Misshandlung und Ermordung sogenannter ›Asozialer‹ nicht unmittelbar auf Walthers Ausführungen zurückzuführen sind, ist seine Konzeption einer praktischen Soziologie des ›Ausmerzens‹ aus gegenwärtiger Perspektive ein aufschlussreicher Untersuchungsgegenstand. Angesichts der ideologischen (Neu-)Ausrichtung von Universitäten, Behörden und öffentlichen Institutionen in dieser Zeit konnte Walther davon ausgehen, dass seine Arbeit durch die Übernahme der nationalsozialistischen Terminologie dort auf Anerkennung und Zustimmung stoßen würde. Seine akademischen Titel und seine offiziellen Tätigkeiten, die ihn als Mitglied des wissenschaftlichen Feldes auswiesen, trugen dabei zusätzlich zur vermeintlichen ›Objektivität‹ und Akzeptanz seiner Forschung bei.

#### 4. Fazit

Die Notarbeit 51 war ein Forschungsvorhaben, in welchem nationalsozialistische Vorstellungen über Bevölkerung, ›Gemeinschaft‹ und Großstadt direkt in die soziologisch-wissenschaftliche Analyse einfließen. Zwischen Andreas Walther, seinen Projektmitarbeitenden und den Hamburger Behörden sowie der regionalen Politik bestand eine teils enge Kooperation. Vonseiten Walthers war dabei nachweislich ein reges Interesse vorhanden, die Ergebnisse des Forschungsvorhabens im bürokratisch-politischen Feld einzubringen und sein Wissen zur Produktion solcher Ergebnisse an die Hamburger Behörden weiterzugeben.

Walther verwendete in seiner Forschung soziologische Theorien sowie quantitative und qualitative Methoden, verband diese jedoch mit pejorativen Kategorien, mit deren Hilfe er ein analytisches Vorgehen suggerierte. Darüber hinaus entwickelte er über direkte Bezüge zum Nationalsozialismus eine von Präkonstruktionen geprägte Taxonomie des ›Gemeinschaftschädigenden‹. Mithilfe von Vokabular, das zwar nicht von den Nationalsozialisten erfunden, jedoch von ihnen explizit verwendet wurde, formulierte Walther Ad-hoc-Erklärungen, mit denen er einen angeblichen Zusammenhang zwischen Wohndichte, Wohnverhältnissen, Kriminalität, Wahlverhalten, kognitiven Fähigkeiten und einer rassistischen Substanz des ›Gemeinschaftschädigenden‹ plausibilisierte. Gemäß einer praktischen Soziologie verwies Walther dabei auf die Notwendigkeit ordnungspolitischer sowie eugenischer Maßnahmen, die seiner Ansicht nach für eine erfolgreiche Sanierung der betroffenen Wohngebiete notwendig seien. Zwar blieb er, was den genauen Umgang mit dem ›defekten Erbgut‹ sowie dessen

Träger\*innen angeht, in seinen Ausführungen vage. Der Begriff des ›Ausmerzens‹ lässt jedoch zweifelsfrei die Möglichkeit der Ermordung der als ›gemeinschädigend‹ klassifizierten Menschen offen.

Walthers Bestrebungen zur Formulierung einer praktischen Soziologie des ›Ausmerzens‹ verdeutlichen, dass eine Annäherung an die neuen politischen Verhältnisse des ›Dritten Reiches‹ durch die Soziologen selbst und nicht etwa durch eine von Seiten der nationalsozialistischen Führung erzwungene *Gleichschaltung* erfolgte. Ungeachtet dessen, ob Walthers Ausführungen Berücksichtigung fanden, lässt sich im Hinblick auf die Analyse der Notarbeit 51 argumentieren, dass die Frage, ob das, was Walther produzierte, noch als Soziologie angesehen werden kann, das Eigentliche verfehlt. Stattdessen sollte das, was durch deutsche Soziologen, wie Walther, zwischen den Jahren 1933 und 1945<sup>144</sup> veröffentlicht wurde, als Produkt des wissenschaftlichen Feldes objektiviert werden, wie in der vorangegangenen Analyse geschehen. So wird eine Analyse möglich, die nicht darin zurückfällt, selbst die bestehenden Positionen des wissenschaftlichen Feldes einzunehmen und ontologisch auf den zu untersuchenden Gegenstand anzuwenden, sondern die von jenen Soziologen dieser Zeit eingenommenen Positionen und eine dabei zur Anwendung gebrachte Praxis *wissenschaftlichen Arbeitens* zum Gegenstand der Untersuchung zu erheben.

---

144 Es erscheint sinnvoll, den Zeitraum noch größer zu fassen und sowohl die Zeit vor als auch nach dem Nationalsozialismus miteinzubeziehen. So ließen sich sowohl Brüche als auch Kontinuitäten in den soziologischen Arbeiten und Diskursen aufzeigen.

## Bibliografie

### Publizierte Quellen

- Walther, Andreas (1911): Die Anfänge Karls V. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Walther, Andreas (1919): Neue Wege deutschen Geistes. In: Die Tat 31.
- Walther, Andreas (1927): Soziologie und Sozialwissenschaften in Amerika und ihre Bedeutung für die Pädagogik, Karlsruhe: Braun.
- Walther, Andreas (1931): Die örtliche Verteilung der Wähler großer Parteien im Städtekomplex Hamburg auf Grund der Reichstagswahlen vom 14. September 1930. In: Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft 8, 6, S. 177.
- Walther, Andreas (1936): Neue Wege zur Großstadtsanierung. Stuttgart: Verlag W. von Kohlhammer.
- Walther, Andreas (1939): Die neuen Aufgaben der Sozialwissenschaften. Hamburg: Han-sischer Gildenverlag.

### Archivalische Quellen

- Universitätsarchiv Bremen, Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Best. I. 09. Notararbeit 51, Nr. 1, Berichte zu den gemeinschädlichen Regionen im Stadtgebiet.
- Universitätsarchiv Bremen, Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Best. I. 09. Notararbeit 51, Nr. 2, Berichte zu den gemeinschädlichen Regionen im Stadtgebiet.
- Bundesarchiv, NSDAP-Mitgliederkartei, Best. BArch R 9361-VIII KARTEI, Nr. 24940151.
- Staatsarchiv Hamburg, Best. 221-11, Nr. Ed. 1169, Akte Spruchkammer.
- Staatsarchiv Hamburg, Best. 361-6, Nr. I 404 Bd. 1, Personalakte.
- Staatsarchiv Hamburg, Best. 364-13, Nr. Jur. Fak. Nr. 102.
- Staatsarchiv Hamburg, Best. 364-13, Nr. Phil. Fak. A117.
- Staatsarchiv Hamburg, Best. 364-51, Nr. K 20.01 Heft 401.
- Staatsarchiv Hamburg, Best. 364-51, Nr. C 51.2a.
- Staatsarchiv Hamburg, Best. 131-10 I, Nr. 1935 Ma 1 32.

### Literatur

- Asbach, Olaf (2022): Politik, Wissenschaft und Politische Wissenschaft in Hamburg in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Nicolaysen, Rainer; Krause, Eckart; Zimmermann, Gunnar B. (Hrsg.): 100 Jahre Universität Hamburg. Studien zur Hamburger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in vier Bänden. Band 3. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 236-271.
- Beregow, Elena; Heinz, Luise; Stäheli, Urs (2022): Zur Geschichte der Hamburger Soziologie. Nationalsozialismus, Sozialtechnokratie und kritische Sozialforschung. In: Nicolaysen, Rainer; Krause, Eckart; Zimmermann, Gunnar B. (Hrsg.): 100 Jahre Universität Hamburg. Studien zur Hamburger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in vier Bänden. Band 3. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 272-300.
- Bergmann, Waltraut; Wilfried, Dittmar; Müggenburg, Hardo, Neumann, Michael; Robrecht, Winfried; Stüder, Hans-Joachim; Warsewa, Günter (1981): Soziologie im Faschismus 1933-1945. Darstellung und Texte. Köln: Pahl Rugenstein.
- Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. 28. Aufl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1988): Homo academicus. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Coppi, Hans (2009): Aktion »Arbeits-scheu«. In: Allex, Anne; Kalkan, Diedrich (Hrsg.): Aus-gesteuert - ausgegrenzt ... angeblich asozial. Neu-Ulm: AG-SPAK-Bücher, S. 102-106.
- Flachowsky, Sören (2008): Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Wissen-schaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg. Stuttgart: Franz Stei-ner Verlag.
- Fröhlich, Gerhard (2014): Wissenschaft. In: Ders. (Hrsg.): Bourdieu-Handbuch. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 327-337.
- Haar, Ingo (2009): Zur Sozialstruktur und Mitgliederentwicklung der NSDAP. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder. Frankfurt a. M.: S. Fischer Verlag, S. 60-73.

- Käsler, Dirk (1984): Die frühe deutsche Soziologie 1909 bis 1934 und ihre Entstehungsmilieus. Eine wissenschaftliche Untersuchung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kumoll, Karsten (2014): Strategie (stratégie). In: Fröhlich, Gerhard (Hrsg.): Bourdieuhandbuch. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 225–227.
- Neumann, Michael (1987): Über den Versuch, ein Fach zu verhindern: Soziologie in Göttingen 1920–1950. In: Becker, Heinrich; Dahms, Hans-Joachim; Wegeler, Cornelia (Hrsg.): Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Das verdrängte Kapitel ihrer 250jährigen Geschichte. München: K.G. Saur Verlag, S. 298–312.
- Nicolaysen, Rainer (1997): Siegfried Landshut. Die Wiederentdeckung der Politik. Eine Biographie. Frankfurt a. M.: Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag.
- Pahl-Weber, Elke; Dirk Schubert (1987): Großstadtsanierung im Nationalsozialismus: Andreas Walthers Sozialkartographie von Hamburg. In: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium 16, S. 108–117.
- Pahl-Weber, Elke; Dirk Schubert (1990): Zum Mythos nationalsozialistischer Stadtplanung und Architektur. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 5, S. 82–106.
- Repplinger, Roger (2019): Führer, Führung, Führungskraft. Reinhard Höhns Führungskonzepte vor und nach 1945. Unveröffentlicht.
- Rössler, Mechthild. (1991): Die »Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung« an der Hamburger Universität 1934 bis 1945. In: Krause, Eckart; Huber, Ludwig; Fischer, Holger (Hrsg.): Hochschulalltag im »Dritten Reich«. Die Hamburger Universität 1933–1945. Teil II: Philosophische Fakultät. Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät. Hamburg: Dietrich Reimer Verlag, S. 1035–1048.
- Roth, Karl Heinz (1987): Städtesanierung und »ausmerzende Soziologie«: Der Fall Andreas Walther und die »Notarbeit 51« der »Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 1934–1935 in Hamburg. In: Herrmann, Michael; Lenger, Hans-Joachim; Reemtsma, Jan-Philipp; Roth, Karl Heinz (Hrsg.): »Hafenstraße«. Chronik und Analysen eines Konflikts. 2. Aufl. Hamburg: Verlag am Galgenberg, S. 39–59.
- Schnitzler, Sonja (2012): Soziologie im Nationalsozialismus zwischen Wissenschaft und Politik. Elisabeth Pfeil und das »Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik«. Wiesbaden: Springer VS.
- Sofsky, Wolfgang (1993): Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager. Frankfurt a. M.: S. Fischer Verlag.
- Tönnies, Ferdinand (2012 [1887]): Studien zu Gemeinschaft und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS.
- van Dyk, Silke; Schauer, Alexandra (2015): »... daß die offizielle Soziologie versagt hat«. Zur Soziologie im Nationalsozialismus, der Geschichte ihrer Aufarbeitung und der Rolle der DGS, 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Waßner, Rainer (1985): Andreas Walther und die Soziologie in Hamburg. Dokumente, Materialien, Reflexionen. Hamburg: Universität Hamburg.
- Waßner, Rainer (1988): Das Soziale im Spiegelbild einer Soziologenlaufbahn: Prof. Dr. Andreas Walther (1897–1960). In: Auskunft: Zeitschrift für Bibliothek, Archiv und Information in Norddeutschland 3, S. 219–234.
- Waßner, Rainer (1991): Auf dem Weg zu einer professionellen Soziologie: Die Kontinuität der Soziologie-Fachgeschichte am Beispiel des Seminars für Soziologie der Hamburger Universität. In: Krause, Eckart; Huber, Ludwig; Fischer, Holger (Hrsg.): Hochschulalltag im »Dritten Reich«. Die Hamburger Universität 1933–1945. Teil II: Philosophische Fakultät. Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät. Hamburg: Dietrich Reimer Verlag, S. 1017–1034.
- Weber, Max (1988): Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Winckelmann, Johannes (Hrsg.): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. 7. Aufl. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 147–214.
- Wildt, Michael (2016): Einleitung. In: Ders. (Hrsg.): Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS. Hamburg: Hamburger Edition, S. 7–37.

## »The colonial past is very much a part of the present« Walter Rodney in Hamburg

Malte Kanefendt & David Weiß

### 1. Einleitung: Ein Panafrikanist in Hamburg<sup>1</sup>

Als Walter Rodney am 23. März 1942 in Georgetown, Guyana geboren wird, steht das kleine Land im Nordosten des südamerikanischen Kontinents noch fest unter britischer Kolonialherrschaft. Es sind 24 weitere Jahre, bis das Land unabhängig wird. Walter Rodney lebt in dieser Zeit in London und steht – nach einem Studium in Jamaika – kurz vor dem Abschluss seines Dissertationsprojekts über die Geschichte des Versklavungshandels an der westafrikanischen Küste. In Guyana wiederum werden die politischen Verhältnisse nach der formalen Unabhängigkeit von zwei konkurrierenden, rassistisch geprägten Parteien bestimmt, der *People's Progressive Party* und des *People's National Congress*, welcher von der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien unterstützt wird. Der Aktivist Rodney hält diese Konfliktaufteilung für unbefriedigend. Eine Partei und eine Bewegung, welche die Arbeiter\*innen Guyanas jenseits ihrer rassistischen Zugehörigkeit und kulturellen Interessen adressieren kann, wäre – so ist er überzeugt – der richtige Weg, um die weiterhin gravierende neokoloniale Abhängigkeit des südamerikanischen Landes zu überwinden. Daher kehrt Rodney Mitte der 1970er Jahre, nach weiteren Forschungsaufenthalten auf Jamaika, in den USA und in Tansania, nach Guyana zurück und engagiert sich in der sozialistisch ausgerichteten *Working People's Alliance*.

Als sich die politischen Konflikte in den folgenden Jahren zuspitzen und die von Rodney geführte *Working People's Alliance* auf dem Höhepunkt ihrer politischen Mobilisierung steht, wird Rodney im Juni 1980 ermordet. Die Tat findet nicht nur im Interesse, sondern auch unter Mitwisserschaft des damaligen Präsidenten Forbes Burnham statt.<sup>2</sup> Bis zu seiner Ermordung hat sich Rodney auf den politischen Kampf in Guyana fokussiert, nimmt Repressalien und ein akademisches Lehrverbot in Kauf. Sein politisches Engagement lässt

---

<sup>1</sup> Unser Dank gilt Ellen Baumann und Albert Parkes, den Herausgebenden dieses Bandes und den zwei anonymen Gutachter\*innen, die mit ihrer sorgfältigen, kritischen wie ermutigenden Lektüre unseres Textes entscheidend zur erfolgreichen Fertigstellung beigetragen haben. Eine Kurzversion dieses Textes ist als Blogbeitrag bei der *Review of African Political Economy* erschienen, Kanefendt/Weiß 2025.

<sup>2</sup> Vgl. Commission of Inquiry 2016, S. 87, 99 u. 103.

es in diesen letzten Jahren seines Lebens nur noch selten zu, das Land zu verlassen – eine der wenigen, aber bedeutsamen Ausnahmen: sein Aufenthalt am Institut für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg. Für etwa drei Monate weilt Rodney im Sommersemester 1978, zwei Jahre vor seiner Ermordung, in der Hansestadt, gibt dort Seminare und Vorlesungen und findet Freund\*innen unter den Studierenden und im Kollegium.

Die Hamburger Studierenden gewinnt Rodney durch Erzählungen und Berichte aus seiner langjährigen politischen Arbeit, genauso aber auch mit seiner wissenschaftlichen Forschung. Seine Veranstaltungen sind gut besucht, sein rhetorischer Stil und die drängenden, oft auch persönlichen Schilderungen über Rassismus und die vielschichtigen, aus europäischer Perspektive oftmals nicht wahrnehmbaren Ausformungen kolonialer Gewalt beeindruckten die Studierenden im Hörsaal. Inhaltlich doziert Rodney über den neokolonialen Status quo und die anhaltende Abhängigkeit der ehemaligen Kolonien. Insbesondere seine theoretischen Ausführungen zum Konzept der ›Unterentwicklung‹, zur Einbindung (neo-)kolonialer Ökonomien in den kapitalistisch strukturierten und westlich dominierten Weltmarkt wie auch zu den multiplen antikolonialen Kämpfen der Zeit stellen für die akademische Landschaft in Hamburg eine neue Perspektive auf den Kolonialismus und die postkolonialen Konstellationen dar.

Vor diesem Hintergrund kann es kaum überraschen, dass Rodney auch über seinen Aufenthalt in Hamburg hinaus Spuren am Institut und an der Universität hinterlassen konnte. Auch nach seiner Ermordung arbeiteten studentische Gruppen zu den Entwicklungen in Guyana und in weiteren Ländern in der Karibik. Seine von Studierenden transkribierten und größtenteils durch studentisches Engagement in kleiner Auflage veröffentlichten Hamburger Vorlesungen stellen einen verdichteten Fixpunkt seiner bis heute relevanten akademischen Arbeit dar.

In diesem Beitrag soll es, nach einer Einführung in das Leben und Werk Walter Rodneys, um seine Zeit als Gastprofessor am Institut für Politische Wissenschaft gehen, um die Umstände, unter denen er an die Universität kam, um dort seine Vorlesungen über die jüngere Geschichte Afrikas zu halten, und schließlich auch die Art und Weise, in welcher Rodney die Hamburger Politikwissenschaft – auch über seinen Aufenthalt und seine Ermordung hinaus – zu prägen vermochte. Wir verfolgen mit unserer Darstellung von Rodneys Aufenthalt in Hamburg vornehmlich zwei Absichten. Erstens möchten wir die fehlende Rezeption Rodneys in deutschsprachigen Debatten adressieren. Während wir uns über die ›Wiederentdeckung‹ Rod-

neys in Deutschland freuen<sup>3</sup>, möchten wir mit unserem Aufsatz zu einer interdisziplinären Beschäftigung mit Rodney's Werk in wissenschaftlichen Diskursen beitragen. Zweitens möchten wir bestehende biographische Beiträge über Walter Rodney um seinen bisher weitgehend unbeachteten Lebensabschnitt in Hamburg ergänzen.<sup>4</sup>

Wir beginnen unseren Beitrag mit einer Einführung in Walter Rodney's Biographie. Diese verdeutlicht in erster Linie Rodney's prägenden Einfluss auf nationale wie internationale akademische Debatten und politische Diskurse in der Karibik sowie in Afrika, Nordamerika und Europa (2.1). Anschließend widmen wir uns – rekurrierend auf zentrale Werke der Rodney-Rezeption – einigen der wichtigsten Schriften Rodney's (2.2). Dies bildet den Hintergrund für die Darstellung seiner Hamburger Vorlesungen. Daraufhin gehen wir dann auf Rodney's Zeit in Hamburg ein. Dieser Abschnitt basiert insbesondere auf der Lektüre noch erhaltener, in Archiven oder Privatsammlungen aufbewahrter Quellen aus den 1970er und 1980er Jahren. Außerdem konnten wir Zeitzeug\*innengespräche mit ehemaligen Weggefährt\*innen Rodney's führen. Auf diesem Material aufbauend beleuchten wir zuerst die Frage, wie Rodney's Aufenthalt an der Universität zustande kam, wie er die Monate in der Hansestadt verbrachte und welchen wissenschaftlichen und politischen Themen er sich während seiner Hamburger Zeit widmete (3.1). Anschließend rekonstruieren wir Rodney's Vorlesungen, die später unter dem Titel *One Hundred Years of Development in Africa* veröffentlicht wurden (3.2). Die Jahre nach Rodney's Aufenthalt und seiner Ermordung, in denen Hamburger Studierende mit Veranstaltungen und Forschung Rodney's nachhaltigen Einfluss auf die Arbeit am Hamburger Institut fortschrieben, stehen im Fokus des letzten Kapitels (4.).

---

3 Maßgeblich hierfür ist die im November 2023 erschienene deutschsprachige Neuübersetzung von Rodney's Standardwerk *How Europe Underdeveloped Africa* unter dem Titel *Wie Europa Afrika unterentwickelte*. Die Herausgeber\*innen Bafta Sarbo, Peluola Adewale und René Arnsburg haben dieses Werk gewinnbringend kommentiert. Zusätzlich möchten wir auf die Publikation von Josephine Akinyosoye und Johannes Tesfai *Sichtbar Werden. Auf den Spuren der Kämpfe linker Afrikaner\*innen in Hamburg* (2025) verweisen, in der Walter Rodney eine prominente Rolle spielt. Auch sei hier auf die Ausstellung »Unraveling the (Under-)Development Complex« verwiesen, die anlässlich des 50. Jahrestages des Erscheinens von Walter Rodney's Monographie »How Europe Underdeveloped Africa« zwischen November 2022 und Januar 2023 in Berlin besucht werden konnte; siehe: <https://savvy-contemporary.com/en/events/2023/unraveling-the-under-development-complex/> [zuletzt abgerufen am 17.03.2023].

4 Siehe etwa Lewis 1994; Jacob 2022; Boukari-Yabara 2018.

## 2. Zum Leben und Wirken Walter Rodneys

### 2.1 Zwischen den Welten: Aktivismus und akademische Stationen im Leben Walter Rodneys

»So me say that Walter Radni was no shark fi de sea  
 An' all that him did wan' was fi set 'I'm peepole free  
 Wi' de workers an' de peasan's him should a corporate  
 But like a fish to de hook, 'I'm go bite 'pon Burnham bait.«<sup>5</sup>

Wer sich mit dem Leben Walter Rodneys auseinandersetzt, kommt nicht daran vorbei, die in vielen Rezeptionen seiner Schriften gezogene Trennung zwischen Theorie und Praxis, zwischen intellektueller Tätigkeit und Aktivismus, aufzulösen.<sup>6</sup> Rodney war ein »scholar-activist«<sup>7</sup>, dessen Denken und Wirken die Dominanz einer *objektiven* und folglich *depolitierten* Wissenschaft herausforderte.

Walter Rodney nimmt in seinem Leben verschiedenste Positionen ein: Er arbeitet als Dozent und Professor in Jamaika und Tansania, tritt als öffentlicher Fürsprecher der Arbeiter\*innenbewegung auf und wird zu einem der wichtigsten Vertreter der Black-Power-Bewegung und des Panafrikanismus in der Karibik der 1960er und 1970er Jahre.<sup>8</sup> Im Laufe seines Lebens organisiert er sich im antikolonialen Widerstand, setzt sich für die Interessen ausgebeuteter Klassen ein und versucht stets, den Charakter neokolonialer Herrschaftsstrukturen in ihrer Verschränkung von imperialistischer Ausbeutung und rassistischer Unterdrückung aufzudecken und zu überwinden. Die Biographie Walter Rodneys zeigt in aller Deutlichkeit auf, wie sich die Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse auf Theoriebildung auswirken und gleichzeitig wie eine auf diese Verhältnisse reagierende und über sie hinausgehende Theorie soziale und politische Entwicklungen beeinflussen kann.

Bis Walter Rodney als einer der ersten Professor\*innen aus der Black-Power-Bewegung seinen Weg in den beinahe ausschließlich von *Weißern*<sup>9</sup> besetzten Universitätsbetrieb findet, muss er eine Rei-

5 Strophe aus »Reggae fi Radni«, einem 1984 erschienen Lied des jamaikanischen Dichters und Reggae-Musikers Linton Kwesi Johnson. In seinem Song erinnert Johnson an Walter Rodneys Leben, dessen politisches Wirken in Guyana und an seine Ermordung.

6 In diesem Sinne vgl. Dodson 1990, S. Vf.

7 Benjamin 2020.

8 Vgl. Benjamin/Kelley 2018, S. XXV.

9 Weiß wird in diesem Text bewusst kursiv geschrieben, um zu verdeutlichen, dass es sich um eine soziale und politisch eingreifende Kategorie handelt, die weder auf die Farbe der Haut zurückzuführen ist noch als bestärkender Identitätsmarker angeeignet werden kann. Die im europäischen Kolonialismus historisch gewachsene und weiterhin wirksame Kategorie des Weißseins wurde konstruiert, um eine Abgrenzung vom rassifizierten Anderen zu ermöglichen, Ausgrenzung zu normalisieren und (Über-)Ausbeutung

he von Bildungsinstitutionen durchlaufen. Diese fordern ihn immer wieder aufs Neue heraus und stellen seinem wissenschaftlichen Programm einer Geschichtsschreibung, die vom europäischen Kanon unabhängig wird und so das Fundament (neo-)kolonialer Unterdrückungsmechanismen zu fassen vermag, etliche Hürden in den Weg.

Rodney ist einer der wenigen, die als Kind von Arbeiter\*innen die Möglichkeit einer schulischen Ausbildung am *Queen's College* in Georgetown bekommen. Für seine Eltern, die Näherin Pauline und den Schneider Edward Rodney, die fünf Kinder haben, bedeutet das aber auch eine finanzielle Belastung. Ihre Einnahmen aus der häuslichen Schneiderei reichen zur Finanzierung des Haushalts nicht aus, und sie sind zusätzlich auf schlecht bezahlte Aufträge von großen Schneidereien angewiesen.<sup>10</sup> Nichtsdestotrotz gelingt es Rodney, hervorragende Leistungen zu erbringen und sich dabei noch als Vorsitzender der *Historical Society of the Queen's College* zu engagieren. Seine Leistungen führen 1960 dazu, dass er sich für ein Studium am *University College of the West Indies* (UCWI; ab 1962 *University of the West Indies*, UWI) in Jamaika qualifiziert.<sup>11</sup>

Rodney wächst in Britisch-Guyana in einer multirassialen Gesellschaft auf, die vom Zusammenleben indischer und afrikanischer Gemeinschaften geprägt ist. Selten kommt es zu offener Feindschaft zwischen beiden Gruppen, doch ein Gefühl gegenseitiger Konkurrenz ist in allen Gesellschaftsbereichen spürbar.<sup>12</sup> Hinzu kommt die unübersehbare Präsenz von Klassenunterschieden in der guyanischen Gesellschaft, die Rodney im jungen Alter von elf Jahren ganz unmittelbar beim Verteilen von Flyern der *People's Progressive Party* (PPP), in der seine Eltern organisiert sind, wahrnimmt.<sup>13</sup> Als 1953 die ersten demokratischen Wahlen in Britisch-Guyana stattfinden, kann die PPP einen deutlichen Wahlsieg einfahren. Ein Ergebnis, welches auch auf die gut organisierte Mobilisierung sowohl afrikanischer als auch indischer Bevölkerungsgruppen durch die Parteigründer Cheddi Jagan, Janet Jagan und Forbes Burnham zurückzuführen ist, die ebenso wie die sechs von ihnen eingesetzten Minister\*innen repräsentativ für beide Teile der Gesellschaft stehen. Während die Partei einerseits eher reformistische Ansätze vertritt und britischen Kolonialbeamt\*innen den Verbleib im Commonwealth zusi-

---

nicht-weißer Subjekte zu rechtfertigen.

10 Vgl. Rodney 1990, S. 1f.

11 Vgl. Malott/Bailey 2022.

12 Vgl. Rodney 1990, S. 2f.

13 Über diese Zeit sollte Rodney später Folgendes berichten: »I knew that there were certain kinds of Guyanese into whose yard one did not go to carry a PPP manifesto. You could tell from the kind of house or the shade or complexion of the lady reclining, sipping her tea, or whatever she may be doing«, Rodney 1990, S. 6.

chert, positioniert sie sich andererseits auch deutlich gegen imperiale Unterdrückung, schlägt eine nationalistische Rhetorik an, die sich mit antikolonialen Kämpfen in Afrika und Indochina solidarisiert, und setzt sich für Gewerkschaftsgründungen und bessere Arbeitsbedingungen ein.<sup>14</sup>

Das Bündnis zwischen Cheddi und Janet Jagan und Forbes Burnham ist jedoch einem stetigen Druck der britischen Kolonialinteressen ausgesetzt. Bereits im Oktober 1953 treten in Georgetown und London Anzeichen dafür auf, dass der damalige Gouverneur von Britisch-Guyana Lungley Savage mit einem geheimen Coup beauftragt wurde, die PPP-Mitglieder in der Regierung zu verhaften und für die Aufhebung der Verfassung zu sorgen. Während Cheddi Jagans Vorstoß, britischen Truppen durch ein Eilverfahren im Versammlungshaus Einhalt zu gebieten, vom obersten Richter Eustace Woolford noch als grundlos und überzogen abgetan wird, marschieren nur einen Tag später Soldaten der *Royal Welch Fusiliers* und *Royal Marines* durch Georgetown.<sup>15</sup> Obwohl die britische Krone wie auch ihr Gouverneur Savage davon ausgehen, dass die PPP und vor allem einige einflussreiche Ministerien von kommunistischen Eliten unterwandert sind, wird dies nicht öffentlich als Grund für den Coup angeführt. Um die Einführung einer einjährigen Interims-Verfassung zu begründen, die mit der Verbannung der PPP in die Opposition und der vollständigen Neubesetzung der gesetzgebenden Versammlung einhergeht, lässt die Kolonialverwaltung verkünden, die PPP sei nicht regierungsfähig und führe die Kolonie in eine ökonomische Krise und sie habe die Gesellschaft gegen die Kolonialverwaltung aufgebracht. Plötzlich aus der Regierung ausgeschlossen, kann die PPP diesem immensen Druck nur schwerlich etwas entgegensetzen.

Als sich dann Forbes Burnham im Februar 1955 dafür entscheidet, die internen Spannungen in der Partei für sich zu nutzen und auf einem von ihm einberufenen Parteikongress Cheddi und Janet Jagan offen herauszufordern, befindet sich die Partei vor dem Abgrund. Burnham, der sich zusehends an den radikaleren Forderungen des Parteiflügels um die Jagans stört, lässt sich – nachdem viele Jagan-Anhänger\*innen den Kongress verlassen haben – schließlich zum Parteivorsitzenden wählen. Ein letzter Versuch, dieser vollständigen Aufspaltung der Partei in zwei unvereinbare Lager etwas entgegenzusetzen und Burnham aus der Partei auszuschließen, scheitert. Nachdem der erste Coup 1953 den Boden für politische, ideologische und rassiale Spannungen in Britisch-Guyana bereitet und zudem zur Spaltung der PPP beigetragen hatte, wird 1957 unter

---

14 Vgl. Palmer 2010, S. 14f., 20 u. 31.

15 Vgl. Palmer 2010, S. 49ff.

Führung Burnhams der *People's National Congress* (PNC) gegründet.<sup>16</sup> Der PNC versteht sich als alleinige Vertretung der Interessen des afrikanischen Bevölkerungsteils und verstärkt damit die Politisierung der Frage nach rassistischer Zugehörigkeit.<sup>17</sup> Von diesem Zeitpunkt an kommt es häufiger zu Konflikten zwischen beiden Parteien, die in den 1960er Jahren zu teils gewaltsamen Protesten eskalieren.<sup>18</sup>

Geprägt von diesen Entwicklungen und Eindrücken beginnt Rodney sein Studium am *University College of the West Indies* in Kingston, für das er ein Stipendium erhält. In dieser Zeit setzt sich in Jamaika eine nationalistische Mentalität durch, die zur Quelle des Widerstands gegen koloniale Fremdherrschaft wird. Motiviert von Massenprotesten in Trinidad in den 1950er Jahren, engagiert sich auch Rodney für den Beitritt Jamaikas zur Westindischen Föderation – ein historischer Schritt, der entscheidend zum Prozess der Dekolonisation beiträgt.<sup>19</sup>

Rodney erlebt in Jamaika die Verdrängung der kulturellen Hegemonie und wissenschaftlichen Deutungshoheit Europas aus den Unterrichtsplänen der Geschichtswissenschaft. Im gleichen Zeitraum unternimmt er mehrere Reisen zu Orten revolutionärer Umbrüche – unter anderem nach Moskau und Kuba –, um zu verstehen, wie eine sozialistische Transformation umgesetzt werden kann. Und je mehr er sich mit der Frage beschäftigt, »how do we overturn this old absurd history«,<sup>20</sup> desto mehr beginnt er sich intensiv mit der Geschichte Afrikas zu beschäftigen und sich auf die Analyse der Auswirkungen des europäischen Versklavungshandels auf die Kultur und Unterdrückungsformen in Afrika und der Karibik zu konzentrieren. Dies erlaubt ihm auch, die Situation in Guyana neu zu bewerten. Beispielsweise erkennt er, dass indische Migrant\*innen genau zu dem Zeitpunkt in den guyanischen Arbeitsmarkt integriert worden waren, als sich die Schwarze Arbeiter\*innenbewegung nach dem Ende des Versklavungshandels organisierte. Zugleich beobachtet er, wie die rassistischen Politiken und Agitationen des PNC die gemeinsamen Ausbeutungserfahrungen afrikanischer und indischer Arbeiter\*innen überdecken. Diese Erkenntnisse liegen später seiner aktiven Rolle in der *Working People's Alliance* (WPA) zugrunde.<sup>21</sup>

Aus der Motivation heraus, das Leben der Kolonist\*innen zu verstehen, beginnt Rodney 1963 als *research student* ein Studium an der *School of Oriental and African Studies* (SOAS) in London. Ob-

---

16 Vgl. ebd., S. 53–58.

17 Vgl. ebd., S. 61.

18 Vgl. Hinds 1998, S. 127–130.

19 Vgl. Rodney 1990, S. 12ff.

20 Vgl. ebd., S. 13.

21 Dupuy 1996, S. 118f.

wohl er an der UWI den Jahrespreis für ein postgraduales Studium gewonnen hatte, wird sein jamaikanischer Abschluss an der SOAS nicht als vollwertig anerkannt und lediglich als zweitklassig eingestuft. Es vergehen Wochen, bis Rodney mit seinen Studien inmitten einer vorwiegend auf die Ausbildung von kolonialen Verwaltungsakteuren spezialisierten Hochschule beginnen kann. Während Rodney den Rassismus in der englischen Gesellschaft, der auch nicht durch seine Position als wissenschaftlicher Mitarbeiter gemildert ist, unvermittelt zu spüren bekommt, entwickelt er zusehends Unbehagen gegenüber der, wie er schreibt, »very, very, very cold society: the cold buildings, the cold people, the cold food, and everything else that one has to come up against«<sup>22</sup>. Rückhalt erfährt Rodney in seiner Wohngemeinschaft, in der er zusammen mit seiner Partnerin Patricia Henry, seinem Bruder Edward und seinem Grundschulfreund Albert Parkes lebt. Häufig sind auch Selma James und ihr Mann, der sozialistische Theoretiker und Panafrikanist C.L.R. James, der aus politischen Gründen aus den USA ausgewiesen worden war, zu Gast.<sup>23</sup>

Aus seiner Zeit in Jamaika schöpfend, in der er bereits als wortgewandter Debattierer bekannt war und die UWI bei einer *Debating Championship* in Pittsburgh vertreten hatte, beginnt Rodney 1963 im Londoner Hyde Park im Rahmen der sogenannten *Speakers' Corner* politische Reden zu halten.<sup>24</sup> Er wendet sich vor allem an Menschen aus der Karibik und schafft somit einen Rahmen, in dem über die rassistischen Zustände in England und die unterschiedlichen Formen von Ausbeutung migrantisierter Bevölkerungsteile gesprochen werden kann. Seine damaligen Reden und Analysen über die Ausbeutung der Schwarzen Bevölkerung in London sind stark von seinen Gesprächen mit Selma und C.L.R. James beeinflusst. Er findet in den beiden nicht nur Freund\*innen, sondern sie ermöglichen ihm auch, innerhalb eines Lesekreises über C.L.R. James' bahnbrechende Schrift *The Black Jacobins* (1938) oder Eric Williams' *Capitalism and Slavery* (1944) sowie über revolutionäre Bewegungen, etwa in Kuba, zu diskutieren.<sup>25</sup> Jeden Freitagabend finden zwischen James, Rodney und weiteren Studierenden aus der Karibik Diskussionen über politische Umwälzungen und über ihre theoretischen Arbeiten statt. 1965 heiraten Walter und Patricia. Am 7. Juli kommt ihr Sohn Shaka, das erste von drei gemeinsamen Kindern, zur Welt. Am glei-

---

22 Rodney 1990, S. 20.

23 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Patricia und Asha Rodney 2021, eigene Aufzeichnungen.

24 Seit 1872 wurde es per Parlamentsbeschluss jeder Person ohne Voranmeldung erlaubt, am *Speakers' Corner* Reden zu halten, solange das britische Königshaus nicht adressiert wurde. Schon Karl Marx und Wladimir Iljitsch Lenin hatten von diesem Forum Gebrauch gemacht, vgl. Rodney 1990, S. 21.

25 Vgl. ebd., S. 15.

chen Tag erhält Rodney seine Promotionsurkunde – im Alter von 24 Jahren. Seine Dissertation wird ausgezeichnet und erscheint 1970 unter dem Titel *A History of the Upper Guinea Coast, 1545–1800* im Oxforder Verlag Clarendon Press.

Im Anschluss an seine Dissertation bewirbt sich Rodney an der *University of Dar es Salaam* in Tansania auf eine Dozentur. Um seine Stelle antreten zu können, muss er sich beim *Ministry of Overseas Development* in London vorstellen, das für die Vergabe wissenschaftlicher Stellen in den damaligen englischen Kolonien zuständig ist. Zunächst noch überrascht von der Zusage des Ministeriums, da er sich bis zu diesem Zeitpunkt insbesondere mit Westafrika befasst hatte, bricht Rodney 1967 nach Tansania auf.<sup>26</sup>

In den folgenden drei Jahren verfasst er eine antikoloniale Geschichte Afrikas und der Karibik und entwickelt aus seiner alltäglichen Arbeit heraus ein Programm für eine gezielt antikoloniale Praxis. Im Nachhinein kann diese Zeit als eine der wichtigsten Phasen seiner wissenschaftlichen Arbeit betrachtet werden. In Tansania verkehrt Rodney in verschiedenen sozialen Kreisen, die von zentraler Bedeutung für die Entwicklung seines theoretischen Denkens werden sollten. Zum einen kommt er innerhalb der Universität bereits nach kurzer Zeit in Kontakt mit einer kleinen Anzahl revolutionär ausgerichteter Studierender, die die bürgerliche Ideologie der Universität in Daressalam herausfordern.<sup>27</sup> Zum anderen entwickelt sich Tansania in dieser Zeit zu einem *Meeting Place* für radikale Denker\*innen, die unter der Präsidentschaft Julius Nyereres größtenteils geduldet werden. 1967 hatte Nyerere die *Arusha Declaration* proklamiert, mit dem Ziel, die Klassenverhältnisse zwischen tansanischen Produzent\*innen und internationalem Kapital zu verändern und schrittweise den Weg zu einer sozialistischen Transformation nach dem Prinzip des *Ujamaa*<sup>28</sup> zu ebnen. Damit war die Auseinandersetzung um eine progressive und unabhängige Entwicklung des postkolonialen Tansania eröffnet, die insbesondere am Campus der *University of Dar es Salaam* ausgetragen wurde. Dort fanden zunehmend antikolonial und marxistisch ausgerichtete Studierende

---

26 Vgl. ebd., S. 32.

27 Vgl. ebd., S. 36.

28 Unter dem Begriff *Ujamaa* wurden in Tansania unter Julius Nyerere seit den 1960er Jahren Entwicklungsprojekte gefördert: der Begriff impliziert sowohl eine sozioökonomische Zielsetzung als auch ein philosophisches Konstrukt. Das Konzept beinhaltete die Bildung von Großdörfern, in denen über (Verwandtschafts-)Kollektive sowohl ein ausreichendes Angebot an Arbeitskraft als auch die egalitäre Verteilung der erzeugten Produkte erreicht werden konnte. Ziel Nyereres war eine familienbezogene kommunalistische Produktionsweise als Fundament einer sozialistischen Transformation im Sinne eines spezifischen African Socialism, vgl. Rodney 1972, S. 61; Harisch 2020, S. 107 u. 117; Adesoye 2017, S. 7.

aus dem Sudan, Sambia, Äthiopien und dem heutigen Südafrika Zuflucht, die sich teilweise in Reaktion auf die Deklaration Nyereres zusammenschlossen, was 1967 zur Gründung der *University Students' African Revolutionary Front* unter der Führung des späteren Präsidenten Ugandas, Yoweri Museveni, beitrug.<sup>29</sup> Rodneys Haltung zur sozialistischen Vision Nyereres ist gespalten: Obwohl er sich 1964 in der von Nyerere gegründeten *Tanganyika African National Union* (TANU) engagiert, schreibt er Texte für die Zeitschrift *Cheche*,<sup>30</sup> welche die Umsetzbarkeit der sozialistischen Transformationspläne kritisch reflektiert und deren studentische Initiator\*innen auch deshalb bei Protesten mit Repression überzogen werden.

Im Januar 1968 verlässt Rodney Tansania, da er die Möglichkeit erhält, am Institut für Geschichte der *University of the West Indies* in Jamaika zu lehren. Auch mit seiner Familie kann er so wieder zusammen sein. Rodney entscheidet sich, wie zuvor in Daressalam, bewusst gegen eine Unterkunft am Campus der Universität, in der er mit Patricia hätte wohnen können. Da Rodney dieses Mal als Fakultätsmitglied eine gute berufliche Situation in Aussicht hat und Patricia zusätzlich zu ihrer Arbeit im Universitätskrankenhaus ein Studium der Sozialwissenschaften beginnen kann, planen beide, für mehrere Jahre in Jamaika zu bleiben. Rodney sucht den Kontakt zur Rastafari-Bewegung, die nicht nur in der Wissenschaftslandschaft Jamaikas keinen Platz findet, sondern vollständig aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen wird.<sup>31</sup> Er setzt sich intensiv mit ihren Kämpfen auseinander und behandelt das nationale Bewusstsein der Rastafaris im 1969 veröffentlichten Werk *The Groundings With My Brothers*, welches seine erste außeruniversitäre Monographie wird.<sup>32</sup> Quellen für dieses Buch sind unter anderem auch Besuche in Stadtteilen, in denen Menschen mit geringen ökonomischen Mitteln leben. Während er verstärkt den Kontakt zu Rastafari-Gemeinden sucht, führt er seine Analysen der konkreten Verhältnisse sowohl mit Erkenntnissen aus seinem Studium der afrikanischen Geschichte als auch seiner Auseinandersetzung mit marxistischer Theorie zusammen.

Als Rodney im Oktober 1968 von einer Reise aus Montreal zurückkehrt, wo er sich mit einem ›Statement on the Jamaican Situation‹ an einer Konferenz Schwarzer Autor\*innen beteiligt hatte, wird

---

29 Vgl. Harisch 2020, S. 105; Rodney 1990, S. 35ff.

30 *Cheche* kann mit dem Wort *Funke* übersetzt werden und spielt auf die gleichnamige Zeitung *Iskra* an, die ab 1900 für drei Jahre unter Federführung Wladimir Iljitsch Lenins erschienen war.

31 Vgl. Hill 1990, S. II.

32 Die Schrift sollte außerdem auf weitere Arbeiten Rodneys und vor allem auf die Entwicklung einer radikalen Sozialtheorie Einfluss nehmen, vgl. Campbell 1980, S. 133.

ihm die Wiedereinreise nach Jamaika verwehrt.<sup>33</sup> Am Flughafen wird ihm mitgeteilt, dass er in seiner Abwesenheit zur *Persona non grata* erklärt worden sei und Jamaika umgehend verlassen müsse. Das Verbot der Wiedereinreise ging direkt vom jamaikanischen Premierminister Hugh Shearer von der *Labour Party* aus, der später verlauten ließ, dass Rodney die öffentliche Sicherheit und Stabilität des jüngst unabhängig gewordenen Karibikstaates sowie die aufstrebende Tourismusbranche gefährde.<sup>34</sup> Rodneys Verbannung wirkt wie ein Katalysator auf die bereits seit einiger Zeit schwelende Unzufriedenheit über die soziale Ungleichheit und weitverbreitete Armut in Jamaika und löste eine Protestwelle bisher unbekanntes Ausmaßes aus. Noch in derselben Nacht erfahren einige Studierende der UWI vom Einreiseverbot für Walter Rodney und beginnen mit Vorbereitungen zu einem Universitätsboykott und einem Protestmarsch zum Parlament in Kingston. An diesem Protestmarsch nehmen tausende Studierende und Arbeiter\*innen teil, die nicht nur in Solidarität mit Walter Rodney, sondern zugleich auch gegen die hohe Arbeitslosigkeit und die Anhebung der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr demonstrieren.<sup>35</sup> Die große Anzahl der Protestierenden und die Vehemenz des Protests können nicht isoliert und allein als Antwort auf Rodneys Verbannung verstanden werden, sondern markieren vielmehr einen Kipppunkt der demokratischen Bewegung in Jamaika; die Verweigerung der Einreise Rodneys wurde als Indiz für weitere bedrohliche Veränderungen gesehen.<sup>36</sup> Als sich der Demonstrationszug bis auf einige Kilometer dem Parlament genähert hat, beginnen die Polizei und die jamaikanische Armee die Teilnehmer\*innen anzugreifen. Die sich nun bahnbrechende Gewalt gegen öffentliche Gebäude sowie mehrere Busse hält über mehrere Tage an.<sup>37</sup>

Die sogenannten *Rodney Riots*, die als zentrales Ereignis der *Black-Consciousness*-Bewegung der Karibik in die Geschichte eingingen, stellen die enorme Wirkung auf die politischen Verhältnis-

---

33 Kurz bevor Rodney an der Konferenz teilnimmt, schildert er einem in Trinidad an der Universität lehrenden Freund die sozialen Verhältnisse Jamaikas als geradezu explosiv. Die hier deutlich werdende Dringlichkeit, mit der Rodney auf der Suche nach einer revolutionären Linie ist, von der aus die prekäre Lage der arbeitenden Klassen Jamaikas aufgelöst und direkte und wissenschaftlich begründete Aktionen gegen den Imperialismus geführt werden können, dürfte Rodney in Montreal nur noch deutlicher formuliert haben, vgl. Lewis 1994, S. 43f.

34 Vgl. Rodney 2021, Min. 15–20, 24.

35 Vgl. ebd.

36 Vgl. Lewis 1991, S. 80.

37 Patricia Rodney hat zuletzt in einem Vortrag vom 15. Oktober 2021 zu den Geschehnissen in Jamaika im Oktober 1968 und ihrer Teilnahme an den Protesten referiert. Mit dem Titel »Reframing October 1968: A Case for Reparative Justice« beteiligte sie sich an der jährlich vom Institute of Caribbean Studies der UWI veranstalteten »Walter Rodney Lecture«. Zu den oben ausgeführten Ereignissen vgl. insbesondere Rodney 2021, Min. 17–24.

se unter Beweis, welche Rodney innerhalb seines achtmonatigen zweiten Aufenthalts in Jamaika entfaltetete.<sup>38</sup> Während von staatlicher Seite versucht wird, die Bedeutung der Proteste herunterzuspielen, findet sich in den Straßen von Kingston eine Vielzahl von Menschen zusammen, die neben ihrer Kritik an der Universität auch ihre Ablehnung der *Jamaican Labour Party* zum Ausdruck brachten, deren politisches Agieren und nationalistische Rhetorik sich gegen die Interessen Schwarzer Arbeiter\*innen richtete.<sup>39</sup> Gegen die Protestierenden wird seitens der Polizei und der jamaikanischen Armee mit äußerster Gewalt vorgegangen.<sup>40</sup> Mehrere Teilnehmer\*innen der Proteste kommen zu Tode.<sup>41</sup> Auch Patricia Rodney, zum Zeitpunkt der Demonstration schwanger, wird vom Tränengas der Polizei getroffen und muss ärztlich behandelt werden. Nachdem sie sich erholt hat, ist es angesichts der drohenden staatlichen Repression klar, dass sie das Land verlassen muss. Obwohl die Regierung sie an der Ausreise zu hindern versucht, gelingt es ihr, zusammen mit ihrem Sohn Shaka nach London auszureisen, wo sie ihren Ehemann wiedertrifft.<sup>42</sup>

Obwohl Patricia mit Shaka nun nach Guyana zurückkehren möchte, entscheidet sich Walter Rodney vorerst dagegen, in seine Heimat zurückzukehren, und seine Verbindungen zu Kolleg\*innen und Freund\*innen in Kuba zu vertiefen. Dass sich in Tansania zeitgleich die Kämpfe um Selbstbestimmung und Befreiung von europäischer Unterdrückung weiter konkretisieren, lässt Rodney keine Ruhe, sodass er sich 1969 wieder nach Tansania aufmacht. Während er versucht, in die konfrontativen Debatten zwischen bewaffnetem Befreiungsnationalismus und Nyereres Staatssozialismus zu intervenieren und an der Universität einen seiner umstrittensten Vorträge mit dem Titel ›The Ideology of the African Revolution‹ hält, in dem er das Fehlen der Analyse von Klassenverhältnissen in nationalistisch orientierten Befreiungsbewegungen kritisiert, schreitet Rodney auch in seiner eigenen wissenschaftlichen Arbeit voran.<sup>43</sup> Er ist intensiv mit der Neubegründung einer intellektuellen antikolonialen Tradition beschäftigt. Zunächst erforscht er die Ursachen für die »Unterentwicklung« des afrikanischen Kontinents im Zusammenhang mit dem europäischen Kolonialismus und geht anschließend dazu über, eine afrozentrische Geschichtsschreibung mit Einsichten des historischen Materialismus zu verbinden. Auf diese Weise beabsichtigt er,

---

38 Vgl. Benjamin/Kelley 2018, S. XXIX.

39 Vgl. Lewis 1994, S. 49.

40 Vgl. Rodney 2021, Min. 17–20.

41 Vgl. Hill 1990, S. II.

42 Vgl. Rodney 2021, Min. 19–23.

43 Vgl. Prashad 2018, S. 12.

die Potenziale von Arbeiter\*innenbewegungen und antikolonialen Kämpfen im Rahmen neokolonialer und rassistischer Machtstrukturen offenzulegen.<sup>44</sup>

In den 1970er Jahren reist Rodney mehrmals nach Atlanta, um seine Ergebnisse mit Kolleg\*innen des *Institute of the Black World* (IBW) in Atlanta zu teilen, das aus dem *Martin Luther King Jr. Center for Nonviolent Social Change* hervorgegangen war. Nachdem 1972 sein Hauptwerk *How Europe Underdeveloped Africa* erscheint, das vom Tanzanian Publishing House in Kooperation mit dem Bogle-L'Ouverture-Verlag in London veröffentlicht wird, nimmt Rodneys Bekanntheit in Nordamerika zu. 1974 wird er zur Teilnahme an einer Sommerschule des IBW eingeladen, die von dem Historiker Vincent Harding geleitet wird und im alten Wohnhaus von W.E.B. Du Bois stattfindet.<sup>45</sup>

Zurück in Tansania beginnt Rodney zunehmend, seine Position als ausländischer Wissenschaftler zu reflektieren und über seine eigenen Möglichkeiten zur Unterstützung der politischen Kämpfe der tansanischen Bevölkerung nachzudenken. So ist er nicht nur eine der führenden Stimmen der Daressalam-Schule für radikale Historiographie, sondern eng mit lokalen Arbeiter\*innenassoziationen und bäuerlichen Genossenschaften verbunden. Zugleich verspürt er zunehmend den Drang, aktiv in das politische Geschehen in Guyana einzugreifen und beschließt, dass die Vorbereitung des sechsten Panafrikanischen Kongresses im Jahr 1974 vorerst sein letztes Projekt in Daressalam sein soll.<sup>46</sup>

1974 erhält Rodney das Angebot, in seiner Heimatstadt die Leitung des Instituts für Geschichte an der neu gegründeten *University of Guyana* zu übernehmen, die gerade erst aus dem von Rodney besuchten *Queen's College* hervorgegangen ist. Dies gibt ihm die Möglichkeit, sich vor Ort ein gemeinsames Leben mit seiner Familie aufzubauen und mag für ihn die Gelegenheit gewesen sein, auf die er so lange gewartet hatte. Auch diesmal kommt es jedoch, wie einige Jahre zuvor in Kingston, anders. Unter Einfluss von Forbes Burnham, der Guyana zusehends autoritär regiert, wird die Berufung Rodneys kurzfristig zurückgenommen.<sup>47</sup> Rodney ist jedoch fest entschlossen, seine wissenschaftlichen Projekte voranzutreiben und sich ein breites Feld von Unterstützer\*innen aufzubauen. So entscheidet er sich unmittelbar nach der Zurückweisung aus Guyana als Ko-Direktor eines Symposiums tätig zu werden, das im Juli 1974 unter dem Titel

---

44 Vgl. Lewis 1994, S. 41f.

45 Vgl. Benjamin 2020.

46 Vgl. Harisch 2020, S. 120ff.

47 Vgl. Campbell 1980, S. 133f.

›African Peoples and the International Political Economy‹ in Atlanta abgehalten wird. Er nutzt seine Zeit in den USA, um gemeinsam mit Aktiven des IBW über sein Werk *How Europe Underdeveloped Africa* und die Übertragung seines Ansatzes auf die Entwicklung der politischen und ökonomischen Verhältnisse der Schwarzen und weißen Bevölkerung der USA zu diskutieren.<sup>48</sup> Darüber hinaus arbeitet er ein Verständnis von Panafrikanismus heraus, das individuell erfahrene Unterdrückung und gemeinschaftlich erfahrene Handlungsfähigkeit Schwarzer Befreiungsbewegungen bei der Veränderung der Verhältnisse zusammenführt; gleichzeitig befasst er sich verstärkt mit den Zusammenhängen von *Race* und *Class*.<sup>49</sup> Zurück in Guyana führen seine Versuche der Arbeiter\*innenmobilisierung, die Rodney unter anderem in der nach einem englischen Bergbauunternehmen benannten Stadt McKenzie<sup>50</sup> und der Bauxitindustrie im Allgemeinen unternimmt, zu Anstellungsverboten für ihn selbst und Patricia.

Ab 1974 veröffentlicht Rodney vermehrt Beiträge zu den materiellen Grundlagen der sozialen und rassialen Trennung von indischen und afrikanischen Gemeinschaften in Guyana und beschreibt, inwiefern diese Trennungen vom PNC noch verstärkt werden.<sup>51</sup> Zeitgleich wächst seine Überzeugung von der Notwendigkeit einer neuen Partei in Guyana. Bereits im selben Jahr schließt er sich der *Working People's Alliance* (WPA) an, die aus vier radikalen afrikanisch bzw. indisch dominierten Organisationen hervorgegangen war – der *African Society for Cultural Relations with Independent Africa* (ASCRIA), den *Indian People's Revolutionary Associates* (IPRA), der *Working People's Vanguard Party* (WPVP) und *Ratoon*,<sup>52</sup> einer Organisation von progressiven Studierenden und Fakultätsangehörigen an der 1963 gegründeten *University of Guyana*. 1979 formiert sich die WPA – auch in Reaktion auf die sich verstärkende ökonomische und politische Krise – zu einer politischen Partei, um eine ernstzunehmende Alternative zum regierenden PNC zu werden. Man entwickelt ein Gegenprogramm zur rassial ausgerichteten Politik der Regierung und sucht den direkten politischen Konflikt mit Forbes Burnham und dem PNC.<sup>53</sup> Da sich die politische Situation in Guyana durch die offen zu Tage tretende Konfrontation beider Parteien weiter zuspitzt, verlässt Rodney das Land nur, um die Familie durch Lehraufträge über Wasser

---

48 Vgl. Dodson 1990, S. VIII.

49 Vgl. Harisch 2020, S. 110f.; Young 2008, S. 492f.

50 Vgl. Hill 1990, S. III.

51 Siehe hierzu etwa Rodney 1977; Rodney 1978a; vgl. auch Benjamin/Kelley 2018, S. XXXIII. In seinem Bemühen, das guyanische Volk zu einigen und rassialen Spannungen entgegenzuwirken, schreibt er in seinem letzten Lebensjahr auch zwei Kinderbücher: *Kofi Baadu out of Africa* und *Lakshmi ou of India*.

52 Vgl. Hinds 2008, S. 39.

53 Vgl. Campbell 1980, S. 134.

zu halten und internationale Verbindungen aufzubauen. Neben seinem Aufenthalt am *Africana Studies and Research Center* der *Cornell University* in Ithaca, New York hält er an vielen weiteren Orten der Vereinigten Staaten Vorlesungen und gibt Seminare.<sup>54</sup> Schließlich entpuppt sich die Lehrtätigkeit als Vertretungsprofessor in Hamburg im Sommer 1978 als eine willkommene Möglichkeit, neue Verbündete zu gewinnen und ein vergleichsweise solides Gehalt mit nach Guyana zu nehmen.

Sein politisches Ziel verliert er dabei nie aus den Augen. Die Idee einer Gesellschaft, in der Gemeinsamkeiten wie Spezifika der kolonialen Gewalterfahrungen aller Bevölkerungsgruppen Guyanas reflektiert werden und in der die Produktionsverhältnisse so organisiert sind, dass alle Bewohner\*innen Guyanas von sozialer und ökonomischer Entwicklung profitieren können, ist nicht nur revolutionär, sondern auch politisch breit anschlussfähig. Während dieser Hochphase der politischen Arbeit in Guyana trifft Rodney seine ehemalige Kommilitonin Andaiye wieder, mit der er zusammen in Jamaika studiert hatte. Andaiye ist ebenfalls Mitglied des Executive Committee der WPA und veröffentlicht die Zeitschrift der Partei. Beide verbindet die Vision eines revolutionären Umbruchs in Guyana und sie tauschen sich intensiv über mögliche internationale Bündnisse aus. Insbesondere die internationale Bündnisarbeit sollte Andaiye als International Secretary der WPA in London nach dem Tod Walter Rodneys weiterführen.<sup>55</sup>

Die Gefahr, die von der WPA für die Herrschaft des PNC unter Burnham ausgeht, ist nicht zu übersehen und wird erneut mit staatlicher Repression beantwortet. Im Juli 1979 etwa werden Dwayne Wong Omawale sowie Rupert Roopnaraine und Walter Rodney, die drei bekanntesten Gesichter der Partei, bei Protesten festgenommen und bezichtigt, Initiatoren eines Brandanschlags auf das Hauptgebäude des PNC gewesen zu sein. Die verhafteten »*arson three*«, wie sie in der Presse genannt werden, sollen stellvertretend für die gesamte WPA verunglimpft und als politische Feinde dargestellt werden, derer man sich dringend entledigen müsse. Die landesweiten Proteste nach ihrer Verhaftung verdeutlichen jedoch, wie real die Gefahr eines rasant wachsenden Widerstands gegen die PNC-Regierung ist.<sup>56</sup> Der Druck der guyanischen Öffentlichkeit und auch internationale Proteste führen nach wenigen Tagen zur Freilassung der drei Beschuldigten.<sup>57</sup> Für Rodney ist dies jedoch erst

54 Vgl. Dodson 1990, S. IX.

55 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Patricia und Asha Rodney 2021, eigene Aufzeichnungen.

56 Vgl. Hinds 2008, S. 46f.

57 Vgl. Campbell 1980, S. 134.

der Beginn einer anhaltenden Gefährdungslage, in der er jederzeit damit rechnen muss, verfolgt oder inhaftiert zu werden. Die Lage in Guyana spitzt sich zu, und die Worte Walter Rodneys, die auf Flugschriften im ganzen Land verbreitet werden, sind in ihrer Deutlichkeit nicht zu übertreffen: »The Struggle Goes On« und »People's Power > No Dictator«. <sup>58</sup>

Der wachsende Zuspruch zur WPA kann dabei auch als Reaktion auf die Transformation der Regierung Guyanas hin zu einem autoritären Regime verstanden werden. Bereits im Juli 1978 – während Rodney in Hamburg lehrte – hatte der regierende PNC ein Referendum eingeleitet mit dem Ziel, Verfassungsänderungen künftig mit Zweidrittelmehrheit (über die der PNC verfügte) und ohne ein bestätigendes Referendum durchführen zu können. Während offizielle Stellen eine Zustimmungsrate zum Referendum von 90 Prozent angaben, bekannten sich zwei zentrale zivilgesellschaftliche Einrichtungen – das *Committee for the Defense of Democracy* (CDD) und das *Citizens Committee* (CC) – offen zum Boykott der Abstimmung; bis zu 90 Prozent ihrer Mitglieder hatten diesen mitgetragen. <sup>59</sup>

In dieser angespannten Lage muss Rodney sämtliches Geschick anwenden, um das Land überhaupt noch verlassen zu können. Im Frühjahr 1980 gelingt es ihm jedoch, kurze Aufenthalte in Simbabwe und Hamburg zu arrangieren, bevor er am 3. Juni 1980 nach Guyana zurückkehrt, um sich vor Gericht gegen den Vorwurf der Brandstiftung zu verteidigen. Erst nach seiner Ankunft erfährt er, dass sein Gerichtstermin um 17 Tage verschoben wurde. <sup>60</sup> Rodney ist sich bewusst, dass er spätestens durch seine öffentliche Ablehnung des Referendums über die Stärkung der Position des Präsidenten ins Visier staatlicher Repressionsorgane geraten ist. Dieses Referendum war durch die Verfassungsänderung von 1978 vorbereitet worden und sollte den Einfluss des sogenannten Executive President gegenüber dem Amt des Premierministers stärken. Gemeinsam mit Patricia denkt Rodney darüber nach, möglichst schnell nach Simbabwe auszuwandern. Am 13. Juni jedoch wird jede Hoffnung auf ein sicheres Zuhause für Walter und Patricia Rodney und ihre Kinder Shaka, Kaini und Asha für immer zerstört. Walter Rodney wird im Alter von 38 Jahren durch einen staatlichen Agenten ermordet. Nachdem Rodney ein bestelltes Walkie-Talkie-Set mit einem Transmitter ausgehändigt bekommen hatte, steigt er nur einige Kilometer von seinem Geburtsort entfernt zu seinem Bruder Donald in ein Auto. Kurz darauf löst das Gerät die Zündung einer sich im Set befindenden TNT-Ladung

---

58 Ebd., S. 135.

59 Vgl. Hinds 2008, S. 43.

60 Vgl. Campbell 1980, S. 135.

aus<sup>61</sup> und beendet so das Leben eines der »intelligentesten Opponenten des Regimes«<sup>62</sup>.

Im ganzen Land und insbesondere von Rodney's Bruder Donald, der den Anschlag überlebt hat und den die Polizei zunächst selbst für die Explosion verantwortlich macht, wird die später von staatlicher Seite verkündete Erklärung nicht nur bestritten, es werden darüber hinaus auch – etwa in Schulen und Universitäten – Proteste gegen den PNC initiiert.<sup>63</sup> Dieser offiziellen Erklärung – Rodney habe mit dem Transmitter- und Receiver-System, das ihm von Gregory Smith (der sich später als PNC-Agent erweisen sollte) überreicht worden war, eine Explosion auslösen wollen, um die Mauer eines nahegelegenen Gefängnisses zu beschädigen und politische Gefangene zu befreien – glauben viele Menschen in Guyana nicht.<sup>64</sup>

Einen Tag nach Rodney's Ermordung findet der Prozess gegen die anderen beiden Angeklagten der »*arson three*« statt. Dabei kommt es zu bewaffneten Übergriffen auf Unterstützer\*innen, die dem Prozess beiwohnen wollen und sich vor dem Gefängnis versammelt haben, von dem aus die Beschuldigten zum Gericht transportiert werden sollten. Unbeeindruckt von der Drohung, dass alle Teilnehmer\*innen an der Beerdigung Walter Rodney's ihren Job verlieren würden, kommen am 23. Juni 1980 mehr als 30.000 Menschen in Georgetown zusammen, um ihre Trauer zu zeigen und den Fortbestand des politischen Vermächtnisses Walter Rodney's zu manifestieren.<sup>65</sup> Im selben Jahr wird in Guyana ein Referendum durchgesetzt, das Forbes Burnham zum Präsidenten auf Lebenszeit macht.

Obwohl bereits 1980 auf der Straße eine Untersuchungskommission zu den Todesumständen Walter Rodney's gefordert wird und trotz der intensiven Bemühungen seiner Familie, gibt es von staatlicher Seite keinerlei Initiative zur Aufklärung des Anschlags. Erst im Jahr 2014 wird – unter anderem auf Betreiben der *Walter Rodney Foundation* – eine international besetzte Kommission zur Aufklärung der Todesumstände Walter Rodney's eingerichtet. Aus dem Abschlussbericht geht hervor, dass sowohl seine Ermordung als auch die anderer Aktivist\*innen von staatlichen Sicherheitsbehörden und der Armee organisiert und von einem Agenten umgesetzt worden waren. Der Anschlag wurde im Auftrag der PNC-Regierung ausgeführt<sup>66</sup> und der Täter wurde anschließend mit einer

---

61 Vgl. Commission of Inquiry 2016, S. 55–57.

62 Statement der WPA 1980, zitiert nach Campbell 1980, S. 135.

63 Vgl. Hinds 1998, S. 215ff.; Hinds 2008, S. 59f.

64 Vgl. Commission of Inquiry 2016, S. 55f. u. 62; Benjamin/Kelley 2018, S. XXXIV.

65 Vgl. Benjamin/Kelley 2018, S. XXXIV; Campbell 1980, S. 135.

66 Vgl. Hinds 2008, S. 60 u. 63; Benjamin/Kelley 2018, S. XXXIVf.

neuen Identität ausgestattet.<sup>67</sup> Der zur Zeit der Ermordung Rodneys in der Armee beschäftigte Gregory Smith hatte bereits zu Beginn des Jahres 1980 Kontakt zu Rodney aufgebaut. Er war von Rodney gebeten worden, ihm ein Walkie-Talkie zu besorgen. Es gibt etliche Hinweise darauf, dass er auf Befehl führender PNC-Politiker das Walkie-Talkie durch ein explosionsfähiges Gerät austauschte; dafür waren ihm eine Million guyanische Dollar versprochen worden.<sup>68</sup> In der Nacht zum 14. Juni bestieg er eine Maschine der jamaikanischen Armee und flog nach Französisch-Guyana, von wo eine Auslieferung als unwahrscheinlich galt.<sup>69</sup> Bei der polizeilichen Untersuchung der Umstände von Walter Rodneys Ermordung wurde er durch fehlerhafte und oberflächliche Ermittlungen aktiv geschützt, obwohl viele Indizien auf seine Person hinwiesen.<sup>70</sup>

Bis heute engagiert sich die *Walter Rodney Foundation* für die Anerkennung des staatlichen Terrors gegen Walter Rodney und fordert eine Entschädigung für seine Familie. Darüber hinaus betreibt und unterstützt die Stiftung Community-Arbeit in Guyana und verfolgt ein »Walter Rodney Legacy Project«, mit dem Belege für Einflüsse Walter Rodneys auf historische Entwicklungen gesammelt und seine Werke für zukünftige Generationen zugänglich gemacht werden sollen.<sup>71</sup> Zudem ist ein aktives und internationales Netzwerk von Aktivist\*innen und Wissenschaftler\*innen entstanden, die sich mit dem Vermächtnis Walter Rodneys und der Aktualität seiner Schriften auseinandersetzen. Seit 2004 findet jährlich in der Geburtswoche Rodneys ein Symposium in Atlanta statt, bei dem Wissenschaftler\*innen, Aktivist\*innen und Studierende zusammenkommen, um, anknüpfend an aktuelles Geschehen, Walter Rodneys Perspektiven zu diskutieren und sein Werk fortleben zu lassen.

## 2.2 Zum theoretischen Werk Walter Rodneys

»Wenn die wirtschaftliche Macht außerhalb der nationalen Grenzen Afrikas konzentriert ist, dann konzentriert sich auch die wahre politische und militärische Macht außerhalb Afrikas, solange die Bauern- und

---

67 Im Bericht der Untersuchungskommission zu den Todesumständen Walter Rodneys im Februar 2014, der vom damaligen PPP-Präsidenten Guyanas, Donald Romatar, in Auftrag gegeben worden war, wird detailliert dargestellt, dass die angeblichen Beweise dafür, dass Gregory Smith von der WPA beauftragt worden war, nicht haltbar sind und dass ausschließlich Angehörige der Regierung in der Lage gewesen waren, die Umbenennung Gregory Smiths zu »Cyril Milton Johnson« sowie seine Flucht nach Französisch-Guyana zu veranlassen, vgl. *Commission of Inquiry 2016*, S. 74, 76 u. 101ff.

68 Vgl. ebd., S. 67 u. 102.

69 Vgl. ebd., S. 100.

70 Vgl. ebd., S. 64 u. 67.

71 <https://www.walterrodneymfoundation.org/legacy-projects>.

Arbeitermassen nicht mobilisiert werden, um eine Alternative für das System vorgetäuschter politischer Unabhängigkeit anzubieten.«<sup>72</sup>

»In den meisten Analysen werden sie [die Konzepte der »Unterentwicklung« und der Ausbeutung durch das imperialistische System, MK & DW] entweder vollständig beiseite gelassen, oder aber das ganze Konzept des Imperialismus und Neokolonialismus wird als bloße Theorie abgelehnt – besonders von »Akademikern«, die angeblich mit der »Politik« nichts zu tun haben.«<sup>73</sup>

Der Teil seines Lebens, den Walter Rodney in Hamburg verbrachte, ist in vielerlei Hinsicht von wissenschaftlichem Interesse. Während in den meisten Ausarbeitungen zu Rodneys Biographie sein Wirken in Hamburg nur am Rande erwähnt wird, möchten wir argumentieren, dass diese Zeit einen besonderen Konzentrationspunkt seiner intellektuellen wie politischen Aktivitäten markiert. So lassen sich Rodneys Hamburger Vorlesungen erst vollständig in ihrer Innovationskraft bei der kritischen Analyse komplexer Ausbeutungsverhältnisse begreifen, wenn sie in ihrer Beziehung zu Rodneys theoretischem Gesamtwerk gesetzt werden. Im Folgenden werden daher seine akademischen als auch politischen Aktivitäten aufeinander bezogen, um Rodneys Positionierung in historisch relevanten Prozessen der Dekolonisierung und des antiimperialen Widerstands auszumachen.

### 2.2.1 Zur Verortung Rodneys in Theorie und Praxis

Anders als in der Debatte um die Zuordnung Walter Rodneys zu verschiedenen Theorieströmungen, in der er als Dependenztheoretiker mit marxistischem Vokabular,<sup>74</sup> intellektueller Aktivist der antikolonialen Befreiungsbewegung,<sup>75</sup> afrozentrischer Historiker<sup>76</sup> oder als Panafrikanist und Teil der *Black Radical Tradition*<sup>77</sup> bezeichnet wird, soll hier nicht nach einer einzigen passenden Bezeichnung für seine Arbeiten gesucht, sondern gerade die Vielseitigkeit seines akademischen Werks hervorgehoben werden. Dies erlangt zusätzlich Bedeutung, wenn man sich vor Augen führt, dass die zahlreichen Monographien und Artikel, die Rodney im Nachklang seiner Dissertation veröffentlichte, nur äußerst sporadisch aufgegriffen und selten rezipiert wurden, obwohl sie für so viele Disziplinen und aktuelle

---

72 Rodney 1975, S. 25.

73 Ebd.

74 Vgl. Lazarus 2002, S. 50f.

75 Vgl. Lazarus/Varma 2008, S. 313.

76 Vgl. Taylor 2021, S. 16.

77 Vgl. Benjamin/Kelly 2018, S. LXXf.

Debatten anschlussfähig sind.<sup>78</sup> Nicht umsonst wird Rodney immer häufiger im selben Atemzug mit Autoren wie Frantz Fanon, C.L.R. James, Eric Williams, Cedric Robinson und Marcus Garvey genannt.<sup>79</sup>

Walter Rodney kann als »*organic intellectual*«<sup>80</sup> verstanden werden, der stets den Kontakt zu den Menschen suchte, die Subjekte der von ihm untersuchten Prozesse waren und ihm von ihren Erfahrungen berichteten. Folglich lässt sich die akademische Person Rodney treffend wie folgt beschreiben:

»More than anything else, Rodney understood what his role in the struggle had to be. There have always been individuals who made a difference, who came along in a particular historical epoch and organised when organising needed to be done, or provided direction when there was uncertainty, or offered hope when despair engulfed the human spirit.«<sup>81</sup>

Die Komplexität der von Rodney entwickelten Epistemologie und Methodologie der postkolonialen Transformation offenbart sich zunächst in seiner Kritik an der Modernisierungstheorie und ihrer Anwendung auf die Analyse außereuropäischer Gesellschaften. Rodneys Theoriebildung basiert auf einer »non-Western double consciousness of the West; a consciousness from within, but also from a distinctly and even defiantly non-Western perspective«<sup>82</sup>. Er hinterfragt nicht nur, wer in der Position ist, *Geschichte zu schreiben*, sondern arbeitet zugleich heraus, welche ideologischen und materiellen Interessen sich hinter einer europäischen Erzählung von ›Entwicklung‹ und ›Kapitalismus‹ verbergen. Damit ist er richtungsweisend für die Entstehung der »African studies, Caribbean studies, Black Studies and Pan-African studies«<sup>83</sup>.

Rodney selbst verortet sich in der Tradition dekolonialer Autor\*innen der 1950er Jahre, denen es gelungen war, afrikanische Geschichte zu einem legitimen Forschungsfeld zu machen. Insbesondere hatten sie so aufgezeigt, dass sich *weiße* Autor\*innen nicht länger dahinter verstecken können, dass bisher wenig über afrikanische Geschichte geschrieben worden sei, um kolonialisierende und rassistische Geschichtsschreibung zu legitimieren. Stattdessen entwickelten Rodney und andere antikoloniale Autor\*innen ein Paradigma, wonach »as far as black people are concerned, white people are historically disqualified from interpreting black folks to

---

78 Vgl. Benjamin 2020.

79 Vgl. Lewis 1991, S. 71.

80 Vgl. ebd., S. 72.

81 Lewis 1991, S. 72.

82 Benjamin/Kelley 2018, S. LXX.

83 Ebd.

black folks«<sup>84</sup>. Erst wenn westliche Wissensproduktion in den Kontext von *weißem* Siedlungskolonialismus und Imperialismus gesetzt wird, kann *Black radical thought* als kohärente Herausforderung und Theorie anerkannt werden, ohne dass dieses Denken wiederum vom hegemonialen Kanon absorbiert wird. Dabei wollte Rodney keinesfalls die realen Verhältnisse und Widersprüche aus den Augen verlieren und sich nicht einer antagonistischen Gegenüberstellung von Afrikaner\*innen und Europäer\*innen anschließen, die zwar zu einem gewissen Zeitpunkt in der geschichtlichen Entwicklung notwendig gewesen sei, nun aber komplexer gedacht werden müsse. So sei es notwendig, die Widersprüche innerhalb der guyanischen wie der tansanischen Gesellschaft und deren Eingebundenheit in die ökonomischen Zwänge des zunehmend globalisierten Kapitalismus aufzudecken.<sup>85</sup> Nur so könne es gelingen, eine Massenbewegung zu organisieren, die sowohl die konservative Doktrin des Kolonialismus überwindet als auch darüber hinausgeht, indem sie die im Kapitalismus begründeten Besitzverhältnisse radikal herausfordert.<sup>86</sup>

Dieses Verständnis einer Massenbewegung spiegelt sich auch in Rodney's Position zur Anwendung von Gewalt in revolutionären Phasen wider. So stellt er klar, dass der Nutzen des bewaffneten Befreiungskampfes nicht aus der Gewalt als *Gewaltanwendung* hervorgehe, sondern aus dem gemeinschaftlichen Prozess gewaltsamer Akte. Dieser ermögliche es, sich vollständig von einer europäischen Idee von Freiheit zu trennen, die unlösbar an die gewaltsame imperialistische Expansion Europas gebunden sei, und eine *eigenständige* ideologische Perspektive zu entwickeln, die den Weg aus einer kapitalistischen Gesellschaftsformation heraus ebnen könne.<sup>87</sup> Diese »political dimension of revolutionary violence«<sup>88</sup> anzuerkennen sei notwendig, um in der Folge überhaupt über *selbstbestimmte* Transformationsprozesse nachzudenken. Um die Anwendung von Gewalt zu legitimieren, müssten die Befreiungsbewegungen sich ihrer unverzichtbaren Rolle in der Entkolonialisierung bewusst werden und die Massen zur Partizipation bewegen. Nur durch diese theoretische Vorarbeit – übersetzt in radikales politisches Handeln – konnten, so Rodney, politische Kämpfe in den 1950er und 1960er Jahren erfolgreich sein und zugleich über nationale Grenzen hinweg eine verbindende Wirkung entfalten.<sup>89</sup> In welchem Umfang Rodney sich mit dieser Frage beschäftigte, zeigt sich in seinen Abhandlungen

---

84 Rodney 2018, S. 1, Hervorhebung im Original.

85 Vgl. Rodney 1990, S. 69f.

86 Vgl. Hector 2000, S. 71.

87 Vgl. Rodney 1990, S. 45; Rodney 1983a, S. 50; Mattavous-Bly 1985, S. 125f.

88 Rodney 1990, S. 45.

89 Vgl. ebd., S. 46.

über die Voraussetzungen einer sozialistischen Transformation unter Berücksichtigung der Rolle von Gewalt.<sup>90</sup> Auch wenn ohne die Anwendung von Gewalt nicht mit einer Veränderung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse zu rechnen sei, müsse unmittelbar nach der Bildung einer Arbeiter\*innenregierung die revolutionäre Gewalt in eine soziale Transformation der Gesellschaft umgelenkt werden, in der physische Gewalt keinen Platz mehr haben dürfe.<sup>91</sup>

Dies spiegelt sich auch in Rodneys Umgang mit der Idee des Panafricanismus als wichtigster Quelle antikolonialen Widerstands wider. Aus seiner Sicht hänge der Erfolg des Panafricanismus davon ab, inwiefern er als politische Mobilisierungsstrategie der Arbeiter\*innen genutzt werden könne. Vehement lehnt er ein Verständnis von Panafricanismus ab, wie es von politischen Eliten der jüngst unabhängig gewordenen Staaten staatstragend gewendet wurde und auf die Verdeckung des Klassenkonflikts abzielte. Diesem ›elitären‹ Verständnis stellt Rodney die Vorstellung eines geeinten Afrikas, als Basis für die Kämpfe militanter Befreiungsbewegungen und einer effektiven anti-imperialistischen Mobilisierung, entgegen.<sup>92</sup>

### 2.2.2 Rodneys Dissertationsprojekt

Das Bedürfnis nach einer Geschichtsschreibung über Afrika und die Karibik, die nicht aus einer europäischen Perspektive heraus formuliert wird, zeigt sich bereits in Rodneys Dissertationsschrift *A History of the Upper Guinea Coast, 1545–1800* (1970) in der er einen Zusammenhang zwischen ökonomischer ›Unterentwicklung‹ und dem atlantischen Versklavungshandel herstellt. Zum einen setzt sich Rodney mit der Versklavung als einer die soziale Realität gewaltvoll verändernden Institution auseinander, die dazu führe, dass sich afrikanische Staaten bekämpften, um Handelsvorteile zu erlangen. Er bricht sowohl mit dem europäischen Mythos, dass Versklavung eine präkoloniale und afrikanische Tradition gewesen sei, als auch mit der Erzählung europäischer Historiker, dass die Aneignung unfreier Arbeitskraft in den Kolonien nicht profitabel gewesen sei.<sup>93</sup> Zum anderen identifiziert Rodney den Versklavungshandel als eine der zentralen Ursachen von ›Unterentwicklung‹, da – wie unter anderem innerhalb der Gesellschaften von Gambia bis Kap Mount (im heutigen Liberia) – ein Großteil der Arbeiter\*innen im Status von Tagelöhner\*innen gehalten und während des Wartens auf Lohnarbeit

90 Vgl. u.a. Rodney 1972; Rodney 2018, S. 3ff.; Rodney 1983a, S. 48ff.

91 Vgl. Benjamin/Kelly 2018, S. LXI.

92 Vgl. Hill 2015, S. 146 u. 148.

93 Vgl. Rodney 1966, S. 440f.

teilweise zu Versklavten degradiert wurde.<sup>94</sup> Um seine Dissertation fertigzustellen, lernt Rodney in London Portugiesisch und Spanisch und exzerpiert etliche Geschäftsbücher portugiesischer Kolonialhändler. Anhand dieser Quellen analysiert er die Geschichte von Zwangsarbeit und den Einfluss europäischer Handelsunternehmen auf die Struktur afrikanischer Ökonomien.<sup>95</sup>

### 2.2.3 Rodneys Schreibprozess in Jamaika

Im Schreibprozess seiner ersten Monographie *The Groundings With My Brothers* (1969) beobachtete Walter Rodney einerseits die Black-Power-Bewegung in den USA und wird andererseits Zeuge des Übergangs zu einem Zweiparteienstaat im jüngst unabhängig gewordenen Jamaika. Hier verspricht eine intellektuelle Elite der Gesellschaft, das Projekt der Unabhängigkeit zu verteidigen, und versucht so, sich gegen oppositionelle Agitator\*innen im Inneren zu immunisieren.<sup>96</sup> Für die regierende *Jamaican Labour Party* (JLP) ist Walter Rodney genau dies, da er Allianzen und Bündnisse entlang geteilter Ausbeutungs- und Diskriminierungserfahrungen propagiert, die im Gegensatz zur klientelistischen Politik der JLP standen. Bereits in seiner Zeit als *Undergraduate* in Kingston wird Rodney überwacht.<sup>97</sup> Als er dann im Oktober 1968 offiziell als »Staatsgefährder« markiert und des Landes verwiesen wird, verliert er zudem persönliches Eigentum, das auch seiner Frau nicht ausgehändigt wird. Auch in seiner Arbeit an der Monographie wird er zurückgeworfen, da viele Manuskripte verloren gingen. Erst 1969 kann er sie schließlich fertigstellen.

In dieser Zeit erlebt Rodney in Jamaika und Guyana, inwieweit sich in der politischen Ausrichtung mehrheitsfähiger Parteien britische und nordamerikanische Interessen widerspiegeln. So wird Forbes Burnham, der spätere Premierminister Guyanas, von beiden Großmächten gestützt, als er die Spaltung von der sozialistisch ausgerichteten PPP vollzieht und den PNC gründet. Hinzu kommt, dass die Schlüsselsektoren der Wirtschaft überwiegend von Europäern kontrolliert werden. Geprägt von diesen Erfahrungen formuliert Rodney – auch wenn er feststellt, dass der Nationalismus die Existenz von Klassen negiert – eine eher kulturell-nationalistische Perspektive als Antwort auf neokoloniale Staatsstrukturen. Er argumentiert für eine widerständige Praxis entlang eines Schwarzen kulturellen

94 Vgl. ebd., S. 439f.

95 Vgl. Campbell 1980, S. 132.

96 Vgl. Dupuy 1996, S. 110f.

97 Vgl. Rodney 2021, Min. 22.

Bewusstseins, um Imperialismus und Rassismus adressierbar zu machen und so bekämpfen zu können.<sup>98</sup>

## 2.2.4 Panafrikanismus und Nationalismus

Rodneys Weggefährte Robert Hill identifiziert den Panafrikanismus als Schlüssel, um die Entwicklung in Rodneys politischem Denken und seinen theoretischen Überlegungen zu den Bedingungen radikaler sozialer Veränderung nachzuvollziehen. Er attestiert den Werken Rodneys eine klare Opposition zur vermeintlich rassialen Einheit im antikolonialen Nationalismus; vielmehr seien für ihn die spezifischen Erfahrungen von Unterdrückung und Ausbeutung an eine konkret historische Verortung geknüpft. Dabei hebe er den sich verändernden Charakter der Ausbeutung hervor und zeige die »underlying dialectic of struggle and the transformation of oppression«<sup>99</sup> in den antikolonialen Kämpfen Afrikas.<sup>100</sup>

Rodney verweist auf die Gefahr einer romantisierenden Erzählung der präkolonialen Geschichte Afrikas und setzt sich zudem explizit mit neokolonialen Strukturen in unabhängig gewordenen Staaten auseinander. Er beschreibt, wie sich aus den am Ausbau von ökonomischen wie politischen Privilegien interessierten Eliten zusehends eine bürgerliche Klasse formiert, die sich der Verwirklichung des Panafrikanismus widersetzt.<sup>101</sup> Es ist eben dieser Aspekt, der Rodneys Auseinandersetzung mit dem Panafrikanismus auszeichnet und sich in seiner vehementen Kritik an der herrschenden Klasse offenbart, die sich zunehmend aus lokal verorteten Gruppen zusammensetzt und als Manifestierung der Entfaltung kapitalistischer Marktgesetze in der Karibik und Afrika gedeutet werden kann. Regierende Parteien wie der PNC machen indes die Diversität der Bevölkerung für gesellschaftliche Konflikte verantwortlich und verschleiern so die der Produktionsweise inhärente Ausbeutung der Arbeiter\*innen.<sup>102</sup> Rodney beschreibt die internen Klassenwidersprüche als Resultat der Formierung einer herrschenden Klasse, die entweder in direkter Kontinuität imperialistischer Ausbeutung steht oder sich eigenständig als Klasse formiert, sich selbst der Staatsgewalt bedient und neokoloniale Strukturen aufrecht erhält bzw. von multinationalen Kooperationen abhängig bleibt.<sup>103</sup>

98 Vgl. Dupuy 1996, S. 111.

99 Hill 2015, S. 138.

100 Vgl. Rodney 1990, S. 68.

101 Vgl. Hill 2015, S. 144 u. 147f.; Freyhold 1983, S. 20f.

102 Vgl. Dupuy 1996, S. 107 u. 118.

103 Vgl. Rodney 1990, S. 64. Seine Abhandlung über afrikanische Eliten zur Zeit der formalen Dekolonisierung ist einer der wenigen Bestandteile der Theorie Rodneys, mit

Der antikonkoloniale Nationalismus fungiert bei Rodney als Brücke zwischen der Anerkennung präkolonialer afrikanischer Errungenschaften und antiimperialistischer und antirassistischer Kämpfe in Nordamerika und der Karibik.<sup>104</sup> In Guyana möchte er vor allem die Spaltung zwischen Afro-Guyaner\*innen und Menschen mit Wurzeln in der Karibik und dem heutigen Indien, Pakistan oder Bangladesch auflösen: sie alle könnten das vereinte Subjekt einer Black-Power-Bewegung werden. Geprägt von der Entstehung dieser Bewegung in den USA bei gleichzeitiger Unterdrückung der Massenbewegung in Guyana und Trinidad, entwickelt Rodney eine Version von Black Power, die den spezifischen sozialen und historischen Bedingungen der Karibik gerecht wird. In seinem Werk *The Groundings With My Brothers* (1960) verarbeitet er seine Beobachtungen in Jamaika und der Rolle der Rastafari in den 1960er Jahren. Obwohl einerseits der Großteil des gesellschaftlich produzierten Eigentums von *Weiß*en angeeignet wird, erreichen einige Menschen sowohl afro-jamaikanischer als auch indischer und chinesischer Herkunft eine privilegiere Klassenposition gegenüber den in der Mehrheit bäuerlich produzierenden Menschen afrikanischer Herkunft, indem sie durch Einzelhandel und Beschäftigung in der Bürokratie höheren Status und auch Privatbesitz erlangen. Ausschließlich diese privilegierten Gruppen organisieren sich nach der Unabhängigkeit in der JLP und der *People's National Party* (PNP), wodurch ein klientelistisches System entsteht, in dem weder Rassismus noch Ausbeutung adressiert werden. Gerade diese Entstehung eines nicht-*weißen* Kleinbürgerturns, dem es gelingt, im postkolonialen Staat eine Machtposition aufzubauen und einen Kompromiss mit imperialen Interessen zu schließen, wird von Rodney kritisch untersucht.

Er bezieht die Analysen Marcus Garveys auf diese Entwicklungen und arbeitet eine kulturell argumentierende Vision einer Black-Power-Bewegung für die Karibik aus. Denn für Rodney ändert die Teilhabe Weniger an Klassenprivilegien nichts am Fortbestehen der rassistischen Ausbeutung der Schwarzen Massen, zu denen er alle Menschen zählt, die aus Afrika oder den damaligen »ost-indischen« Kolonien Englands in die Karibik gedrängt wurden. Sie teilten Erfahrungen mit Ausbeutungs- und Diskriminierungsverhältnissen, die im Laufe des Kolonialismus nicht nur von *Weiß*en, sondern zunehmend auch von chinesischen und afroeuropäischen Bevölke-

---

denen man sich in Deutschland intensiver auseinandergesetzt hat. So beschäftigte sich die Vereinigung von Afrikanisten in Deutschland (VAD) auf einer Tagung im Jahr 1982, die Walter Rodney gewidmet war, mit diesem Thema. Der Beitrag von Michaela von Freyhold (1983) ist Bestandteil des Sammelbandes, der aus der Tagung hervorging.

104 Vgl. Harisch 2020, S. 108.

runksgruppen, die mit imperialistischen Interessen verbunden waren, übernommen und aufrechterhalten wurden. Die Überwindung eines weißen Imperialismus und die kulturelle Rekonstruktion der Karibik im Sinne eines Schwarzen Bewusstseins formuliert Rodney als Kernanliegen in *The Groundings With My Brothers*. Eben diese vergleichbare Klassenstruktur entlang rassifizierter Marker dürfte Rodney dazu bewogen haben, sich den Analysen Marcus Garveys und den Rastafaris anzunähern, die dieses Buch hauptsächlich prägen.<sup>105</sup> Auch hier wird ersichtlich, wie Rodney sich auf die konkrete historische Situation bezieht, um sich an jedem Ort mit der Schwarzen Arbeiter\*innenklasse zu vereinen und eine bestmögliche Handlungsfähigkeit zu entwickeln.<sup>106</sup>

### 2.2.5 Die Entstehung von *How Europe Underdeveloped Africa*

In seiner Zeit in Daressalam beschäftigt sich Rodney verstärkt mit den Zusammenhängen von Kapitalismus und Imperialismus in der marxistischen Theorie. Sein erster in Tansania veröffentlichter Artikel trägt den Titel *African Labour under Capitalism and Imperialism*; hier wendet er sich der Frage zu, wie die kapitalistische Produktionsweise in Afrika strukturiert ist und welche Formen des Arbeitskampfes möglich sind.<sup>107</sup> Er nutzt einen »nuanced and flexible Marxism and flexible thinking in general, to describe more than 500 years of history in Africa«<sup>108</sup>, während er an seinem Hauptwerk *How Europe Underdeveloped Africa* arbeitet.

Mit diesem Werk beabsichtigt er, auch außerhalb der Universität Einfluss zu nehmen und eine radikale Perspektive zu entwickeln, die nicht durch bürgerliche Lehre und westliche Bildungsinstitutionen abgeschwächt wird.<sup>109</sup> Die Fragestellung eines früheren Dozenten in Kingston, der seine Studierenden einen Essay darüber verfassen ließ, ob Afrika oder Europa wichtiger für die Entwicklung Jamaikas sei, hatte ihn nachhaltig beschäftigt. Entsprechend macht sich Rodney in seinem Hauptwerk daran, die komplexen Beziehungen zwischen Europa und afrikanischen Kolonien in Form einer Gegen-erzählung zur eurozentrischen Geschichtsschreibung darzustellen. So versucht er aufzuzeigen, dass Europas Aufstieg in engem Zusammenhang mit der Ausbeutung Afrikas steht.

---

105 Vgl. Dupuy 1996, S. 110–113.

106 Vgl. Omowale 2016, S. 59ff.

107 Vgl. Benjamin/Kelley, S. X.

108 Benjamin 2020.

109 Vgl. Rodney 1990, S. 26.

Rodneys Lehrtätigkeit in Tansania von 1968 und 1974 fällt mitten in eine Phase des Anwachsens antikononialer Befreiungsbewegungen, was seine persönliche Überzeugung stärkte, die Wissenschaft müsse sich in den Dienst der Emanzipation unterdrückter Gesellschaften stellen.<sup>110</sup> Daressalam wird zu einer Hauptstadt der Organisation sämtlicher Befreiungsbewegungen im postkolonialen Afrika und zu einem zentralen *meeting-place* antikononialer und sozialistischer Denker\*innen, während in ländlichen Gebieten Tansanias auch Trainingscamps für den militanten Widerstand aufgebaut wurden.<sup>111</sup> In eben dieser Zeit schließt Walter Rodney sein Werk *How Europe Underdeveloped Africa* ab, das als sein einflussreichstes Buch angesehen werden kann. Es wurde als »a Black Power economic history of Africa and a major work of Black Marxism, with implications for all societies emerging from centuries of direct colonial rule« bezeichnet und von »Harlem to Dakar to Havana and Nairobi«<sup>112</sup> gelesen und gefeiert.

#### 2.2.6 Die Weiterentwicklung von *How Europe Underdeveloped Africa: Race* und *Class* im Werk Walter Rodneys

Bereits in den Jahren 1970 und 1971 hat Rodney in Daressalam ein Seminar mit dem Titel »Historians and Revolutions« veranstaltet, in dem er sich auf die Französische Revolution und die Revolutionen in Russland der Jahre 1905 und 1917 fokussierte und die Studierenden mit dem dialektischen Materialismus als Methodologie zur Interpretation von sozialen Transformationsprozessen vertraut machen wollte. Dabei stellte er die Frage in den Mittelpunkt, welche Bedeutung die Russische Revolution als weltgeschichtliches Ereignis für die marxistische Theoriebildung einerseits und antikononale Befreiungsbewegungen und sozialistische Transformationsprojekte andererseits habe.<sup>113</sup> Vieles deutete darauf hin, dass er auch an einer Monographie zu dieser Frage arbeitete, die er nur aufschob, um sich dem drängenderen Material zur Entwicklung Afrikas und seiner Publikation *How Europe Underdeveloped Africa* zuzuwenden.<sup>114</sup> Als nach Rodneys Ermordung sämtliche Manuskripte von Guyana nach Barbados transportiert werden, fand sich ein Ordner mit dem Titel *Two World Views of the Russian Revolution*. Dieser Fund bestätigte

---

110 Vgl. Hill 1990, S. III.

111 Vgl. Harisch 2020, S. 107.

112 Benjamin/Kelley 2018, S. XXX.

113 Vgl. Rodney 2018, S. 19f.

114 Vgl. Benjamin/Kelley 2018, S. XIXf.

die Vermutung, dass Rodney noch bis kurz vor seinem Tod an einer neuen Monographie gearbeitet hatte.<sup>115</sup>

Insbesondere in den 1970er Jahren entwickeln sich Rodneys theoretische Arbeiten weiter und er weitet den Fokus auf internationale Phänomene von Unterdrückung und Ausbeutung aus, was besonders bei der Betrachtung seiner Aufenthalte in Nordamerika zwischen 1974 und 1975 ersichtlich wird. Im Juli 1974 – und noch vor der Rücknahme seines Rufes an die Universität von Guyana – wird Rodney vom IBW in Atlanta zu einem sechswöchigen Symposium eingeladen. Dort stehen vor allem die Fragen im Vordergrund, inwiefern sein theoretischer Ansatz in *How Europe Underdeveloped Africa* auf Nordamerika und die Entwicklung der politischen und ökonomischen Beziehungen zwischen Schwarzen und weißen US-Amerikaner\*innen übertragen werden kann, welche strukturellen Verbindungen zwischen beiden Bevölkerungsgruppen bestehen und welche Voraussetzungen für aktuelle und zukünftige Kämpfe der Afroamerikaner\*innen nötig wären, um rassistische Unterdrückungsmechanismen und Ausbeutung zu überwinden. Das Symposium gipfelt in einem einwöchigen Seminar Rodneys mit dem Titel ›Black People and the International Crisis: Where Do We Go From Here?‹, in dem nicht nur die Handlungsmöglichkeiten der afroamerikanischen Bevölkerung, sondern insbesondere auch die wechselseitige Durchdringung von *race* und *class* im Vordergrund stehen.<sup>116</sup>

An diese Debatten schließt Rodney an, nachdem ihm der Lehrstuhl in Guyana noch vor seinem Antritt wieder entzogen worden war. Im Januar 1975 reist er wieder in die USA, um zunächst am *Africana Studies and Research Center* der *Cornell University* in Ithaca zu lehren und dort einen Aufsatz mit dem Titel *World War II and the Tanzanian Economy* (1976) abzuschließen. Als er zum Ende des Semesters 1975 zu seinen Kollegen und Freunden Howard Dodson, Vincent Harding, Robert Hill und William Strickland in Atlanta zurückkehrt, ist das IBW dabei, sich neu in den Debatten um »class vs. race« und »nationalism vs. socialism«<sup>117</sup> zu verorten und eine Diskussionsplattform zu diesen Themen zu etablieren. Walter Rodney soll der erste Gast dieses Forums werden. Im Vorfeld des Gesprächs zwischen Rodney und seinen Kolleg\*innen, das am 30. April und 1. Mai am Amherst College in Massachusetts stattfindet, wird das IBW vermehrt zum Ziel von Angriffen. Dabei werden Materialien wie Tonbänder und Manuskripte zerstört oder gestohlen und es kommt zu einer Bom-

---

115 Vgl. Benjamin/Kelley 2018, S. XVf.

116 Vgl. Dodson 1990, S. VIIIff.

117 Ebd., S. IX.

bendrohung.<sup>118</sup> Trotz der offensichtlichen Gefährdung entscheiden sich die Beteiligten, die *roundtable discussion* abzuhalten. Dieses Gespräch mit Rodney erweist sich als thematisch so umfassend, dass es 1990 unter dem Titel *Walter Rodney Speaks* veröffentlicht werden sollte.<sup>119</sup> Ein zentrales Thema sind die Dynamiken zwischen *race* und *class*, die im Anschluss an die Aufenthalte Rodneys in den USA immer weiter in den Vordergrund seiner theoretischen Arbeit rückten. Bei einer Vorlesung an der *University of Wisconsin* hat er die Reichweite der Fragestellung prägnant formuliert:

»The debate [about the relationship between race and class, MK & DW] which is going on is the reflection of a profound deep-seated crisis in the capitalist and imperialist system. The fact that this debate simultaneously proceeds within the United States, within circles in Africa, Asia and Latin America, and within broad communities of students and intellectuals in Europe [...] indicates the universalization of a particular ideological debate at this time, and it is a reflection of the real crisis in capitalism and imperialism. As the system fails to produce in the real world, as the contradictions grow sharper, it becomes incumbent upon those who are engaged in struggle to try to find alternative means of rationalizing the world which they perceive, because the old forms of rationalization and projection are no longer adequate to explaining why the crisis is what it is.«<sup>120</sup>

Rodney ist stets von der Vereinbarkeit von Theorie und Praxis überzeugt. Seine wissenschaftlichen Erkenntnisse setzt er an jeder seiner vielen Wirkungsstätten für konkrete Transformationsprojekte und soziale Gerechtigkeit ein. Von Jamaika über England bis nach Tansania, in den USA und schließlich in Hamburg treten zwei besondere Fähigkeiten Rodneys deutlich hervor: Einerseits versetzt er sich stets in die konkreten Verhältnisse an den Orten und in den Gesellschaften, in denen er lebte und mit denen er interagierte. Andererseits untersucht er in überwältigender Genauigkeit die Einbettung *des Spezifischen* in den von kapitalistischen Zwängen strukturierten polit-ökonomischen Gesamtzusammenhang. Gerade auch durch seine Aufenthalte in Jamaika und Tansania sowie in den USA wird ihm die Gleichzeitigkeit von antikolonialen, antirassistischen und antikapitalistischen Bewegungen bewusst, die alle in ähnlicher Weise darauf abzielen, rassistische Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung als sich wechselseitig konstituierende Phänomene zu begreifen und schließlich aufzulösen. Rodney gelingt es nicht

---

118 Vgl. Hill 1990, S. X.

119 Vgl. Dodson 1990, S. IXf. u. XIII.

120 Ebd., S. XII.

nur, Imperialismus als existenzielle Form des Kapitalismus darzustellen, sondern vor allem Neokolonialismus und ›Unterentwicklung‹ auf ihre Verbindung zur kapitalistisch strukturierten Weltökonomie zurückzuführen. Entgegen der verbreiteten Ansicht liberaler Ökonomen kann er nachweisen, dass afrikanische Staaten bereits seit dem späten 19. Jahrhundert in den kapitalistischen Weltmarkt eingebunden waren, Klassenverhältnisse ihre Wirkung auf Landbesitz und Arbeitsverhältnisse entfalteten und sich ausländisches Kapital den erzeugten Mehrwert aneignete.<sup>121</sup> Auf Grundlage seiner Analyse argumentiert Rodney, dass viele der Hoffnungen in den Aufbruch des Jahres 1960, in dem siebzehn afrikanische Staaten ihre Unabhängigkeit erkämpften, enttäuscht werden mussten. Für zu lange Zeit hatten koloniale Unternehmungen die Produktionsweise transformiert und Prozesse etabliert, die selbst von sozialistischen Regierungen nur schwer abgeschüttelt werden konnten.<sup>122</sup> So weist Rodney schon früh auf die Schwächen von postkolonialen Reformplänen hin, die zur Nationalisierung zuvor europäisch geführter ökonomischer Sektoren übergegangen waren, ohne dabei die grundlegenden Produktionsverhältnisse zu verändern. Auf diese Weise seien lediglich die europäischen Profiteure gegen einheimische ausgetauscht worden und eine über die Klassenzugehörigkeit vermittelte Ausbeutungsstruktur sei unverändert geblieben.<sup>123</sup>

Gerade dieses Problem eines zweiseitigen Charakters sozialistischer Entwicklungsprojekte, die Frage nach einem antikolonialen Begriff für Unabhängigkeit sowie einer historisch-materialistischen wie panafrikanischen Geschichtsschreibung sind es, die Walter Rodney beschäftigen, als er im Sommer 1978 nach Hamburg kommt.

### 3. Walter Rodney in Hamburg

#### 3.1 Walter Rodneys ›Hamburger Zeit‹

»Als Walter in der WG in der Koopstraße wohnte, so erzählte mir Harald Sellin, stand er jeden Morgen früh auf, um sein Hemd zu bügeln. Die WG staunte.«<sup>124</sup>

121 Vgl. Rodney 1983b, S. 4f.

122 Vgl. Rodney 1972, insbesondere S. 64–74.

123 Vgl. Dupuy 1996, S. 124.

124 An dieser Stelle möchten wir Patricia und Asha Rodney sowie der Walter Rodney Foundation, außerdem Monika Rulfs, Albert Parkes, Peter Lock und Rainer Tetzlaff für die Gespräche und den Austausch über Walter Rodney und dessen Zeit an der Universität Hamburg danken. Sie alle haben Erinnerungen geteilt und Anekdoten sowie verschüttete Fakten ausgegraben. Viele unserer Schilderungen über Rodneys Hamburger Zeit in diesem Kapitel gehen auf ihre Erzählungen zurück – nicht zuletzt auch die Anekdote über Rodneys Bügelgewohnheiten. Von diesen berichtete Monika Rulfs, die zu Beginn der 1980er-Jahre als Studentin in den Hamburger Sozialwissenschaften aktiv

Dass Walter Rodney im Sommersemester 1978 Gastprofessor am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg wird, ist dem Zusammenspiel einiger glücklicher Umstände zu verdanken. Bereits Mitte der 1970er Jahre hatte Harald Sellin, Student am Institut, Walter Rodneys Buch *How Europe Underdeveloped Africa* auf einer Studienreise in den Sudan kennengelernt. Sellin zeigte sich beeindruckt, bringt Rodneys Hauptwerk, das 1973 unter dem (unglücklichen) Titel *Afrika – Die Geschichte einer Unterentwicklung* im Berliner Wagenbach Verlag auch in deutscher Sprache erschienen war, mit nach Hamburg und diskutiert es hier in der von ihm mitgegründeten »Afrika-Gruppe« am Institut. In der Gruppe organisieren sich seit Mitte der 1970er Jahre mehrere wissenschaftlich an Afrika interessierte und politisch aktive Studierende, neben Sellin beispielsweise auch die späteren engen Freund\*innen Rodneys, Barbara Töpfer und Nina Laatsch-Nikitin. In einem selbstverwalteten Raum im Von-Melle-Park 15, der damaligen Adresse der Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg, baut die Gruppe ein Zeitungsarchiv mit Afrikaschwerpunkt auf und verfolgt und debattiert kontinuierlich die aktuellen Entwicklungen im postkolonialen Afrika.<sup>125</sup>

Auf Initiative dieses studentischen Zusammenhangs hin kommt dann auch der Austausch mit Walter Rodney ins Rollen. Der Vorschlag der Studierenden, Rodney für einige Wochen nach Hamburg zu holen, stößt bei Rainer Tetzlaff, 1974 als ausgewiesener Kenner der Politik und Geschichte Afrikas als Professor für Politische Wissenschaft nach Hamburg gekommen, auf offene Ohren. Von seinem studentischen Mitarbeiter Harald Sellin angeregt, leitet Tetzlaff die Kontaktaufnahme mit Rodney an.<sup>126</sup> Mit einer Stipendienfinanzierung für Gastprofessuren der *Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung* im Rücken, kann Rodney in die Hansestadt gelockt werden.<sup>127</sup>

Rodney selbst kommt das Arrangement an der Universität Hamburg ebenfalls gelegen. Fast zehn Jahre zuvor, kurz vor seinem langjährigen Aufenthalt an der *University of Dar es Salaam* in Tansania, war er schon einmal in Hamburg gewesen. Im Rahmen eines Preis-

---

war und die Begeisterung für antikoloniale Politik, die Rodney in seiner Zeit in Hamburg entfachen konnte, teilte; vgl. Zeitzeug\*innengespräch Monika Rulfs 2021, eigene Aufzeichnungen. Etwaige Fehler in der Rekonstruktion und Einordnung der damaligen Ereignisse gehen freilich auf uns zurück.

125 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Peter Lock 2021, eigene Aufzeichnungen; Peter Lock arbeitete mehrere Jahrzehnte als Friedens- und Konfliktforscher an der Universität Hamburg. Während Rodneys Gastsemester in Hamburg war Lock Mitarbeiter des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und einer der engsten akademischen wie persönlichen Vertrauten Walter Rodneys.

126 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Rainer Tetzlaff 2021, eigene Aufzeichnungen.

127 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Peter Lock 2021, eigene Aufzeichnungen.

gewinns an der London School of Economics war er gemeinsam mit seinem Schul- und Studienfreund Albert Parkes für etwa zehn Tage nach Hamburg gereist.<sup>128</sup> 1976 folgte ein weiterer Besuch in Hamburg. Gemeinsam mit seiner Frau Patricia bereiste er Deutschland, wobei neben Treffen mit befreundeten Wissenschaftler\*innen in Ostberlin auch ein Aufenthalt in Hamburg auf dem Plan stand. Die Universität hatte er damals nicht besucht, doch so bereits einen Eindruck von der Stadt gewinnen können.<sup>129</sup>

Zwei Jahre später kommt dann noch die politisch wie persönlich prekäre Lage hinzu: Rodneys Fokus liegt ganz auf der politischen Arbeit in Guyana und der *Working People's Alliance*. Dementsprechend will er vor Ort in Georgetown bleiben. Finanziell bedeutet dieses Vorhaben für ihn und seine Familie jedoch einen großen Kraftakt. Seit Jahren schon muss er aufgrund des Lehrverbots in Guyana ohne regelmäßiges Einkommen für seine wissenschaftliche Arbeit auskommen und ist, schlicht um sich und seine Familie über Wasser halten zu können, auf anonyme Veröffentlichungen und Forschungs-, Lehr- und Vortragsaufenthalte im Ausland angewiesen. Angesichts dieser Ausgangslage kann ihn das Angebot für eine Stippvisite an der Hamburger Universität zu keinem günstigeren Augenblick erreichen.<sup>130</sup> Das Gehalt für eine Gastprofessur übertrifft hier zwar kaum die Entlohnung einer Hochschulassistent\*innenstelle, mit US-amerikanischen Verhältnissen ist die Bezahlung schon gar nicht zu vergleichen, doch für einen von Berufsverboten betroffenen Wissenschaftler bedeutet die Vergütung in Höhe von wohl etwa 3 000 DM monatlich ein mehr als akzeptables Arrangement.<sup>131</sup> Neben den im Zentrum stehenden finanziellen Erwägungen müssen für Rodney allerdings auch wissenschaftliche Beweggründe eine Rolle gespielt haben: einerseits, so ist vor dem Hintergrund der staatlichen Zensur in Guyana zu vermuten, der vergleichsweise freie akademische Diskurs in Hamburg,<sup>132</sup> andererseits aber auch ein wissenschaftliches Erkenntnisinteresse. Rodney hat sich bereits in den Jahren zuvor mit dem Einfluss der *Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft* auf die deutsche Kolonie im heutigen Tansania auseinandergesetzt,<sup>133</sup> und

---

128 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Albert Parkes 2021, eigene Aufzeichnungen.

129 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Patricia und Asha Rodney 2021, eigene Aufzeichnungen.

130 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Albert Parkes 2021, eigene Aufzeichnungen; Zeitzeug\*innengespräch Monika Rulfs 2021, eigene Aufzeichnungen.

131 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Rainer Tetzlaff 2021, eigene Aufzeichnungen.

132 Vgl. ebd.

133 In seinem (posthum wiederveröffentlichten) Beitrag *Migrant Labour in the Colonial Economy* stellte Rodney die Organisation der kolonialen Ausbeutung Tansanias durch deutsche Plantagenbesitzende als überaus folgenreich für die Fokussierung der tansanischen Ökonomie auf den Anbau von Sisalfasern dar. Inwiefern der intensive Einsatz migrierender Lohnarbeiter\*innen selbst zu einem der Gründe neokolonialer Abhängigkeiten wurde, war schließlich ein zentrales Forschungsgebiet Rodneys, vgl. Rod-

dürfte an der wissenschaftlichen Aufarbeitung dieser kolonialen Verstrickung im deutschen akademischen Diskurs interessiert gewesen sein. Darüber hinaus mag er auch über die Fortsetzung und Vertiefung seiner eigenen Forschung zur Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft nachgedacht haben.

Im April 1978 in Hamburg angekommen, kann Rodney sich bei seinem Freund Albert Parkes, der mit seiner Familie dauerhaft in den Hamburger Stadtteil Schnelsen gezogen war, einrichten.<sup>134</sup> Einen zweiten Wohn- und Arbeitsschwerpunkt findet er außerdem in der Wohngemeinschaft von Harald Sellin, Barbara Töpfer, Nina Laatsch-Nikitin und weiterer politisch Aktiven. In der nahe des Universitäts-campus gelegenen Wohnung in der Koopstraße 10 finden immer wieder lange, ausgelassene wie hoch politisierte Diskussions- und Feierabende statt, auf denen bisweilen zehn bis fünfzehn Anwesende über Rodneys Vorträge, seine Berichte aus der Karibik oder Tansania und die allgemeinen Entwicklungen in Afrika und Lateinamerika debattieren.<sup>135</sup> Am Institut selbst zieht es Rodney häufiger zur Forschungsgruppe Rüstungs- und Unterentwicklungsforschung, einem kleinen Zusammenschluss von am Institut tätigen Friedens- und Konfliktforscher\*innen.<sup>136</sup> Vor allem am Archiv zu Militär und Rüstung in der Dritten Welt, das die Forschungsgruppe im Von-Melle-Park 15 aufgebaut und betreut, zeigt Rodney Interesse. Wie er in Gesprächen mit Kolleg\*innen immer wieder verdeutlicht, beschäftigt ihn auch in seiner Zeit in Hamburg die Frage der Gewalt im Zusammenhang mit revolutionären Befreiungsbewegungen - ein Problem, das auch in der politischen Arbeit in Guyana und für die *Working People's Alliance* immer drängender zu werden schien. Die Möglichkeit einer quellenreichen Recherche zu Militär- und damit Repressionskapazitäten in den Staaten des globalen Südens, unterstützt durch Waffenlieferungen aus dem Norden, kommt ihm auch angesichts dieser unmittelbaren Betroffenheit gelegen.<sup>137</sup>

Welche konkreten wissenschaftlichen Forschungsvorhaben und sonstigen Projekte Rodney an der Universität verfolgte, lässt sich heute nur noch schwerlich rekonstruieren, nur wenige Hinweise und Dokumente können andeutend Aufschluss geben. In einem Interview mit dem *SPIEGEL*, das am 16. Juli 1978 unter dem Titel »Kuba vertritt eine gerechte Sache«. *Ein Wissenschaftler der Dritten Welt über Castros Afrika-Politik* veröffentlicht wird, äußert sich Rodney zu den Ak-

---

ney 1983b, S. 7–10.

134 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Albert Parkes 2021, eigene Aufzeichnungen.

135 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Monika Rulfs 2021, eigene Aufzeichnungen.

136 Vgl. für den Kontext der Forschungsgruppe auch den Beitrag von Laura Six in diesem Band.

137 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Peter Lock 2021, eigene Aufzeichnungen.

tivitäten Kubas auf dem afrikanischen Kontinent und wägt zwischen dem kubanischen Eingreifen in Angola und dem Engagement am Horn von Afrika ab. Diese beiden Interventionen, so Rodney, seien differenziert zu bewerten, denn während die Unterstützung der angolanischen Regierung aus der Motivation der Verteidigung eines revolutionären, anti-kolonialen Projekts erwachse, ein Beweggrund, der das historisch eng an den afrikanischen Kontinent gebundene Kuba schon länger leite, stelle die Beteiligung am Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia eine Einmischung in eine weitgehend innerafrikanische Auseinandersetzung dar, die weniger notwendig und gerechtfertigt erscheinen müsse. Grundsätzlich zurückzuweisen, so Rodney, sei jedoch der Vorwurf, Kuba handle lediglich im Interesse der Sowjetunion und geriere sich als »sogenannte Großmacht«, um die sowjetische Position auf dem afrikanischen Kontinent zu stärken. »In diesem Zusammenhang«, so argumentiert Rodney, »taucht das Bild Kubas als einer sowjetischen Schachfigur auf«, dies lenke jedoch nur ab »von den eigentlich entscheidenden Schwierigkeiten, nämlich der Befreiung Afrikas von Kolonialismus, Rassismus und Imperialismus«. <sup>138</sup>

Neben dem Austausch mit Aktivist\*innen, die in Hamburg ebenfalls zur Situation in Guyana und der Karibik arbeiten, stellen vor allem Rodneys Seminare und Vorlesungen im Sommersemester 1978 das wichtigste Zeugnis seiner kurzen, aber wissenschaftlich wie politisch einflussreichen Zeit am Hamburger Institut für Politische Wissenschaft dar. Gegenüber den Professoren und Mitarbeiter\*innen am Institut tritt Rodney als ebenso umgänglicher wie scharf argumentierender Kollege auf. Vor allem für sein Selbstverständnis als Wissenschaftler, dem die Vermittlung von perspektivbildendem Wissen über »Unterentwicklung«, politisch-ökonomische Abhängigkeit und Rassismus wichtig ist, wird er unter den Kolleg\*innen geschätzt. <sup>139</sup> In seinen Vorlesungen schließlich kombiniert er diese Motivation mit einer ausgefeilten Rhetorik und kann so die Studierenden begeistern, die in seinen Vorlesungen meist um die raren Hörsaalplätze ringen und teilweise auf den Treppen und in den Gängen Platz nehmen müssen. <sup>140</sup>

Dabei adressiert Rodney stets zwei Publika: Den deutschen Studierenden präsentiert er als Vertreter der *Black Radical Tradition* für sie gänzlich neue, vor allem afrozentrische Perspektiven auf die afrikanische Geschichte, Politik und Ökonomie. So animiert

---

138 Rodney 1978b, S. 129f.

139 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Rainer Tetzlaff 2021, eigene Aufzeichnungen.

140 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Monika Rulfs 2021, eigene Aufzeichnungen; Zeitzeug\*innengespräch Albert Parkes 2021, eigene Aufzeichnungen.

er die Studierenden zur vertiefenden Beschäftigung mit den Herausforderungen der post-kolonialen Konstellation.<sup>141</sup> Zentral scheint ihm dabei zu betonen, dass für europäische Studierende und Wissenschaftler\*innen wichtig sei, nicht nur über Afrika zu forschen und sich mit den Kämpfen des globalen Südens zu identifizieren, sondern die Kontinuitäten kolonialer Herrschaft auch in den ehemaligen Kolonialreichen und weiterhin dominanten Großmächten zu verstehen. Forschung zu kolonialen Praktiken etwa im deutschen Patentamt in München, so Rodney, sei mindestens ebenso bedeutsam wie eine Analyse sozioökonomischer Schiefen und neo-kolonialer Abhängigkeitsbeziehungen in den ehemaligen Kolonien.<sup>142</sup>

Gleichzeitig – und was für ihn wohl noch bedeutender ist – spricht Rodney aber auch zu den zahlreichen afrikanischen Studierenden, vor allem aus Ghana, die seine Hamburger Vorlesungen besuchen. Vor allem ihnen legt er seine Diskussion und Kritik bekannter Entwicklungstheorien und eine kritische Perspektive auf die neo-koloniale Situation ans Herz, sind es doch in erster Linie sie, die sich gegen die eurozentrische Wissensvermittlung in der ehemaligen Kolonialmetropole Hamburg zu behaupten hätten.<sup>143</sup>

### 3.2 *One Hundred Years of Development in Africa* – Walter Rodneys Vorlesung in Hamburg

»[T]he process of decolonisation in Africa is in fact a historical example of the active intervention of the African people in the determination of their own destinies and the whole process must be seen as one in which the African people were taking major initiatives in recovering their own history. [...] [I]t is clear that in many ways it was a remarkable example of self-liberation.«<sup>144</sup>

In seiner Zeit als Gastprofessor an der Universität Hamburg zwischen April und Juni 1978 hält Walter Rodney – ganz eindeutig ist dies nicht mehr zu rekonstruieren – mindestens sechs, wahrscheinlich aber acht Vorlesungen. Wöchentlich doziert er über einen Themenkomplex, im Anschluss an seinen Vortrag bleibt Raum für Fragen, die er eingängig adressiert und in den folgenden Vorlesungen wieder aufgreift. Zwischen den Sitzungen empfiehlt er außerdem Literatur, die er immer wieder in seine Ausführungen einstreut.

Dass Rodneys Vorlesungen überhaupt und zumeist sogar im Wortlaut erhalten sind, ist dabei wiederum den Studierenden der Af-

141 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Rainer Tetzlaff 2021, eigene Aufzeichnungen.

142 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Monika Rulfs 2021, eigene Aufzeichnungen.

143 Vgl. ebd.

144 Rodney 1984a, S. 91.

rika-Gruppe am Institut zu verdanken. Mit Ausnahme der ersten Vorlesung, von der nach Aussage der Gruppe keine Tonbandaufnahmen angefertigt wurden, und wohl auch der letzten beiden Vorlesungen sieben und acht, hat Harald Sellin alle Vorlesungen mitgeschnitten. Zu Beginn der 1980er Jahre setzt sich dann ein ganzes Kollektiv aus aktiven Studierenden an die Transkription der vorhandenen englischsprachigen Vorträge.<sup>145</sup> Erneut auf Initiative der Gruppe hin erwirken schließlich Rainer Tetzlaff und Peter Lock, letzterer war ebenfalls Mitarbeiter am Institut und Hamburger Freund von Walter Rodney, den Druck der Vorlesungen in der universitätseigenen Druckerei.<sup>146</sup> 1984 können so wahrscheinlich etwa 300 Exemplare der aufgenommenen Vorlesungen Rodneys im englischen Originaltext erscheinen, gerahmt von einem kurzen Vorwort von Tetzlaff und Lock, einem biographischen Text zu Walter Rodney und einer ausführlichen Bibliographie.<sup>147</sup>

In seinen Vorlesungen verfolgt Rodney ein durchaus ambitioniertes Programm. Unter dem Leitmotiv der gesamten Vorlesungsreihe *One Hundred Years of Development in Africa* greift er jede Woche einen neuen großen Themenkomplex aus der Entwicklungs-, Kolonialismus- sowie schließlich de- und neo-kolonialen Theorie heraus. Während er sich dabei, durch das Format gebunden, oft nur an der Oberfläche von theoretischen wie beispielhaften und praktischen Ausführungen bewegen kann, gelingt es ihm dennoch, den Studierenden – vor allem aufgrund seiner beeindruckenden Strukturierung der Vorlesung und seiner klaren, prägnanten Formulierungen – konzeptuelle Analysewerkzeuge und eine Übersicht über theoretische Debatten zu vermitteln. Angesichts der systematischen Qualität der Vorlesungen wie auch aufgrund der inhaltlichen Diskussionen, die Rodney anbietet, bleiben die Vorlesungen bis heute nicht nur ein interessantes Zeitdokument, das einen historischen Stand in der Debatte um die ›Unterentwicklung‹ und Abhängigkeit der nachkolonialen Staaten in Afrika festhält, sondern auch weiterhin eine fruchtbare Quelle für die theoretische wie empirische Arbeit zur neo-kolonialen Konstellation auf dem afrikanischen Kontinent und in Europa.

Der großangelegten inhaltlichen Spannweite der Vorlesungsreihe angemessen, beginnt Rodney seine erste Vorlesung mit einer grundsätzlichen Situierung »within a framework of general materialist development«<sup>148</sup>. Wie er zu Beginn der zweiten Vorlesung rekapitu-

---

145 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Monika Rulfs 2021, eigene Aufzeichnungen.

146 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Peter Lock 2021, eigene Aufzeichnungen.

147 Eine der wenigen noch öffentlich einsehbaren Ausgaben des Bandes ist in der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg zugänglich.

148 Rodney 1984a, S. 7.

liert, habe er mit dieser Einordnung zeigen wollen, wie die Menschheit von einer Entwicklungsstufe zur nächsten voranschritt, und Afrika dabei nicht – auch wenn Entwicklungen natürlich in unterschiedlichen Gesellschaften und regionalen Kontexten ungleichzeitig voranschritten – als Sonderfall gelten könne. Gleichzeitig, so betonte er, müsse ebenso grundsätzlich anerkannt werden: »[C]onsciousness about development is itself historically determined, ie. [sic], it is determined by the particular historical conjuncture in society.«<sup>149</sup> Mit diesen Ausführungen, deren genauere Diskussion und Begründung aufgrund des fehlenden Mitschnitts der ersten Vorlesung nicht mehr weiter nachzuvollziehen ist, legt Rodney, so ist anzunehmen, nicht nur den Grundstein für die folgenden Vorlesungen, sondern liefert einen substanziellen Einblick in seinen Theoriehintergrund und sein Wissenschaftsverständnis. Durch die folgenden Vorlesungen wie auch sein gesamtes Werk, so macht er zu Beginn deutlich, zieht sich ein materialistisch versiertes und historisierendes Verständnis von Gesellschaft, Politik und Ökonomie.<sup>150</sup>

### 3.2.1 Vorlesung 2: *Development Theory on Africa*<sup>151</sup>

Vor allem dieser zweite Aspekt – die soziale, historische und damit auch ideologische Durchdringung politisch-ökonomischer Theorien – steht dann im Mittelpunkt von Rodneys zweiter Vorlesung. Er wolle zeigen, so seine programmatische Ankündigung zu Beginn, inwiefern »early development theory on Africa was and still is inadequate«<sup>152</sup>. Neben unverändert rassistischen Konnotationen auch in den damals jüngsten Entwicklungstheorien, beschäftigen ihn dabei vor allem drei Kategorien beziehungsweise Wesenszüge der Theorien: »I want to suggest«, so Rodney, »three adjectives to describe the early, colonially-oriented development theories of the 1960's: the theories were partial, they were descriptive, they were mechanical, and as we will find, they were often all three.«<sup>153</sup>

Als *descriptive* beschreibt Rodney vor allem die verbreitete Tendenz, quantitative Entwicklungsindizes wie das Pro-Kopf-Einkom-

149 Ebd.

150 Siehe dazu u.a. auch Rodney 1975, S. 8–13, 20–22.

151 Bei den Titeln der Unterkapitel dieses Beitragsteils handelt es sich um die Originaltitel der Vorlesungen im von Tetzlaff und Lock herausgegebenen Band. Ob diese der Feder Rodneys selbst entstammen oder nachträglich von den Studierenden bzw. den Herausgebern des Bandes hinzugefügt wurden, ist nicht mehr zu rekonstruieren. Im Vorlesungsband wird die zweite Vorlesung als »erste« benannt (und entsprechend bis zur fünften weitergezählt). Im vorliegenden Beitrag entspricht die Zählung dem tatsächlichen Vortragsverlauf.

152 Rodney 1984a, S. 8.

153 Ebd.

men oder das Bruttonationalprodukt zu verabsolutieren und dann für analytische Begründungen in kausalen Modellen heranzuziehen. Vergleiche man, so sein eingängiges Beispiel, die Rate von technologisch ausgebildeten Fachkräften pro Einwohner\*innen im Sudan (z.B. 0,5 pro 1.000) mit der Rate in Deutschland (z.B. 50 pro 1.000), könne der Sudan nur als unterentwickelt gelten. Als Grund für diese Schieflage werde dann aber ebenfalls wieder die geringe Rate an Technologieexpert\*innen herangezogen. Diese zirkulären Erklärungsversuche zementierten, so Rodney, die »vicious circles of poverty: Africa is poor because Africa is poor. Africans never had the qualities measured by the indices and therefore they have remained poor«<sup>154</sup>.

Als *partial* beschreibt Rodney dann die hegemonialen Entwicklungstheorien, weil diese dazu tendierten, einzelne Erklärungsfaktoren zu isolieren und nicht in ihrer Funktion einem Gesamtzusammenhang zu erfassen.<sup>155</sup> Ökonomische Indizes würden ohne ihren soziostrukturellen Kontext berechnet und zitiert, einzelne Staaten und Märkte ohne ihre regionalen Verbindungen analysiert und schließlich vor allem die globalen Einflüsse auf lokale Entwicklungen vernachlässigt. Eine Untersuchung der Erdnussproduktion in Gambia ohne eine gleichzeitige Analyse ihrer Einbettung in den kapitalistischen Weltmarkt und ihrer Verbindung zu globalen Unternehmen wie dem niederländisch-britischen Konzerne Unilever, der unter anderem auch von Hamburg aus operiert, könne dann nur partiell und damit inadäquat gelingen.<sup>156</sup>

Schließlich kritisiert Rodney die Entwicklungstheorien als *mechanical*, da in ihrer Anwendung meist einzelne Teile, etwa deskriptive Indizes oder isolierte Erklärungsfaktoren, schlicht nebeneinander gestellt würden, ohne sie aber als Teil eines organischen Ganzen, einer einheitlichen Entwicklung zu verstehen.<sup>157</sup> All diese Faktoren, so Rodney, kulminierten beispielsweise in den Problemen der sogenannten Modernisierungstheorien.<sup>158</sup> In der einfachen Dichotomie zwischen »modern« und »traditionell« könnten die »modernen« Elemente einer Volkswirtschaft oder eines soziopolitischen Gefüges kleinteilig und objektivierend beschrieben und analysiert werden, über die »traditionellen« Anteile fänden sich dann jedoch eher krude Vermutungen, die diese allesamt als anti-modern und damit schlicht rückständig beschrieben. Die konstitutive Abhängigkeit der »traditio-

---

154 Ebd., S. 9.

155 Vgl. ebd., S. 10.

156 Vgl. ebd., S. 11.

157 Vgl. ebd., S. 12.

158 Vgl. ebd., S. 13.

nellen« Bereiche nachkolonialer Volkswirtschaften von der anhaltenden Dominanz globaler Konzerne und den »modernen« Segmenten der Ökonomien würde dadurch aus den Augen verloren.<sup>159</sup>

Letztlich sind diese Probleme der Entwicklungs- und Modernisierungstheorien, die sich etwa in den Arbeiten der neo-klassischen ökonomischen Theorie konkretisieren, für Rodney Widerspiegelungen einer ideologischen Arbeitsteilung in den akademischen Disziplinen. Während sich, so die einfache Rechnung, die historischen Wissenschaften mit der Vergangenheit auseinandersetzen, bleibe die Volkswirtschaft ganz auf die Gegenwart und den aktuellen politisch-ökonomischen Status-quo konzentriert.<sup>160</sup> Diese nicht nur a-historische, sondern bewusst anti-historische programmatische Ausrichtung führe letztlich, so Rodneys Zwischenfazit, zu den skizzierten Problemen der hegemonialen Entwicklungstheorien.<sup>161</sup>

Im zweiten Teil der Vorlesung fokussiert Rodney dann auf Beispiele für neuere *Development Theories*, namentlich jene, die eine explizit historisierende Annäherung an die Beschreibung und Analyse der politisch-ökonomischen Situation in Afrika wagen. Die Arbeiten von Samir Amin etwa, die Rodney hervorhebt, versuchten ausdrücklich aktuelle Formen der »Unterentwicklung« und Abhängigkeit auf ihre historischen Ursprünge zu befragen<sup>162</sup> – werde dieser organisch-historische Blick gewählt, entstehe ein anderes, zu den Entwicklungs- und Modernisierungstheorien konträres Bild der Entwicklung Afrikas:

»The alternative [to a descriptive, partial and mechanical analysis, MK & DW] is to try and understand the fabric of African history: that there were independent forms in which people lived and produced; that these forms were first interwoven with international economies to some degree during slavery and the slave trade, with a resulting impact on African development; and that during colonialism, as the penetration of the African economies proceeded, so did the reduction of Africa's economies and social life to a state of dependency. Structures were created, both economic and social, which were responsible not only for the shape which African economies assumed at the end of colonialism, but for the shape of their more recent development.«<sup>163</sup>

Mit den neuen kritischen Entwicklungstheorien rückten, so Rodney, historische Strukturen in das analytische Blickfeld, wodurch

---

159 Vgl. ebd., S. 13f.

160 Vgl. ebd., S. 17.

161 Vgl. ebd., S. 18f.

162 Vgl. ebd., S. 21f.

163 Ebd., S. 23f.

wiederum soziale Klassenstrukturen und politische Verhältnisse in ein globales ökonomisches System situiert werden könnten, etwa im Modus der Aufteilung in Zentrum und Peripherie oder in Bezug auf ein Weltsystem, wie Rodney es mit Verweis auf Johan Galtung respektive Immanuel Wallerstein beschreibt.<sup>164</sup> Und deutlich werden müsse durch diese Perspektivverschiebung auch, so Rodney abschließend:

»[B]ecause the issue was never solely economic, its solution cannot be solely economic. On the contrary, if our analysis shows that underdevelopment was historically generated in a certain way, politically, and sustained by certain social structures, then it follows that the solution to underdevelopment must also be political and social.«<sup>165</sup>

Nach diesen wissenschafts- und erkenntniskritischen Ausführungen in den ersten beiden Vorlesungen schreitet Rodney in der dritten Vorlesung zu einer konkreten historischen Rekonstruktion und darauf aufbauenden gesellschaftstheoretischen Überlegungen voran.

### 3.2.2 Vorlesung 3: *A Century of Development in Africa*

Zu Beginn des dritten Vortrags betont Rodney, dass die Bezeichnung des 20. Jahrhunderts als ›Jahrhundert der Entwicklung‹ problematisch sei. Ein Startpunkt der kolonialen Aneignung Afrikas könne möglicherweise im Berliner Kongress von 1884 ausgemacht werden, doch grundsätzlich sollte, so Rodneys zentraler Punkt, die koloniale Expansion und Herrschaft nicht als stabile und nun auch abgeschlossene Phase mit Start- und Endpunkt, sondern viel eher als Prozess mit vorgelagerten Entwicklungstendenzen, mit Brüchen und Kontinuitäten innerhalb des kolonialen Jahrhunderts und dann auch mit nach wie vor anhaltenden Nachwirkungen begriffen werden.<sup>166</sup>

Diese Vorbemerkung strukturiert anschließend auch den Hauptteil der Vorlesung, in dessen Rahmen er drei paradigmatische Einschätzungen von Wissenschaftler\*innen über den Einfluss des Kolonialismus auf Afrika, sowohl während der kolonialen Herrschaft als auch nach der formalen Dekolonisierung, identifiziert und diskutiert. Die erste Position, die Rodney vor allem westlichen Wissenschaftler\*innen zuschreibt, setzt den Beginn der afrikanischen Entwicklung, ja der afrikanischen Geschichte überhaupt, mit dem Beginn des Kolonialismus Ende des 19. Jahrhunderts gleich. Diese Perspektive

---

<sup>164</sup> Vgl. ebd., S. 26f.

<sup>165</sup> Ebd., S. 29.

<sup>166</sup> Vgl. ebd., S. 32f.

verfolgt Rodney nicht weiter und belässt es stattdessen bei dem Hinweis, dass sie in ihrer Radikalität zwar nicht mehr weit verbreitet sei, die ihr zugrundeliegenden Annahmen jedoch weiterhin wirkmächtig blieben.<sup>167</sup>

Was Rodney vor allem beschäftigt, ist eine zweite Position, welche, so stellt er fest, durchaus auch von zahlreichen afrikanischen Forscher\*innen vertreten werde. Laut dieser Perspektive war der Kolonialismus im Vergleich zur Gesamtheit der afrikanischen Geschichte nahezu irrelevant. Die Geschichte der gesamten Menschheit habe in Afrika begonnen, der Kontinent sei damit, so werde hier angenommen, zeitlos und unzerstörbar, der Kolonialismus wenig mehr als ein »*fllea bite*« in der reichhaltigen Geschichte Afrikas.<sup>168</sup> Diese Position kontrastiert Rodney mit einer dritten Perspektive, die er mit den Arbeiten von Amílcar Cabral einführt und weitgehend befürwortet.<sup>169</sup> Erstens, so insistiert er, müsse die koloniale Invasion als einschneidende Intervention in die afrikanische Geschichte anerkannt werden: Der Einfluss der europäischen Großmächte, durch den die Gesellschaften Afrikas nachhaltig transformiert und in die globale kapitalistische Entwicklung integriert worden seien, könne nicht durch einen einfachen Verweis auf die reichhaltige Geschichte des Kontinents rückgängig gemacht werden.<sup>170</sup> Zweitens und wohl noch entscheidender sei die politische Kehrseite einer allzu leichtfertigen Sicht auf das koloniale Jahrhundert, wenn nämlich angenommen werde, der Kolonialismus sei mit der formalen politischen Unabhängigkeit der neuen Staaten tatsächlich beendet.<sup>171</sup> Als Beispiel für diesen fatalen Fehlschluss nennt er die Ideologie des *Authenticité* in Staaten wie Zaire. Hier habe die Staatsführung angenommen, dass oberflächliche, größtenteils politisch-rechtliche Reformen oder auch einfach nur der Namenswechsel von *Kongo* zu *Zaire*, die Kolonialgeschichte der vergangenen Jahrzehnte rückgängig machen könnten.<sup>172</sup> Im Gegenteil aber, darin stimmt Rodney mit der skizzierten dritten Position überein, versperre eine solche Haltung die Sicht auf die Realitäten der neo-kolonialen Situation: Die in der Kolonialzeit entstandenen sozio-ökonomischen Kontinuitäten und anhaltenden politischen Machtungleichgewichte würden negiert und die Suggestion einer authentischen afrikanischen Kultur, die angeblich vor dem kolonialen Kahlschlag bewahrt worden sei, müsse sich als leere Worthülse entlarven. Für Rodney steht fest: »Europe's

---

167 Vgl. ebd., S. 34.

168 Vgl. ebd., S. 34–36.

169 Vgl. ebd., S. 38.

170 Vgl. ebd., S. 37–39.

171 Vgl. ebd., S. 36.

172 Vgl. ebd., S. 36f.

intervention into Africa was a profound intervention which is still living with us: the colonial past is very much a part of the present.«<sup>173</sup>

Als ein wesentliches Moment in der ursprünglichen kolonialen Umstrukturierung des afrikanischen Kontinents hebt Rodney dann im zweiten Teil der Vorlesung auch die Gewalttätigkeit zuerst der Versklavung und des Versklavungshandels und schließlich der kolonialen Expansion und Beherrschung hervor.<sup>174</sup> Die Dimension der militärischen Gewalt sei offensichtlich. Besonders zu beachten sei aber stets auch die legalisierte ökonomische sowie psychische Gewalt. Während im entwickelten Kapitalismus des globalen Nordens bestimmte ökonomische Zwangselemente zurückgefahren worden seien, sei der direkte Zwang in den kapitalistischen Ökonomien Afrikas nie gelockert worden. Vor allem durch Besteuerung seien Arbeitskräfte in den Geldmarkt gedrängt worden und auch die gesetzlich abgesicherten hochprekären und -gefährlichen Arbeitsbedingungen hätten auf direktem Zwang beruht.<sup>175</sup> Schließlich verweist Rodney auch auf die Arbeiten Frantz Fanons, um die psychische Dimension von Kolonialisierung, vor allem den Versuch einer umfassenden ›Depersonalisierung‹ der kolonisierten Subjekte, zu verstehen.<sup>176</sup>

Auch diese ursprüngliche und kontinuierlich verstetigte Grausamkeit im Herzen des Kolonialismus drohe, so Rodney, durch ein weitgehendes Ignorieren der kolonialen Phase in Vergessenheit zu geraten. Dabei sei die Auseinandersetzung mit der ursprünglichen Gewalttätigkeit des Kolonialismus von zentraler Bedeutung, um auch den sukzessiven Widerstand afrikanischer Menschen gegen die Fremdherrschaft nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.<sup>177</sup> Ununterbrochen hätten große wie kleine Widerstandsformationen, von Staaten und Königreichen bis zu lokalen, heute weitgehend unbekannt Gruppen gegen die politische Fremdherrschaft und die neuen ökonomischen Modelle rebellierte<sup>178</sup> und so auch die – ideelle wie materielle – Grundlage für die schließlich erfolgreiche antikoloniale Bewegung in der Mitte des 20. Jahrhunderts gebildet.<sup>179</sup>

### 3.2.3 Vorlesung 4: *The African Colonial Economy*

Nachdem Rodney in seinen ersten Vorlesungen stets auf der Bedeutung einer materialistisch geschulten ökonomischen Analyse des Ko-

---

173 Ebd., S. 35.

174 Vgl. ebd., S. 40f.

175 Vgl. ebd., S. 50–52.

176 Vgl. ebd., S. 52–54.

177 Vgl. ebd., S. 42.

178 Vgl. ebd., S. 46–49.

179 Vgl. ebd., S. 44.

lonialismus insistiert hatte, widmet er sich in seinem vierten Vortrag den unterschiedlichen Formen kolonialer Ökonomien in Afrika. Dabei skizziert er gleich zu Beginn zwei gängige Annäherungsversuche: Im ersten, älteren Ansatz würden die kolonialen Ökonomien vor allem als Teil der Volkswirtschaften der Kolonialmächte begriffen; der zweite Ansatz analysiere demgegenüber die lokalen Ökonomien unter dem Vorzeichen ihrer Integration in das kapitalistische Weltsystem.<sup>180</sup>

Den ersten verbreiteten Annäherungsversuch bezeichnet Rodney als zu oberflächlich und deskriptiv. Seine unterkomplexen Vereinfachungen versäumten es beispielsweise, Unterschiede in den kolonialen Ökonomien, etwa innerhalb der französischen und der britischen Territorien, einzufangen.<sup>181</sup> Dennoch verschafften die entsprechenden Arbeiten aus seiner Sicht Erkenntnisse in Bezug auf die spezifischen Entwicklungen in den europäischen Volkswirtschaften und die Machtverschiebungen zwischen den einzelnen imperialen Staaten. Dieses Potenzial könne für die Analyse kolonisierter Gesellschaften mit ihrer jeweils spezifischen Einbindung in die internationale Ordnung nutzbar gemacht werden.<sup>182</sup>

Den zweiten Ansatz, den er erneut mit Verweis auf die Schriften Samir Amins diskutiert, führt Rodney dann deutlich ausführlicher ein. Zur Beschreibung der sukzessiven Integration der vor-kolonialen Ökonomien Afrikas in den globalen kapitalistischen Markt habe Amin drei Dynamiken identifiziert: die erste, Zwangsarbeit unter den großen europäischen Konzessionsgesellschaften in der Frühphase des Kolonialismus, bewertet Rodney als nur vorübergehend relevant, aber nicht wesentlich für die kolonisierten Ökonomien.<sup>183</sup> Die anderen beiden Dynamiken schienen ihm jedoch zentral.

Erstens beschreibt er die zunehmende und systematische Kommodifizierung der Arbeitskraft, die im Interesse der kolonialen Unternehmen gelegen habe. Im vorkolonialen, also vorkapitalistischen Afrika sei die Arbeitskraft nicht als Ware in Erscheinung getreten; erst durch die Verbreitung von Arbeitsmärkten, die mit der Einführung von Besteuerungssystemen, der Entstehung neuer Bedürfnisse oder der Einführung von Geldökonomien entstanden seien, habe sich die Lohnarbeit ausgebreitet.<sup>184</sup> Diese tiefgreifende Umwälzung habe dann auch zu einer Neujustierung der Landnutzung geführt: durch die Inbesitznahme von Land zum Abbau von Ressourcen, vor allem aber auch durch eine umfassende Migrationsbewegung in die neu-

---

180 Vgl. ebd., S. 59.

181 Vgl. ebd., S. 61f.

182 Vgl. ebd., S. 62–64.

183 Vgl. ebd., S. 64–66.

184 Vgl. ebd., S. 66–69.

en städtischen Arbeitszentren.<sup>185</sup> Der migrantische Charakter der Arbeiter\*innenschaft sei dabei, so beschreibt Rodney eindrücklich, aus ökonomischem Klasseninteresse heraus durchaus bewusst gefördert worden:

»If we consider a crude example of a labour-using centre, say the diamond mines of Namibia, labour comes in from the vast hinterland of Namibia and of the rest of Southern Africa all the way to Malawi. [...] And it comes to the centre on a temporary basis, it is migrant, because it is forced to return to the other areas whether after three months or a year. [...] When we examine this migrant working class [...], we shall see that part of its problem is its inability to organise as effectively as the working class that is constantly at the point of production and which lives where it works.«<sup>186</sup>

Als zweite zentrale Integrationsdynamik rekonstruiert Rodney die Einführung kolonialer Handelssysteme und damit die effektive Integration der afrikanischen Bäuer\*innen in den globalen kapitalistischen Markt als »petty commodity producer[s], exploited through the market«<sup>187</sup>. Selbst wenn die Bäuer\*innen für ihre nationale oder gar lokale Subsistenz produziert hätten, seien sie seit der Ankunft internationaler Händler\*innen dennoch an den Weltmarkt und dessen Preisdynamiken gebunden gewesen.<sup>188</sup> Diese ebenfalls tiefgreifende ökonomische Umwälzung habe dann auch in der Bäuer\*innenschaft fundamentale soziale Konsequenzen gehabt. Die veränderten Besitzverhältnisse, in denen Land nicht mehr Gemeinschaften oder lokalen Bäuer\*innen gehört habe, sondern in den Händen weniger konzentriert worden sei, hätten auch auf dem Land eine De-facto-Zweiklassengesellschaft geschaffen: auf der einen Seite die kleinbürgerlichen Bäuer\*innen mit Landbesitz, auf der anderen das besitzlose, ausgebeutete *semi-proletariat* der restlichen Bäuer\*innenschicht.<sup>189</sup>

### 3.2.4 Vorlesung 5: *Decolonisation in Africa*

In seiner fünften Vorlesung widmet sich Rodney dem Dekolonisierungsprozess in Afrika. Die Dekolonisation sei, wie er zu Beginn seines Vortrags betont, als globaler Prozess innerhalb der internationalen politischen Ökonomie zu verstehen, nicht nur als »afrikanisches

---

185 Vgl. ebd., S. 70–72.

186 Ebd., S. 71f.

187 Ebd., S. 73.

188 Vgl. ebd., S. 73–75.

189 Vgl. ebd., S. 74–78.

Problem« oder »afrikanische Frage«. Mit einem spezifischen Blick auf den afrikanischen Kontinent könne aber die bisherige Dekolonisierung vor allem als Absetzung von der *formalen* kolonialen Herrschaft, also als in erster Linie juridische Trennung begriffen werden.<sup>190</sup> Zur Erklärung dieses historischen (Fort-)Schritts müssten sowohl externe als auch interne Faktoren herangezogen werden.

Die externe, also globale Konstellation, welche die formale Dekolonisation ermöglicht habe, sei durch den Entwicklungsstand der kapitalistischen Ökonomien nach dem Zweiten Weltkrieg und die sukzessive an Fahrt aufnehmende Systemkonfrontation zwischen Kapitalismus und Kommunismus gekennzeichnet gewesen. Einerseits habe die Präsenz der Sowjetunion die Legitimation unverändert imperialer Herrschaft durch die westlichen Kolonialmächte zunehmend erschwert. Andererseits seien aber auch die Prävalenz sozialistischer Ideologien in den Klassenkonflikten und politischen Kämpfen innerhalb Afrikas wie auch die Bündnisse zwischen antikolonialen Widerstandsbewegungen und progressiven Strömungen in den Kolonialstaaten nicht zu unterschätzen.<sup>191</sup>

Den Fokus in der Analyse und Interpretation der historischen Entwicklung legt Rodney jedoch auch in der Frage der Dekolonisierung auf interne Faktoren und Dynamiken. Damit will er hervorheben, wie er mit einem Verweis auf Ahmed Sékou Touré beschrieb, welche zentrale Bedeutung die *Selbstbefreiung* der Afrikaner\*innen gehabt habe. Die Dekolonisierung von über zweihundert Millionen Afrikaner\*innen in nur etwa zehn Jahren könne eben nicht lediglich, so Rodney, auf externe Faktoren und die Auflösung struktureller Widersprüche zurückgeführt werden, sondern müsse als bemerkenswertes Beispiel für die Rückgewinnung der Selbstbestimmung und Verfügung über das eigene Schicksal und die eigene afrikanische Geschichte gewürdigt werden.<sup>192</sup>

Dabei könnten innerhalb der dekolonialen Dynamik zeitliche wie räumliche Variationen und damit auch unterschiedliche Phasen beziehungsweise Typen des antikolonialen Kampfes ausgemacht werden, welche jeweils bestimmte Momente im Dekolonisationsprozess markierten.<sup>193</sup> Als ersten Typus identifiziert Rodney die *Forerunner* bzw. *Pioneers*, koloniale Territorien, in denen der Zusammenbruch der europäischen Imperien in Asien genutzt worden sei, um beachtliche Teile der Bevölkerung in politischen Organisationen zusammenzuschließen. So erstritten Länder, wie der Sudan, Ghana oder

---

190 Vgl. ebd., S. 88.

191 Vgl. ebd., S. 89–91.

192 Vgl. ebd., S. 91.

193 Vgl. ebd., S. 92.

Guinea – weitgehend friedlich – die Unabhängigkeit von den Kolonialmächten.<sup>194</sup> Für die ghanaische Unabhängigkeitsbewegung etwa beschreibt Rodney diese Entwicklung folgendermaßen:

»What the Ghanaian people had in fact done was to create a timetable of their own, a timetable that overthrew the colonial timetable of decolonisation. By political organisation, the Ghanaian people not only challenged that timetable, they also challenged those in their own country who did not want independence or who doubted their own capacity to be independent; and they created the broadest possible front to force the British to grant independence.«<sup>195</sup>

Der durch die ›Pionierstaaten‹ massiv umstrukturierte dekoloniale ›Fahrplan‹ habe dann enorme Bedeutung für die zweite Phase der Dekolonisierung in den 1960er Jahren gehabt. Zu diesem Zeitpunkt sei das Eis endgültig gebrochen gewesen und der Dekolonisierungsprozess habe eine solche Eigendynamik entwickelt, dass in mehreren Ländern die formale Unabhängigkeit in erstaunlichem Tempo erreicht werden konnte.<sup>196</sup> Die Kolonialmächte hätten selbst erkennen müssen, dass sie die unmittelbare Beherrschung ihrer Territorien nach den ersten Abspaltungen nicht mehr aufrechterhalten konnten – Frankreich beispielsweise habe nach der Aufgabe von Guinea in kurzer Abfolge auch den Senegal, Mali und die Elfenbeinküste in die Unabhängigkeit entlassen müssen.<sup>197</sup>

Während diese Rekonstruktion der Phasen der Dekolonisierung noch ein weitgehend friedliches Bild zeichnen konnte, verschweigt Rodney anschließend nicht den (erzwungenermaßen) gewalttätigen Charakter zahlreicher antikolonialer Kämpfe. Bereits in der ersten Phase in den 1950er Jahren habe es bewaffnete Widerstands- und Unabhängigkeitsbewegungen etwa in Kenia oder Algerien gegeben. Den Anlass für ihre Mobilisierung habe jeweils ein konkretes Problem gebildet, sie hätten dann jedoch erkennen müssen, dass eine Reform der politisch-ökonomischen Strukturen in ihren Gesellschaften nur über die Unabhängigkeit von ihren Kolonialherrschern zu erreichen war. Mit diesem Kräfteverhältnis konfrontiert, hätten sie den bewaffneten Kampf für notwendig und legitim erklärt. Die Großmächte seien in den folgenden Unabhängigkeitskriegen zur Einsicht gezwungen worden, dass selbst eine erfolgreiche Niederschlagung

---

194 Vgl. ebd., S. 92–95.

195 Ebd., S. 93.

196 Vgl. ebd., S. 96.

197 Weitverbreitet sei dabei freilich der Versuch geblieben, die formale Unabhängigkeit so einzuleiten und zu gestalten, etwa durch die Übertragung der politischen Herrschaft an konservative Parteien, dass auch weiterhin Einflussmöglichkeiten für die Kolonialstaaten und europäische Unternehmen bewahrt wurden; vgl. ebd., S. 100–103.

und Fortführung der unmittelbaren Beherrschung nicht profitabel sei, also auch in diesem Fall die formale Unabhängigkeit auf der Tagesordnung stehe.<sup>198</sup>

Die Darstellung des gewaltvollen Moments des antikolonialen Widerstands führt Rodney schließlich zu einigen Bemerkungen über die Frage der Gewalt in der antikolonialen politischen Praxis. Als unmittelbarer Preis des gewaltvollen politischen Widerstands dürfe der Verlust von Leben, nicht nur von Kämpfer\*innen, sondern auch von unschuldigen Frauen und Kindern, nicht nur nicht unterschätzt, sondern auch keinesfalls romantisiert und mythisch aufgeladen werden:

»Armed struggle is romantic only when it is seen at a distance through coloured lenses [...]; in reality it is vicious, it is dirty, it creates tremendous suffering and privation, it is an imposition on a people who have no other choice open to them.«<sup>199</sup>

Während er die Bewaffnung in diesem Sinne einzig und alleine als letzten Ausweg und zur Selbstverteidigung im Interesse des Überlebens und der politischen Integrität für legitim erklärte, versuchte Rodney gleichzeitig auch auf Vorteile, auf mögliche *benefits* eines – von der Kolonialmacht erzwungenen – bewaffneten, gewaltsamen Kampfes hinzuweisen.<sup>200</sup> Generell könne, wie er unter Rekurs auf Fanon ausführte, die unmittelbare gewaltsame Konfrontation mit den Kolonisierern einen positiven psychologischen Effekt zeitigen. Nur im direkten Übertrumpfen des Beherrschers könne das koloniale Subjekt seine internalisierte Unterlegenheit abschütteln und im Zuge einer politischen und ideologischen Reifung seine Handlungsfähigkeit wiedererlangen.<sup>201</sup>

»To my mind [...] the long lasting impact of armed liberation struggle is [...] in the political heritage of participation, involvement, the building of consciousness and the creation of new political organisation whose process was directed by Africans. All of this was present in the armed liberation struggle.«<sup>202</sup>

In diesen Abschnitten seiner Vorlesung wird klar, dass Rodney die Frage der politischen Gewalt in antikolonialen Bewegungen auch in seiner Hamburger Zeit besonders beschäftigt. Deutlich wird aber auch, dass er, so scheint er in seinen zwiegespaltenen Überlegungen und der Ernsthaftigkeit des Gegenstandes angemessen selbst

---

198 Vgl. ebd., S. 96–99.

199 Ebd., S. 104.

200 Vgl. ebd., S. 104.

201 Vgl. ebd., S. 104f.

202 Ebd., S. 107.

einzugestehen, sowohl in seinem Hamburger Vortrag als auch in seinen weitergehenden Überlegungen keine wirklich zufriedenstellende Antwort auf die Frage (il-)legitimer Gewalt zu finden vermag. Den drastischen Konsequenzen des Verlusts von Leben und der moralischen Verurteilung der Gewalt bleiben sowohl die faktische Notwendigkeit der bewaffneten Verteidigung als auch die potenziell positiven psychologischen wie politischen Effekte unaufgelöst gegenübergestellt.

In die abschließende Zusammenfassung seiner fünften Vorlesung streut Rodney dann noch einen kurzen aber zentralen Argumentationspunkt ein, der zugleich den Übergang zum sechsten Vortrag in der darauffolgenden Woche bildet. Auf die studentische Rückfrage nämlich, ob die Dekolonisierung des afrikanischen Kontinents denn nun tatsächlich eine geglückte Revolution darstelle, antwortet Rodney einerseits bejahend: Das erkenne man schon, wenn man nur eine neue Weltkarte aufschlage. Wo zuvor nur große Imperien als Farbblöcke erkennbar waren, seien jetzt zahlreiche neue Farbfelder zu sehen. Andererseits bedeute die erreichte politische Unabhängigkeit noch keineswegs auch eine Revolution der sozialen und ökonomischen Verhältnisse und die Überwindung der oft noch fundamentalen Abhängigkeiten. Im Gegenteil, so hätten auch ehemalige Revolutionäre erkannt, hätten die neuen politischen Strukturen die Ausbeutungsbeziehungen noch weiter zementiert.<sup>203</sup> Diese ernüchternde Diagnose bildet den Hintergrund der sechsten Vorlesung seiner Hamburger Vortragsreihe, in der er sich mit dem neo-kolonialen Status quo befasst.

### 3.2.5 Vorlesung 6: *Post-Colonial Development Strategies in Africa*

In der sechsten Vorlesung stellt Rodney einleitend fest, dass tatsächlich kaum von wirklichen Entwicklungsstrategien im nachkolonialen Diskurs die Rede sein könne. Die neo-kolonialen Staaten hielten sich eher mit vagen Statements und Ad-hoc-Maßnahmen über Wasser. Orientierung böten in dieser Hilflosigkeit vor allem die etablierten und bekannten europäischen Entwicklungsmodelle.<sup>204</sup> So würden westliche »Expert\*innen« in die Ministerien und Planungsstäbe staatlicher Behörden rekrutiert, doch auch diese könnten und wollten – nicht zuletzt aufgrund ihrer ideologisch geprägten Ausbildung – lediglich an kleinen Stellschrauben drehen, weshalb ihre Arbeit eher *patchwork* bleibe.<sup>205</sup> Die ersten zehn Jahre nach der

---

203 Vgl. ebd., S. 108f.

204 Vgl. ebd., S. 113f.

205 Vgl. ebd., S. 114–118.

großen Unabhängigkeitswelle müssten dementsprechend als »quite amazing fraud«<sup>206</sup> bewertet werden.

Was den Staaten und Akteur\*innen in dieser Situation fehle, so konstatiert Rodney, sei eine systematische Theorie der Entwicklung, ein ernsthaftes Konzept historisch-sozialer Transformation.<sup>207</sup> Mit einer solchen Theorie im Rücken, davon ist Rodney überzeugt, wäre es für die neo-kolonialen Gesellschaften und besonders auch für sozialistisch orientierte Theoretiker\*innen und Staatsführer\*innen deutlich einfacher, zu verstehen, dass eine zentrale Planung der neo-kolonialen Ökonomien kaum möglich sei. Denn natürlich existierten die alten sozioökonomischen Strukturen weiter und Afrika sei auch nach der formalen Unabhängigkeit ein integraler Bestandteil des globalen kapitalistischen Systems.<sup>208</sup> Würden diese Strukturen vernachlässigt, dann sei die anhaltende Ausbeutung der Arbeiter\*innen und Bäuer\*innen ebenso wenig zu verstehen wie die mit dem Abfluss von Kapital einhergehenden Probleme<sup>209</sup> oder die mit Fremdfinanzierung durch internationale Kreditinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds<sup>210</sup> induzierten Abhängigkeiten. Die Förderung inländischen Kapitals, das für die Etablierung souveräner Volkswirtschaften als zentral erscheinen müsse, könne kaum gelingen, wenn nicht erkannt und benannt werde, dass die Schlüsselindustrien der Staaten nach wie vor in den Händen der globalen Kapitalmächte verblieben seien.<sup>211</sup> Die Betonung der Wichtigkeit globaler Handelsbeziehungen und Auslandsinvestitionen und die Exportorientierung der Ökonomien führten zusätzlich zur Bewahrung der alten Abhängigkeit von den Volkswirtschaften des globalen Nordens und behinderten die Weiterentwicklung und Diversifizierung der ehemals kolonialen Ökonomien.<sup>212</sup>

Rodney kommt abschließend zu dem Ergebnis, dass die vermeintlich apolitische, technokratische Steuerung der afrikanischen Volkswirtschaften nach ihrer formalen Unabhängigkeit im Kern politisch und gerade nicht »neutral« sei.<sup>213</sup> Das Expertentum stelle lediglich den Deckmantel, einen »smokescreen«<sup>214</sup> für inländische wie globale Klasseninteressen dar, die ihren ökonomischen wie politischen Einfluss über die antikoloniale Ära hinweggerettet hätten, sich nun über zahlreiche neue legalisierte Mechanismen, etwa

---

206 Ebd., S. 117.

207 Vgl. ebd., S. 116.

208 Vgl. ebd., S. 119.

209 Vgl. ebd., S. 123.

210 Vgl. ebd., S. 130f.

211 Vgl. ebd., S. 122f.

212 Vgl. ebd., S. 123–125.

213 Vgl. ebd., S. 128–130.

214 Ebd., S. 129.

vorteilhafte Steuersysteme, Mehrwert aneigneten und so letztlich wieder die große Masse der afrikanischen Bevölkerung ausbeuten könnten.<sup>215</sup>

Mit diesem Fazit schließt Rodney gewissermaßen den Kreis und kehrt zu seinen programmatischen Bemerkungen über die Interdependenz von historisch-sozialen Entwicklungen, politischen Ideologien und wissenschaftlicher Theoriebildung zu Beginn seiner Vorlesungsreihe zurück. Im Rahmen seiner Vorlesungsreihe behandelt Rodney somit insgesamt einhundert Jahre Entwicklung in Afrika, nimmt dabei eine Kritik hegemonialer Entwicklungstheorien vor, entwickelt eine Erzählung der kolonialen Umstrukturierung afrikanischer Gesellschaften und präsentiert seine Konzepte zur Analyse der kolonialen afrikanischen Ökonomien, des bisweilen gewaltvollen antikolonialen Befreiungskampfes sowie des neo-kolonialen Status quo. Nicht wenige Studierende am Institut hat er damit zur weiteren wissenschaftlichen Beschäftigung mit neokolonialen Entwicklungen und Theorien und einer Analyse des globalen Kapitalismus unter den für ihn so zentralen neo-kolonial geprägten Bedingungen der »Unterentwicklung« und Abhängigkeit inspirieren können.<sup>216</sup>

#### 4. Auf den Spuren Rodneys

»Aus deinem Tod werden viele Leben kommen, die auf deinem Weg marschieren werden«<sup>217</sup>

»Better Must Come!  
People's Power – No Dictator!  
Forward Ever – Backward Never!«<sup>218</sup>

Zwischen Walter Rodneys Aufenthalt in Hamburg und seiner Ermordung am 13. Juni 1980 in der guyanischen Hauptstadt Georgetown liegen nicht einmal zwei volle Jahre. Während dieser Zeit hat Rodney kontinuierlich Korrespondenz und Austausch mit seinen Hamburger Freund\*innen gehalten, die letzten Kontakte finden nur wenige Wochen vor seinem Tod im Mai 1980 statt. Datiert auf den 2. Mai 1980 hat Rodney in einem Rundbrief an Genoss\*innen auf der ganzen Welt auch seine Hamburger Bekannten über die politischen Ver-

---

215 Vgl. ebd., S. 129f.

216 Vgl. Zeitzeugengespräch Monika Rulfs 2021, eigene Aufzeichnungen.

217 Text auf einem an der Universität Hamburg ausgehängten Transparent, welches anlässlich einer Erinnerungsveranstaltung an die Ermordung Walter Rodneys im Jahr 1980 angefertigt wurde.

218 Slogan auf einem Informationsblatt des Guyana Komitees Hamburg, das 1980 in Erinnerung an Walter Rodney und zur Aufklärung über die politischen Entwicklungen in Guyana und der Karibik gegründet wurde.

hältnisse in Guyana, die aktuelle Arbeit der *Working People's Alliance* und seine persönliche Situation informiert. Aufgrund staatlicher Repressionen, aber auch veränderter Strategien, so berichtet er, konzentrierte die Partei sich momentan auf den Aufbau interner Strukturen und die Bündnisarbeit mit anderen Organisationen. Öffentliche Aktionen stünden gerade eher im Hintergrund. Gleichzeitig gesteht Rodney ein, dass die Bewegung nicht zuletzt aufgrund der zunehmend gewaltsamen Antwort des Staates auf Streiks und Demonstrationen eine Schwächephase erlebe.<sup>219</sup> Die Auseinandersetzungen, so prognostiziert er, näherten sich damit einem entscheidenden Punkt: Noch könnten die staatlichen Apparate die Proteste und Widerstände zurückschlagen, doch zunehmend schwinde die Unterstützung für das Regime auch innerhalb der eigenen Reihen und durch Persönlichkeiten in zentralen sozioökonomischen Machtpositionen. Vor diesem Hintergrund richtet Rodney an seine Freund\*innen das Plädoyer:

»The work of friends and comrades overseas has been crucially important [...] and we ask that you continue to give us your active support during this next period, in which the tendency of the Western press will be to put Guyana on the back burner ›in favour of‹ those countries in which the progress of struggle is more obvious, and therefore more newsworthy.«<sup>220</sup>

Knapp schließt Rodney seinen Brief mit den Worten: »We are all well, though operating under difficult conditions. Warm greetings to you from the comrades of the WPA, and from Pat, myself and the children. Walter«<sup>221</sup>.

Ende Mai 1980, nur wenige Wochen vor seiner Ermordung, hat Rodney dann erneut für einige Tage in Hamburg gewohnt. Für seine Freund\*innen am Institut sind seine Besuche eine große Überraschung und auch Rodney selbst kann die Reise nur kurzfristig und im Geheimen planen.<sup>222</sup> Ausgerechnet Robert Mugabe, erst seit wenigen Wochen neuer Ministerpräsident von Simbabwe, hatte sich als begeisterter Leser von Rodney's Schriften herausgestellt. Über einen Freund der Familie aus der Zeit in Tansania, der nun Außenminister Simbawbes geworden war, hat Mugabe Kontakt zu Walter Rodney aufnehmen lassen und ihn zu einem Aufenthalt in Simbabwe bewegen wollen. Obwohl Rodney sich weiterhin auf die politische

---

219 Vgl. Rodney 1984b, S. 133–134.

220 Ebd., S. 135.

221 Ebd., S. 135.

222 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Albert Parkes 2021, eigene Aufzeichnungen; Zeitzeug\*innengespräch Peter Lock 2021, eigene Aufzeichnungen.

Arbeit in Guyana konzentriert, schien der von Mugabe vorgeschlagene einjährige Aufenthalt in Simbabwe, nicht zuletzt aufgrund des unmittelbar anstehenden Gerichtsverfahrens in Georgetown, Sinn zu ergeben und die Familie entscheidet sich, das Angebot anzunehmen.<sup>223</sup> Ende Mai reist Rodney daher für einige Tage nach Simbabwe und erlebt dort die Staatsfeier zur Unabhängigkeit des Landes am 18. April 1980. Vor allem aber bereitet er seinen anstehenden Aufenthalt vor, den er für das Verfassen eines Bandes zur Geschichte des Landes und den Aufbau eines historischen Instituts nutzen will.<sup>224</sup> Kurz vor der Reise bucht Rodney dann jedoch seine guten Reisebedingungen – Mugabe hat einen Hotelaufenthalt und ein Flugticket für die 1. Klasse spendiert – um: er wählt sowohl eine andere Route nach Simbabwe wie auch für die Rückreise nach Guyana und kommt für zwei jeweils kurzfristige Aufenthalte in die Hansestadt.<sup>225</sup> In Hamburg kann Rodney bei seinen Freund\*innen in der Koopstraße 10 unterkommen. Auch wenn er insgesamt nicht einmal eine Woche in Hamburg weilt, wird in seinen Erzählungen und den Diskussionen sowohl in der Wohngemeinschaft als auch mit ausgewählten Kolleg\*innen am universitären Institut erneut deutlich, wie drängend und aufgeheizt der Konflikt in Guyana sein musste. Noch stärker als zuvor schon beschäftigt Rodney die Frage der Legitimität politischer Gewalt und des bewaffneten Widerstands.<sup>226</sup>

Als dann nur wenige Wochen später die Nachricht von der Ermordung Walter Rodneys Hamburg erreicht, ist auch in der Hansestadt Erschrecken und Anteilnahme spürbar. Nur gut zwei Wochen nach seinem Tod, am 29. Juni 1980, erscheint – erneut im *SPIEGEL* – ein Artikel über die aktuellen politischen Entwicklungen und die Situation oppositioneller Kräfte in Guyana. Rodneys Ermordung wird als symptomatisches Beispiel für die repressive Kultur in Guyana und die kriminellen Machenschaften des Regimes aufgefasst.<sup>227</sup>

Vor allem aber Rodneys Freund\*innen und alte Kolleg\*innen, allen voran der Freund\*innenkreis um die Koopstraße 10, beginnen – inmitten des Entsetzens und der Trauer – eine Zeit der Erinnerung und der politischen Arbeit im Sinne Rodneys. Unmittelbar nach dessen Tod organisieren sie als *Solidaritätskomitee Walter Rodney* in Zusammenarbeit mit Rainer Tetzlaff und Peter Lock eine Trauerfeier.<sup>228</sup> Der Präsident der Universität, Peter Fischer-Appelt, verfasst selbst

223 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Patricia und Asha Rodney 2021, eigene Aufzeichnungen.

224 Vgl. ebd.

225 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Peter Lock 2021, eigene Aufzeichnungen; Zeitzeug\*innengespräch Albert Parkes 2021, eigene Aufzeichnungen.

226 Vgl. ebd.; Zeitzeug\*innengespräch Peter Lock 2021, eigene Aufzeichnungen.

227 DER SPIEGEL 1980.

228 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Monika Rulfs 2021, eigene Aufzeichnungen.

einen Nachruf, in dem er Rodney als einen »der profiliertesten Historiker der Dritten Welt« würdigt. In Hamburg, so Fischer-Appelt, werde Rodney vor allem auch als »hervorragender Lehrer und Kollege« betrauert, seine Vorlesungen über »Geschichte, politische Ideen und über die Emanzipationsbewegungen Afrikas sind zahlreicher Studenten und Kollegen in unvergeßlicher Erinnerung.« Am Schluss seines Nachrufs hebt Fischer-Appelt hervor, dass Rodney stets versucht habe, »[w]ährend seiner gesamten Tätigkeit als Wissenschaftler und Lehrer [...] seine Ideen und Erkenntnisse in politische Praxis umzusetzen. Für die Demokratisierung seines Heimatlandes mußte er schließlich sein Leben lassen, sein Werk wird jedoch weiterleben«<sup>229</sup>.

Dieser Losung folgend wird dann auch die Trauerfeier am 30. Juni 1980 gestaltet, zu der unter studentischer Regie zahlreiche Anteilnehmende im Kokoschka-Hörsaal des Philosophenturms am Campus der Universität zusammenkommen. Im Oktober 1980 wird die Erinnerung außerdem im Rahmen einer Veranstaltung mit internationalen Gästen, Kolleg\*innen und Freund\*innen Rodney's verstetigt. Der guyanische Dichter und Schüler Rodney's Jan Carew, der in Jamaika geborene Panafrikanist Horace Campbell<sup>230</sup> und die deutsche Soziologin Michaela von Freyhold, die ebenfalls in Daressalam gearbeitet hatte, sprechen dort über Rodney's Einfluss auf die wissenschaftliche Debatte um die Abhängigkeit und »Unterentwicklung« Afrikas wie auch über seinen konkreten Einfluss auf das Leben und Wirken seiner zahllosen Bekannten. Auch Studierende treten im Rahmen der Veranstaltungen als Redner\*innen auf, Harald Sellin aus der Afrika-Gruppe beispielsweise und die späteren Hamburger Friedensforscher\*innen Ursula Şemin-Panzer und Ursula Niebling.<sup>231</sup>

Als beeindruckenden Theoretiker, konsequenten Revolutionär, vor allem aber auch »politischen Lehrer«, für den die Verbindung von wissenschaftlicher Arbeit und politischer Praxis den Fluchtpunkt seines Lebens dargestellt hatte, würdigt dann auch Nina Laatsch-Nikitin, eine der ehemaligen Koopstraßen-Freund\*innen von Rodney, sein Wirken. In der zweiten Jahreshälfte 1980 hat Laatsch-Nikitin sich um ein langes Radiofeature über Rodney bemüht. Gemeinsam mit Ursula Şemin-Panzer, die als Autorin an der Produktion beteiligt ist, kann sie einen einstündigen Bericht im Westdeutschen Rundfunk platzieren. In der Sendung, die am 30. Dezember 1980 unter dem

---

229 Fischer-Appelt 1984, S. 5.

230 Horace Campbell ist heute Professor für African American Studies and Political Science an der Syracuse University im US-Bundestaat New York. 1985 erschien *Rasta and Resistance: From Marcus Garvey to Walter Rodney*, seine Studie über die transnationale Rastafari-Bewegung, ihre politische Entwicklung wie auch Walter Rodney's Bedeutung für die Rastafari-Philosophie, Campbell 1985.

231 Vgl. Zeitzeugengespräch Monika Rulfs 2021, eigene Aufzeichnungen.

Titel »Der Tod eines politischen Lehrers« auf WDR 3 gesendet wird, tauchen Laatsch-Nikitin und Şemin-Panzer tief in die politisch-ökonomische Geschichte Guyanas sowie Rodneys Biographie ein und präsentieren ausführliche Mitschnitte der Erinnerungsveranstaltungen in Hamburg wie auch Aufnahmen von Walter Rodney selbst, die im Rahmen seiner letzten Besuche in Hamburg im Mai 1980 entstanden waren.<sup>232</sup>

Die Mitglieder des Solidaritätskomitees nehmen die Ermordung ihres Freundes generell zum Anlass, ihre Aktivitäten noch weiter auszubauen und im Geiste Rodneys zu verstetigen. Bald nach der Trauerfeier gründen sie das *Guyana Komitee*, einerseits um Geld zur Unterstützung von Patricia Rodney zu organisieren, andererseits aber auch, um weiterhin und kontinuierlich Informationen über Guyana zu sammeln und die deutsche Öffentlichkeit mit Broschüren und Veranstaltungen über die Entwicklungen vor Ort zu informieren.<sup>233</sup> In einem der Flyer des Komitees, das bald auch den Untertitel »Informationszentrum für Guyana und die Karibik« trug, charakterisiert die Gruppe ihre Ziele wie folgt:

»Das Guyana-Komitee gründete sich, nachdem am 13.6.1980 der guayanesische [sic!] Oppositionelle, Mitbegründer der Working People's Alliance (WPA) und Afrika-Historiker Dr. WALTER RODNEY durch ein Attentat von Anhängern des diktatorisch regierenden Präsidenten Forbes Burnham ermordet wurde.

Viele von uns kannten Walter Rodney durch seinen Forschungsaufenthalt in der BRD, seine Vorlesungen an der Universität Hamburg und durch gemeinsame politische Aktionen persönlich.

Ausgehend von Walter Rodney's Klassenanalyse der guayanesischen [sic!] Gesellschaft und der karibischen Länder sehen wir ein wesentliches Ziel unserer Arbeit darin, hier in der BRD darüber zu informieren, was den politischen Alltag und damit die Lebensumstände der Bevölkerung in der Karibik bestimmt.«<sup>234</sup>

In der ersten Hälfte der 1980er Jahre publiziert das Komitee mehrere Informationsmaterialien, beispielsweise *Guayana – ein Überblick* und *Gewerkschaften in Guayana*, veranstaltet Workshops, Konferenzen und Demonstrationen zu aktuellen Entwicklungen in Guyana und der Karibik und steht in engem Austausch mit anderen Karibik-Solida-

232 Digitaler Audioarchivspeicher Westdeutscher Rundfunk 1980.

233 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Monika Rulfs 2021, eigene Aufzeichnungen.

234 Wir bedanken uns bei Manfred Ernst, der uns einige Dokumente, u.a. auch den hier zitierten Flyer, des Guyana Komitees zur Verfügung gestellt hat. Manfred Ernst war wie Monika Rulfs, Harald Sellin sowie Uwe Reichel, Jens Siegelberg, Hermann Taubenberger und anderen Teil des Guyana Komitees.

ritätsgruppen in Deutschland und weiteren Staaten.<sup>235</sup> Zum ersten Todestag von Walter Rodney im Juni 1981 organisieren die Aktiven erneut eine Erinnerungsveranstaltung mit internationalen Gästen: Aus Guyana reist Patricia Rodney an, ebenso wie Rodneys ehemaliger WPA-Genosse Rupert Roopnaraine.<sup>236</sup> Neben Studierenden aus dem *Guyana Komitee* spricht der Autor Philip Agee aus den USA, der Dichter Erich Fried liest Gedichte über das Leben und politische Wirken von Rodney, die nach dessen Ermordung entstanden und ins Deutsche übersetzt worden waren.<sup>237</sup> Zu einer Veranstaltung im Jahr 1982 kommt dann die guyanische Aktivistin und WPA-Mitbegründerin Andaiye nach Hamburg.<sup>238</sup>

Programmatisch positionieren sich die Veröffentlichungen und Veranstaltungen des Komitees – neben der Erinnerung an Rodney – immer stärker gegen den US-Imperialismus in der gesamten Karibik, nicht zuletzt da die Aktiven ihren Fokus sukzessive auf weitere Länder in der Karibik und in Mittel- und Südamerika ausgeweitet hatten. 1983 wird eine *Hamburger Grenada Initiative* gegründet, die zahlreiche Recherchen und Aktivitäten zum im selben Jahr durch die Vereinigten Staaten eingenommenen Inselstaat Grenada organisiert und mit der das *Guyana Komitee* eng zusammenarbeitete. Im März 1984 ging aus beiden Gruppen das *Karibik Informationszentrum Hamburg* (KIZH) hervor.<sup>239</sup> Als Verein bezog man Büroräume in der *Werkstatt 3*, dem Bildungs- und Kulturzentrum im Hamburger Stadtteil Ottensen. Die publizistischen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen werden fortgesetzt, beispielsweise mit der Veröffentlichung von *Generalprobe Grenada*, einer Studie über den Konflikt um Grenada, die, von den Vereinsmitgliedern Regina Fuchs und Manfred Ernst gemeinsam mit Philip Agee verfasst worden war und im Hamburger Konkret Literatur Verlag erscheint.<sup>240</sup> Die Aufklärung über Guyana, die Walter Rodney in Hamburg angestoßen hatte, bleibt jedoch bis zur sukzessiven Abnahme der Aktivitäten und der Auflösung des Vereins im Jahr 1985 unverändert als Kern der wissenschaftlichen und politischen Arbeit bestehen.<sup>241</sup>

---

235 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Monika Rulfs 2021, eigene Aufzeichnungen.

236 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Albert Parkes 2021, eigene Aufzeichnungen.

237 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Monika Rulfs 2021, eigene Aufzeichnungen.

238 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Patricia und Asha Rodney 2021, eigene Aufzeichnungen.

239 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Monika Rulfs 2021, eigene Aufzeichnungen. Im KIZH waren u.a. aktiv: Manfred Ernst, Regina Fuchs, Karola Huhn, Susanne Kopte, Thomas Poese, Monika Rulfs, Peter Schmitz, Isabelle von Schönberg und Ulrich Theis.

240 Agee et al. 1984.

241 Vgl. Zeitzeug\*innengespräch Monika Rulfs 2021, eigene Aufzeichnungen.

## 5. Schluss: Hamburg nach Rodney

Walter Rodneys Zeit in Hamburg offenbarte seine besonderen Fähigkeiten in der Organisation und Umsetzung aktivistischer Bestrebungen. An den zahllosen Orten, die er während seines Lebens besucht hatte, tauschte er sich stets mit den Menschen über ihre Erfahrungen in politischen Kämpfen aus. Zugleich reflektierte er seine Position als Wissenschaftler, der aus der Theorie heraus Wirkung im jeweiligen Kontext entfalten wollte. Geprägt von seinen politischen Erfahrungen und den Texten antikononialer Theoretiker\*innen, verbanden sich in seinen Schriften Elemente des Panafricanismus mit marxistischer Theorie.<sup>242</sup> So wollte er nicht nur die Geschichtsschreibung über den afrikanischen Kontinent dekolonisieren und von eurozentrischen Perspektiven Abstand nehmen, sondern zugleich auch eine Brücke zu historisch-materialistischen Ansätzen bauen, um die realen Ausbeutungserfahrungen in der postkolonialen Weltordnung zu erfassen. Im Austausch mit Verbündeten war er darauf bedacht, über die wissenschaftlich etablierte Analyse der Verhältnisse hinauszugehen und für alternative Gesellschaftsentwürfe zu streiten. Eben diese Qualität inspirierte viele Studierende in Hamburg und motivierte sie nicht nur zur wissenschaftlichen Arbeit an den von Rodney eingeführten Themenkomplexen, sondern auch zur politischen Aktivität in selbstorganisierten Gruppen, in denen politische Forderungen und Praktiken der Solidarität entwickelt wurden. Die Planung und Durchführung studentischer Studienreisen nach Guyana, Veranstaltungen zur Erinnerung und politischen Aufklärung als auch eine kontinuierliche Recherche- und Informationsarbeit legen Zeugnis davon ab, welche tiefen Spuren Rodney über seinen Aufenthalt und seinen Tod hinaus in Hamburg hinterließ.

---

242 Vgl. Dodson 1990, S. VI.

## Bibliografie

### Quellen

- Digitale Audioarchivspeicher Westdeutscher Rundfunk, Archivnr. 6302516101.001.001, Audiofile »Der Tod eines politischen Lehrers. Über den Historiker Walter Rodney aus Guayana«, 30.12.1980 (WDR3, 20:15 Uhr – 21:13 Uhr), Sammeltonträger 5302516.
- Zeitzeug\*innengespräch Rainer Tetzlaff, geführt von den Autoren am 03.09.2021 in Hamburg.
- Zeitzeug\*innengespräch Peter Lock, geführt von den Autoren am 28.09.2021 via Onlinekonferenz.
- Zeitzeug\*innengespräch Monika Rulfs, geführt von den Autoren am 28.09.2021 via Onlinekonferenz.
- Zeitzeug\*innengespräch Albert Parkes, geführt von den Autoren am 15.10.2021 via Onlinekonferenz.
- Zeitzeug\*innengespräch Patricia Rodney und Asha Rodney, geführt von den Autoren am 12.11.2021 via Onlinekonferenz.

### Literatur von Walter Rodney

- Rodney, Walter (1966): African Slavery and Other Forms of Social Oppression on the Upper Guinea Coast in the Context of the Atlantic Slave-Trade. In: *The Journal of African History*, 7(3), S. 431- 443.
- Rodney, Walter (1969): *The Groundings with My Brothers*. London: Bogle-L'Ouverture Publications.
- Rodney, Walter (1970): *History of the Upper Guinea Coast 1545–1800*. Oxford: Clarendon Press.
- Rodney, Walter (1972): Tanzanian Ujamaa and Scientific Socialism. In: *African Review*, 1(4) S. 61–76.
- Rodney, Walter (1974): *How Europe Underdeveloped Africa*. Washington, D.C.: Howard University Press.
- Rodney, Walter (1975): *Afrika. Die Geschichte einer Unterentwicklung*. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.
- Rodney, Walter (1976): *World War II and the Tanzanian Economy*. Ithaca: African Studies and Research Center, Cornell University.
- Rodney, Walter (1977): *Immigrants and Racial Attitudes in Guyanese History*. In: *Institute of Commonwealth Studies Seminar Papers*.
- Rodney, Walter (1978a): Internal and External Constraints on the Development of Guyanese Working Class. In: *Georgetown Review*, 1(1).
- Rodney, Walter (1978b): »Kuba vertritt eine gerechte Sache«. Ein Wissenschaftler der Dritten Welt über Castros Afrika-Politik. In: *DER SPIEGEL*, 16.07.1978, S. 120–121.
- Rodney, Walter (1980): *Kofi Baadu out of Africa*. Georgetown: Guyana National Lithographic Company.
- Rodney, Walter (1983a): *Marxism in Africa*. In: *Frank Talk* 3, S. 44–50.
- Rodney, Walter (1983b): *Migrant Labour and the Colonial Economy*. In: Rodney, Walter/Tambila, Kapepwa/Sago, Laurent (Hrsg.): *Migrant Labour in Tanzania during the Colonial Period. Case Studies of Recruitment and Conditions of Labour in the Sisal Industry*. Hamburg: Institut für Afrika-Kunde, S. 4–28.
- Rodney, Walter (1984a): *One Hundred Years of Development in Africa. Lectures given at the University of Hamburg in summer 1978*. Hrsg. von Lock, Peter/Tetzlaff, Rainer. Hamburg: Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg in Verbindung mit der Pressestelle der Universität.
- Rodney, Walter (1984b): *Last Letter Directed to Friends in Hamburg*. In: Rodney, Walter: *One Hundred Years of Development in Africa. Lectures given at the University of Hamburg in summer 1978*. Hrsg. von Lock, Peter/Tetzlaff, Rainer. Hamburg: Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg in Verbindung mit der Pressestelle der Universität.
- Rodney, Walter (1990): Part 1. In: Hill, Robert (Hrsg.): *Walter Rodney Speaks. The Making of an African Intellectual*. Trenton: Africa World Press, S. 1–80.
- Rodney, Walter (2000): *Lakshmi out of India*. Georgetown: Guyana Book Foundation.

- Rodney, Walter (2018): *The Two World Views of the Russian Revolution*. In: Walter Rodney. *The Russian Revolution A View From the Third World*. Hrsg. von Benjamin, Jesse/Kelley, Robin D. G. London: Verso Books, S. 1–24.
- Rodney, Walter (2023): *Wie Europa Afrika unterentwickelte*. Mit Beiträgen von Peluola Adewale, Bafta Sarbo und René Arnsburg, aus dem Englischen von Andreas Brandl. Berlin: Manifest.

## Literatur über Walter Rodney

- Adesoye, Deji (2017): *African Socialism in Nkrumah and Nyerere*. In: *Philosophy Pathways* 216, S. 1–11.
- Agee, Philip/Fuchs, Regina/Ernst, Manfred (1984): *Generalprobe Grenada*. Hamburg: Konkret Literatur Verlag.
- Akinyosoye, Josephine/Tesfai, Johannes (2025): *Sichtbar werden. Auf den Spuren der Kämpfe linker Afrikaner\*innen in Hamburg*. Berlin/Hamburg: Assoziation A.
- Benjamin, Jesse (2020): *A Life of Praxis with Walter Rodney: Interview with Jesse Benjamin*. In: *Review of African Political Economy*, 09.06.2020, URL: <https://roape.net/2020/06/09/a-life-of-praxis-with-walter-rodney-interview-with-jesse-benjamin/> [Zugriff: 13.12.2021].
- Benjamin, Jesse/Kelley, Robin D.G. (2018): *Introduction: An ›African Perspective‹ on the Russian Revolution*. In: Benjamin, Jesse/Kelley, Robin D.G. (Hrsg.): *Walter Rodney. The Russian Revolution. A View from the Third World*. London: Verso Books, S. XIX–LXXIII.
- Boukari-Yabara, Amzat (2018): *Walter Rodney. Un historien engagé (1942–1980)*. Paris: Présence Africaine.
- Campbell, Horace (1980): *Walter Rodney: A Biography and Bibliography*. In: *Review of African Political Economy*, 18, S. 132–137.
- Campbell, Horace (1985): *Rasta and Resistance: From Marcus Garvey to Walter Rodney*. Trenton: Africa World Press.
- The Commission of Inquiry Appointed to Enquire and Report on the Circumstances surrounding the Death in an Explosion of the late Dr. Walter Rodney on Thirteenth Day of June, One Thousand Nine Hundred and Eighty at Georgetown (2016): *Report of The Commission of Inquiry Appointed to Enquire and Report on the Circumstances surrounding the Death in an Explosion of the late Dr. Walter Rodney on Thirteenth Day of June, One Thousand Nine Hundred and Eighty at Georgetown*, February 2016, URL: [https://radar.auctr.edu/islandora/object/col:rodney\\_report](https://radar.auctr.edu/islandora/object/col:rodney_report) [Zugriff: 13.12.2021].
- DER SPIEGEL (1980): *Tödliches Streichholz*. In: *DER SPIEGEL*, 29.06.1980, o. S.
- Dodson, Howard (1990): *Introduction*. In: Dodson, Howard/Hill, Robert (Hrsg.): *Walter Rodney Speaks. The Making of an African Intellectual*. Trenton: Africa World Press, S. V–XII.
- Dupuy, Alex (1996): *Race and Class in the Postcolonial Caribbean: The Views of Walter Rodney*. In: *Latin American Perspectives*, 23(2), S. 107–129.
- Eckert, Andreas (2021): *Schwarze Armut, weißer Profit*. In: *DIE ZEIT*, 26.08.2021, S. 19.
- Fischer-Appelt, Peter (1984): *Traueranzeige*. In: *Rodney, Walter: One Hundred Years of Development in Africa. Lectures given at the University of Hamburg in summer 1978*. Hrsg. von Lock, Peter/Tetzlaff, Rainer. Hamburg: Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg in Verbindung mit der Pressestelle der Universität.
- Freyhold, Michaela von (1983): *Walter Rodney und die afrikanischen Eliten*. In: Bruchhaus, Eva-Maria (Hrsg.): *Afrikanische Eliten zwanzig Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit*. Hamburg: Helmut Buske Verlag, S. 6–27.
- Harisch, Immanuel R. (2020): *Facets of Walter Rodney's Pan-African Intellectual Activism during his Dar es Salaam Years, 1966–1974*. In: *Vienna Journal of African Studies*, 20(38), S. 101–129.
- Hector, Tim (2000): *Walter Rodney Was Most Rare*. In: *The CLR James Journal*, 8(1), S. 68–74.
- Hill, Robert A. (1990): *Walter Rodney: A Brief Biography*. In: Hill, Robert A. (Hrsg.): *Walter Rodney Speaks. The Making of an African Intellectual*. Trenton: Africa World Press, S. I–IV.
- Hill, Robert A. (2015): *Walter Rodney and The Restatement of Pan Africanism in Theory and Practice*. In: *Ufahamu: A Journal of African Studies*, 38(3), S. 135–158.

- Hinds, David (1998): *Authoritarianism and Popular Protest in Post-Colonial Anglophone Caribbean Politics: The Case of Guyana 1966–1992*. Washington, D. C.: Howard University.
- Hinds, David (2008): *Walter Rodney and Political Resistance in Guyana: The 1979–1980 Civil Rebellion*. In: *Wadabagei: A Journal of the Caribbean and Its Diasporas*, 11(1), S. 36–63.
- Jacob, Frank (2022): *Walter Rodney. Black Power and Revolution*. Marburg: Büchner Verlag.
- Kanefendt, Malte/Weiß, David (2025): *New details on Walter Rodney's visit to Hamburg*. In: *Review of African Political Economy*, 05.02.2025, URL: <https://roape.net/2025/02/05/new-details-on-walter-rodneys-visit-to-hamburg/>
- Lazarus, Neil (2002): *The fetish of »the West« in postcolonial theory*. In: Bartolovich, Crystal/Lazarus, Neil (Hrsg.): *Marxism, Modernity and Postcolonial Studies*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 43–64.
- Lazarus, Neil/Varma, Rashmi (2008): *Marxism and Postcolonial Studies*. In: Bidet, Jacques/Kouvelakis, Stathis (Hrsg.): *Critical Companion to Contemporary Marxism*. Leiden/Boston: Brill, S. 309–331.
- Lewis, Linden (1991): *The Groundings of Walter Rodney*. In: *Race & Class*, 33(1), S. 71–82.
- Lewis, Rupert (1994): *Walter Rodney: 1968 Revisited*. In: *New Currents in Caribbean Thought*, 43, 3, S. 7–56.
- Malott, Curry; Bailey, Elgin (2022): *Walter Rodney. A People's Professor*, URL: <https://www.liberationschool.org/walter-rodney-a-peoples-professor/> [Zugriff: 09.09.2022].
- Mattavous-Bly, Viola (1985): *Walter Rodney and Africa*. In: *Journal of Black Studies*, 16(2), S. 115–130.
- Omwale, Dwayne Wong (2016): *The Political and Intellectual Legacy of Walter Rodney. Create Space Independent Publishing*.
- Palmer, Colin (2010): *Cheddi Jagan and the Politics of Power. British Guiana's Struggle for Independence*. Chapel Hill: The University of North Carolina Press.
- Prasha, Vijay (2018): *Foreword: Rodney and the Revolution*. In: Benjamin, Jesse/Kelley, Robin D.G. (Hrsg.): *Walter Rodney. The Russian Revolution. A View from the Third World*. London: Verso Books, S. VII–XIII.
- Rodney, Patricia (2021): *Reframing October 1968: A Case for Reparative Justice*, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=Lt0Q30fKDlo> [Zugriff: 08.07.2022].
- Taylor, Ian (2021): *Remembering Walter Rodney. The Continuing Relevance of Walter Rodney*. In: *Codesria Bulletin*, 1, S. 15–26.
- Young, Kurt B. (2008): *Walter Rodney's Pan-African Nationalism*. In: *Peace Review*, 20(4), S. 487–495.



# Krieg und Gewalt in der Weltgesellschaft

## Geschichte und Theorie der Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF)

Laura Six

### 1. Einleitung

Die *Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung* (AKUF) ist eng mit der Geschichte des Instituts für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg verbunden. Als eine der wenigen dauerhaft etablierten Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland verband sie seit 1979 Lehr- und Forschungstätigkeit auf besondere Weise zu einem statusgruppenübergreifenden Projekt der systematischen Beobachtung des weltweiten Kriegsgeschehens nach 1945. Durch ihre institutionelle Beständigkeit und das langjährige Wirken ihrer Mitglieder auch über die Universität Hamburg hinaus repräsentiert sie sowohl ein Stück Hamburger Institutsgeschichte als auch einen Teil der Fachgeschichte der Politikwissenschaft, insbesondere der Internationalen Beziehungen sowie der Friedens- und Konfliktforschung. Gleichzeitig geben die in ihren Arbeiten verhandelten Gegenstände und Perspektiven Aufschluss über die gesellschaftspolitischen Herausforderungen und Problemstellungen der Zeit.

Mit der auf den Arbeiten des ungarischen Konfliktforschers István Kende aufbauenden Kriegedatenbank leistete die AKUF einen zentralen und kontinuierlichen Beitrag zur empirischen Erfassung des weltweiten Kriegsgeschehens nach 1945. Darüber hinaus entwickelte sie mit dem Hamburger Ansatz einen theoretischen Erklärungsrahmen, der die Form und Transformation kriegerischer Gewalt in modernen Gesellschaften aus einer strukturhistorischen Perspektive erklärt. Mit dieser Vorgehensweise erweitert die AKUF die fachliche Debatte zwischen quantitativer und qualitativer Kriegsursachenforschung um einen historisch informierten Beitrag, der das Phänomen ›Krieg‹ über die Rekonstruktion von Prozess-, Struktur- und Handlungszusammenhängen von moderner Staatlichkeit zu erklären versucht.

Im Zentrum des Hamburger Ansatzes steht der Schlüsselbegriff der Weltgesellschaft, mit dem die globalen Prozesse und Zusammenhänge der bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftung und ihre Ausbreitung in ihrer materiellen, politischen wie ideologischen Aus-

prägung analytisch bestimmt werden. Der Hinweis auf die ›Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen‹ von Tradition und Moderne als allgemeines Strukturmerkmal bildet im AKUF-Ansatz den zentralen Erklärungsrahmen für das Aufkommen und die Dauerhaftigkeit von gesellschaftlichen Konflikten, Gewalt und Krieg. Mit der *Grammatik des Krieges* entwickelte die AKUF zudem einen methodischen Analyserahmen, der nicht nur der Untersuchung von allgemeinen Strukturmerkmalen, sondern ebenso der Untersuchung von konkreten Konfliktkonstellationen und -dynamiken dient.

Der vorliegende Beitrag blickt auf die institutionelle Entstehung der AKUF und deren Forschungsansatz als Teil einer kritischen Kriegsursachenforschung. Die Theorieentwicklung der AKUF wird dabei aus dem Kontext der gesellschafts-, wissenschafts- und fachpolitischen Entwicklungen und Problemstellungen rekonstruiert.

Die einleitende Darstellung der Herausbildung der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik (2.) dient der Rekonstruktion der verschiedenen Entstehungs- und Entwicklungszusammenhänge der Arbeitsgemeinschaft. Hieran anschließend steht die Geschichte und Theorie der AKUF als Lehr-, Arbeits- und Forschungszusammenhang am Hamburger Institut für Politische Wissenschaft im Fokus des Beitrags. Zunächst werden die institutionellen Rahmenbedingungen und der Entwicklungsverlauf von ihren Anfängen als Forschungsseminar an der Professur von Klaus Jürgen Gantzel bis zu ihrer institutionellen Absicherung durch die Einrichtung der *Forschungsstelle Rüstung, Kriege und Entwicklung* (FRKE) nachvollzogen (3.). Darauf aufbauend folgt die Darstellung der empirischen Arbeit an der ›Kriegedatenbank‹ (3.1) sowie die Rekonstruktion des strukturtheoretischen Ansatzes (3.2). Ein weiteres Unterkapitel stellt eine Auswahl jener Arbeiten vor, die den Hamburger Ansatz entlang regionalspezifischer Untersuchungen theoretisch wie methodisch weiterentwickelten (3.3). In einem abschließenden Kapitel wird ein Blick auf die Rezeption der AKUF innerhalb der Fachgemeinschaft geworfen (4.), bevor in einem Fazit die ältere und die jüngere Vergangenheit der Arbeitsgemeinschaft, auch unter der Einbeziehung hochschulpolitischer Entwicklungen, resümiert werden (5.).

## 2. Die Geschichte der Friedensforschung als Teil der Geschichte der Politischen Wissenschaften

Die Entstehung der Friedens- und Konfliktforschung als eigenständiges Forschungsfeld in der Bundesrepublik Deutschland ist eingebettet in die sozial- und zeithistorischen Bedingungen der Nachkriegszeit sowie in die disziplinären Selbstverständigungsprozesse

innerhalb der sich ebenfalls in der Zeit institutionalisierenden Politikwissenschaft. Auch wenn die Themen Krieg und Frieden bereits früher zum Gegenstand (sozial-)wissenschaftlicher Untersuchungen gemacht worden waren, und dieses Vorhaben mit der pazifistischen Bewegung zum Ende des 19. Jahrhunderts einer dezidiert friedenspolitischen Motivation folgte,<sup>1</sup> bildete sich ein »distinktives Disziplinbewusstsein« erst »in Wechselwirkung mit der zunehmenden Institutionalisierung der neuen Wissenschaft«<sup>2</sup> heraus. Der Blick auf die Gegenstände »Krieg« und »Frieden« wurde durch die Erfahrungen von zwei Weltkriegen verändert. Außerdem wurden die nachfolgenden Institutionalisierungsprozesse des Forschungsfeldes in besonderem Maße durch zeitgenössische gesellschaftliche Entwicklungen geprägt.<sup>3</sup> Dabei wirft die Beschreibung als »Disziplin« grundlegende Fragen nach den zu untersuchenden Gegenständen, methodologischen und epistemologischen Selbstverständnissen, Mechanismen der Integration und Ab- und Ausgrenzung sowie der Nähe gegenüber den verschiedenen Geistes- und Sozialwissenschaften, aber auch den benachbarten Erziehungs- sowie Naturwissenschaften auf.

Nicht zuletzt durch ihre zusätzliche Verankerung in den (kritischen) Naturwissenschaften wird die Friedens- und Konfliktforschung, entgegen einem engen Disziplinbegriff, auch als interdisziplinärer, »auf eine zentrale Thematik gerichteter«<sup>4</sup> Forschungszusammenhang verstanden. Parallel dazu wird ihr das Forschungsinteresse zugesprochen, »Ansätze und Methoden aus vielen Disziplinen [zu] bündeln, um wissenschaftlich fundierte Analysen mit dem Ziel der Verhinderung und Verminderung organisierter Gewalt zu liefern«<sup>5</sup>. Insbesondere aufgrund dieses normativen Bestimmungsgrunds wird die Friedens- und Konfliktforschung nicht selten auch als »problemorientierte Forschung« beschrieben – eine Zuschreibung, die jedoch stets auch umkämpft ist. Die Erzählung einer Fachgeschichte hängt somit stark davon ab, welche Charakteristika, Selbst- und Sollensbestimmung in den Vordergrund gerückt werden.<sup>6</sup>

Die Beschäftigung mit zentralen Themen wie Krieg, Gewalt und Frieden rückten das Forschungsfeld zudem unweigerlich in die Nähe von Forschungskontexten, die sich mit Macht, Herrschaft und

---

1 Dokumentiert wurde dies unter anderem ab dem Jahr 1899 durch die Gründung der Zeitschrift *Die Friedens-Warte*.

2 Schädel 2019, S. 50.

3 Vgl. Meyers 1994, S. 267.

4 Müller 2012, S. 159.

5 Brzoska 2012, S. 127. Bereits Anfang der 1980er Jahre beschreiben Glasoff und Lock die Friedensforschung als »[problemorientierten] und damit [fächerübergreifenden] Gesprächsrahmen für die Entwicklung von Überlebensstrategien im Zeitalter der Massenvernichtung«, Glasoff/Lock 1982, S. 2.

6 Vgl. Böschen 2022.

sozialer Ordnung befassen. Neben der thematischen Nähe zu den Sozialwissenschaften entwickelte sich die Forschungsrichtung jedoch nicht zuletzt auch »als kritische Reaktion«<sup>7</sup> auf die Theorieentwicklung innerhalb des politikwissenschaftlichen Teilbereichs der Internationalen Beziehungen (IB), der spätestens seit den 1950er Jahren stark von Perspektiven der Theorieschule des Realismus dominiert wurde.

Das folgende Kapitel zeichnet diesen doppelten Kontext nach: Zunächst werden die institutionellen Gründungsprozesse und die sozial- und forschungspolitischen Rahmenbedingungen der Etablierung der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik skizziert (2.1). Darauf aufbauend werden die innerfachlichen Selbstverständigungsprozesse in den Blick genommen (2.2).

## 2.1 Zur Institutionalisierung der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik

Eine eigenständige Fachrichtung der Friedens- und Konfliktforschung bildete sich in der Bundesrepublik erst in den 1950er und 1960er Jahren heraus. Ihre Etablierung erfolgte vor dem Hintergrund weltpolitischer Entwicklungen wie der atomaren Bedrohungslage, des Rüstungswettlaufs und der Bipolarität des Ost-West-Konflikts sowie der kollektiven Kriegserfahrung und des Wissens um die Auswirkungen von Atomwaffen. Zugleich trugen innenpolitische Debatten um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, sicherheitspolitische Ambitionen einer konservativen Regierung und oppositionelle politische Bewegungen – etwa die ›Ohne mich‹-Kampagne gegen die Wiederbewaffnung in den 1950er Jahren oder die ›Kampf dem Atomtod‹-Initiative – dazu bei, friedenspolitische Themen sowohl zum Gegenstand öffentlicher Diskussion als auch wissenschaftlicher Reflexion zu machen.<sup>8</sup>

Neben den friedenspolitischen Anstößen ›außerhalb‹ der Wissenschaft gab es jedoch auch Entwicklungsimpulse ›innerhalb‹ der – vor allem naturwissenschaftlichen – Forschung, welche die moralisch-ethische Reflexion über die gesellschaftlichen Konsequenzen der eigenen Forschung und die Verantwortung von Wissenschaft einforderten. Als zentrale Figur galt in diesem Zusammenhang unter anderem der Kernphysiker Carl-Friedrich von Weizsäcker, der 1957 auf einen Lehrstuhl für Philosophie an der Universität Hamburg berufen wurde und ab 1970 das *Max-Planck-Institut zur Erforschung*

---

7 Wasmuht 1998, S. 19; vgl. Bonacker 2011, S. 49; Meyers 1994, S. 269.

8 Wasmuht 1998, S. 49; vgl. Bogerts et al. 2016.

der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt<sup>9</sup> leitete. Der von ihm und 17 weiteren Naturwissenschaftler\*innen 1957 unterzeichnete sogenannte *Göttinger Appell* für einen ausschließlich zivilen Einsatz von Atomenergie, erlangte nicht nur überregionale Aufmerksamkeit, sondern gilt auch innerhalb der Fachgeschichte als ein zentraler Bezugspunkt für die eigene Geschichtsschreibung.<sup>10</sup>

Ab dem Ende der 1960er Jahre setzte in Reaktion auf weltpolitische Ereignisse wie den Vietnamkrieg und die beginnende ›Entspannungspolitik‹ sowie auf innenpolitische Entwicklungen wie die Entstehung außerparlamentarischer sozialer Bewegungen, die Ratifizierung der Notstandsgesetze und den Regierungswechsel zur sozialliberalen Koalition ein politischer Wandel ein.<sup>11</sup> Die Friedens- und Konfliktforschung reflektierte diese veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse. Zugleich eröffneten sich »mit den reformerischen Eingriffen des sozialliberalen Aufbruchs in die verkrustete Universitätslandschaft«<sup>12</sup> neue Möglichkeiten zur Verstetigung und Institutionalisierung der eigenen Forschung innerhalb und außerhalb der Universitätslandschaft. Nicht zuletzt die Antrittsrede von Bundespräsident Gustav W. Heinemann im Jahr 1969 galt vielen als »Auftakt zu einer friedenswissenschaftlichen Gründungseuphorie«<sup>13</sup>. Die veränderten politischen Machtverhältnisse sowie der Ausbau und die Reformen der Universitäten im Zuge der Bildungsexpansion versprachen einen bedeutsamen Institutionalisierungsschub für die Friedens- und Konfliktforschung. Während sich zentrale Vertreter\*innen des Fachs bereits ab 1968 im Sinne einer *scientific community* in der damals gegründeten *Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung* (AFK)<sup>14</sup> versammelten, entstand mit der Gründung der *Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung*

---

9 Das Max-Planck-Institut ging aus der 1964 gegründeten Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) um den Kreis der Unterzeichnenden des Appells hervor. Auf Wunsch von Weizsäcker teilte sich dieser die Institutsleitung mit dem Philosophen und Sozialwissenschaftler Jürgen Habermas. Mit der Emeritierung von Weizäckers im Jahr 1980 wurde das Institut geschlossen. Die Forschungsstelle der VDW in Hamburg existiert bis heute in Form des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF) und beschäftigt sich heute vor allem mit der Weiterentwicklung von Verfahren zur Verifikation der Rüstungskontrollabkommen, den Risiken von Biowaffen sowie der Entwicklung von Anpassungsstrategien an den Klimawandel.

10 Vgl. Schlotter/Wisotzki 2011, S. 13; Schädel 2019, S. 50; Wasmuht 1998, S. 64ff.; Koppe 2006, S. 32.

11 Vgl. Wasmuht 1998, S. 117.

12 Glashoff/Lock 1982, S. 2.

13 Schädel 2019, S. 51.

14 Die Gründung der AFK kann insofern als Etablierung einer *scientific community* gelten, als dass sie »Normen und Standards setzt; die eine Lobby nach außen schafft, wodurch die Öffentlichkeit angesprochen werden kann und Gelder organisiert werden könnten«, Wasmuht 1998, S. 51.

(DGFK) 1970 ein staatlicher Träger<sup>15</sup>, der sich den Zielen der Förderung der Friedens- und Konfliktforschung sowie der ›Verbreitung des Friedensgedankens‹ verpflichtete.

Nachdem das Projekt von Beginn an partei- wie wissenschafts-politischen Interessen unterlag und der Kritik ausgesetzt war,<sup>16</sup> musste das Institut seine Arbeit im Laufe der 1980er Jahre wieder einstellen, da ihm im Nachgang des Regierungswechsels unter der Regierung Kohl zum Beginn des Jahres 1984 die Fördermittel entzogen worden waren.<sup>17</sup> Nach der Institutsauflösung wurden die verbleibenden Finanzierungsmittel von damals etwa fünf Millionen D-Mark der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* (DFG) als Sondermittel zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung zur Verfügung gestellt. Zudem war es der föderalen Struktur zu verdanken, dass »sozialdemokratische Länderregierungen (wie Hessen und Hamburg) Friedensforschungsinstitute als institutionellen Kern der Friedensforschung weiterfinanzierten«<sup>18</sup>. Der Versuch einer Institutionalisation der Friedens- und Konfliktforschung abseits der »etablierten Förderungsorganisationen« galt damit als »an der Parteienkonkurrenz«<sup>19</sup> und »innenpolitischen Machtverhältnissen«<sup>20</sup> gescheitert. Gesamtgesellschaftlich lässt sich dieses Scheitern jedoch auch als Ausdruck einer sich bereits seit Ende der 1970er Jahre abzeichnenden veränderten außen- und sicherheitspolitischen Stimmungslage und gesellschaftlichen Polarisierung verstehen: Angesichts des Endes der ›Entspannungspolitik‹ und einer erneuten Zuspitzung im Ost-West-Konflikt, des NATO-Doppelbeschlusses und der Entscheidung zur Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in der BRD sowie der sich in Auseinandersetzung damit herausbildenden Friedensbewegung der 1980er Jahre war die Friedens- und Konfliktforschung in verstärktem Maße gesellschaftlich umkämpft.<sup>21</sup>

Zeitgleich zum Gründungsprozess der DGFK wurden mit der *Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung* (HSFK) und dem *Institut für Friedens- und Sicherheitspolitik in Hamburg* (IFSH) im Jahr 1971 zwei Forschungsinstitute eingerichtet, deren Forschung sich

---

15 Bei der DGFK handelte es sich nicht um ein Forschungsinstitut, sondern mehr um eine »Wissenschaftsorganisation« im Sinne einer Förderorganisation, vgl. ebd., S. 231.

16 Vgl. Meyers 1994, S. 267; ausführlich dazu vgl. Wasmuht 1998, S. 216–228.

17 Bereits 1979 trat Bayern unter der CSU-Regierung von Franz Josef Strauß aus dem DGFK aus. Schrittweise folgten die anderen christdemokratisch geführten Bundesländer mit Ausnahme von Westberlin, sowie die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), vgl. Nieth 2016, S. 12.

18 Schlotter/Wisotzki 2011, S. 14.

19 Ebd.

20 Schädel 2019, S. 51.

21 Vgl. Nieth 2016, S. 12 u. Wasmuht 1998, S. 329.

nicht aus Bundes-, sondern Landesmitteln bzw. der Einwerbung von Drittmitteln finanzierte. Ihre Gründung wird in den Kontext »der Expansion des Wissenschafts- und Bildungswesens unter der sozial-liberalen Koalition und der Diskurshegemonie ›kritischer‹ Wissenschaft neo-marxistischer und links-liberaler Provenienz insbesondere in der Politikwissenschaft und Soziologie«<sup>22</sup> eingeordnet. Die 1971 vom Physiker und Bosch-Erben Prof. Georg Zundel gegründete *Berghof Stiftung für Konfliktforschung* wurde »mit dem Stiftungsratsvorsitzenden Dieter Senghaas zur wichtigsten privaten Förder-einrichtung für die Friedensforschung und die Friedenspädagogik«<sup>23</sup> in der Bundesrepublik. Als private Organisation stand sie, wie auch die inneruniversitären Forschungsbereiche, außerhalb der Parteienkonkurrenz und war zumindest in dieser Hinsicht unabhängiger in ihrer Tätigkeit der Forschungsförderung. Der Aufbau zahlreicher Forschungs- und Förderungseinrichtungen innerhalb und außerhalb der Hochschullandschaft ermöglichte den Auf- und Ausbau von Wissensbeständen und die Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs. Er sicherte außerdem den fachlichen Austausch unabhängig von politisch bedingten Konjunkturen ab. Unter diesen Bedingungen begann sich die Forschungsrichtung inhaltlich und personell weiter auszudifferenzieren, was sich nicht zuletzt in den fachlichen Debatten widerspiegelte.

## 2.2 Fachspezifische Debatten: Vom interdisziplinären Selbstverständnis zur »Kriegsbuchhaltung«

Diese zeitgeschichtlichen Entwicklungen bildeten nicht nur den Kontext für das sich etablierende Forschungsfeld, sondern lieferten auch die jeweiligen Gegenstände und Problemstellungen der wissenschaftlichen Untersuchungen. Neben der Reflexion gesellschaftspolitischer Ereignisse und den damit verbundenen außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen waren die fachlichen Debatten auch von Auseinandersetzungen um das disziplinäre Selbstverständnis geprägt. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der theoretischen Klärung zentraler Begrifflichkeiten wie Krieg, Gewalt, Konflikt und Frieden sowie auf damit verbundenen Fragen des geeigneten analytischen Zugriffs und der normativen Orientierung. Darüber hinaus wurde intensiv über den Praxis- und Anwendungsbezug der Forschung sowie über ihre Nähe zu politischen und öffentlichen Problemformulierungen und -diskursen diskutiert.<sup>24</sup>

---

22 Schlotter/Wisotzki 2011, S. 13.

23 Böschen 2016, S. 194; vgl. Nieth 2016, S. 13f.

24 Vgl. Bode/Nielebock 2022; Böschen 2016.

Beeinflusst waren diese Debatten nicht nur von den genannten politischen Ereignissen, sondern auch von allgemeineren sozialwissenschaftlichen Theoriediskussionen. Dabei ist die Friedens- und Konfliktforschung einerseits eng mit den IB als Teilbereich der Politikwissenschaft verwoben, andererseits bildete sie sich als eigenständiger Forschungsbereich auch als »als kritische Reaktion«<sup>25</sup> auf die Theorieentwicklung innerhalb dieses Teilbereichs und der Dominanz realistischer Ansätze heraus.<sup>26</sup> Die »klassischen« IB wurden nicht nur dafür kritisiert, dass sie die zeitgenössischen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen nicht angemessen verstehen und erklären konnten, sondern auch für ihren Mangel an normativer Orientierung.<sup>27</sup> Teile der Friedens- und Konfliktforschung positionierten sich kritisch gegenüber konflikttheoretischen Ansätzen eines internationalen Gleichgewichtsdenkens und der damit verbundenen Annahme, Rüstungswettläufe wirkten sich deeskalierend auf Konfliktodynamiken aus.<sup>28</sup> Demgegenüber wiesen sie darauf hin, »dass Rüstungswettläufe die Kriegswahrscheinlichkeit erhöhen und dass militärische Interventionen in innerstaatliche Kriege diese tendenziell verlängern«<sup>29</sup>. Zudem wurde sich vermehrt mit den ideologischen Aspekten der Kriegsführung, etwa den sozialpsychologischen Mechanismen von Feindbildkonstruktionen,<sup>30</sup> beschäftigt und eine Kritik an rein militärisch-technischen Perspektiven auf Kriege entwickelt.<sup>31</sup>

Parallel zum Institutionalisierungsprozess begann sich der Forschungsbereich von anderen Teilbereichen der Politikwissenschaft abzugrenzen und inhaltlich wie methodisch weiter auszudifferenzieren. In Auseinandersetzung mit realistischen Perspektiven einerseits und in Kritik an den sogenannten *Strategic Studies* sowie an einer noch stark auf außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Fragestellungen orientierte Friedens- und Konfliktforschung der 1950er Jahre andererseits entwickelte sich die *Kritische Friedensforschung*<sup>32</sup> als Gegenentwurf zu einer »traditionellen« Staats- und Sicherheitsforschung. Deren Vertreter, wie Dieter Senghaas und Ekkehart Krippendorf, begriffen die »herkömmliche« Friedens- und Konfliktforschung als ein »Produkt des Kalten Krieges«<sup>33</sup>. Sie problematisierten deren enge thematische Fokussierung auf Fragen der Rüstungssicherung und -kontrolle sowie Konfliktkontrolle, des Konfliktmanage-

---

25 Wasmuht 1998, S. 19.

26 Vgl. Meyers 1994, S. 269f.; Bonacker 2011, S. 50; Schlichte 2011, S. 84.

27 Vgl. Wasmuht 1998, S. 113.

28 Vgl. Senghaas 1969.

29 Schlichte 2011, S. 84.

30 Vgl. Nicklas/Gantzel 1975; Steinweg 1975.

31 Vgl. Schlichte 2011.

32 Programmatisch dafür Senghaas 1971.

33 Ebd., S. 8.

ments und der Konfliktschlichtung als affirmativer Haltung gegenüber bestehenden internationalen wie innerstaatlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Ohne gesellschaftstheoretische Einbettung und mit einer Engführung auf mikroanalytische Fragestellungen konzentrierte sich diese Forschung darauf, »Abschreckung unfallsicherer zu machen«<sup>34</sup>, statt Rationalitäten vom Mächtegleichgewicht und Abschreckungslogiken in Form eines Wettrüstens als solche infrage zu stellen und ihnen gegenüber eine kritische Haltung einzunehmen.<sup>35</sup>

Im Gegensatz zu diesen »traditionellen« Ansätzen formulierten Forscher wie Senghaas, Krippendorff und Galtung die Idee einer Friedensforschung, die sich mit den »Ursachen und Bedingungen von Gewaltanwendung« befasst und deren Forschungsinteresse »auf die Verminderung organisierter Gewaltpotentiale sowie kollektiver und individueller Gewaltanwendung gerichtet«<sup>36</sup> ist. Der Anspruch an eine normativ ausgerichtete und anwendungsbezogene Forschung verband sich also mit der Forderung nach einer systematischen Auseinandersetzung mit den jeweils zugrundeliegenden Kriegs- und Konfliktursachen. Wesentlich für die Theoriediskussion war die Ausdifferenzierung des Gewaltbegriffs in die begriffliche Unterscheidung zwischen »personaler« (direkter) und »struktureller« (indirekter) Gewalt.<sup>37</sup> Mit dem Begriff der »strukturellen Gewalt« sollten auch jene systematischen Gewaltverhältnisse in den Blick genommen werden, die sich in »ungleichen Machtverhältnissen und folglich ungleichen Lebenschancen«<sup>38</sup> widerspiegeln. Neben der Erweiterung des Gewaltbegriffs wurde auch der Friedensbegriff erweitert, der zwischen »negativem Frieden« als Abwesenheit von personaler Gewalt und dem »positiven Frieden« als Abwesenheit von struktureller Gewalt unterscheidet. Eine solche Perspektive ermöglichte neben der Untersuchung von im engeren Sinne konflikttheoretischen Fragen auch entwicklungstheoretische Zusammenhänge in den Blick zu nehmen.<sup>39</sup> Unter Rückgriff auf Ansätze der Imperialismus- und Dependenztheorie wurden so unter dem Gewaltbegriff auch die internationalen und globalen Zusammenhänge der Durchsetzung der bürgerlich-kapitalistischen Produktionsweise und die in ihr eingebetteten Abhängigkeitsbeziehungen zwischen »entwickelten« und »sich entwickelnden« Staaten untersucht. Während

---

34 Schlotter/Wisotzki 2011, S. 19.

35 Vgl. Gantzel 1982.

36 Aus der Erklärung zur Friedensforschung, verabschiedet auf einer wissenschaftlichen Tagung »Zum Stand kritischer Friedensforschung« im Jahr 1971 in Berlin-Wannsee, abgedruckt in Senghaas 1971, S. 416ff.

37 Vgl. Galtung 1971.

38 Ebd., S. 63.

39 Vgl. Senghaas 1973.

einige die Erweiterung des Begriffs um die Dimension der Gesellschafts- und Herrschaftskritik begrüßten, stieß sie zugleich auf den Vorwurf einer »Entgrenzung des Gewaltbegriffs«<sup>40</sup>. Dabei wurde der Zusammenhang zwischen dem Konzept der strukturellen Gewalt und der Rechtfertigung von Gegengewalt unter anderem vor dem Hintergrund anticolonialer Befreiungsbewegungen diskutiert.<sup>41</sup> Im bundesrepublikanischen Kontext wurde das Konzept von konservativer Seite als »geistige Ursache des Terrorismus« und »Bedingungsfeld für die Entstehung des sozialrevolutionär motivierten Terrorismus der 1970er Jahre«<sup>42</sup> bezeichnet. In einem anderen Zusammenhang gewann in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren der Slogan »Frieden schaffen mit Waffen« und die Frage nach der Vereinbarkeit von Gewaltfreiheit mit dem Einsatz militärischer Mittel in der Friedens- und Konfliktforschung erneut an Bedeutung. Diskutiert wurde insbesondere die Beteiligung der Bundeswehr an UN-Missionen. Anlass dafür war die Debatte um die sogenannten *out-of-area*-Einsätze, die unter den Stichworten von »Blauhelm-Einsätzen« und »humanitären Interventionen« geführt wurde.<sup>43</sup>

Neben inhaltlichen und normativen Fragen waren die fachlichen Diskussionen auch von Auseinandersetzungen um die richtigen methodologischen und begrifflichen Analyseinstrumente geprägt. Die Frage nach theoretisch gesättigten Begriffen von Frieden, Konflikt oder Krieg, die auch für die empirische Forschung geeignet sind, tauchte auch aus forschungspraktischen Überlegungen heraus auf. In diesem Zusammenhang differenzierte sich vor allem im Bereich der Kriegsursachenforschung ein eigenständiger Teilbereich heraus. Dabei stellte sich sowohl für quantitative Ansätze, die die empirische Konfliktforschung zu Beginn dominierten, als auch für qualitativ orientierte Forschung die Frage nach einer geeigneten Operationalisierbarkeit zentraler Begriffe.<sup>44</sup> In den frühen Projekten wurde dabei zumeist auf einen negativen Friedensbegriff zurückgegriffen und die Schwelle von Frieden zum Konflikt und Krieg anhand der statistischen Erfassung und numerischen Darstellung von Toten oder Verletzten, der Truppenstärke oder anderen materiellen Faktoren wie Rüstungsausgaben festgelegt.<sup>45</sup> Als Pionierprojekt gilt in diesem Zusammenhang das *Correlates of War* (COW) Projekt unter Leitung von David Singer an der *University of Michigan*. Dieser definierte Krieg als bewaffnete Auseinandersetzung zwischen organisierten

---

40 Kielmansegg 1979a, S. 21, zitiert nach Wasmuht 1998, S. 283.

41 Vgl. Schlotter/Wisotzki 2011, S. 26

42 Wasmuht 1998, S. 283; vgl. auch Koppe 2006, S. 46.

43 Vgl. Wasmuht 1998, S. 378.

44 Vgl. Mender/Schwegler-Rohmeis 1989, S. 8 u. 15; Gantzel 1972, S. 85.

45 Vgl. Schädel 2019, S. 57.

Akteuren, von denen mindestens einer ein Staat oder eine Zentralregierung ist und bei der innerhalb eines Jahres insgesamt mindestens 1.000 kampfbedingte Todesopfer zu verzeichnen sind. Auf Basis dieser Definition erfolgte eine Kategorisierung von Kriegstypen in zwischenstaatliche Kriege, extra-staatliche Kriege und innerstaatliche Kriege. Diese wurde durch standardisierte Variablen zu Dauer, den beteiligten Akteuren, Opferzahlen und materiellen Kapazitäten ergänzt. Damit wurde im Rahmen des Projekts erstmals eine umfangreiche Datengrundlage für die empirische Untersuchung und den systematischen Vergleich von Kriegen und ihren Ursachen ab dem Jahr 1816 angelegt, die auch innerhalb der Bundesrepublik als Grundlage für weitere Forschungsarbeiten diente.<sup>46</sup> Hier waren es unter anderem die Arbeiten der *Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung* (AKUF) unter Klaus Jürgen Gantzel sowie das Konfliktsimulationsmodell des *Heidelberger Instituts für Konfliktforschung* (KOSIMO), die die Idee einer systematischen, datenbasierten Kriegserfassung aufnahmen und die engen quantitativen Kriterien vom COW-Projekt um qualitative Aspekte erweiterten. Das Erkenntnisinteresse dieser Projekte lag auch darin, nicht nur Kriegsursachen über die Identifikation von einzelnen Faktoren und Variablen zu bestimmen, sondern auch den Übergang vom Konflikt- zum Kriegsgeschehen sowie Eskalationsdynamiken im Sinne einer Prozesslogik nachzuvollziehen.

Dabei sahen sich die Forscher\*innen mit dem Problem konfrontiert, dass unterschiedliche Datensätze zu teils äußerst verschiedenen Ergebnissen in der Interpretation des internationalen Konfliktgeschehens führten. Diese Varianz wurde nicht zuletzt auf die Verankerung der jeweiligen Untersuchungen in unterschiedlichen Konflikttheorien zurückgeführt.<sup>47</sup> Vor diesem Hintergrund lassen sich die verschiedenen Forschungsansätze nicht nur nach ihrer methodischen Ausrichtung, sondern auch im Hinblick auf ihre theoretische Fundierung und die Wahl der Analyseebene unterscheiden.

Während das COW-Projekt sich im Paradigma der »Realpolitik«<sup>48</sup> bewegte und den Fokus damit vor allem auf zwischenstaatliche Gewalt legte, erweiterten andere Ansätze den Blick. Liberale Ansätze wiesen etwa darauf hin, dass neben dem Machtstreben um internationale Hegemonie auch Interaktionsmuster von Verflechtung und Distanz zwischen Staaten friedens- und konfliktfördernd wirken können. Insbesondere qualitative Arbeiten richteten den Blick darüber hinaus auf die Untersuchung von »Kriegsursachen

---

46 Vgl. Gantzel 1987.

47 Vgl. Eberwein/Chojnacki 2001, S. 28.

48 Ebd.

und Friedensbedingungen in Staat und Gesellschaft«<sup>49</sup>. Sie widmeten sich den gesellschaftlichen Bedingungen, die kriegerische Gewalt begünstigen, darunter politische Systeme und innenpolitische Macht- und Herrschaftsbeziehungen sowie ökonomische Verhältnisse. In diesem Zusammenhang wurden auch die Möglichkeit von Krieg und Frieden innerhalb einer kapitalistisch organisierten Produktionsweise sowie unterschiedliche ›Entwicklungsniveaus‹ von Gesellschaften problematisiert. Ergänzt wurden diese Perspektiven durch soziologische und sozialpsychologische Erklärungsansätze, die auf der Ebene des Individuums ansetzten. Dabei spielten Ansätze zur Erklärung von gewalttätigem Handeln innerhalb sozialer Macht- und Gruppenprozesse und zur Konstruktion von Vorurteilen und Feindbildern sowie Verhaltens-, Sozialisations- und Aggressionstheorien eine Rolle.<sup>50</sup> Obschon sich die Ansätze in ihrer Methodik und ihrem Begriffsverständnis voneinander unterschieden, versuchten sie über das »Ansammeln von Daten über massenhafte Gewaltphänomene«<sup>51</sup> hinauszugehen und einen Beitrag zur Theoriebildung zu leisten, um den Schritt von einer reinen »Kriegsvorkommensforschung«<sup>52</sup> zu einer Kriegsursachenforschung zu vollziehen:

»Eine gute ›Kriegsbuchhaltung‹ [...] ist zwar notwendige Voraussetzung für ein Fortkommen bei der Analyse von Kriegsursachen, aber hinreichende Erkenntnisse sind durch Datenaggregation allein nicht zu erreichen.«<sup>53</sup>

In diesem institutionellen und fachlichen Kontext kristallisierte sich mit der AKUF ein Forschungszusammenhang heraus, der den Anspruch erhob, empirische Datensammlung und gesellschaftstheoretische Reflexion systematisch miteinander zu verbinden.

### 3. Die Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg

Die skizzierten Entwicklungen bilden den Hintergrund für die Entstehung der AKUF, deren Gründung eng verbunden ist mit dem Wirken von Prof. Klaus Jürgen Gantzel. Dieser wurde im Anschluss an seine wissenschaftliche Tätigkeit am HSFK im Jahr 1975 auf den Lehrstuhl für Internationale Beziehungen am *Institut für Politische Wissenschaft* (IPW) nach Hamburg berufen und war dort Direktor des *Instituts für Auswärtige Angelegenheiten* (InstIA). Letzteres war

---

49 Mendler/Schwengler-Rohmeis 1989, S. 92ff.

50 Vgl. ebd., S. 92ff.

51 Ebd., S. 7.

52 Ebd.

53 Ebd.

im Jahr 1973 aus dem Zusammenschluss vom *Institut für Auswärtige Politik* und der *Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht*, welche in der Tradition des im Jahre 1940 gegründeten *Instituts für Kolonialrecht an der Hansischen Universität* stand, hervorgegangen. Die Gründung des InstIA selbst war von Beginn an von »sehr widersprüchlichen Interessen«<sup>54</sup> geprägt. Denn während in institutioneller Hinsicht gewissermaßen an die kolonialrechtswissenschaftliche Vergangenheit der Hamburger Universität angeknüpft wurde, verband sich mit der Neugründung des Instituts nicht zuletzt auch der Anspruch, die Tradition des in den 1920er Jahren gegründeten Hamburger »Friedensinstituts«, dem *Institut für Auswärtige Politik*, fortzuführen.<sup>55</sup>

Zudem war die Institutsgründung eingebettet in die geschichtswissenschaftliche Debatte zur Kriegsursachenforschung nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Zentrum der sogenannten Fischer-Kontroverse stand die Neubewertung der deutschen Kriegsschuld im Ersten Weltkrieg. Während von Seiten einer eher konservativ ausgerichteten Geschichtswissenschaft die Präventivkriegsthese vertreten wurde, verwiesen Fritz Fischer und ihm nahestehende Vertreter einer jüngeren Generation auf die Rolle expansionistischer Kriegsziele sowie innenpolitischer Krisen- und Konflikt dynamiken, die die Aggressionsbereitschaft des Kaiserreichs maßgeblich beförderten. Auch Gantzel schloss sich dieser Position an und sah in der Debatte nicht zuletzt wichtige Anknüpfungspunkte und Problemstellungen für eine sozialwissenschaftlich ausgerichtete Kriegsursachenforschung.<sup>56</sup>

Auch an anderer Stelle schien die »ideologisch-epistemische Unverträglichkeit von (traditionell eher konservativen) Juristen aus der Generation der um 1930 geborenen Juristen einerseits, [und] der dezidiert neo-marxistischen Orientierung »kritischer« Politikwissenschaft, wie sie in Hamburg dominant geworden war, auf der anderen Seite«<sup>57</sup> den interdisziplinären Austausch über die Sache zu erschweren. Zudem wurden die Angelegenheiten des Instituts und damit auch seine programmatische Ausrichtung seit einer Ände-

---

54 Gantzel 1983, S. 5.

55 Bereits 1951 hatte Siegfried Landshut, der erste Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaft in Hamburg, eine fünfseitige Denkschrift vorgelegt, in der er für die Wiederinbetriebnahme des Instituts für Auswärtige Politik, welches bis zu seiner Übernahme durch die Nationalsozialisten von Albrecht Mendelssohn Bartholdy geleitet wurde, warb. Dieses Vorhaben stieß zwar innerhalb der Universität auf Begeisterung, wurde von Seiten der Hochschulabteilung innerhalb der Behörde jedoch verworfen, vgl. Nicolaysen 1997, S. 399. Zum Institut für Auswärtige Politik und Mendelssohn Bartholdy siehe auch den Beitrag von Lennart Riebe in diesem Band.

56 Vgl. Gantzel et al. 1972, S. 36ff.; vgl. auch Jarausch 1974.

57 Oeter 2019, S. 573.

nung des Hamburgischen Hochschulgesetzes von 1978 nicht mehr durch einen eigenen Institutsrat bestimmt, sondern in die Hände des Fachbereichsrats Rechtswissenschaft I gelegt. Diese institutionelle Nähe zum juristischen Teil der Universität spiegelte sich auch in der personellen Struktur wider. Denn, obwohl die beiden Disziplinen der Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft auf Leitungsebene gleichermaßen ihre Berücksichtigung fanden, bildete sich dieses Gleichgewicht nicht auf Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen ab.<sup>58</sup> Auch wenn »der Gedanke, für Außenpolitik und Friedensforschung mehrere Fächer zu verbinden«, in Hamburg wie im Rest der Bundesrepublik »an sich einleuchtend« erschien, erwies sich seine Realisierung jedoch hier wie da als »prekär«<sup>59</sup>.

Entgegen der inhaltlichen und personellen Schwierigkeiten, mit denen sich Gantzel am *Institut für Auswärtige Angelegenheiten* konfrontiert sah, sprach er dem Institut selbst in seiner grundsätzlichen Form eine große Bedeutung zu. Deutlich wird dies in seinem Hinweis angesichts der inhaltlichen Differenzen am Institut, dass »die besondere Position des InstIA bedroht«<sup>60</sup> sei. Dies ist auch im Kontext der wissenschaftspolitischen Auseinandersetzungen über die Institutionalisierung der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik zu verstehen. Denn andere Institute in der Bundesrepublik, die sich der Friedens- und Konfliktforschung verschrieben, betrachtete er »entweder [als] im Untersuchungsgegenstand begrenzt oder – mehrheitlich – [als] außerhalb von Hochschulen angesiedelt«<sup>61</sup>. Insbesondere Letzteres machte diese Institute entweder, wie sich im Falle der DGFK gezeigt hatte, abhängig von (partei-)politischen Interessen und Kontinuitäten oder, wie im Falle des IFSH, von der Einwerbung von Drittmitteln. Ob vor allem die Unzufriedenheit am InstIA oder eher sein breites Netzwerk an wissenschaftlichen Kontakten und forschungspraktische Gründe Gantzel dazu anregten, in Zusammenarbeit mit anderen (universitären) Instituten und auch innerhalb des Hamburger *Instituts für Politische Wissenschaft* weitere Projekte zu initiieren, lässt sich nicht mit Gewissheit sagen. Starkes akademisches wie öffentliches Interesse entwickelte sich vor allem für ein Projekt, das zunächst durch die Zusammenarbeit mit dem ungarischen Konfliktforscher István Kende und Kai Fabig angestoßen worden war und später in Zusammenarbeit mit Volker Matthias und Jörg Meyer-Stamer vom *Institut für Allgemeine Überseeforschung*

---

58 Vgl. ebd.

59 Münch 1982, S. 337.

60 Gantzel 1983, S. 14.

61 Ebd.

am *Deutschen Übersee-Institut* (DÜI)<sup>62</sup> im Zusammenhang der AKUF weitergeführt wurde.

Die AKUF entstand im Jahr 1978 aus dem Kreis einer am Institut angebotenen Lehrveranstaltung, in dessen Rahmen sich Gantzel mit Promovierenden und Studierenden verschiedener Disziplinen mit Fragen der vergleichenden Kriegsursachenforschung, insbesondere des weltweiten Kriegsgeschehen nach 1945, beschäftigte.<sup>63</sup> Was zunächst als Forschungsseminar begann, entwickelte sich über die Jahre zu einem eigenständigen Arbeits- und Forschungszusammenhang aus überwiegend über Projekt- und Drittmittel<sup>64</sup> finanzierten wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen sowie Studierenden höherer Semester. Mit der Gründung der *Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung* (FKRE) im Jahr 1986 bekam die AKUF ein »institutionelles Dach«<sup>65</sup>. Während sich die AKUF weiterhin schwerpunktmäßig dem weltweiten Kriegsgeschehen in der Zeit seit 1945 und der Erstellung einer Kriegedatenbank widmete, lag der Fokus der im Rahmen der FKRE durchgeführten Forschungsarbeiten auf den Bereichen der Militarisierungsdynamiken, der Außenpolitik und kritischer Rüstungsforschung.<sup>66</sup>

Die Tätigkeit der AKUF lässt sich in mehrere Phasen gliedern: Während in der Anfangsphase der AKUF bis in die Mitte der 1980er Jahre vor allem die empirische Aufarbeitung vergangener Konflikte und der Aufbau der Kriegedatenbank im Zentrum stand, verlagerte sich der Forschungsschwerpunkt zu Beginn der 1990er Jahre auf die kontinuierliche Beobachtung und Dokumentation des aktuellen Kriegsgeschehens. Mit Entwicklung des Hamburger Ansatzes war eine erste Phase der Theoriearbeit zu Beginn der 1990er Jahre ebenfalls abgeschlossen. In den Folgejahren differenzierte sich der theoretische Zusammenhang weiter aus, insbesondere durch die Bildung von Arbeitsgruppen, die zunächst aufgeteilt entlang Regio-

---

62 Das Deutsche Übersee-Institut wurde im Jahr 2004 nach einer Evaluierung der Leibniz-Gesellschaft umstrukturiert und bildet das heutige Global Institute for Global and Area Studies (GIGA). Für einen Überblick vgl. Kanefendt 2019.

63 Vgl. Gantzel/Schwinghammer 1995, S. 16; Schreiber 2009.

64 Eine Übersicht der Drittmittelprojekte der AKUF findet sich auf der Website der AKUF: <https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sowi/ueber-den-fachbereich/fachgebiete/akuf/projekte/drittmittelprojekte.html> [letzter Zugriff: 04.01.2026].

65 Ergin 2005, S. 17.

66 Vgl. Brzoska 1994 sowie die Publikationsliste der FKRE-Arbeitspapiere auf der Website der AKUF. Während Michael Brzoska und Peter Lock den Fokus auf den Zusammenhang von Entwicklungszusammenarbeit und rüstungspolitische sowie teilweise rüstungstechnische Entwicklungen legten, thematisierte Ulrike Borchardt in ihren Publikationen vermehrt die Konsequenzen von kriegerischer Gewalt in Form von Flucht und Vertreibung, insbesondere in der Mittelmeerregion, sowie der Zusammenhang einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur und Flucht, Migration und Menschenrechten, vgl. Borchardt 1991; Borchardt 1996; Borchardt 2007.

nen, später entlang thematischer Fragen organisiert wurden.<sup>67</sup> An diesem Höhepunkt ihrer Schaffensphase zählte die AKUF rund 40 Mitglieder.<sup>68</sup>

Geprägt war die Arbeit der AKUF zudem durch das Konzept des ›Forschenden Lernens‹<sup>69</sup>, für das Gantzel im Jahr 1992 von der Universität den *Fischer-Appelt-Preis für hervorragende Leistung in der akademischen Lehre* verliehen bekam. Dieses zeichnete sich in erster Linie dadurch aus, dass die Studierenden über mehrere Semester hinweg in den gesamten Forschungsprozess eingebunden waren und eigenständig Projektideen zu aktuellen Themen der Konfliktforschung verfolgen konnten. Dies beinhaltete auch die Möglichkeit der Veröffentlichung von gemeinsamen oder eigenen Forschungsergebnissen.<sup>70</sup>

Ihre Ergebnisse machte die AKUF der Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsformate zugänglich: Neben der Veröffentlichung der Kriegedatenbank in Buchform<sup>71</sup> wurde sie später auch auf der Website der AKUF<sup>72</sup> veröffentlicht und langjährig, zuletzt vor allem von Wolfgang Schreiber und Patricia Konrad, weitergeführt. Zudem dokumentierte seit 1993 das Jahrbuch *Das Kriegsgeschehen* die weltweiten Kriege und die globalen Konfliktentwicklungen.<sup>73</sup> Längere und vertiefende Analysen zu einzelnen Konflikten sowie allgemeine Tendenzen und Entwicklungen betreffend wurden in Form einer Arbeitspapierreihe der FKRE publiziert.<sup>74</sup> Die ›neuere‹ Publikationsreihe *AKUF Analysen* versorgte interessierte Leser\*innen zudem mit einer Kurzübersicht zu der Entwicklung der Kriege und bewaffneter Konflikte des jeweiligen Jahres sowie mit Berichten und Kurzanalysen ausgewählter Konflikte.

---

67 Vgl. Schreiber 2009, S. 114f.

68 Vgl. Gantzel/Schwinghammer 1995, S. 16.

69 Vgl. ausführlich dazu Schreiber 2009.

70 Aus dieser engen Verbindung von Forschung und Lehre entwickelte sich zugleich eine Perspektive, die über den ursprünglichen Arbeitszusammenhang der AKUF hinauswies. Die Erfahrungen des forschenden Lernens und der kontinuierlichen Einbindung Studierender in friedens- und konflikttheoretische Fragestellungen bildeten eine wichtige Voraussetzung für die spätere Ausformulierung eines eigenständigen Hamburger Modells der Friedensbildung, vgl. Borchardt et al. 2014.

71 Vgl. Gantzel/Meyer-Stamer 1986; Gantzel/Schwinghammer 1995.

72 Während die Kriegedatenbank zunächst aus einem sehr umfangreichen Archiv von Zeitungsausschnitten bestand, konnte sie im Zuge der Digitalisierung zur systematischen Datenbank ausgebaut werden, vgl. ebd., S. 19. Finanziert wurde diese mehrere Jahre umfassende Arbeit vor allem durch die DFG, die Berghof-Stiftung für Konfliktforschung sowie überbrückungsweise auch durch den SPIEGEL-Herausgeber und Ehrensenator der Universität Hamburg, Rudolf Augstein. Für eine sehr ausführliche Rezension der Website vgl. Dittmer 2005.

73 Zuletzt AKUF 2009.

74 Eine Übersicht über sämtliche Publikationen der AKUF, wie die Arbeitspapiere und die AKUF Analysen, ist auf der Website der AKUF aufbereitet und zum Teil online verfügbar: <https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sowi/ueber-den-fachbereich/fachgebiete/akuf/publikationen.html> [letzter Zugriff: 04.01.2026].

Mit ihrer umfangreichen Datenbank leistete die AKUF nicht nur einen wertvollen Beitrag zur empirischen Dokumentation des weltweiten Kriegsgeschehens in der Zeit nach 1945 und zum Curriculum der Sozialwissenschaften an der Uni Hamburg, sondern bereicherte ebenso die methodologische Diskussion um einen systematischen und qualitativen Beitrag. Darüber hinaus wurde mit dem *Hamburger Ansatz zur Kriegsursachenforschung* ein theoretischer Rahmen entwickelt, der die empirischen Entwicklungen strukturgebend erklärt.

### 3.1 Kriegedatenbank und Kriegsgeschehen

Aus seiner Tätigkeit als Forschungsgruppenleiter am HSFK in Frankfurt am Main und Mitglied der AFK sowie dem *International Peace Research Association* (IPRA) brachte Gantzel ein »internationales Netzwerk mit anderen Kriegsursachenforscherinnen mit, das jenseits methodischer Dogmen und politischer Grenzen funktionierte«<sup>75</sup>. Akademisch sozialisiert in den 1960er Jahren gehörte Gantzel mit Personen wie Dieter Senghaas und Ekkehart Krippendorf zu dem »Teil der in der deutschen Politikwissenschaft starken Fraktion von Antimilitaristen und Friedensbewegten, die in den 1960er Jahren politisiert und als liberale Linke zu Professoren wurden«<sup>76</sup>.

Besonders eng war die Zusammenarbeit mit dem ungarischen Konfliktforscher István Kende, der im Sommersemester 1982 die Carl-von-Ossietzky-Gastprofessur in Hamburg übernahm. Sein Besuch in Hamburg fiel in die Zeit der Entspannungspolitik, in der der Wissenschaftsaustausch mit den Staaten des Warschauer Pakts wieder aufgenommen wurde.<sup>77</sup> In seiner Antrittsvorlesung betonte Kende, »daß die Tatsache, daß ich hier und jetzt eine Antrittsvorlesung halte, selbst ein Beweis der Möglichkeit der Koexistenz der verschiedenen Gesellschaftsordnungen ist«<sup>78</sup>. Internationale Bekanntheit erlangte Kende durch sein »vielzitiertes Register der Kriege seit 1945«, auf dessen Grundlagen er Überlegungen zu den »[wesentlichen] Typen, Trends und Tendenzen der Kriegsanfälligkeit im Staatensystem seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs«<sup>79</sup> anstellte.

Kriege begreift Kende als »die gewaltsamste Erscheinung der Politik und die politischste Erscheinung der Gewalt«<sup>80</sup>. In Abgrenzung zu bestehenden Arbeiten im Bereich der vergleichenden

---

75 Schlichte 2021, S. 71.

76 Ebd., S. 70.

77 Vgl. Schlotter/Wisotzki 2011, S. 20.

78 Kende 1982a, S. 5.

79 Gantzel/Meyer-Stamer 1986, S. I.

80 Kende 1982a, S. 6.

Kriegsursachenforschung wie dem COW-Projekt verzichtet Kende in der Operationalisierung des Begriffes auf rein quantitative Definitionskriterien wie eine Mindestzahl an Opfern oder beteiligten Streitkräften und definiert Kriege als »bewaffnete Massenkongflikte«, die folgende Bedingungen erfüllen müssen:

- mindestens zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte, bei denen es sich bei mindestens einer um reguläre Streitkräfte einer Regierung handelt;
- die Tätigkeit beider Seiten zeigt ein Mindestmaß an zentralisierter Organisation, wenn auch nicht mehr als die organisierte bewaffnete Verteidigung oder strategisch-taktisch planmäßige Überfälle (z.B. Guerillaoperationen, Partisanenkrieg usw.);
- die Tätigkeit beider Seiten erfolgt nicht spontan und gelegentlich, sondern mit einer gewissen Kontinuität und systematischen Strategie, unabhängig von ihren zeitlichen und territorialen Gegebenheiten.<sup>81</sup>

Auf Basis dieser Definition widmet sich Kende der Frage nach der räumlichen Verteilung, nach Zeitlichkeiten, Erscheinungsformen und Ursachen des weltweiten Kriegsgeschehens im Zeitraum von 1945 und 1976, für den er insgesamt 120 Kriege verzeichnet. Neben der Dokumentation der Ergebnisse in Form eines chronologischen Verzeichnisses der Kriege seit 1945, macht er zwei analytische Beobachtungen:

Erstens weist er auf den Zusammenhang von globalem Kriegsgeschehen, den zahlreichen Unabhängigkeits- und Dekolonisationsbewegungen und den damit verbundenen Staatsgründungen hin. Mit Blick auf die zeitliche und räumliche Verteilung der Kriege auf verschiedene Weltregionen gelangt er zu der Feststellung,

»daß die Kriegsschauplätze nach 1945 sich im allgemeinen in die ›Entwicklungs‹-Regionen verschoben« und »sich [...] vom asiatischen Raum, insbesondere Südostasien, in den Nahen Osten und dann nach Afrika [ausbreiteten]. Sie [die zeitliche und räumliche Verteilung der Kriege, LS] folgt derselben Tendenz, die sich auch aus der zeitlichen und geographischen Entwicklung der Staatswerdung ablesen lässt.«<sup>82</sup>

Darin erkennt er einen Zusammenhang zwischen dem Kriegsgeschehen und den Unabhängigkeits- und Dekolonisierungsbewegungen sowie den damit verbundenen Staatsgründungsprozessen.

Zweitens zieht er aus einem vergleichenden Blick auf die Unterscheidung von ›Anti-Regierungskriegen‹, ›Stammeskriegen‹ und ›Grenzkriegen‹ die Erkenntnis, dass sich das Kriegsgeschehen von

---

<sup>81</sup> Kende 1982b, S. 5f.

<sup>82</sup> Ebd., S. 23f.

zwischenstaatlichen hin zu innerstaatlichen Kriegen verschoben hat. Während die Zahl von ›Grenzkriegen‹ und Territorialkriegen in der Zeit von 1850 bis 1941 zurückgehe, sei der »Haupttyp der Kriege in unserer Zeit [...] der Krieg um die Macht *im* Staat«<sup>83</sup>. Auch wenn die Kriege zunehmend innerstaatlich ausgetragen würden, verlören sie ihren internationalen Charakter nicht: zum einen weil ausländische Kräfte unmittelbar militärisch an ihnen beteiligt seien, wie etwa die ehemaligen Kolonialmächte Frankreich in Subsahara-Afrika sowie Großbritannien im Nahen Osten, und zum anderen, weil ausländische Kräfte indirekt Unterstützung leisteten, etwa durch finanzielle und militärische Ressourcen oder Beratungstätigkeiten.

In Zusammenarbeit von István Kende, Klaus Jürgen Gantzel und Kai Fabig wurde das ›Kriegsregister‹ während Kendes Zeit in Hamburg weiterentwickelt und auf den Stand vom Mai 1982 aktualisiert.<sup>84</sup> Nachdem diese Arbeit sowohl in der akademischen wie in der allgemeinen Öffentlichkeit Resonanz erfuhr<sup>85</sup> und zudem inhaltliche Gründe dafür sprachen, wurde die Arbeit an dem ›Kriegsregister‹ im Rahmen der AKUF weitergeführt und ausgeweitet. Da Kendes qualitativ angelegte Kriegsdefinition eine tiefergreifende Diskussion einzelner Konflikte erforderte, wurde im Rahmen einer zweiwöchentlich stattfindenden Lehrveranstaltung jeweils ein anderer Konflikt als ›Zweifelsfall‹<sup>86</sup> einer ausführlichen Untersuchung unterzogen. Vor diesem Hintergrund wurde der Ansatz von Kende um die folgenden Aspekte weiterentwickelt: Erstens wurde die Kategorie der Anti-Regime-Kriege weiter ausdifferenziert. Zweitens wurde der Kriegstyp der ›Dekolonisationskriege‹ als eigenständig aufgeführt, da sie – abgesehen von den früheren kolonialen Emanzipationsbewegungen Nord- und Lateinamerikas – ein »Spezifikum der historischen Epoche seit 1945, besonders der 50er und 60er Jahre darstellten«<sup>87</sup>. Drittens wurde eine Differenzierung zwischen Krieg und Konflikt eingeführt und eine Erweiterung des Kriegsregisters um die systematische Darstellung der Konfliktgegenstände bzw. -ziele vorgenommen. Dabei wurde unterschieden zwischen:

1. Systemkonflikten als Auseinandersetzungen um das »gesamtgesehliche System, die Gesellschaftsordnung eines Landes oder zumindest eines so wesentlichen Teils von ihr (politisch-administratives System, Sozial- und Wirtschaftssystem, ideologisches und kulturelles System)«;

---

83 Ebd., S. 88; Hervorhebungen LS.

84 Vgl. Kende et al. 1982.

85 Vgl. Gantzel/Meyer-Stamer 1986, S. I, Anmerkung 4.

86 Vgl. ebd., S. I.

87 Ebd., S. 17.

2. Machtkonflikten, im Sinne eines Austauschs bestimmter Macht- und Herrschaftspositionen innerhalb einer bestehenden Gesellschaftsordnung;
3. Territorialkonflikten;
4. Fremdherrschaft in Form von a) Kolonialherrschaft oder b) Einfluss oder Hegemonie im Sinne einer »indirekten Herrschaft« über einen Staat, eine Gesellschaft und ein Territorium.<sup>88</sup>

Mit dieser Erweiterung umfasste das Kriegsregister insgesamt Angaben zu Konfliktparteien, zur Konfliktdauer, der regionalen Zuordnung kriegsbeteiligter Länder, dem Kriegstyp, der Konfliktgegenstände und -ziele, zum Konfliktende sowie zum Kriegsergebnis im Sinne einer Einschätzung der gesellschaftlichen Folgen.

Neben der Erstellung des Kriegsregisters machte sich die AKUF ebenso die vergleichende Diskussion der dort aufgeführten Fälle zur Aufgabe. Sie diente nicht nur der Einordnung von bislang unklaren Fällen in die Systematik der Datenbank, sondern bildete ebenso die Grundlage für die theoretische Erklärung der Ergebnisse. Denn ohne »sehr eingehende qualitative Studien und Reflexionen« führe eine solche »Kriegsbuchhaltung« Gantzel zufolge zu »wenig fruchtbaren Hypothesen, wenig validen Variablen und voreiligen Operationalisierungen«<sup>89</sup>. Die vergleichende Betrachtung von analytischen Fallstudien setze zugleich die Entwicklung eines theoretischen Bezugsrahmens für jenen Vergleich voraus.<sup>90</sup> Die Arbeit an diesem war der Inhalt eines Forschungsvorhabens, dessen Grundzüge Gantzel in einem Aufsatz in einer Sonderausgabe des *Journal of Peace Research* skizzierte.<sup>91</sup> Darin identifiziert Gantzel zwei notwendige methodische Schritte für die vergleichende Falldiskussion. Ein erster Schritt liege in der Analyse des Eskalationsprozesses, innerhalb dessen sich der Übergang vom Konflikt zum Krieg vollzieht.<sup>92</sup> Beginnend beim zeitlichen Moment des Kriegsausbruchs würde so der Prozess zurückverfolgt bis an den Punkt, an dem der Konflikt zum ersten Mal auftrat. Das Erkenntnisinteresse in diesem Schritt liege darin, die Eskalation zum Krieg eben nicht im Sinne des Übertretens einer wie auch immer definierten quantifizierbaren Schwelle, etwa von einer Anzahl an kriegsbedingten Opfern oder Rüstungsausgaben zu begreifen, sondern seine Eskalationslogik schrittweise und qualitativ nachzuvollziehen. In einem zweiten Schritt ginge es dann um die

---

88 Vgl. ebd., S. 20ff.

89 Gantzel 1988, S. 73.

90 Vgl. Gantzel 1981 u. Gantzel/Siegelberg 1990, S. 227.

91 Vgl. Gantzel 1981.

92 Vgl. ebd., S. 46.

Analyse der strukturellen Ursachen des Konflikts und dessen langfristigen sozialhistorischen Hintergrund. Dieser Schritt reflektiere die Einsicht, dass Kriege »weniger in den Köpfen einzelner Individuen entstehen als in der Ordnung und Unordnung von Gesellschaften«<sup>93</sup>. Als Kriegsursachen ließen sich demnach viel eher Gewohnheiten, Vorurteile, soziale Ordnungen oder Formen von Macht und Herrschaft ausmachen als die persönliche Motivation und Kriegslust einzelner Machthaber.

Mit dieser Vorgehensweise hob Gantzel die strukturelle Dimension sozialen Handelns gegenüber ausschließlich individualistischen Erklärungsmuster hervor. Seine Kritik richtete sich zugleich gegen zeitgenössische Ansätze der Kriegsursachenforschung, die sich nach seiner Einschätzung in der isolierten Betrachtung von einzelnen Analyseebenen – wie Internationales System, Staat bzw. Gesellschaft oder Individuum – oder Einflussfaktoren – politisch, ökonomisch, sozial, psychologisch – erschöpfen. Demgegenüber formulierten er und die AKUF mit der sogenannten *Grammatik des Krieges* ein methodisches wie theoretisches Programm, das die verschiedenen Ebenen und »Ansatzhöhen« zu integrieren versucht:

»Um die sozialen Mechanismen kollektiven Gewalthandelns erfassen zu können, muß der gesellschaftstheoretische Erklärungsrahmen also zugleich akteursbezogen und prozeßorientiert sein, und er muß struktur- und handlungstheoretische Forschungsstränge aufnehmen und miteinander verbinden.«<sup>94</sup>

Die Notwendigkeit einer akteurszentrierten Perspektive folge aus dem Umstand, dass die Analyse »die Frage nach den Ursachen, die Menschen dazu bringen, ihre Konflikte kriegerisch auszutragen«<sup>95</sup> zum Gegenstand hat. Während es also einerseits um die kausal- und handlungstheoretische Erklärung von gewaltsamem menschlichem Handeln ginge, griffen andererseits ausschließlich auf das Individuum gerichtete Erklärungen zu kurz, da das Individuum »nicht weniger eine Abstraktion wie das internationale System«<sup>96</sup> ist. Individuen seien als »gesellschaftliche Individuen«, also als Subjekte zu begreifen, deren Handeln durch »spezifische Formen der Vergesellschaftung«<sup>97</sup> bedingt sei. Vor diesem Hintergrund ergebe sich die Ebene der Gesellschaft als zentraler Ausgangspunkt für die Analyse. Ein solches Vorgehen setze jedoch voraus, »Gesellschaft inhaltlich zu bestim-

---

93 Ebd., S. 46f., Übersetzung LS.

94 Jung et al. 2003, S. 17f.

95 Gantzel/Siegelberg 1990, S. 225.

96 Ebd.

97 Ebd.

men, also den wechselseitigen Erzeugungsprozeß gesellschaftlicher und individueller Produktion freizulegen, somit von der jeweils historisch spezifischen Form der Vergesellschaftung der kriegsbeteiligten Akteure auszugehen«<sup>98</sup>.

Als methodisches Schlüsselkonzept für die vergleichende Diskussion wie für die Prozessanalyse entwickelte Jens Siegelberg<sup>99</sup> mit der *Grammatik des Krieges* ein »heuristisches Raster zum Verständnis der Eskalationsdynamik gewaltgeladener sozialer Konflikte«<sup>100</sup>. Die *Grammatik* beschreibt eine Abfolge von vier aufeinander aufbauenden Eskalationsschritten: den Widerspruch, die Krise, den Konflikt und den Krieg. Während es auf der Ebene des Widerspruchs um die Rekonstruktion der den Handlungen zugrundeliegenden »objektiven« gesellschaftlichen wie strukturellen Widersprüche ginge, werde auf der Ebene der Krise danach gefragt, wie die Akteure diese gesellschaftlichen Widersprüche und -problemlagen subjektiv wahrnehmen und bewerten.<sup>101</sup> Damit würden auf diesen ersten beiden Ebenen die jeweils »objektiven wie die subjektiven Bestimmungsgründe des Akteurshandelns erfaßt«<sup>102</sup>. Erst auf der Ebene des Konflikts werde die Handlungsebene in den Blick genommen, nämlich dort, wo »sich die latenten Konfliktpotentiale in manifestes Verhalten umsetzen und sich die Konfliktbereitschaft der Akteure nicht länger in friedlichen Formen äußert«<sup>103</sup>. Dies beinhalte das konkrete Konfliktverhalten genauso wie »die Schaffung der materiellen, organisatorischen und mentalen Voraussetzungen der Kriegsführung«<sup>104</sup>. Auf der vierten Ebene des Krieges trete dann das in den Vordergrund, was in seiner eskalativsten Form als physische und militärische Gewaltanwendung zwischen Konfliktparteien verstanden werden kann.

Mit dieser *Grammatik* bietet die AKUF einen methodischen Ansatz zur Bewältigung der »Komplexität des Ursächlichen«<sup>105</sup> und zur Analyse des weltweiten Kriegsgeschehen nach 1945. Außerdem stellt sie einen systematischen theoretischen Rahmen zur Erklärung kriegsgerichteter Gewalt bereit. Sie bildet somit den Kern des sogenannten *Hamburger Ansatzes der Kriegsursachenforschung*, der im Arbeitszusammenhang der AKUF ausformuliert wurde.

---

98 Gantzel/Siegelberg 1990, S. 226.

99 Vgl. Siegelberg 1990

100 Jung et al. 2003, S. 23; vgl. Siegelberg 1994, S. 179–193; Jung 1995, S. 208–252; Schlichte 1996, S. 55–59, 201–205.

101 Vgl. Jung et al. 2003, S. 24.

102 Ebd.

103 Ebd., S. 25.

104 Ebd.

105 Ebd., S. 22.

### 3.2 Kriege in der Weltgesellschaft – eine strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt

Der Hamburger Ansatz möchte mit dem strukturhistorischen Rahmen für die Erklärung kriegerischer Gewalt auch einen Ausweg aus der bislang als unzureichend angesehenen Theoretisierung von Kriegsursachen anbieten. Ein systematisch-theoretischer Erklärungsrahmen müsse die »historisch-strukturelle Dimension gesellschaftlicher Tatbestände«<sup>106</sup> berücksichtigen und damit ein historisch informiertes Verständnis von Krieg entwickeln. In Abgrenzung zu universalgeschichtlichen Begründungen, die Krieg und kriegerische Gewalt als »anthropologische Konstante«<sup>107</sup> ausweisen, wird betont, dass (kriegerische) Gewalt und Herrschaft generell im Zuge des Übergangs zur Moderne einem Formwandel unterliegen. Eine gesellschaftstheoretische Bestimmung von Krieg zielt deshalb darauf ab, das Phänomen kriegerischer Gewalt aus den spezifischen Entwicklungsdynamiken moderner bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften heraus zu begreifen. Das Erkenntnisinteresse richtet sich dementsprechend darauf, die »gesellschaftliche Formbestimmtheit von Krieg« offenzulegen und damit einen theoretisch-analytischen Rahmen zu entwickeln, der es ermöglicht, Kriegsursachen in »unterschiedlich konstituierten Gesellschaften«<sup>108</sup> zu bestimmen. Vor diesem Hintergrund entwarfen Gantzel und die Forschenden in der AKUF einen strukturgeschichtlichen Ansatz der Kriegsursachenforschung, der von »historisch-dialektisch gewachsenen, dynamischen Herrschaft- und Gewaltverhältnissen« ausgeht und Konflikte in einen »weltgesellschaftlichen Zusammenhang«<sup>109</sup> einordnet. Eine solche Perspektive könne den Blick der Kriegsursachenforschung »wieder auf herrschaftskritische Grundsatzfragen [lenken], statt [sich] in der unendlichen Mannigfaltigkeit der Wirklichkeit«<sup>110</sup> zu verlieren.

Der Verweis auf die Notwendigkeit einer Einordnung von Krieg in eine historisch-soziologische Perspektive der Weltgesellschaft ergebe sich nicht zuletzt in Kritik an einem systemtheoretischen Verständnis von internationaler Politik als Internationalem System.<sup>111</sup> Mit dem Begriff der Weltgesellschaft hingegen soll auf die zwischen- sowie innerstaatlichen Macht, Herrschafts- und Gewaltbeziehungen verwiesen werden, die sich im Entwicklungs- und Durchsetzungsprozess der globalen bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftung

---

106 Gantzel 1975, S. 9.

107 Jung et al. 2003, S. 17.

108 Gantzel/Siegelberg 1990, S. 220.

109 Gantzel 1975, S. 9.

110 Gantzel 1988, S. 72.

111 Vgl. Gantzel 1975, S. 9.

herausgebildet haben. Er erweist sich insofern als Schlüsselbegriff, weil sich mit ihm sowohl »die globale Totalität des Sozialen« wie auch der »historische Prozeß globaler Vergesellschaftung«<sup>112</sup> erfassen lässt. Auf theoretischer Ebene ist der AKUF-Ansatz gleichermaßen an der gesellschaftstheoretischen Frage nach der Beschaffenheit von Gesellschaften, ihren Dynamiken und zugrundeliegenden Triebkräften, sprich ihrer Formbestimmtheit, sowie den konkreten historischen Bedingungen, denen sie unterliegen, interessiert. Um die »Totalität der gesellschaftlichen Reproduktion«<sup>113</sup> theoretisch-analytisch zu entschlüsseln, bedient sich der Hamburger Ansatz Norbert Elias' Unterscheidung in drei »gesellschaftliche Elementarfunktionen«: 1) der materiellen und physischen Reproduktion, 2) der »Gewaltkontrolle bzw. Lösung des Herrschaftsproblems«<sup>114</sup> sowie 3) der Herstellung einer symbolischen Ordnung. In ihrer Wechselwirkung bilden diese drei Elementarfunktionen die »gesellschaftliche Totalität«, auch bezeichnet als »Gesamtzusammenhang gesellschaftlicher Reproduktion«<sup>115</sup>. Die Figur der Elementarfunktionen dient dazu, die historische Bestimmtheit des gesamtgesellschaftlichen (Re-)Produktionszusammenhangs offenzulegen und den Formwandel sozialer Phänomene erklärbar zu machen.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Rekonstruktion des Formwandels im Zuge der bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftung. Auf der *ökonomischen* Ebene zeige sich dieser Übergang unter anderem in der Kommodifizierung von Boden, Arbeit und Gütern sowie in der Überführung von Gemeinschaftseigentum in Privateigentum. Die vorrangig am Eigenbedarf orientierte Subsistenzwirtschaft wird dem Zweck der Mehrwertproduktion unterworfen, und reziproke Austauschbeziehungen würden durch Warentausch und Konkurrenzverhältnisse abgelöst.<sup>116</sup> Auf der *politischen* Ebene gestalte sich der Übergang als Ablösung von direkten und personalen Herrschafts- und Abhängigkeitsbeziehungen sozial stark segmentierter Gesellschaften durch versachlichte und verrechtlichte politische Herrschaft in der Form moderner Staatlichkeit. Im modernen Staat begründe sich Herrschaft aus der Legitimität des Gewaltmonopols über ein definiertes Territorium und dessen Gesellschaft. Auf der Ebene der *symbolischen* Ordnung vollziehe sich ein Übergang von religiös-mythologischen Weltbildern hin zu neuen Formen kollektiver Wahrnehmungs-, Denk- und Deutungs-

---

112 Jung et al. 2003, S. 19.

113 Jung 2001, S. 452, Übersetzung LS.

114 Gantzel 1997, S. 263.

115 Jung et al. 2003, S. 32.

116 Vgl. ebd., S. 34.

mustern, die sich vorrangig durch »formale Rationalität, Rechenhaftigkeit und abstraktes Denken«<sup>117</sup> auszeichneten.

Dieser Modernisierungsprozess der »Monetarisierung, Bürokratisierung und formalen Rationalisierung«<sup>118</sup> sozialer Verhältnisse betreffe nicht nur die innere Verfasstheit von Gesellschaften, sondern auch ihre Beziehungen zueinander. Damit bilde sich der Zusammenhang einer »globalen gesellschaftlichen Totalität«<sup>119</sup> heraus, verstanden als »Zusammenschluss [von] vormals nur lose verbundenen Geschichten, Konstellationen und Kontexten zu *einem* globalen sozialen Raum«<sup>120</sup>. Die entstehende Weltgesellschaft drückt sich in einem kapitalistischen Weltmarkt, dem internationalen Staatensystem, dem internationalen Recht sowie einer globalen *scientific community* aus, während spezifische gesellschaftliche und kulturelle Veränderungen der Lebensweise die mikrosoziologischen Auswirkungen des sozialen Wandels darstellten.<sup>121</sup> Mit dem Begriff der Weltgesellschaft wird betont, dass mit der bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftung das Internationale System als globaler Herrschaftszusammenhang konstituiert wird, und damit (ungleiche) Macht- und Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Staaten produziert werden. Hierarchisch sei die Weltgesellschaft im doppelten Sinne: Zum einen aufgrund einer ungleichen Verteilung ökonomischer, technischer, militärischer sowie politischer (Macht-)Ressourcen zwischen den Staaten und zum anderen aufgrund einer »internationalisierten Verlängerung der je nationalen Klassenstrukturen«<sup>122</sup>.

Obwohl sich dieser Prozess der bürgerlich-kapitalistischen Durchdringung als ein globaler, weltumfassender Vorgang darstelle, vollziehe er sich auf der Ebene der einzelnen Gesellschaften zwar »strukturähnlich«, jedoch nie »strukturgleich«<sup>123</sup>. Zugleich ließe sich nicht von einem linearen Verlauf sprechen, sondern eher von einem ungleichen und langfristigen Prozess, der einem »dynamischen Flickwerk widersprüchlicher gesellschaftlicher Elemente«<sup>124</sup> gleiche. Die daraus entstehenden »multiplen Modernen« zeichneten sich durch ihre »paradoxe Koexistenz von traditionellen und modernen sozialen Beziehungen«<sup>125</sup> aus und lassen sich mit Ernst Blochs Figur der ›Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen‹ fassen. Analytisch eröffne diese Denkfigur die Möglichkeit, die bürgerlich-kapitalis-

---

117 Ebd., S. 35.

118 Jung 2000, S. 143.

119 Jung 2001, Übersetzung & Hervorhebung LS.

120 Schlichte 2005, S. 47, Hervorhebung i.O.

121 Vgl. Jung 2001, S. 456.

122 Gantzel 1975, S. 11.

123 Schlichte 2005, S. 45f.

124 Jung 2001, S. 456, Übersetzung LS.

125 Ebd.

tische Vergesellschaftung als einen »von Brüchen, Diskontinuitäten und Asymmetrien geprägten konfliktiven Prozeß [zu begreifen], der zugleich Integration und Desintegration, Universalisierung und Fragmentierung hervorruft«<sup>126</sup>. Der Begriff der Ungleichzeitigkeiten diene somit dazu, Phänomene und Dynamiken zu beschreiben, in denen die Differenz von Tradition und Moderne als »unterschiedliche Geltungslogiken in allen sozialen Bereichen und auf allen Ebenen«<sup>127</sup> zum Ausdruck kommt. Zugleich wird darauf verwiesen, dass die dichotome Gegenüberstellung von Tradition und Moderne in dieser Trennschärfe sich weder in der historisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit wiederfindet noch von bestimmten Akteuren oder Institutionen eindeutig repräsentiert wird. Vielmehr diene die idealtypische Bestimmung dieser Kategorien dem gesellschaftstheoretischen Erkenntnisinteresse der Herausarbeitung von divergierenden und widersprüchlichen gesellschaftlichen Ordnungsmustern, mit denen sich das Konfliktgeschehen potenziell erklären ließe. Tradition und Moderne »verschränken sich in unterschiedlichen Gestalten in den Vorstellungswelten, den handlungsleitenden Sinngehalten, im sozialen Habitus der Akteure, ebenso wie in den Logiken von Institutionen«<sup>128</sup>. Als solche prägten sie die kollektiven wie individuellen Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmuster.<sup>129</sup> Als Konfliktlinien durchzögen sie Gesellschaften sowohl horizontal, d. h. regional und lokal, als auch vertikal, also im sozialen, politischen, ökonomischen oder kulturellen Bereich.<sup>130</sup>

Unter Bezugnahme auf Norbert Elias' Theorie der Zivilisation wird betont, dass sich diese Widersprüchlichkeit des bürgerlich-kapitalistischen Transformationsprozesses auch in der Gleichzeitigkeit von Gewalt und Zivilisation zeige. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Feststellung, dass die Entfaltung der bürgerlich-kapitalis-

---

126 Jung et al. 2003, S. 30.

127 Schlichte 2005, S. 46.

128 Ebd., S. 47.

129 Exemplarisch verdeutlicht Jung dies mit dem Verweis auf die Arbeiten von Francois Médar, der den Habitus afrikanischer Politiker im strukturellen Kontext neopatrimonialer Staaten als den von »politischen Entrepreneuren« beschreibt. In ihnen verkörpert sich die Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigen insofern, als dass sie zugleich den »Patriarch eines weit verzweigten Netzwerks persönlicher Bindungen/Beziehungen« und den »Leiter eines formal institutionalisierten Herrschaftssystems« repräsentieren. Damit gehen unterschiedliche rollenspezifische Erwartungen an ihr Handeln einher: Während die Abhängigkeit von inter- und transnationalen Geldgebern dazu anhält, nach den Regeln der good governance zu agieren, orientiert sich die Ressourcenverteilung auf nationaler Ebene eher nach den Kriterien persönlicher Bereicherung und der Versorgung ihrer »Familien«. Was im globalen Diskurs der good governance als Korruption, Nepotismus oder Patronage kritisiert wird, kann auf regionaler und lokaler Ebene von Akteuren als »selbstverständliche Befolgung oftmals weiterhin wirksamer Normen traditioneller Reziprozität« verstanden werden, Jung 2001, S. 457.

130 Vgl. Gantzel/Siegelberg 1990, S. 223.

tischen (Re-)Produktionsweise mit einem grundlegenden »Formwandel des Gesamtzusammenhangs der Ausbeutungs-, Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse«<sup>131</sup> einhergehe. Dessen zivilisatorische Seite zeige sich in der Auflösung von auf personaler Gewalt beruhenden Einheit von politischen wie ökonomischen Herrschaftsbeziehungen durch tauschförmige Beziehungen, in der Errichtung eines staatlichen Gewaltmonopols und seiner Legitimität sowie durch die »selbstdisziplinäre Verinnerlichung von Herrschaft und Gewalt durch die Individuen«<sup>132</sup>. Mit der Errichtung von »Rechtsstaat, Demokratie, Gewaltenteilung, relativem Wohlstand und individueller Affektkontrolle«<sup>133</sup> verbunden sei die Befriedung sozialer Konflikte und ihrer Überführung in rechtlich-formalisierte Formen der Konfliktbearbeitung. Dies gelte zumindest für die (wenigen) Staaten des kapitalistischen Zentrums, also insbesondere Nordamerika und weite Teile Europas.

Gleichzeitig sei die Geschichte der bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftung von (kriegerischer) Gewalt durchzogen, insbesondere die Momente seiner Entfaltung und Durchsetzung. Im Rahmen des Hamburger Ansatzes stellt Krieg nicht ein allgemeines Strukturmerkmal des Kapitalismus dar, sondern erweist sich vor allem als konstitutives Moment seiner Durchsetzung:

»Es führt indessen zu fatalen Fehlschlüssen, wenn die kriegerische Spur kapitalistischer Entwicklung im Inneren wie nach außen als Eigenschaft des Kapitalismus und nicht als Bedingung seiner Entstehung und Durchsetzung gesehen wird.«<sup>134</sup>

Ein wesentlicher Unterschied mit Blick auf das weltweite Kriegsgeschehen nach 1945 bestehe jedoch darin, dass sich die »kapitalistische Umformung vorbürgerlicher Lebensverhältnisse«<sup>135</sup> seit der Dekolonisierung nicht mehr als ein Prozess vollziehe, dessen Gewaltförmigkeit über imperiale und koloniale Formen »von außen« vermittelt werde. Stattdessen schufen

»die entwickelteren Formen globaler Vergesellschaftung [...] mit der staatsförmigen Unabhängigkeit der peripheren Gesellschaften die Voraussetzungen [...], daß die – immer konfliktive – Durchsetzung kapitalistischer Lebensverhältnisse im wesentlichen zur inneren Angelegenheit dieser Staaten geworden sind.«<sup>136</sup>

---

131 Ebd., S. 232.

132 Ebd.

133 Gantzel 1997, S. 263.

134 Gantzel/Siegelberg 1990, S. 229.

135 Ebd., S. 233.

136 Ebd.

Während der Transformationsprozess in den ›entwickelten‹ bürgerlich-demokratisch verfassten Gesellschaften seine ›zivilisatorische‹ Wirkung entfaltete, blieb er in Teilen der sogenannten ›Entwicklungsländern‹ unvollständig. Unter den Bedingungen von fehlender oder unvollständiger Rechtsstaatlichkeit, einem fragilen staatlichen Gewaltmonopol und nicht oder nur kaum vorhandenen demokratischen Aushandlungsprozessen zeige sich »die allgemeine Tendenz zur *Privatisierung der Gewalt*«. <sup>137</sup> Im Zentrum der gewaltsamen Auseinandersetzungen stehe jedoch der »Versuch der Aneignung und Konsolidierung staatlicher Herrschaft« <sup>138</sup>. Während der zentrale Konfliktgegenstand der Moderne nach wie die Verteilung von Macht(-ressourcen) ist, werde der Zugang hierzu in modernen Gesellschaften über den Staat vermittelt. Aus diesem Grund erklären die Autor\*innen des Hamburger Ansatzes die »nachholende Konsolidierung vorausgesetzter Staatlichkeit [als] die allgemeinste Bedingung für die kriegerischen Konflikte in der Dritten Welt« <sup>139</sup>. Das gewaltsame Konfliktgeschehen verschiebe sich somit zunehmend in das Innere der Gesellschaften, während ihre »äußere Form von außen durch die internationale Ordnung garantiert scheint« <sup>140</sup>. Vor diesem Hintergrund ließen sich sowohl der weltweite Anstieg innerstaatlicher Kriege als auch die Verlagerung des Kriegsgeschehens nach 1945 von zwischenstaatlichen zu innerstaatlichen Kriegen als Folgen der bürgerlich-kapitalistischen Weltvergesellschaftung erklären.

In diesem Zusammenhang ließen sich drei strukturell bedingte Konfliktkonstellationen als potenzielle Ursachen für den Ausbruch kriegerischer Gewalt unterscheiden. Erstens könnten Konfliktbestände aufgezeigt werden, die bereits vormoderne Gesellschaften geprägt haben und durch den bürgerlich-kapitalistischen Transformationsprozess »mitgeschleppt« <sup>141</sup> werden. Diese würden dort wirksam, wo Restbestände ›traditionaler‹ Gesellschaften zur Bewältigung »aktueller, vor allem modernisierungsinduzierter gesellschaftlicher Krisen« <sup>142</sup> herangezogen werden. Zweitens ließen sich Konfliktbestände identifizieren, die sich »aus den immanenten Wi-

---

137 Siegelberg 1990, S. 94, Hervorhebung i.O..

138 Jung/Siegelberg/Schlichte 2003, S. 60. Dies gilt umso mehr für politisch-ökonomische Kontexte, in denen die Kontrolle über materielle Ressourcen(-verteilung) mit der Kontrolle über die Staatsapparate einhergeht, wie Schlichte in seiner Untersuchung in Bezug auf neo-patrimoniale Herrschaftssysteme im nachkolonialen westafrikanischen Kontext feststellt, vgl. Schlichte 1996, S. 215.

139 Jung et al. 2003, S. 60.

140 Schlichte 2006a, S. 552.

141 Jung et al. 2003, S. 28.

142 Ebd.

dersprüchen kapitalistischer Vergesellschaftung selbst ergeben«<sup>143</sup>. Drittens seien Konfliktbestände zu nennen, die sich aus den »fortwährenden Spannungen«<sup>144</sup> zwischen traditionellen und bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftungsformen im Zuge des globalen Transformationsprozesses ergeben. Die Gründe für Kriege nach 1945 lägen meist in einer Kombination dieser Konfliktbestände. Vor allem aber erweise sich die analytische »Grenzziehung zwischen traditionaler und bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftungsform« als sogenannte »Leitdifferenz des Ansatzes«<sup>145</sup>. Sie diene dazu, die empirische Beobachtung des primären Kriegsaufkommens in Staaten der sogenannten Dritten Welt in einen globalen politökonomischen Zusammenhang zu stellen und damit eine theoretische Erklärung für »die kriegsursächlichen Hintergründe für die Zeit seit 1945« zu geben, während »vordergründig gesehen [...] jeder Krieg seine besonderen, einzigartigen Ursachen zu haben [scheint]«<sup>146</sup>. Beim strukturtheoretischen Zugang steht hingegen die erkenntnisleitende Frage im Vordergrund, »welches Allgemeine, Vergleichbare in den Besonderheiten zum Ausdruck kommt«<sup>147</sup>.

### 3.3 Theoretische und regionalspezifische Ausdifferenzierung

An diese Einsichten anknüpfend entstanden innerhalb der AKUF weitere Arbeiten, die das Verhältnis von Allgemeinem und Konkretem in je unterschiedlichen Weltregionen untersuchen. Diese Fallstudien zielten nicht nur auf die »Differenzierung regionalspezifischer Ursachenkomplexe«<sup>148</sup>, sondern dienten zugleich der Reflexion und Weiterentwicklung der empirischen Anwendbarkeit des Ansatzes. Einen Teil dieser Arbeiten dokumentierte die Reihe *Kriege und militante Konflikte*, die im LIT-Verlag erschien.

Einen maßgeblichen Beitrag zur begrifflichen Ausdifferenzierung und Operationalisierung der *Grammatik* liefert Dietrich Jung<sup>149</sup> im Rahmen seiner Untersuchungen zum Kriegsgeschehen im Nahen Osten. Unter Einbeziehung von Elias' prozesssoziologischer Herangehensweise präsentiert Jung darin eine »forschungspraktische Umsetzung der ›Grammatik‹ in vier exemplarischen Exkursen«<sup>150</sup>,

---

143 Ebd.

144 Ebd.; vgl. Siegelberg 1994, S. 133.

145 Jung et al. 2003, S. 28.

146 Gantzel 1997, S. 258.

147 Ebd.

148 Daase 2003, S. 182.

149 Vgl. Jung 1995.

150 Ebd.

die er am drusisch-maronitischen Krieg, am Libanonkrieg sowie am Israel-Palästina-Konflikt entwickelt.

Mit Blick auf die Kriege in Westafrika geht Klaus Schlichte der Frage nach, warum die Staaten in dieser Region trotz geteilter kolonialer Erfahrung in sehr unterschiedlichem Maße von kriegerischer Gewalt erfasst wurden. In vergleichender Perspektive auf die Konflikte in Senegal, Mali, Niger und Liberia arbeitet Schlichte den Zusammenhang von kriegerischer Gewalt und der sehr ungleichen Durchdringung der bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftung im westafrikanischen Kontext heraus. Die ungleichen (Re)Produktionsbedingungen, die Herausbildung einer neo-patrimonialen Herrschaftsordnung und die Strukturierung von Konfliktlinien entlang ethnischer Zugehörigkeit und Identitäten bilden auch in dieser Region die strukturellen Voraussetzungen für die gewaltsame Eskalation von Konflikten. Diese Widersprüche würden aber nur dann konfliktwirksam, wenn die beteiligten Akteure ihnen tatsächlich Bedeutung beimessen. In Kritik an gängigen Erklärungen formuliert Schlichte das Argument, dass es sich nicht um »ethnische Konflikte« an sich handelt, sondern dass »die kriegsbeteiligten Akteure [selbst] den Konflikt in ethnischen, d.h. kulturellen Begriffen interpretieren«<sup>151</sup> und dabei auch auf »traditionale« Identitätsbestände zurückgreifen. Damit plausibilisiert Schlichte nicht nur die These von einer Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen als »Doppelgesicht von Tradition und Moderne«, das sich in den kollektiven Identitäten der kriegsbeteiligten Akteure niederschlägt. Er leistet auch einen Beitrag zur Weiterentwicklung von kausalen Erklärungsmodellen, indem er neben »objektiven Vergesellschaftungsbedingungen« auch die »subjektiven Sinnzusammenhänge der Subjekte«<sup>152</sup> zum Gegenstand der Erklärung macht.

Auch in Analysen des Kriegsgeschehens im latein- und mittel-amerikanischen Kontext lässt sich beobachten, dass die unvollständige Konsolidierung staatlicher Herrschaft Konfliktpotenziale birgt. Wie Sabine Kurtenbach<sup>153</sup> und Ursula Niebling<sup>154</sup> aufzeigen, führe dies dort jedoch nicht, wie im AKUF-Ansatz angenommen, zu Gewalt innerhalb des und um den Staatsapparat, sondern manifestiere sich stattdessen in einer Vielfalt anderer Gewaltformen. Dabei stellen beide Autorinnen in ihren Fallstudien jeweils heraus, dass die Staatszentrierung der AKUF-Kriegsdefinition und die formulierte Bedingung, bei mindestens einer Konfliktpartei müsse es sich um

---

151 Schlichte 1996, S. 212.

152 Daase 2003, S. 181; vgl. auch Schlichte 1992, S. 18f.; Jung 1995, S. 207.

153 Vgl. Kurtenbach 1991.

154 Vgl. Niebling 1992.

staatliche Streitkräfte handeln, zu kurz greift, um die sich neu herausbildenden Gewaltformen in der Region analytisch zu fassen. Insbesondere das Beispiel Kolumbien zeige, dass kriegerische Gewalt auch ohne Beteiligung staatlicher Streitkräfte mit einem hohen Grad an Organisation und Kontinuität stattfinden.<sup>155</sup> Ähnliches zeige sich auch in Mittelamerika, wo sich die Formen der »Diffusion und Privatisierung von Gewalt« außerhalb beziehungsweise unterhalb der Sphäre des staatlichen Gewaltmonopols beobachten ließen, etwa in der »Bandenkriminalität zur unmittelbaren Reproduktionssicherung«, in »organisierte[n] Gewaltaktionen der Drogenmafia gegen staatliche Einrichtungen«, »Privatkriegen zwischen den Drogenkartellen« und in gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen indigener Bevölkerung und landnehmenden Konzernen.<sup>156</sup>

In ähnlicher Weise arbeitet Volker Böge am Beispiel des Konflikts um die umwelt- und gesellschaftspolitischen Folgen des Bergbaus auf der südpazifischen Insel Bougainville heraus, inwiefern fehlende staatliche und (zivil-)gesellschaftliche Strukturen als konfliktregulierende Institutionen die Aneignung von Gewalt auf sub-staatlicher Ebene ermöglichen.<sup>157</sup> Wie Schlichte betont auch Böge in seinen Arbeiten die Bedeutung der symbolischen Reproduktion verschiedener Ordnungsmuster für das Konfliktgeschehen und zeigt, inwiefern der Rückgriff auf zwei vollkommen unterschiedliche Wahrnehmungs-, Handlungs- und Bewertungsschemata die Konfliktbearbeitung und -dynamik maßgeblich beeinflussen.<sup>158</sup> Was als Konflikt über Ressourcen und Interessen begann, verdichtete sich unter diesen Bedingungen der unabgeschlossenen Konsolidierung staatlicher Herrschaft zu einem Konflikt zwischen zwei Vergesellschaftungsformen: Während der Konflikt zunächst am Streit um die Entschädigung für die ökologischen Schäden einer Kupfermine entbrannte, eskalierte er zum Krieg um die nationale Selbstbestimmung der Insel Bougainville. Auf theoretischer Ebene entwickelt Böge den Hamburger Ansatz damit insofern in bedeutendem Maße weiter, als er neben der gesellschaftlichen auch die »stofflich-energetische Seite des kapitalistischen Transformationsprozesses«<sup>159</sup> in den Blick nimmt.

---

155 Vgl. Kurtenbach 1991, S. 165.

156 Vgl. Niebling 1992, S. 253.

157 Vgl. Böge 1997, S. 265.

158 Exemplarisch zeigt Böge auf, dass ein multinationaler Konzern und eine indigene Gemeinschaft unterschiedliche Vorstellungen und Maßstäbe von ›Wert‹ und ›Land‹ haben. Was für die einen Eigentum und Verwertbarkeit bedeutet, ist für die anderen in soziale und kulturelle Zusammenhänge eingebettet. Genauso kollidieren Vorstellungen vom Akt des ›Tausches‹ als Akt des Schenkens und der sozialen Beziehung mit Vorstellungen der Logik des Äquivalenztausches und der Veräußerung von Eigentumsrechten, vgl. Böge 1998, S. 267.

159 Ebd., S. 13.

Während mit Böges Arbeit die Leitdifferenz des Hamburger Ansatzes damit um die Dimension des Mensch-Natur-Verhältnisses erweitert wurde, bilden Geschlechterverhältnisse als eine weitere Dimension bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft hingegen eine Leerstelle des Ansatzes. Zwar lassen unter anderem Bemerkungen, wie dass die Kritik bestehender Herrschafts- und Gewaltverhältnisse in seinen unterschiedlichen Dimensionen auch feministische und patriarchatskritische Perspektiven beinhalten und an Gantzels Beteiligung an der Vorlesung des Hamburger Politologinnen-Netzwerks zur Frauen- und Geschlechterforschung in den Internationalen Beziehungen ein gewisses Problembewusstsein erkennen.<sup>160</sup> Nichtsdestotrotz wurde bereits seit den 1980er Jahren von feministischer Seite darauf hingewiesen, dass die Kategorie des Geschlechts als strukturelle Dimension innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung zu wenig Berücksichtigung findet.<sup>161</sup> Geschlechtsspezifische Gewaltausübung sei dabei keineswegs nur als Besonderheit bestimmter Regionen oder Konflikt anzusehen, sondern müsse vielmehr als »das Allgemeine, einen allen Kriegen gemeinsames Strukturmerkmal«<sup>162</sup> begriffen werden.

Über die Reihe *Kriege und militante Konflikte* hinaus entstanden weitere regionalspezifische Studien, unter anderem zum indischen Subkontinent<sup>163</sup>, der Mittelmeer- und Maghreb-Region<sup>164</sup> sowie zu Osteuropa<sup>165</sup>. Weitere Publikationen führten die Fallstudien mit Blick auf übergreifende Frage- und Problemstellungen und Ergebnisse zusammen und gaben somit einen Überblick über die »Vielfalt der Gewaltkonflikte«<sup>166</sup> und übergreifende Thematiken wie die »Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen«<sup>167</sup>. Mit der Ausdifferenzierung der AKUF entlang inhaltlicher Fragestellungen ab den späten 1990er Jahren folgte eine intensivere Beschäftigung mit den Themen der

---

160 Zur Vorlesungsreihe, dem Wirken des Hamburger Politologinnen-Netzwerks und feministischen Initiativen am Fachbereich siehe Beitrag von Pia Christoph in diesem Band. In jüngerer Zeit hat vor allem Patricia Konrad einen bedeuteten Anteil daran, die feministische Perspektiven auf geschlechtsspezifische Gewalt in Konflikten in Seminaren wie »Gender-Ansätze in Konfliktsettings« (WiSe 2021/22), »Gender in den Internationalen Beziehungen« (SoSe 2015 und 2018) und »Sexuelle Gewalt in bewaffneten Auseinandersetzungen« (WiSe 2014/15) in den Curricula zu verankern, siehe Vorlesungsverzeichnisse der WiSo-Fakultät unter: <https://www.wiso.uni-hamburg.de/studienbuero-sozialwissenschaften/stichwortverzeichnis/vorlesungsverzeichnisse.html> [letzter Zugriff: 04.01.2026].

161 Für einen Überblick siehe entsprechendes Kapitel in Wasmuht 1998; Wisotzki 2011.

162 Wasmuht 1998, S. 308.

163 Vgl. Wilke 1997; Wilke 2001.

164 Vgl. Böge/Borchardt 1989; Borchardt 1992; dies. 1994.

165 Vgl. Hensell 1999; Hensell 2002; ders. 2009.

166 Kurtenbach/Mehler 2002.

167 Bakonyi et al. 2006.

zwischenstaatlichen Kriege, Kleinwaffen(systemen), der Privatisierung von Gewalt und der Mikrosoziologie bewaffneter Gruppen.<sup>168</sup>

Mit ihren Analysen kriegerischer Auseinandersetzungen als Prozess und Ereignis der unabgeschlossenen Konsolidierung von moderner Staatlichkeit lenken die Autor\*innen der AKUF den Blick auf die Fragen nach Form und Wandel von staatlicher Ordnung in unterschiedlichen regionalen Kontexten. Aus vergleichender Perspektive wird ein zentrales Paradox deutlich: Während moderne Staatlichkeit im Kontext europäischer Staatenbildungsprozesse das Ergebnis eines langwierigen Ausdifferenzierungsprozesses von politischer und ökonomischer Macht darstellt, gilt sie in den untersuchten Fällen als vorausgesetzte Integrationsform.<sup>169</sup> Was in Europa die (gewaltsame) Umwälzung gesellschaftlicher (Re-)Produktionsverhältnisse bedeutete, gestaltete sich in den (nach)kolonialen Staaten als kurzfristiger, gewaltsamer und ›von außen‹ induzierter Prozess der Expansion des westlichen Modells. Dies hatte zwar die formale Bildung von staatlichen Institutionen nach westlich-demokratischem Vorbild zur Folge, jedoch blieb die Transformation gesellschaftlicher (Re-)Produktionsverhältnisse insbesondere mit Blick auf eine politische Integration ›von unten‹ durch demokratische Partizipationsmöglichkeiten ›strukturell blockiert‹<sup>170</sup>. Dadurch blieben politische und ökonomische Herrschaft oft eng verflochten und personal vermittelt. Dies gilt sowohl für die von Schlichte beobachteten ›neo-patrimonialen Staaten‹ im nachkolonialen westafrikanischen Kontext, das auf Klientelismus beruhende ›Haciendasystem‹ in Kurtenbachs Arbeiten zu Lateinamerika sowie für die von Jung untersuchten ›Rentierstaaten‹ in nah-östlichen Kontext.

Vor diesem Hintergrund bestätigte sich zwar regionenübergreifend, dass das Konfliktgeschehen »eng mit den Problemen im Prozess der Staats- und Nationenbildung [zusammenhängt]«<sup>171</sup>. Dieses ist jedoch eingebettet in und vermittelt über einen jeweils spezifischen gesellschaftlichen und historischen Kontext, der regional-spezifische Besonderheiten hinsichtlich der Konfliktkonstellationen und -dynamiken hervorbringt. Regionale Differenzen ergeben sich zudem aus der Einbindung in lokale, regionale wie globale Gesellschaftsstrukturen und -systeme, der Existenz, Funktionalität und Legitimation von politischen Institutionen (unter anderem zur Konfliktregulation), den beteiligten Akteuren, ihren Interessen, Überzeugungen und Ressourcen, den symbolischen und ideologischen

---

168 Vgl. Schreiber 2009.

169 Vgl. Jung 1995, S. 213.

170 Siegelberg 2000, S. 43f.

171 Kurtenbach/Mehler 2002, S. 153.

Grundlagen von Gewalthandeln, der politischen Ökonomie von Gewalt und der Einbettung in inter- und transnationale Zusammenhänge. Während im afrikanischen Kontext private Sicherheitsunternehmen und *warlords* eine zentrale Rolle spielen, treten in Lateinamerika privatisierte Gewaltakteure vor allem in Form von Todesschwadronen oder organisierter Kriminalität auf. In Nordafrika und im Nahen Osten wiederum prägt die Problematik von gewaltbereiten islamistischen Gruppen das Konfliktgeschehen.<sup>172</sup>

Mit der Einrichtung der Arbeitsgruppen griff die AKUF zeitgenössische Diskurse der Konfliktforschung auf und wandte sich Fragestellungen zu, die in dieser Zeit vor allem 1) ethnische und religiöse Identitäten als Ursache von innerstaatlichen Gewaltkonflikten, 2) die Reflexion der »wachsenden Militanz und globale[n] Vernetzung religiös motivierter fundamentalistischer Gruppen«<sup>173</sup> unter dem Stichwort des »Terrorismus« sowie 3) die Ökonomie von Bürgerkriegen betrafen. Flankiert wurden diese Debatten vom fachbestimmenden Globalisierungsdiskurs, der neben der wissenschaftlichen Reflexion der Transformation des fordistischen Gesellschafts-, Staat- und Entwicklungsarrangements auch eine Diskussion um die Krise des Staates beinhaltete. Angesichts der politischen Instabilität und »gewaltgetriebenen Entwicklung«<sup>174</sup> in vielen Nicht-OECD-Ländern wurde hierbei vielfach auch die These des »Staatszerfalls« bemüht.

Die AKUF intervenierte außerdem in die Debatte um die sogenannten »Neuen Kriege«.<sup>175</sup> In deren Mittelpunkt stand die Frage, ob das Ende des Kalten Kriegs und der bipolaren Weltordnung einen grundlegenden Formwandel kriegerischer Gewalt einleitete. Als Kennzeichen für diesen Wandel wurden die Verschiebung von zwischenstaatlichen zu innerstaatlichen Kriegen, die Internationalisierung der Konflikte und Privatisierung der Gewalt sowie einer Erosion staatlicher Strukturen betrachtet. Bezugspunkte dieser Debatte bildeten unter anderem die Bürgerkriege in Kroatien, Bosnien, dem Kosovo, Ruanda, Somalia und in Tschetschenien und Afghanistan sowie die unter dem Stichwort des »transnationalen Terrorismus« verhandelten Entwicklungen. Während im Kontext der Kriege im ehemaligen Jugoslawien vorrangig die Rolle »ethnischer« Identitäten privatisierter Gewaltakteure diskutiert wurden, rückten Konflikte wie in Sierra Leone und Liberia sowie die Frage von Schatten- und Kriegsökonomien in den Fokus.<sup>176</sup> In engem Zusammenhang mit Glo-

---

172 Vgl. ebd., S. 155.

173 Siegelberg/Hensell 2006, S. 12.

174 Ebd.

175 Vgl. ebd.; Gantzel 2002; Schlichte 2002; ders. 2006a; ders. 2006b.

176 Vgl. Lock 2003.

balisierungsdebatten wird auch die Rolle des Staates vielfach neu bewertet und ein Bedeutungsverlust und die Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols konstatiert.

Der vielfach geäußerten These von der ›gescheiterten Staatlichkeit‹ hielten die Forscher\*innen der AKUF entgegen, dass sich »in den Konflikten der Gegenwart nicht nur Auflösungserscheinungen des staatlichen Gewaltmonopols, sondern auch Prozesse der (Re-) Monopolisierung von Gewalt beobachten lassen«<sup>177</sup>. Denn um ihre Machtansprüche zu konsolidieren und verstetigen, wären auch Gewaltakteure wie Rebellengruppen der »Notwendigkeit zur Institutionalisierung ihrer meist lokal begrenzten Herrschaft«<sup>178</sup> ausgesetzt. Unter den Bedingungen der Moderne setze aus weberianischer Perspektive auch für Gruppen, die ihren Herrschaftsanspruch zunächst mit Gewalt durchsetzen, ein »Prozess der Konsolidierung durch Verwaltung«<sup>179</sup> ein. Diese ›Gewaltordnungen‹ könnten vielfältige Formen annehmen. Mit ihrer idealtypischen Differenzierung zwischen »Warlordfigurationen« oder »Quasi-Staaten« reflektieren Jutta Bakonyi und Kirsti Stuvoy etwa die Ergebnisse der zahlreichen im Rahmen der AKUF gesammelten Fallstudien und tragen so zur Entwicklung einer Typologie von bewaffneten Gruppen bei.<sup>180</sup> Eine solche Perspektive stellt die ordnungsstiftende Funktion von Gewalt heraus und wirft Fragen nach dem Verhältnis von Legitimität, Gewalt und Ordnung im Kontext von Konflikten neu auf.<sup>181</sup> Solche Untersuchungen des Prozesses der (Re-)Monopolisierung von Gewalt und Ordnung abseits staatlicher Institutionen lenken so auch den Blick auf die Mechanismen, durch die Legitimität qua Gewalt – gegenüber der Bevölkerung wie innerhalb von bewaffneten Gruppen – erzeugt und reproduziert oder infrage gestellt und untergraben wird.<sup>182</sup>

Die Autor\*innen der AKUF selbst formulieren dabei immer wieder den Anspruch, mit dem Hamburger Ansatz einen Erklärungsrahmen zu entwickeln, der den Gegenstand Krieg jenseits zeitdiagnostischer Zuschreibungen wie ›Stellvertreterkrieg‹ oder ›ethnischer Konflikt‹ sowie in Abgrenzung zu konkurrierenden theoriegeleiteten Ansätzen wie den ›Neuen Kriegen‹ gesellschaftstheoretisch bestimmt.<sup>183</sup>

---

177 Bakonyi/Stuvoy 2006, S. 50.

178 Siegelberg/Hensell 2006, S. 25.

179 Ebd.

180 Vgl. Bakonyi/Stuvoy 2006.

181 Vgl. Hoppe 2021, S. 49.

182 Vgl. Schlichte 2009.

183 Vgl. Siegelberg/Hensell 2006, S. 15; Schlichte 2021, S. 71.

#### 4. Die Moderne zwischen Zivilisierung und Gewalt? Zur Rezeption des Hamburger Ansatz

Unter Vertreter\*innen des Fachs fand der Hamburger Ansatz sowohl Anerkennung als auch kritische Resonanz. Während die kontinuierliche empirische Arbeit der AKUF vielfach als »Pionierleistung« gewürdigt und ihre Datenbasis zu einem wichtigen Referenzpunkt der Konfliktforschung wurde, richtete sich die Kritik insbesondere auf die theoretischen Grundlagen des Ansatzes. Während ein 1997 publizierter Sonderband der Zeitschrift *Ethik und Sozialwissenschaften* erstmals die Breite der inhaltlichen Kritik als auch dessen Wirkungsradius dokumentierte, ist der »von den Arbeiten Max Webers inspirierten, jedoch historisch-materialistischen Konzepten nicht abgeneigter«<sup>184</sup>, strukturhistorischer Ansatz jedoch nicht nur damals dem kritischen Urteil von Fachkolleg\*innen ausgesetzt gewesen.

Besonders hervorgehoben wurde stets die Kriegedatenbank, deren Stärke in der »empirischen Detailinformation über die einzelnen Konflikte«<sup>185</sup> liege und die damit auch die Möglichkeit einer Verbindung von qualitativer und quantitativer Forschung eröffne. Insbesondere der von Gantzel und Schwinghammer herausgegebene Band *Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1992: Daten und Tendenzen* wurde als »unverzichtbares Grundwerk« für die Konfliktforschung bezeichnet und als »grandiose Kärnerarbeit«<sup>186</sup> gewürdigt. Auch institutionell nahm die AKUF insofern eine Sonderstellung ein, als sie sich im Vergleich zu vielen anderen Projekten der Konfliktforschung seit 1979 als eine der wenigen dauerhaften Einrichtungen etablieren konnte, die kontinuierlich Daten erhob und veröffentlichte – auch wenn ihre Finanzierung phasenweise ungewiss war.<sup>187</sup> Damit stellte sie neben international bekannteren Projekten wie dem *Correlates of War Project* oder dem *Uppsala Conflict Data Program* eine wichtige und beständige Quelle für die statistische Erfassung und Beobachtung von Kriegen und bewaffneten Konflikten dar.<sup>188</sup>

Ebenso hervorgehoben wurde ihr Beitrag zur Weiterentwicklung eines qualitativen Kausalitätsverständnis, das Ursachen »jenseits von messbaren Verhaltensregularitäten«<sup>189</sup> über die Bestimmung von kausalen Mechanismen und Strukturlogiken bestimme. Die Formanalyse der bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftung

---

184 Hoppe 2021, S. 48.

185 Daase 2003, S. 175.

186 Von Bredow 1997, S. 339.

187 Vgl. Fußnote 72.

188 Vgl. Jahn 2012, S. 27.

189 Daase 2003, S. 181.

und der ihr inhärenten Konflikte zwischen kapitalistischen und vor-kapitalistischen Herrschafts- und sozialen Integrationsformen bilde die analytische Hintergrundfolie des Konfliktgeschehens, das zugleich durch eine Vielzahl weiterer Faktoren hervorgebracht wird. Mit der *Grammatik* stehe ein analytisches Analysewerkzeug bereit, das diese Faktoren einerseits strukturtheoretisch auf Ebene der ›Widersprüche‹ beleuchtet und andererseits auf der Ebene der ›Krise‹ das soziale Handeln von Akteuren und ihre Motive in den Blick nimmt. Dabei ließe die *Grammatik* jedoch die Frage offen, wie sich der Vermittlungszusammenhang zwischen Widerspruch und Krise – objektiven Widersprüchen und subjektiven Gründen – konkret gestaltet.<sup>190</sup> Kritisch angemerkt wird darüber hinaus, dass eine zu enge Orientierung an einzelnen Prozessmustern in Verbindung mit einem starren theoretischen Rahmen den Blick auf vergleichbare Konfliktkennzeichen verstelle und damit der Verallgemeinerung empirischer Befunde und systematischen Weiterentwicklung zu einer allgemeinen Theorie der Kriegsursachen entgegenstünde.<sup>191</sup>

Gerade an diesen methodisch-theoretischen Fragen entzündete sich weitere Kritik. Diese richtete sich zum einen gegen den vorgeschlagenen Gewaltbegriff und zum anderen gegen das ihm zugrunde liegende Geschichtsverständnis. Denn mit dem AKUF-Ansatz wird das kriegerische Gewaltpotential der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung im Wesentlichen im Moment ihrer Durchsetzung und nicht in deren allgemeiner Struktur verortet. Gantzel und die AKUF bezeichnen es als Irrtum, »die Gewaltförmigkeit als Eigenschaft des Kapitalismus bzw. der bürgerlichen Gesellschaft [misszuverstehen] – statt sie als Bedingung ihrer Durchsetzung zu begreifen«<sup>192</sup>. Zwar wird zugleich betont, dass die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft weder ein »Paradies« noch »für die Ewigkeit gemacht« sei, sondern vielmehr in sich widersprüchlich als »schöpferische und zerstörerische«<sup>193</sup> Kraft zu begreifen ist. Und auch die »immanenten Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung«<sup>194</sup> werden grundsätzlich als strukturelle Ursachen kriegerischer Gewalt in Betracht gezogen. Das weltweite Kriegsgeschehen nach 1945 wird jedoch mit der »Leitdifferenz« primär auf die »Grenzziehung zwischen traditionellen und bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftungsfor-

---

190 Vgl. Meyer 2021, S. 136. Eine mögliche Lösung für diese Problematik besteht in der Differenzierung zwischen ermöglichenden und produzierenden Bedingungen, vgl. Schlichte 2022, S. 415.

191 Vgl. Daase 2003, S. 182; Imbusch 1997.

192 Gantzel 1997, S. 265.

193 Ebd., S. 266.

194 Jung et al. 2003, S. 28.

men«<sup>195</sup> zurückgeführt. Denn nur so ließe sich erklären, warum sich das weltweite Kriegsgeschehen in den Ländern der sogenannten Dritten Welt abspielt, während »entwickelte« westliche Industriestaaten kaum noch Krieg gegeneinander führten. Empirisch verweisen Gantzel und Schwinghammer in diesem Zusammenhang auch auf die These des »demokratischen Friedens«, dessen Gültigkeit sie in den eigenen Daten bestätigt sehen.<sup>196</sup> Zwar wiesen die AKUF-Daten auch darauf hin, dass demokratisch-»zivilisierte« Staaten am globalen Kriegsgeschehen zumindest indirekt durch Rüstungsexporte, Militärhilfen oder politischer Einflussnahme beteiligt wären,<sup>197</sup> was sich auch so interpretieren ließe, dass es sich in Gesellschaften im Zentrum der kapitalistischen Welt bei der Befriedung von Gewalt schlicht um eine Externalisierung derselben handeln könnte. Doch die prozentuale Abnahme der Beteiligung von Industriestaaten an sogenannten Dritte-Welt-Kriegen und die gleichzeitige Zunahme der Rüstungsproduktion in Entwicklungsländern sowie der steigende Anteil von Staaten wie China und Brasilien an Rüstungsexporten, werde vor dem Hintergrund des theoretischen Referenzrahmen als »nachahmende« Entwicklung interpretiert.<sup>198</sup>

Eng damit verknüpft ist der Vorwurf einer Engführung des Gewaltbegriffs auf den der »kriegerischen Gewalt« beziehungsweise eine fehlende Differenzierung zwischen »Gewalt« und »Krieg«. Denn durch die Kriegszentrierung weise der Ansatz eine Beschränkung auf den Staat auf, mit der die Vielzahl an Gewaltphänomenen – auch und insbesondere innerhalb von modernen Gesellschaften – aus dem Blick geraten.<sup>199</sup> Dies erweise sich nicht zuletzt mit Blick auf das strukturtheoretische Argument des Ansatzes als problematisch, denn indem Gewalt und Krieg synonym gebraucht werden, so Imbusch, »erledigt er [Gantzel] en passant die sowohl von Marx wie auch von Weber gekannte Gewaltförmigkeit des Kapitalismus selbst gleich mit«<sup>200</sup>. Mit der Fokussierung auf »kriegerische Gewalt« gelinge die Erklärung des Rückgangs einer spezifischen Form von Gewaltförmigkeit traditionaler Gesellschaften und »Staaten«, während die fortbestehenden, strukturellen Widersprüche kapitalistischer Vergegesellschaftung, die auch in den modernen kapitalistischen Zentren mit spezifischen Formen nicht-staatlicher Gewalt einhergehen, nicht ausreichend berücksichtigt würden.

---

195 Ebd.

196 Vgl. Gantzel/Schwinghammer 1995, S. 96f.

197 Vgl. ebd., S. 107 u. 113.

198 Vgl. ebd., S. 115; vgl. auch Gantzel 1988, S. 41ff.

199 Vgl. Galtung 1997, S. 275.

200 Imbusch 1997, S. 178.

Zurückführen ließe sich eine solche ›Engführung‹ des Gewaltbegriffs auch darauf, dass der ›zivilisierenden‹ Wirkung bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung im Vergleich zu seinen gewaltvollen Verwerfungen große Bedeutung zugemessen werde. Denn

»ist auch die Globalisierung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung mit Krieg verbunden, breitet sich in ihrem Rücken die Sphäre des rechts- und vertragsförmigen Tausches immer mehr auf Kosten der rechtsfreien, von Gewalt beherrschten Sphäre aus«<sup>201</sup>.

Für zeitgenössische Kommentator\*innen ist jedoch fraglich, »woher eigentlich die Gewissheit kommt, dass die Prozesse in der [...] geschilderten Richtung ablaufen«<sup>202</sup>. Denn was möglicherweise in einer sehr spezifischen historischen Phase nach dem Ende des Kalten Krieges auf Kontexte wie Teile Osteuropas zeitweise zutraf, sei schon damals nur bedingt für den Rest der Welt verallgemeinerbar gewesen.<sup>203</sup> Nicht zuletzt erweise sich der Untersuchungszeitraum von fünfzig Jahren als zu kurz, um den seit 1945 bestehenden Frieden in Europa als Ausdruck einer »dauerhaften Zivilisierung«<sup>204</sup> zu deuten. Doch nicht nur empirische Gründe sprächen für berechtigten Zweifel an den Thesen vom Krieg als »Anpassungs- und Übergangserscheinungen auf dem Weg zu einer schönen, vernünftigen Staatenwelt«<sup>205</sup>. Der Rückgriff des AKUF-Ansatzes auf das Zivilisationsparadigma von Norbert Elias und die Beschreibung von gesellschaftlicher Entwicklung als ›Stufenfolge‹ mag stellenweise Assoziationen zu modernisierungstheoretischen Denkfiguren wecken. Entgegen eines solchen affirmativen Gebrauchs von Moderne als Motor von linearer Entwicklung leistet die AKUF jedoch genau einen Beitrag dazu, die Moderne als eine grundsätzlich konfliktreiche Konstellation zu begreifen und damit einfache Fortschrittsnarrative zu unterlaufen.

Im Zentrum steht dabei die Einsicht in die »grundsätzliche Ambivalenz der Moderne und das Nebeneinander von Gewalt und Zivilisation«<sup>206</sup> als Strukturmerkmal bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften. Diese Ambivalenz ist eben nicht einseitig zugunsten der Seite der ›Zivilisation‹ auflösbar, sondern bleibt in ihrer Widersprüchlichkeit in allen Weltregionen bestehen und differenziert sich jeweils konkret aus. Sie lässt sich nicht einfach entlang der idealtypischen Konfliktlinie von Tradition und Moderne oder vorbürgerlich und bürgerlich-kapitalistisch zurechnen, sondern durchzieht

---

201 Brock 2003, S. 284.

202 Imbusch 1997, S. 278.

203 Vgl. ebd., S. 278.

204 Münkler 1997, S. 291.

205 Krippendorff 1997, S. 283; vgl. auch Imbusch 1997, S. 278.

206 Ebd.

eine Vielzahl von gesellschaftlichen Dimensionen und Teilbereichen. Eine solche Perspektive ermöglicht es deshalb, Geschichte als einen nicht von vorneherein determinierten Prozess zu begreifen, dessen Offenheit und Unabgeschlossenheit sich durch die permanente (Re-)Produktion von Ungleichheiten und Konflikten auszeichnet:

»Da die Dynamik des bürgerlich-kapitalistischen Systems in diesem Sinne auf wechselnden, aber niemals aufhebbaaren Ungleichheiten beruht, und von daher auf ständige Veränderung drängt, ist kein Zustand vorstellbar, in dem sich Modernisierung vollendet. Es entstehen immer neue Disparitäten, die neue Ausscheidungskämpfe hervorrufen.«<sup>207</sup>

Das Theorem der ›Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen‹ eignet sich vor diesem Hintergrund als »hermeneutisches Prinzip«<sup>208</sup>, insofern es auf die vielfältigen, etwa religiösen, ethnischen, rassistischen oder ›zivilisatorischen‹ Differenzziehungen zwischen und innerhalb von Gesellschaften hinweist, ohne diese normativ zu überformen. Seine Stärke liegt darin, dass mit ihm das »zugleich [...] Gegenüberstehen und [...] Vereintsein von Strukturen mit unterschiedlicher innerer Logik, Dynamik und Zeitlichkeit«<sup>209</sup> theoretisch zu erfassen ist. Es hilft dabei, das »gleichzeitige Nebeneinander von unterschiedlichen Temporalitäten«<sup>210</sup> mit je unterschiedlichen Denk-, Bewertungs- und Handlungsmustern zu verstehen. Mit dem Ausdruck der ›Ungleichzeitigkeit‹ lassen sich diese aber nicht nur als bloßes Nebeneinander, sondern als konkrete, widersprüchliche und sich zugleich bedingende Zusammenhänge nachvollziehen.

Worin diese Ungleichzeitigkeiten jedoch konkret bestehen, welche Wahrnehmungs-, Bewertungs- und Handlungsmuster Akteure jeweils prägen und wo und inwiefern diese miteinander konfliktieren und zur Entstehung gewaltsamer Konflikte beitragen, wäre dann jeweils konkret am einzelnen Konflikt herauszuarbeiten.<sup>211</sup> Die Rekonstruktion der Spezifika moderner bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften und den ihnen zugrundeliegenden strukturellen widersprüchlichen ökonomischen, politischen wie symbolischen (Re-)Produktionsweisen können Hinweise darauf geben, worin die Ungleichzeitigkeiten möglicherweise auszumachen sind. Vor diesem Hintergrund ist das Festhalten am Begriff der Moderne nicht als idealtypische Dichotomisierung gegenüber einer als trennscharf abgrenzbaren ›Tradition‹ zu verstehen, sondern als Versuch einer

---

207 Brock 2003, S. 293.

208 Conrad 2002, S. 25.

209 Ebd., S. 10.

210 Schlichte 2005, S. 47.

211 Vgl. Meyer 2021, S. 139.

gesellschaftstheoretischen Bestimmung von Weltgesellschaft. Der Begriff Moderne fungiert hierbei als

»theoretischer Referenzrahmen, der es erlaubt, komplexe – und damit auch widersprüchliche und antagonistische – gesellschaftliche und politische Entwicklungen, die unsere gegenwärtige soziale Ordnung zutiefst prägen, besser zu verstehen«. <sup>212</sup>

## 5. Fazit

Dieser Beitrag wirft ein Schlaglicht auf die *Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung* und ihren strukturgeschichtlichen Ansatz, der Krieg als Ausdruck und Folge der unvollständigen Konsolidierung moderner Staatlichkeit begreift. Ausgehend von der Leitdifferenz zwischen traditionellen und bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftungsformen verknüpft der Ansatz die Erklärung kriegerischer Gewalt mit den globalen Dynamiken der Weltgesellschaft. Mit der *Grammatik des Krieges* wurde zudem ein methodisches Instrumentarium entwickelt, das sowohl die strukturelle Ebene gesellschaftlicher Widersprüche als auch konkrete Konfliktdynamiken und Akteurskonstellationen analysierbar macht.

Auch wenn theoretische Annahmen – wie die These von einer dauerhaften Verlagerung kriegerischer Gewalt in Staaten der nicht-westlichen Welt oder ihrer Abschaffung durch die Errichtung rechtsstaatlicher Demokratien – angesichts der Wiederkehr zwischenstaatlicher Kriege und der Persistenz weltweiter Konfliktdynamiken an Überzeugungs- und Erklärungskraft verloren haben, bleibt der Ansatz einer historisch und politökonomisch informierten Kriegsursachenerklärung vielversprechend und notwendig, um zu einer gesellschaftstheoretischen Einordnung aktueller Konfliktdynamiken zu gelangen. Eine Anschlussfähigkeit zeigt sich insbesondere an jüngeren Arbeiten, welche sich mit kapitalistischen Entwicklungsprozessen als zentraler Rahmenbedingung internationaler Politik auseinandersetzen. <sup>213</sup> Angesichts wachsender Unübersichtlichkeiten, sozialer Krisen und neuer Kriege bleibt die von Gantzel identifizierte Gefahr, sich in der Vielfalt empirischer Phänomene und Entwicklung zu verlieren, und die daraus abgeleitete Bedeutung einer gesellschaftstheoretisch informierten und herrschaftskritisch ausgerichteten Friedens- und Konfliktforschung von ungebrochener Aktualität.

An der Geschichte der AKUF lässt sich jedoch nicht nur ihr Beitrag zur wissenschaftlichen Erklärung kriegerischer Konflikte hervorheben, sondern sie stellte als institutioneller Arbeitszusammen-

---

212 Stetter 2013, S. 28.

213 Vgl. etwa Koddenbrock 2017; Hoppe 2021 u. Schlichte/Stetter 2023.

hang auch ein besonderes Beispiel für die fruchtbare Verbindung von universitärer Forschung und Lehre dar. Aus heutiger Sicht, wo der Wissenschafts- und Universitätsbetrieb zunehmend von kurzen Projektlaufzeiten, befristeten Beschäftigungsverhältnissen und verschulerten Studienverläufen geprägt ist, erscheint die langfristige Zusammenarbeit der AKUF über verschiedene Statusgruppen hinweg als eine forschungspolitische und -organisatorische Besonderheit. Diese Entwicklungen stellten jedoch auch die AKUF vor neue Herausforderungen und trugen nicht zuletzt zur Schwächung ihres institutionellen Zusammenhangs bei.<sup>214</sup>

Mit der Emeritierung von Klaus Jürgen Gantzel wurde die AKUF nicht länger als Examenskolloquium, sondern überwiegend in Form regulärer Lehrveranstaltung, häufig über Lehraufträge, fortgeführt. Auf die schleichende Umstellung des Wissenschaftsbetriebs auf Projektlogiken wurde mit der Einrichtung von sieben Projektgruppen reagiert, die die Kontinuität der Arbeit und die eigenständige Forschung zu aktuellen Fragestellungen eine Zeit lang sicherstellte.<sup>215</sup> Während die letzte Projektgruppe ihre Arbeit in den 2010er Jahren einstellte, wurde die AKUF bis einschließlich des Sommersemesters 2013 als zweisemestriges Seminar im Veranstaltungsprogramm des Fachbereichs Sozialwissenschaften geführt. Darüber hinaus blieben zentrale Inhalte durch einzelne personelle Kontinuitäten und Überschneidungen am Fachbereich in der Lehre erhalten.<sup>216</sup> Insbesondere über das Projekt *Friedensbildung – Das Hamburger interdisziplinäre Modell*<sup>217</sup> etwa wurde der konflikttheoretische Ansatz um friedenspolitische Studieninhalte wie Inhalte der Konfliktprävention und der Vermittlung friedenspolitischer Handlungskompetenzen erweitert und im Curriculum verschiedener Studiengänge verankert. Die engen Zeitfenster und verkürzten Studienverläufe des Bachelor- und Mastersystems erschweren jedoch die vertiefte Auseinandersetzung mit Forschungsgegenständen, deren Bearbeitungen einen längerfristigen Arbeitszusammenhang voraussetzt, und standen damit einer kontinuierlichen Mitarbeit in einem Projekt wie der AKUF zunehmend entgegen. Dass die Arbeit der AKUF über die Emeritierung von Gantzel und dem Weggang weiterer zentraler Personen hinaus auch unter zunehmend prekären Bedingungen, fortgeführt wurde,

---

214 Vgl. Schlichte 2019, S. 72f.

215 Vgl. Schreiber 2009, S. 115

216 In diesem Zusammenhang sind vor allem die Namen von Ulrike Borchardt, Wolfgang Schreiber, Patrica Konrad und Jörg Meyer zu nennen.

217 Vgl. Borchardt/Dörfler-Dierken/Spitzer 2014. Eine Übersicht zu aktuellen und vergangenen Programmen des ›Initiativkreises‹ Friedensbildung/Peacebuilding findet sich auf der Website: <https://www.hcl.uni-hamburg.de/crossdisciplinary-learning/friedensbildung.html> [letzter Zugriff: 04.01.2026].

ist damit auch maßgeblich dem Engagement und der vielfach unbezahlten Arbeit einzelner Beteiligter zu verdanken. Darüber hinaus trägt ein internationales Netzwerk ehemaliger AKUF-Mitglieder dazu bei, dass zentrale Fragestellungen, Herangehensweisen und Inhalte der Arbeitsgemeinschaft über verschiedene Lern- und Forschungsprojekte auch über die Universität Hamburg hinaus erhalten und weiterentwickelt werden.<sup>218</sup>

Auch wenn vor diesem Hintergrund nicht mehr von einem zusammenhängenden institutionellen Zusammenhang der AKUF gesprochen werden kann, wirkt sie damit inhaltlich und personell bis heute in anderen Forschungs- und Arbeitszusammenhängen innerhalb und außerhalb der Universität Hamburg weiter. Ihre Geschichte steht für eine seltene Verbindung von Forschung und Lehre. An dieser Tradition festzuhalten und sie zur Grundlage neuer Projekte zu machen, wäre wünschenswert. Denn gerade unter den Bedingungen beschleunigter und fragmentierter Erkenntnisproduktion erinnert sie daran, dass langfristige Perspektiven, kollektive Arbeitszusammenhänge und gesellschaftstheoretische Erklärungsansätze Voraussetzungen kritischer Forschung bleiben.

## Bibliografie

- Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) (2009): Das Kriegsgeschehen 2009. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte. Hrsg. von Wolfgang Schreiber. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bakonyi, Jutta/Hensell, Stephan/Siegelberg, Jens (Hrsg.) (2006): Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart. Baden-Baden: Nomos.
- Bakonyi, Jutta/Stuvoy, Kirsti (2006): Zwischen Warlordfiguration und Quasi-Staat – Ansätze zu einer Typologie bewaffneter Gruppen. In: Bakonyi, Jutta/Hensell, Stephan/Siegelberg, Jens (Hrsg.): Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart. Baden-Baden: Nomos, S. 38–52.
- Böge, Volker/ Borchardt, Ulrike (Hrsg.) (1989): Die Militarisierung des Mittelmeers. In: Militärpolitik Dokumentation, 12 (68/69).
- Böge, Volker (1998): Bergbau - Umweltzerstörung – Gewalt. Der Krieg auf Bougainville im Kontext der Geschichte ökologisch induzierter Modernisierungskonflikte. Münster: Lit-Verlag.
- Bösch, Stefan (2022): Entsteht und Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung: Welche Geschichte? In: Gulowski, Rebecca/Zöhrer, Michaela (Hrsg.): Forschungen für den Frieden., Baden-Baden: Nomos, S. 181–202.
- Bogerts, Lisa/Bösch, Stefan/Weller, Christoph (2016): Politik, Protest, Forschung. In: Wissenschaft & Frieden, 16(1), S. 12–15.
- Bonacker, Thorsten (2011): Forschung für oder über den Frieden? Zum Selbstverständnis der Friedens- und Konfliktforschung. In: Schlotter, Peter/Wisotzki, Simone (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Baden-Baden: Nomos, S. 46–77.
- Borchardt, Ulrike (1991): Zu einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum: Veränderliche Geometrie der Festung Europa. In: Mediatius, 11(7–8), S. 5–9.
- Borchardt, Ulrike (1992): Das Militär in Algerien. Arbeitspapier Nr. 63 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung. Universität Hamburg.
- Borchardt, Ulrike (1994): Bürgerkrieg in Algerien. Arbeitspapier Nr. 75 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung. Universität Hamburg.
- Borchardt, Ulrike (1996): Die Mittelmeerpolitik der Europäischen Union als Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung? In: Schuster, Joachim/Weiner, Klaus-Peter (Hrsg.): Maastricht neu verhandeln. Reformperspektiven in der Europäischen Union. Köln: PapyRossa-Verlag, S. 110–122.
- Borchardt, Ulrike (2007): Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU im Spannungsfeld von Sicherheit, ökonomischer Notwendigkeit und Menschenrechten. In: Luedtke, Ralph-M./Strutynski, Peter (Hrsg.): Von der Verteidigung zur Intervention. Beiträge zur Remilitarisierung der internationalen Beziehungen. Kassel: Jenior Verlag, S. 24–39.
- Borchardt, Ulrike/Dörfler-Dierken, Angelika/Spitzer, Hartwig (Hrsg.) (2014): Friedensbildung. Das Hamburger interdisziplinäre Modell. Göttingen: V&R unipress.
- Von Bredow, Wilfried (1997): Der normale Krieg. Beschreibungen, Analysen und Reflexionen zur Organisation zwischen-menschlicher Gewalt. In: Neue Politische Literatur, 42(2), S. 330–351.
- Brock, Lothar (2003): Modernisierung und Entgrenzung der Weltgesellschaft. In: Siegelberg, Jens/Schlichte, Klaus (Hrsg.): Strukturwandel Internationaler Beziehungen. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 281–303.
- Brzoska, Michael (Hrsg.) (1994): Militarisierungs- und Entwicklungsdynamik. Eine Exploration mit Fallbeispielen zu Algerien, Iran, Nigeria und Pakistan, Hamburg. Münster: Lit-Verlag.
- Brzoska, Michael (2012): Friedensforschung und Internationale Beziehungen – Lob der Verschiedenheit. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 19(1), S. 127–141.
- Conrad, Burkhard (2002): Zur Ungleichzeitigkeit in der Weltgesellschaft. Erkenntnistheoretische Kommentar zur Kriegsursachenforschung. Arbeitspapier Nr. 1/2002, Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung. Universität Hamburg.
- Daase, Christopher (2003): Krieg und politische Gewalt: Konzeptionelle Innovationen und theoretischer Fortschritt. In Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Baden-Baden: Nomos, S. 161–208.

- Dittmer, Cordula (2005): Neue oder alte Kriege? Die Website der »Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung«. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, 2(1), S. 126–130.
- Eberwein, Wolf-Dieter/Chojnacki, Sven 2001: Scientific Necessity and Political Utility. Comparison of Data on Violent Conflicts. Wissenschaftszentrum Berlin.
- Ergin, Yasemin (2005): Kriege erforschen. In: taz, 02.04.2005, S. 17.
- Galtung, Johann (1971): Gewalt, Frieden und Friedensforschung. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Kritische Friedensforschung. 2. Auflage. Frankfurt: Suhrkamp, S. 55–104.
- Galtung, Johan (1997): K. J. Gantzel: Kriegsursachen – Tendenzen und Perspektiven: Some Comments. In: Ethik und Sozialwissenschaften, 8(3), S. 275–276.
- Gantzel, Klaus Jürgen (1972): System und Akteur. Beiträge zur vergleichenden Kriegsursachenforschung. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag.
- Gantzel, Klaus Jürgen/Kress, Gisela/Rittberger, Volker (1972): Einführung. In: dies. (Hrsg.): Konflikt – Eskalation – Krise. Sozialwissenschaftliche Studien zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag.
- Gantzel, Klaus Jürgen (1975): Einführendes Vorwort. In: ders. (Hrsg.): Herrschaft und Befreiung in der Weltgesellschaft. Frankfurt: Campus Verlag, S. 9–22.
- Gantzel, Klaus Jürgen (1981): Another Approach to a Theory on the Causes of International War. In: Journal of Peace Research, 18(1), S. 39–55.
- Gantzel, Klaus Jürgen (1982): »Gleichgewicht« und »Rüstungswettlauf« - Zwei fragwürdige Begriffe in der sicherheitspolitischen Diskussion. In: Glashoff, Klaus/Lock, Peter (Hrsg.): Frieden als Gegenstand von Wissenschaft. Frankfurt a.M.: Alfred Metzner Verlag, S. 113–123.
- Gantzel, Klaus Jürgen (Hrsg.) (1983): Kolonialrechtswissenschaft, Kriegsursachenforschung, internationale Angelegenheiten: Materialien und Interpretationen zur Geschichte des Instituts für Internationale Angelegenheiten der Universität Hamburg 1923 - 1983 im Widerstreit der Interessen. Baden-Baden: Nomos.
- Gantzel, Klaus Jürgen/Meyer-Stamer, Jörg (1986): Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1984: Daten und erste Analysen. München: Weltforum Verlag.
- Gantzel, Klaus Jürgen (1987): Tolstoi statt Clausewitz?! In: Steinweg, Reiner (Hrsg.): Kriegsursachen. Frankfurt: Suhrkamp, S. 25–97.
- Gantzel, Klaus Jürgen (1988): Krieg in der Dritten Welt als Forschungsgegenstand. In: ders. (Hrsg.): Krieg in der Dritten Welt. Theoretische und methodische Probleme der Kriegsursachenforschung, Fallstudien. Baden-Baden: Nomos, S. 25–82.
- Gantzel, Klaus Jürgen/Jens Siegelberg (1990): Krieg und Entwicklung. Überlegungen zur Theoretisierung von Kriegsursachen unter besonderer Berücksichtigung der Zeit seit 1945. In: Rittberger, Volker (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 219–239.
- Gantzel, Klaus Jürgen (1992): Zwanzig Jahre AKF: Über das Selbstbewußtsein und drei Grundprobleme in der Friedensforschung. In: Jopp, Mathias (Hrsg.): Dimensionen des Friedens – Theorie, Praxis und Selbstverständnis der Friedensforschung. AFK-Schriftenreihe, Bd. 17. Baden-Baden: Nomos, S. 227–233.
- Gantzel, Klaus Jürgen/Schwinghammer, Torsten (1995): Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1992. Daten und Tendenzen. In Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung (FKRE) und der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg (AKUF). Münster: Lit-Verlag.
- Gantzel, Klaus Jürgen (1997): Kriegsursachen – Tendenzen und Perspektiven. In: Ethik und Sozialwissenschaften, 8(3), S. 257–266.
- Gantzel, Klaus Jürgen (2002): Neue Kriege? Neue Kämpfer? Arbeitspapier Nr. 2/2002 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg.
- Glashoff, Klaus/Lock, Peter (1982): Vorwort. In: ders. (Hrsg.): Frieden als Gegenstand von Wissenschaft. Frankfurt a.M.: Alfred Metzner Verlag, S. 1–4.
- Hensell, Stephan (1999): Staatsbildung und Staatszerfall in Albanien. Ein Beitrag zur Theorie des Staates in Übergangsgesellschaften. Arbeitspapier Nr. 2/99 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg.
- Hensell, Stephan (2002): Modernisierung und Gewalt in Mazedonien. Zur politischen Ökonomie eines Balkankrieges. Arbeitspapier Nr. 5/2002 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg.
- Hensell, Stephan (2009): Die Willkür des Staates: Herrschaft und Verwaltung in Osteuropa. Wiesbaden: Springer VS.

- Hoppe, Sebastian (2021): Internationale Historische Soziologie und historische Sozialwissenschaft in den deutschen und anglo-amerikanischen IB. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 28(1), S. 35–67.
- Imbusch, Peter (1997): Kriegsursachen! Kriegsursachen? in: Ethik und Sozialwissenschaften, 8(3), S. 276 – 279.
- Jahn, Egbert (2012): Entstehung und Rolle der Friedens- und Konfliktforschung im Wissenschaftssystem. In: ders. (Hrsg.): Frieden und Konflikt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 12–30.
- Jarausch, Konrad H. (1974): Rezension zu »Konflikt – Eskalation – Krise. Sozialwissenschaftliche Studien zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs«. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 15(1), S. 238–240.
- Jung, Dietrich (1995): Tradition, Moderne, Krieg. Grundlegung einer Methode zur Erforschung kriegsursächlicher Prozesse im Kontext globaler Vergesellschaftung. Münster: Lit-Verlag.
- Jung, Dietrich (2000): Gewaltkonflikte und Moderne. Historisch-soziologische Methode und die Problemstellung der Internationalen Beziehungen. In: Siegelberg, Jens/Schlichte, Klaus (Hrsg.): Strukturwandel Internationaler Beziehungen. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 140–166.
- Jung, Dietrich (2001): The Political Sociology of World Society. In: European Journal of International Relations, 7(4), S. 443–474.
- Jung, Dietrich/Schlichte, Klaus/Siegelberg, Jens (2003): Kriege in der Weltgesellschaft: strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt (1945–2002). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kanefendt, Malte (2019): Wissensproduktion in einer kolonialen Metropole. In: Niesen, Peter/Weiß, David (Hrsg.): 100 Jahre Politikwissenschaft in Hamburg, Bielefeld: transcript Verlag, S. 234–240.
- Kende, István (1982a): Über die Kriege seit 1945. In: ders./Gantzel, Klaus Jürgen/Fabig, Kai (Hrsg.): Über die Kriege seit 1945. DGFK-Hefte, Nr. 16, S. 5–20.
- Kende, István (1982b): Kriege nach 1945. Eine empirische Untersuchung. In: Militärpolitik dokumentation, 6(27).
- Kende, István/Gantzel, Klaus Jürgen/Fabig, Kai (Hrsg.) (1982): Über die Kriege seit 1945. DGFK-Hefte, Nr. 16.
- Koddenbrock, Kai (2017): Mehr Kapitalismus wagen! Herrschaft »jenseits der Anarchie« und die Rolle des Geldes. In: Politische Vierteljahresschrift, 58(2), S. 258–283.
- Koppe, Karlheinz (2006): Zur Geschichte der Friedens- und Konfliktforschung im 20. Jahrhundert. In: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung: Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 17–66.
- Krippendorf, Ekkehart (1997): Die gute Nachricht. In: Ethik und Sozialwissenschaften, 8(3), S. 282 – 284.
- Kurtenbach, Sabine (1991): Staatliche Organisation und Krieg in Lateinamerika. Münster: Lit-Verlag.
- Kurtenbach, Sabine/Mehler, Andreas (Hrsg.) (2002): Die Vielfalt von Gewaltkonflikten. Analysen aus regionalwissenschaftlicher Perspektive. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut.
- Lock, Peter (2003): Kriegsökonomien und Schattenglobalisierung. In: Ruf, Werner (Hrsg.): Politische Ökonomie der Gewalt. Opladen: Leske + Budrich, S. 93–123.
- Mendler, Martin/Schwegler-Rohmeis, Wolfgang (1989): Weder Drachentöter noch Sicherheitsingenieur. Bilanz und kritische Analyse der sozialwissenschaftlichen Kriegsursachenforschung. HSFK-Forschungsbericht 3/1989, Frankfurt a. M.: HSFK.
- Meyer, Jörg (2021): Der »Hamburger Ansatz« der Kriegsursachenforschung. In: Niesen, Peter/Weiß, David (Hrsg.): 100 Jahre Politikwissenschaft in Hamburg. Bruchstücke einer Institutsgeschichte. Bielefeld: transcript Verlag, S. 134–139.
- Meyers, Reinhard (1994): Friedens- und Konfliktforschung: Problemlagen, Entwicklungstendenzen, Grundbegriffe, Forschungsperspektiven. In: Taurus, Olaf/Meyers, Reinhard/Bellers, Jürgen (Hrsg.): Politikwissenschaft III: Internationale Politik. Münster: Lit-Verlag, 259–328.
- Müller, Harald (2012): Über allen Gipfeln ist Ruh. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 19(1), S. 155–169.
- Münch, F. (1982): Rezension zu »Kolonialrechtswissenschaft, Kriegsursachenforschung, Internationale Angelegenheiten. Materialien und Interpretationen zur Geschichte des Instituts für Internationale Angelegenheiten der Universität Hamburg 1923–1983 im Widerstreit der Interessen« von Klaus Jürgen Gantzel. In: Friedenswarte, 65(1/4), S. 335–337.

- Münkler, Herfried 1997: Krieg und Kapitalismus. Fünf Anmerkungen zu Klaus Jürgen Gantzels Thesen über die friedenssichernden Folgen des entfalteten Kapitalismus. In: *Ethik und Sozialwissenschaften*, 8(3), S. 289–291.
- Nicklas, Hans/Gantzel, Hans Jürgen (1975): Außenpolitische Freund-Feind-Bilder in der Bundesrepublik 1949–1971. In: Vorstand der DGFK (Hrsg.): *Forschung für den Frieden. Fünf Jahre Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung*. Boppard am Rhein: Harald Boldt Verlag, S. 231–244.
- Nicolaysen, Rainer (1997): Siegfried Landshut. Die Wiederentdeckung der Politik: Eine Biografie. Frankfurt: Jüdischer Verlag.
- Niebling, Ursula (1992): *Kriege in Zentralamerika seit 1945. Ein Beitrag zur vergleichenden Kriegsursachen- und Kulturforschung*. Münster: Lit-Verlag.
- Nieth, Jürgen (2016): *Friedensforschung in der BRD – Entwicklungen, Ergebnisse und Desiderate*. In: Crome, Erhard (Hrsg.): *Friedensforschung in Deutschland. Materialien Nr. 18 der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, S. 10–38.
- Oeter, Stefan (2019): *Internationales Recht in Hamburg: Vom Institut für Auswärtige Politik zum Institut für internationale Angelegenheiten*. In: Reppen, Tilmann/Jeßberger, Floriane/Kotzur, Markus/Bachmann Sarah A./Basedow, Magnus/Berkemann, Jörg (Hrsg.): *100 Jahre Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg*. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 555–575.
- Schädel, Andreas (2019): *Friedens- und Konfliktforschung*. In: Gießmann, Hans J./Rinke, Bernhard (Hrsg.): *Handbuch Frieden*. Wiesbaden: Springer VS, S. 45–63.
- Schlichte, Klaus (1992): *Der Krieg in Liberia seit 1989. Eine Ursachenanalyse*. Arbeitspapier Nr. 59 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg.
- Schlichte, Klaus (1996): *Krieg und Vergesellschaftung in Afrika. Ein Beitrag zur Theorie des Krieges*. Münster: Lit-Verlag.
- Schlichte, Klaus (2002): *Neues über den Krieg?* In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 9(1), S. 113–138.
- Schlichte, Klaus (2005): *Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Schlichte, Klaus (2006a): *Staatsbildung oder Staatszerfall? Zum Formwandel kriegerischer Gewalt in der Weltgesellschaft*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 47(4), S. 547–570.
- Schlichte, Klaus (2006b): *Neue Kriege oder alte Thesen? Wirklichkeit und Repräsentation kriegerischer Gewalt in der Politikwissenschaft*. In: Geis, Anna (Hrsg.): *Den Krieg überdenken*. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 111–132.
- Schlichte, Klaus (2009): *In the Shadows of Violence: The Politics of Armed Groups*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Schlichte, Klaus (2011): *Kriegsursachenforschung – Ein kritischer Rückblick*. In: Schlotter, Peter/Wisotzki, Simone (Hrsg.): *Friedens- und Konfliktforschung*. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 81–111.
- Schlichte, Klaus (2019): *Empirische Kriegsforschung mit sozialtheoretischem Tiefgang*. In: Niesen, Peter/Weiß, David (Hrsg.): *100 Jahre Politikwissenschaft in Hamburg. Bruchstücke einer Institutsgeschichte*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 69–73.
- Schlichte, Klaus (2022): *3 x Ukraine: Zur Politischen Soziologie eines Angriffskriegs*. In: *Leviathan*, 50(3), S. 413–38.
- Schlichte, Klaus/Stetter, Stephan (Hrsg.) (2023): *The Historicity of International Politics: Imperialism and the Presence of the Past*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schlotter, Peter/Wisotzki, Simone (2011): *Stand der Friedens- und Konfliktforschung – Zur Einführung*. In: dies. (Hrsg.): *Friedens- und Konfliktforschung*, Baden-Baden: Nomos, S. 9–45.
- Schreiber, Wolfgang (2009): *Studieren in der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF). Dreißig Jahre politikwissenschaftliches Lehr- und Forschungssseminar*. In: Huber, Ludwig/Hellmer, Julia/Schneider, Frederike (Hrsg.): *Forschendes Lernen im Studium. Aktuelle Konzepte und Erfahrungen*. Bielefeld: Universitäts-VerlagWebler, S. 114–126.
- Senghaas, Dieter (1969): *Abschreckung und Frieden*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Senghaas, Dieter (1971): *Editorisches Vorwort*. In: ders. (Hrsg.): *Kritische Friedensforschung*. 2. Auflage, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Senghaas, Dieter (Hrsg.) (1973): *Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Siegelberg, Jens (1990): Schritte zu einer Theorie des Krieges. Ein gesellschaftstheoretischer Entwurf für die vergleichende Kriegsursachenforschung. Arbeitspapier Nr. 42 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg.
- Siegelberg, Jens (1994): Kapitalismus und Krieg: eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft. Münster: Lit-Verlag.
- Siegelberg, Jens (2000): Staat und internationales System – ein strukturgeschichtlicher Überblick. In: ders./Schlichte, Klaus (Hrsg.): Strukturwandel internationaler Beziehungen. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Siegelberg, Jens/Hensell, Stephan (2006): Rebellen, Warlords und Milizen. Kritik der Kriegsforschung und Ansätze zur Neuorientierung. In: Bakonyi, Jutta/Hensell, Stephan/Siegelberg, Jens (Hrsg.): Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart. Baden-Baden: Nomos, S. 9–37.
- Steinweg, Reiner (Hrsg.) (1975): Friedensanalysen für Theorie und Praxis. 1. Schwerpunkt: Feindbilder. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Stetter, Stephan (2013): Ordnung und Wandel in der Weltpolitik: Konturen einer ›Soziologie der Internationalen Beziehungen‹. In: Leviathan Sonderband 28, S. 11–55.
- Wasmuth, Ulrike C. (1998): Geschichte der deutschen Friedensforschung: Entwicklung – Selbstverständnis – Politischer Kontext. Münster: agenda Verlag.
- Wilke, Boris (1997): Krieg auf dem indischen Subkontinent – Strukturgeschichtliche Ursachen gewaltsamer Konflikte in Indien, Pakistan und Bangladesch. Arbeitspapier Nr. 1/1997 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg.
- Wilke, Boris (2001): State Formation and the Military in Pakistan. Reflections on the Armed Forces, their State and some of their Competitors. Arbeitspapier Nr. 2/2001 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg.
- Wisotzki, Simone (2011): Geschlechterperspektiven in der Friedens- und Konfliktforschung. In: Schlotter, Peter/Wisotzki, Simone (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 282–311.

## »Vernetzen, verbünden, austauschen, zusammenschließen!« Frauengruppen am Hamburger Institut für Politische Wissenschaft<sup>1</sup>

*Pia Christoph*

»Das Bild von der Politikwissenschaft als einer dem Feminismus besonders widerständigen Disziplin ist trotz des mehr als zwanzigjährigen feministischen Lauffeuers in und um die Disziplin keineswegs hinfällig geworden«<sup>2</sup>,

hielt die Rechts- und Politikwissenschaftlerin Eva Kreisky im Jahr 1994 in Bezug auf die breitere Fachentwicklung fest. Dieses »feministische Lauffeuer« lässt sich auch am *Institut für Politische Wissenschaft* (IPW) der Universität Hamburg ausmachen und zeigte sich hier vor allem in Form des Engagements verschiedener Frauengruppen<sup>3</sup>, die ab den späten 1970ern bis Mitte der 1990er Jahre entstanden. Das Hamburger IPW wurde 1977 mit der Aufteilung des Seminars für Sozialwissenschaften in drei verschiedene Institute (Politische Wissenschaft, Soziologie und Sozial- und Wirtschaftsgeschichte) eingerichtet. Nach einer Umbenennung in *Institut für Politikwissenschaft* im Jahr 2009 und einer zeitweiligen Zuordnung als *Programmbereich* wird die Politikwissenschaft in Hamburg seit 2016 als *Fachgebiet* bezeichnet.<sup>4</sup> Die Frauengruppen, die sich ab 1977 am damaligen IPW gründeten, bestanden überwiegend (jedoch nicht ausschließlich) aus Studentinnen und verstanden sich zum Großteil ausdrücklich als feministisch. Am Institut – und teilweise auch darüber hinaus – engagierten sie sich für feministische Inhalte und Frauen- und Geschlechterforschung in der (Politik-)Wissenschaft, einen höheren Frauenanteil in der Lehre sowie Frauenförder- und Gleichstellungspolitik. Diese Frauengruppen sollen im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags stehen.

Ich zeichne die Entstehung, Entwicklung und Aktivitäten der verschiedenen Gruppen in der Hamburger Politikwissenschaft nach und orientiere mich dabei an folgenden Leitfragen: Welches Selbstver-

1 Einen thematischen Überblick sowie ausgewählte Quellendokumente bieten die Ausstellungstafeln zu »Feministische Initiativen & Gleichstellung« sowie »Umkämpften Gender- & Queerstudies«, abgedruckt auf S. 296–307 in diesem Band.

2 Kreisky 1994, S. 13.

3 Ich verwende hier die begriffliche Kategorisierung als Frauengruppen, da dies die Selbstbezeichnung eines Teils der Gruppen darstellt und zugleich das von den Akteur\*innen einhellig geteilte Selbstverständnis als Zusammenschluss von Frauen widerspiegelt.

4 Siehe Fachbereich Sozialwissenschaften o.J.; Niesen/Weiß 2021, S. 20.

ständnis hatten die Frauengruppen am Institut? Welche Ziele verfolgten sie und auf welche Weise? Womit beschäftigten die Gruppen sich jeweils thematisch? Was problematisierten und forderten sie? Im Fokus steht somit die Perspektive (in erster Linie) von studentischen Frauengruppen, die im Zeitraum zwischen 1977 und 2002 im spezifischen Kontext des IPW aktiv waren. Damit leistet der Artikel sowohl einen Beitrag zur Geschichte von (feministischen) Frauengruppen in der Hamburger Politikwissenschaft als auch zur Studierendengeschichte an der Universität Hamburg, welche insgesamt ab Mitte der 1970er Jahre als ein Desiderat betrachtet werden kann.<sup>5</sup>

Einige Aktivitäten hier behandelte Frauengruppen wurden von Andrea Sievers im Rahmen eines Artikels zur Situation von Frauen und Frauenförderung am Hamburger IPW sowie zum Teil auch von Rafaela Borgwardt und Erik Eichholz in einem breiter angelegten Aufsatz zur Organisationskultur und zu Geschlechterverhältnissen am gesamten Fachbereich thematisiert.<sup>6</sup> Stellenweise fanden einzelne Gruppen zudem bei Rafaela Borgwardt, Hannelore Faulstich-Wieland, Nicolli Povijač sowie Gabriele Abels et al. Erwähnung.<sup>7</sup> Die Frauengruppen selbst standen dabei jedoch nicht im Zentrum der Fragestellung, auch wenn Sievers die Perspektive und Publikationen zweier Gruppen stärker berücksichtigt. Sievers zieht dabei im Hinblick auf das IPW das Fazit, dass es innerhalb des Instituts die Studentinnen waren, die sich für Frauenfördermaßnahmen und eine Verbesserung der Situation von Frauen einsetzten. Trotz dieses studentischen Engagements stellt sie im Jahr 2002 mit Blick auf den mit zunehmender Hierarchieebene abnehmenden Frauenanteil und die geringe Anzahl von Lehrveranstaltungen zu Frauen- und Geschlechterforschung nur eine leichte Veränderung der Situation von Frauen am Hamburger IPW im Vergleich zu den 1980er und 1990er Jahren fest<sup>8</sup> – ein Fazit zum Hamburger Kontext, welches in eine ähnliche Richtung zu deuten scheint wie die eingangs zitierte Einschätzung von Kreisky.

Einer bereits einige Jahre zuvor von Heike Kahlert vorgelegten Untersuchung lässt sich darüber hinaus entnehmen, dass zwischen dem Wintersemester 1984/85 und dem Sommersemester 1996 am IPW insgesamt 43 Lehrveranstaltungen mit einem inhaltlichen Be-

---

5 Als Ausnahme führt Zimmermann hierbei die studentische Gegenfestschrift zum Universitätsjubiläum von 1994 an, vgl. Zimmermann 2020, S. 254; siehe auch Micheler/Michelsen 1994. Darin findet sich auch ein kurzer Fußnotenhinweis auf eine Veröffentlichung einer der Frauengruppen am IPW, vgl. Wiedwald 1994, S. 281.

6 Vgl. Sievers 2002, S. 116–118 u. 120f.; Borgwardt/Eichholz 2002, S. 29, 37, 39, 45f., 51 u. 61.

7 Vgl. Borgwardt 2002, S. 101f.; Faulstich-Wieland 2006, S. 55f.; Povijač 2019, S. 75; Abels et al. 1998, S. 404.

8 Vgl. Sievers 2002, S. 122.

zug zu Frauen- und Geschlechterforschung angeboten wurden.<sup>9</sup> Im Haupt(fach)studium Politikwissenschaft war dieses Lehrangebot jedoch nur marginal vertreten, da die Veranstaltungen fast gänzlich über Lehraufträge abgedeckt wurden, Leistungsnachweise für die Übungen von Lehrbeauftragten aber in erster Linie für Nebenfachstudierende von Interesse waren.<sup>10</sup> Diese geringe personelle wie inhaltliche Kontinuität von Frauen- und Geschlechterforschung beschreibt Kahlert als verwunderlich, da sie am IPW grundsätzlich eine große Offenheit gegenüber feministischen Themen in der Lehre ausmacht, zu der auch das Engagement der Studentinnen seit den 1980er Jahren beigetragen habe.<sup>11</sup>

Dieses Engagement stelle ich hier in den Mittelpunkt der Betrachtung. In den späten 1970er Jahren beginnend, beleuchte ich zunächst die *Frauengruppe am Soz/Pol* und das *Projekt Frauengrundstudium* (1.), bevor ich auf die *Autonome Frauengruppe am IPW* (2.), das *Interdisziplinäre Feministische ♀♀-Plenum* (3.) sowie die studentischen *Gremienfrauen* (4.) eingehe. Anschließend soll das ab Mitte der 1990er Jahre aktive *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* (5.) betrachtet werden. Abschließend fasse ich die Ergebnisse zusammen und ordne sie in den breiteren Fachkontext ein (6.).

## 1. Die Frauengruppe am Soz/Pol und das Projekt Frauengrundstudium

In den 1970er Jahren waren am Hamburger IPW zwei Assistentinnen und immer wieder auch weibliche Lehrbeauftragte tätig, die Professoren hatten ausschließlich Männer inne.<sup>12</sup> Frauen waren zu dieser Zeit in erster Linie als Studentinnen am Institut vertreten.<sup>13</sup> Vor dem Hintergrund der Neuen Frauenbewegung und einer steigenden Anzahl an Studentinnen entstand an der Universität Hamburg 1975 zunächst eine AStA-Frauengruppe.<sup>14</sup> Ab 1976 bildeten sich zudem an vielen Fachbereichen der Universität Hamburg studentische Frauengruppen.<sup>15</sup> Auch in den Sozialwissenschaften entstand in dieser Zeit

9 Vgl. Kahlert 1996, S. 53.

10 Vgl. ebd., S. 54. Lehrbeauftragte durften in der Regel nur Übungen durchführen – diese Lehrveranstaltungen waren für Hauptfachstudierende jedoch lediglich im Grundstudium Schein-relevant. Hauptseminare zu politikwissenschaftlicher Frauen- und Geschlechterforschung waren dagegen seltener vertreten: Vom Wintersemester 1984/85 bis zum Sommersemester 1998 wurden am IPW zu diesem Themengebiet 30 Übungen gegenüber von 10 Hauptseminaren angeboten, vgl. Kahlert 1998, S. 8f.

11 Vgl. Kahlert 1996, S. 54f.

12 Vgl. Sievers 2002, S. 111 u. 114.

13 Vgl. ebd., S. 111.

14 Vgl. Zimmermann 2020, S. 304.

15 Vgl. Povijač 2019, S. 75; FSR Sozialwissenschaften, AStA der Universität Hamburg, Erstsemester-Broschüre zum Wintersemester 1980/81, 09.10.1980, S. 14.

eine Gruppe: die *Frauengruppe Soz/Pol* (für Soziologie und Politologie), die 1978 aus ca. 10 bis 15 Frauen bestand. Die *Frauengruppe Soz/Pol* gründete sich im Laufe eines Studierendenstreiks im Wintersemester 1977/78 und war anfangs eine Arbeitsgruppe des Fachschaftsrates Sozialwissenschaften (FSR).<sup>16</sup> Über das Verhältnis zum FSR gab es jedoch innerhalb der Frauengruppe ihrer Beschreibung nach »heftige Diskussionen« und die Gruppe überlegte auch, »daß wir autonom sein wollen, das heißt nichts anderes als unabhängig und eigenständig«<sup>17</sup>. 1978 schrieben die Frauen über ihre Ziele. Sie wollten

»nicht vereinzelt sondern zusammen daran arbeiten, daß Frauen sich nicht mehr als schutzbedürftig und schwach ansehen, sondern ihre »persönlichen« Probleme (z.B.: Probleme mit dem Freund, Schiß, Auto zu fahren, im Seminar Angst, etwas zu sagen, sich durchzusetzen....) als gerade eben nicht individuell erkennen zu [sic!] lernen. Bei unseren Plenumsitzungen haben wir festgestellt, daß wir uns meistens wniiger [sic!] zutrauen als unseren Freunden oder sonstigen männlichen Bekannten (z.B. das Autofahren), wodurch dann wieder der kleine (ewige) Minderwertigkeitskomplex genährt werden kann (wer bin ich schon, ich kann noch nicht einmal...).«<sup>18</sup>

Ziel scheint damit zunächst vor allem eine gemeinsame Auseinandersetzung mit der eigenen Position als Frau an der Universität und in der Gesellschaft und weniger eine Beschäftigung mit feministischen Perspektiven auf fächerspezifische Leerstellen oder Themen gewesen zu sein. Die *Frauengruppe Soz/Pol* versuchte ab 1978 jedoch auch, sich mit Frauen aus dem Lehrkörper zu vernetzen und ein Frauenseminar am Fachbereich zu organisieren. Hierfür begannen ihre Mitglieder, sich stärker mit einzelnen Themenbereichen zu beschäftigen, wie Gewalt gegen Frauen, geschlechtsspezifischer Sozialisation und Sexualität.<sup>19</sup>

Die Gruppe wollte insbesondere auch der Isolation von Frauen an der Universität entgegenwirken und zudem einen Rahmen schaffen, um »neue Wege zu suchen, als Frau in dieser Gesellschaft leben zu können«<sup>20</sup>. Im Sommersemester 1981 veranstaltete die Gruppe – hier unter dem Namen *Frauengruppe am Soz/Pol* – einen »Frauenklönabend«. Frauengruppen würden dabei eine »Möglichkeit zum Kennenlernen, Klönen, Diskutieren der Unisituation und zur Selbst-

16 Vgl. FSR Sozialwissenschaften, Zeitschrift zur Orientierungseinheit für Erstsemester Soz/Pol im Wintersemester 1978/79, 1978, S. 30.

17 Ebd.

18 Ebd., S. 30f., Hervorhebung im Original.

19 Vgl. ebd., S. 31.

20 Ebd.

erfahrung«<sup>21</sup> bieten. Informationen veröffentlichte die Gruppe über ein »Frauenbrett«, das im Treppenhaus des Fachbereichsgebäudes, dem *Pferdestall*, hing.<sup>22</sup> Die Gruppe stellte sich zudem regelmäßig in den Zeitschriften zu den Orientierungseinheiten für Erstsemester vor. 1981 beschrieb die *Frauengruppe am Soz/Pol* dabei die Situation am Fachbereich mit diesen Worten:

»In den Seminaren (mit meist über 50 Teilnehmern) findest du selten Anleitungen zum selbstständigen Arbeiten, geschweige denn Selbstverwirklichung. Oft redet nur der Prof. und eine Handvoll »superschlaue« Kommilitonen. Natürlich sagt dir hier an diesem »fortschrittlichen« Fachbereich keiner, Frauen seien dumm o.ä. Dennoch ist eine subtile Unterdrückung der Studentinnen aufgrund ihrer Sozialisation (Erziehung, Umweltbeeinflussung u.ä.) vorhanden. An der Uni wird »wissenschaftlich«, d.h. theoretisch, abstrakt, [sic!] objektiv und praxisfern, gearbeitet. Frauen kommen darin weder als Subjekt noch als Objekt vor. Im Gegensatz zu Frauen lernen Männer oft schon in ihrer Kindheit zu objektivieren und kommen daher meist besser zurecht.«<sup>23</sup>

Zudem kritisierten sie, dass Frauen fast ausschließlich als »Putzfrauen« oder Sekretärinnen und kaum als Dozentinnen oder Professorinnen an der Universität vertreten seien. Die genannten Umstände würden häufig zu einem Studienabbruch oder einem Rückzug der Studentinnen in ihr Privatleben führen.<sup>24</sup>

Im Wintersemester 1981 schrieb die *Frauengruppe am Soz/Pol* zu ihren Beweggründen, sich in einer autonomen Frauengruppe zu organisieren, sei

»doppelt notwendig: einmal, um die von uns selber angeeigneten fesselnden Strukturen/Gefühle gemeinsam bekämpfen zu können, zum anderen, um Kriterien zu entwickeln [sic!], an denen wir Theorien bzw. deren Erklärungsversuche prüfen und um aktiv für unsere Interessen eintreten zu können.«<sup>25</sup>

Auf der Suche nach anderen Seminarformen und Wissenschaftsansätzen organisierte die *Frauengruppe am Soz/Pol* hierzu Frauen-

21 FSR Sozialwissenschaften, Zeitschrift zur Orientierungseinheit für Erstsemester Soz/Pol im Sommersemester 1981, 1981, S. 34.

22 Vgl. FSR Sozialwissenschaften, Zeitschrift zur Orientierungseinheit für Erstsemester Soz/Pol im Wintersemester 1978/79, 1978, S. 30f. Einen Überblick zur Namensgeschichte und Entwicklung des Fachbereichsgebäudes bieten die Ausstellungstafeln zur Gebäudegeschichte auf S. 240–253 in diesem Band.

23 FSR Sozialwissenschaften, Zeitschrift zur Orientierungseinheit für Erstsemester Soz/Pol im Sommersemester 1981, 1981, S. 33.

24 Vgl. ebd., S. 33f.

25 FSR Sozialwissenschaften, Zeitung zur Orientierungseinheit für Erstsemester Soz/Pol im Wintersemester 1981/82, 1981, S. 21f.

seminare.<sup>26</sup> Im Wintersemester 1979/80 führte die Gruppe zum ersten Mal ein solches Frauenseminar durch, welches sie gemeinsam mit Frigga Haug in der Soziologie anbot.<sup>27</sup> In das Seminar wurden Vertreterinnen verschiedener »Richtungen der Frauenbewegung« eingeladen, etwa aus radikal-feministischen Strömungen und Frauenzentren, der bürgerlichen Frauenbewegung, dem sozialistischen Feminismus sowie der sozialistischen Frauenpolitik (zum Beispiel in Studierendenverbänden).<sup>28</sup> Dies sollte dazu dienen, Strategien zur Frauenbefreiung zu analysieren und auf ihre Nützlichkeit hin zu prüfen, ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten sowie eine Zusammenarbeit zu fördern.<sup>29</sup> Zudem wollten die Seminarteilnehmerinnen »Daten über die Unterdrückung der Frauen zusammentragen, die uns unter anderem auch bei der Beurteilung der verschiedenen Strategien helfen sollen« und »verschiedene theoretische Erklärungsansätze für das Entstehen der »Männerherrschaft« diskutier[en]«<sup>30</sup>.

Aus dem Seminar ging das *Projekt Frauengrundstudium* hervor, ein überregionales autonomes Frauenprojekt (hauptsächlich jedoch von Hamburgerinnen und Berlinerinnen), das von der Frauenredaktion des Argument-Verlags getragen wurde.<sup>31</sup> So schrieb die *Frauengruppe am Soz/Pol* 1981, sie hätte zusammen mit Frauen aus Marburg und Berlin aus dem Seminar ein Projekt gemacht und 1980 gemeinsam ein Studienheft<sup>32</sup> herausgegeben,

»in dem wir unsere Erfahrungen und Erkenntnisse weitergeben wollen, gedacht als Leitfaden für Frauenseminare. Unser Projekt heißt Frauengrundstudium (FGS), wir wollen den Dingen auf den Grund gehen. Dem Bild »Wissenschaft ist ein Tisch mit vielen Büchern und womöglich noch ein Mann dahinter« setzen wir unsere Ansprüche entgegen. Wir wollen die Wissenschaft nutzbar machen, für uns, für den Kampf gegen Frauenunterdrückung, sozusagen mit wissenschaftlichen Mitteln die Frauenbewegung vorantreiben. Wir wollen gute Wissenschaftlerinnen werden, um bessere Kämpferinnen zu werden. Um eingreifend verändern zu können, haben wir in den Seminaren und parallel dazu in Arbeitsgruppen begonnen, uns Grundlagen anzueignen. Da wir in bestimmten gesellschaftlichen Strukturen leben, und die Unterdrü-

26 Vgl. FSR Sozialwissenschaften, Zeitschrift zur Orientierungseinheit für Erstsemester Soz/Pol im Sommersemester 1981, 1981, S. 33f.

27 Vgl. FSR Sozialwissenschaften, Zeitung zur Orientierungseinheit für Erstsemester Soz/Pol im Wintersemester 1981/82, 1981, S. 21f.

28 Vgl. Projekt Frauengrundstudium 1983, S. 61f.

29 Vgl. ebd., S. 61ff.

30 Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 244, Hamburger Uni Frauen-Zeitung Nr. 1, undatiert, S. 5.

31 Vgl. Frauenredaktion im »Argument«/Projekt Frauengrundstudium 1982, S. 2.

32 Siehe Projekt Frauengrundstudium 1983, S. 62.

ckungsformen vielfältig sind, müssen wir mehr über die ökonomischen und ideologischen Verhältnisse wissen, darüber, wie sich Menschen in vorgefundene Strukturen hineinentwickeln [sic!].«<sup>33</sup>

Die Gruppe beschäftigte sich im Zuge dessen thematisch mit der Sozialisation von Mädchen, der Geschichte der Familie und Sexualität. Die Frauen verstanden sich hierbei gleichzeitig als »Forschungs- subjekt und -objekt, indem wir unsere eigenen Erfahrungen miteinander beiziehen und z.B. Geschichten schreiben«<sup>34</sup>.

Das *Projekt Frauengrundstudium* wollte Frauen die Möglichkeit bieten, sich neben dem fachspezifischen Studium Grundlagen anzueignen, »die notwendig sind, um ein Studium gemäß den eigenen Interessen zu strukturieren«<sup>35</sup>. Dies sollte sie auch dazu befähigen, sich wirksam für die Frauenbewegung einsetzen zu können. Das Projekt verfolgte zudem den Anspruch, Wissenschaft zu demokratisieren und »massenhaft zu betreiben, verleugnet dabei aber nicht, daß wir dafür auch das Wissen und den Erfahrungsvorsprung der ausgebildeten und kompetenten Wissenschaftlerinnen brauchen«<sup>36</sup>. In einem Prozess gleichzeitigen Lernens und Lehrens sollten hierarchische Strukturen dabei langfristig aufgebrochen und Kompetenzen demokratisiert werden.<sup>37</sup>

Zur Begründung des Frauengrundstudiums führte die Projektgruppe den insgesamt geringen Anteil von Professorinnen und lehrenden Frauen in den Sozialwissenschaften an. Der Standpunkt der Frauen sei daher in Wissenschaft und Forschung kaum vertreten.<sup>38</sup> Frauen seien bislang weder als Subjekt noch als Objekt in der Wissenschaft präsent, so die Gruppe Anfang der 1980er Jahre. Eine »Wissenschaft von Menschen«, die Frauen nicht berücksichtige, konnte aus ihrer Sicht jedoch keine Wissenschaft sein.<sup>39</sup> Die Mitglieder der Projektgruppe stellten dementsprechend die Anforderung an die Wissenschaft, »in ihr als Frauen vor[zukommen«<sup>40</sup>. Die naheliegende, aber nicht ausreichende Forderung sah die Gruppe in Lehrstühlen für Frauen. Da die diesbezügliche Erhöhung des Frauenanteils jedoch Jahrzehnte dauern würde, müssten sie die Veränderung ihres Studiums selbst »von unten« organisieren.<sup>41</sup> Ihr Ziel

33 FSR Sozialwissenschaften, Zeitung zur Orientierungseinheit für Erstsemester Soz/ Pol im Wintersemester 1981/82, 1981, S. 24f.

34 Ebd., S. 25.

35 Projekt Frauengrundstudium 1983, S. 2.

36 Frauenredaktion im »Argument«/Projekt Frauengrundstudium 1982, S. 2.

37 Vgl. ebd.

38 Vgl. Projekt Frauengrundstudium 1983, S. 3.

39 Vgl. ebd.

40 Frauenredaktion im »Argument«/Projekt Frauengrundstudium 1982, S. 8.

41 Vgl. Projekt Frauengrundstudium 1983, S. 3.

war es, die »Misere der Wissenschaft [zu] überwinden und gleichzeitig die Frauenbefreiung auf wissenschaftliche Füße [zu] stellen«<sup>42</sup>. Der Projektgruppe ging es dabei insbesondere darum, Handlungsmöglichkeiten zu gewinnen.<sup>43</sup> Wissenschaftliche Theorien hätten aus ihrer Sicht nur dann einen »praktischen Sinn«, wenn sie dazu beitragen, gesellschaftliche Verhältnisse zu »durchschauen« und zu verändern.<sup>44</sup>

Im Sinne dieser Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten sollten in den Seminaren – um »das Gelernte umzusetzen und in die bestehenden Frauendiskussionen einzugreifen«<sup>45</sup> – auch Aktionen wie Informationsstände, Leser\*innenbriefe, Rezensionen zu »Frauenbüchern« oder Wandzeitungen vorbereitet werden. Die Seminare waren selbstorganisiert und sollten u.a. die Möglichkeit bieten, in den Bereichen eigene Forschung zu betreiben, in denen die bisherige wissenschaftliche Auseinandersetzung aus ihrer Sicht an Grenzen stieß. Im Vordergrund standen dabei für das Projekt insbesondere zwei Forschungsgebiete: das der sozialen Erfahrung und die Geschichte der bürgerlichen Kleinfamilie, »weil dies zwei Elemente sind, die uns in unserer »Frauwerdung« bestimmen und uns deshalb Aufschluß geben über uns und unsere Eingriffsmöglichkeiten«<sup>46</sup>. Das Projekt ging davon aus, dass sich kapitalistische und patriarchalische Unterdrückungsstrukturen überlagern und daher etwa auch eine Bearbeitung des »Widerspruchs zwischen Kapital und Lohnarbeit« den »Widerspruch zwischen Mann und Frau« nicht auflöse.<sup>47</sup> Ihren Standpunkt definierte die Projektgruppe dabei als feministisch-sozialistisch bzw. später auch als marxistisch-feministisch.<sup>48</sup>

Die Ergebnisse des Projekts wurden 1980 bis 1988 in vier Studienheften u.a. unter Mitwirkung von Frigga Haug im Argument-Verlag veröffentlicht.<sup>49</sup> Zumindest für die ersten beiden Studienhefte im Jahr 1980 und 1982 lässt sich eine Mitarbeit von Frauen aus der *Hamburger Frauengruppe am Soz/Pol* eindeutig feststellen. In den Studienheften beschäftigte sich das *Projekt Frauengrundstudium* u.a. mit dem Verhältnis von Staat und Ideologie, Staat und Familie sowie Frauen und Ökonomie, Politischer Ökonomie, Ideologietheorie, Kritischer Psychologie, Moral sowie der Situation von Frauen

---

42 Ebd., S. 4.

43 Vgl. ebd., S. 4f.

44 Vgl. ebd., S. 5.

45 Ebd.

46 Ebd., S. 6.

47 Vgl. Frauenredaktion im »Argument«/Projekt Frauengrundstudium 1982, S. 4f.

48 Vgl. ebd., S. 5; Projekt Frauengrundstudium 1984, S. 2.

49 Siehe Projekt Frauengrundstudium 1983; Frauenredaktion im »Argument«/Projekt Frauengrundstudium 1982; Projekt Frauengrundstudium 1984; Projekt Frauengrundstudium 1988.

an Universitäten. Im Vordergrund standen dabei insbesondere die sozialen Erfahrungen von Frauen und die Methode des Schreibens von Erinnerungsgeschichten. Diese Geschichten dienten der Projektgruppe als empirisches Material, um ihre Alltagserfahrungen aus einer anderen Perspektive zu analysieren und »zugleich verallgemeinerbare Elemente [zu] gewinnen als weitere Bausteine für eine weibliche Sozialisationstheorie, in der wir als handelnde Subjekte vorkommen«<sup>50</sup>. Ausgehend von den Erinnerungen und alltäglichen Erlebnissen jeder einzelnen sollten die Geschichten u.a. eine »Theoretisierung unseres Alltags leisten, damit wir nicht gefangen bleiben in unseren vielfältigen Erfahrungen und Widersprüchen«<sup>51</sup>. Die Frauen des Projekts sahen im Schreiben von Geschichten eine Möglichkeit, den Gegensatz zwischen Theorie (in die sie ihre Erfahrungen einbringen wollten) und ihren Erfahrungen (die sie theoretisieren wollten) aufzulösen.<sup>52</sup>

Langfristig war geplant, das Grundlagenstudium des Projekts im Rahmen der regulären Studiengänge anrechenbar zu machen.<sup>53</sup> Hierzu schrieb das *Projekt Frauengrundstudium* im ersten Studienheft:

»Es ist auch widersprüchlich, weil wir zugleich selbstorganisiertes Studium vorschlagen und seine Institutionalisierung, seine Verankerung zumindest mit Hilfe von Lehraufträgen. die [sic!] Widersprüchlichkeit ist eine in den Verhältnissen. Selbstbestimmtheit inmitten von Fremdbestimmung, das bedeutet auch, daß wir Selbstvergesellschaftung erst lernen müssen. Wir treten daher zugleich mit dem Wunsch auf, alles selbst zu machen und mit dem, einen Platz in der Gesellschaft und also auch in ihren Institutionen einzunehmen.«<sup>54</sup>

Die *Frauengruppe am Soz/Pol* berichtete 1981, sie hätte vorläufig in jedem Semester einen Lehrauftrag zur Verfügung gestellt bekommen, über dessen Inhalt sie selbst entscheiden konnte.<sup>55</sup> Im Wintersemester 1981 planten die Frauen ihr fünftes Seminar, »leider immer noch als Lehrauftrag und bisher ohne Schein«<sup>56</sup>. 1982 schrieb die Projektgruppe im zweiten Studienheft, dass sie in der Hamburger Soziologie »mittlerweile einen Kettenlehrauftrag – der automatisch jedes Semester wieder verlängert wird – erkämpft [haben], der be-

50 Frauenredaktion im »Argument«/Projekt Frauengrundstudium 1982, S. 21.

51 Ebd., S. 15.

52 Vgl. ebd., S. 3f., 11ff. u. 21.

53 Vgl. Projekt Frauengrundstudium 1983, S. 2.

54 Ebd., S. 1.

55 Vgl. FSR Sozialwissenschaften, Zeitung zur Orientierungseinheit für Erstsemester Soz/Pol im Wintersemester 1981/82, 1981, S. 24.

56 Ebd.

zahlt wird und für den wir Dozentin und Inhalt selber bestimmen können«<sup>57</sup>. Im Institutsrat des Instituts für Soziologie forderte die *Frauengruppe am Soz/Pol* im Februar 1981 auch die Möglichkeit, eine freie Stelle als ›Wanderlehrstuhl‹ nutzen zu können, was sie jedoch – im Gegensatz zu dem Kettenlehrauftrag – nicht durchsetzen konnte.<sup>58</sup> Für den kontinuierlichen Lehrauftrag wurde (informell bzw. über eine Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Lehrkörpers) eine Scheinvergabe durch die jeweiligen Veranstalterinnen ermöglicht.<sup>59</sup> Der Lehrauftrag bestand auch nach Auflösung der *Frauengruppe am Soz/Pol* fort. So schreibt Borgwardt im Jahr 2002:

»Bis in die Gegenwart wird der Lehrauftrag auf Vorschlag der Studierenden vergeben und sichert so, inzwischen beim Schwerpunkt ›Sozialisation, Erziehungsinstitutionen und Geschlechterforschung‹ angesiedelt, den Mindestbestand von einem Frauenseminar pro Semester. Das ist ein Novum am FB 05 [Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften, P.C.].«<sup>60</sup>

Somit konnten Seminare des Frauengrundstudiums (zum Teil informell anrechenbar) über Lehraufträge an das reguläre Hamburger Studium angebunden werden, waren dabei allerdings nicht in der Politikwissenschaft, sondern am Institut für Soziologie angesiedelt.

Inspiziert von der Idee des Hamburger Frauengrundstudiums wurde im Frühjahr 1987 eine ›Feministische Universität‹ gegründet, »um zusammen mit allen interessierten Frauen einen Ort für autonom bestimmte Lernzusammenhänge zu schaffen, in denen wir Lehrende und Lernende zugleich sind«<sup>61</sup>. Unter dem Motto ›Wir wollen eine Feministische Universität – deshalb gründen wir sie jetzt‹ schlossen sich hierzu Studentinnen und Ehemalige aus der *Hochschule für Wirtschaft und Politik* (HWP) und verschiedenen Fachbereichen der Universität Hamburg zusammen.<sup>62</sup> Eine der Organisatorinnen (die auch bereits im *Projekt Frauengrundstudium* aktiv war) problematisierte bei einer Vorstellungsveranstaltung zur Feministischen Universität, dass sich im Zuge der Frauenbewegung zu wenig kritisch mit bestehenden Theorien und den dominierenden wissenschaftlichen Methoden auseinandergesetzt und eigenes Wissen an-

57 Frauenredaktion im »Argument«/Projekt Frauengrundstudium 1982, S. 8.

58 Vgl. Borgwardt 2002, S. 101.

59 Vgl. ebd.

60 Ebd., S. 101f.

61 Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 240, Veranstaltungsflyer der Feministischen Universität für das Wintersemester 1987/88; vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 240; Jurkovic 1987.

62 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 240, Selbstdarstellung der Feministischen Universität, »Wir wollen eine FEMINISTISCHE UNIVERSITÄT – deshalb gründen wir sie jetzt«, 04.04.1987.

geeignet worden sei.<sup>63</sup> Die Feministische Universität sollte hier – angelehnt an die Idee des Hamburger Frauengrundstudiums – einen Freiraum für die Wissensaneignung fernab vom Druck des »männlerdominierten etablierten Wissenschaftsbetrieb[s]«<sup>64</sup> bieten. Das Hamburger Frauengrundstudium gebe es zwar noch, allerdings nur an der Universität. Im Rahmen der Feministischen Universität sollte das Wissen vermittelt werden, um – wie es auf der Vorstellungsveranstaltung ausgedrückt wurde – den »Palast der männlichen Wissenschaft eines Tages zu stürmen«<sup>65</sup>. Im Wintersemester 1987/88 wurden dabei z.B. Seminare zu literarischen Utopien von Frauen, feministischer Literaturkritik, Fraueninteressen, wissenschaftlichem Arbeiten und Kritischer Psychologie, neuen (Computer-)Technologien und damit zusammenhängenden Perspektiven für Frauen sowie eine Kapital-Lesegruppe veranstaltet.<sup>66</sup>

## 2. Die Autonome Frauengruppe am IPW und die Fällt-Studie

Im Wintersemester 1985/86 gründete sich am Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften (FB 05)<sup>67</sup> eine weitere Frauengruppe – die *Autonome Frauengruppe am Institut für Politische Wissenschaft in Hamburg*.<sup>68</sup> Die Gruppe bestand 1987 aus ca. sechs bis zehn Haupt- und Nebenfachstudentinnen der Politischen Wissenschaft und beschrieb sich selbst als »undogmatisch feministisch, kritisch, autonom«<sup>69</sup>. Sie wandte sich gegen den »Trugschluß, daß die Erfolge der Frauenbewegung und der ›neue Männer-Touch‹ der Alt 68 und Folgegeneration sich schon irgendwie positiv und von selbst an der Uni niedergeschlagen hätten«<sup>70</sup>. Die Frauen schrieben, sie hätten »keine Lust mehr auf ›Männer‹themen, das Herumärgern mit

63 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 240; Jurkovic 1987.

64 Ebd.

65 Ebd.

66 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 240, Veranstaltungsflyer der Feministischen Universität für das Wintersemester 1987/88.

67 Das IPW war Teil des Fachbereichs Philosophie und Sozialwissenschaften (FB 05). Schon das Seminar für Sozialwissenschaften (aus dem das IPW im Jahr 1977 hervorging) war ab 1969 zusammen mit dem Philosophischen Seminar und dem Psychologischen Institut an einem Fachbereich angesiedelt, bis die Psychologie ihn im Jahr 1974 verließ, vgl. Fachbereich Sozialwissenschaften o.J.; Borgwardt et al. 2002, S. 8. Der Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften bestand in dieser Form von 1974 bis ins Jahr 2000, als auch die Philosophie ging und die kriminologische Sozialforschung hinzukam, vgl. Borgwardt et al. 2002, S. 8; Borgwardt/Eichholz 2002, S. 16.

68 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 484, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungsverzeichnis SoSe 1988, 1988, S. 42.

69 Schlütter 1987a, S. 4.

70 Nies et al. 1987, S. 2.

lauter lehrenden Männern und dem theoretischen wie praktischen Ausschluß unseres Geschlechts aus der ›Wissenschaft‹<sup>71</sup>.

Zur Gründungsgeschichte der Autonomen Frauengruppe erinnerte sich 1998 ein Mitglied der Gruppe rückblickend in einem Interview, dass Mitte der 1980er Jahre »ein von Frigga Haug veranstaltetes Seminar in der Psychologie oder Soziologie zu einem feministischen Thema statt[ fand]« und sich dabei »eine Gruppe von Soziologinnen und Politologinnen zusammen[ fand], die das Seminar als gänzlich abtörend weil zu dogmatisch empfand«<sup>72</sup>. Alternative Seminarangebote für eine Auseinandersetzung mit feministischer Theorie habe es jedoch zu dieser Zeit kaum gegeben. Einige Jahre zuvor führte dasselbe Gruppenmitglied als Ausgangspunkt ihrer Initiative zudem die Teilnahme an einem Frauenseminar am Institut für Soziologie im Wintersemester 1985/86 an:

»Eine Gruppe von vier Frauen kritisiert heftig den Ablauf des eben besuchten Frauenseminars ›Wie lernen Frauen?‹, selbstredend besteht aber Einigkeit über generelle Notwendigkeit von noch viel mehr Seminaren für Frauen und von Frauen. Positive Erfahrungen, die an anderen Unis mit weiblichen [sic!] Lehrpersonal gemacht wurden, werden ausgetauscht und rufen unterdrückte Wünsche wach.«<sup>73</sup>

Das Frauenvorlesungsverzeichnis aus dem Wintersemester 1985/86 legt nahe, dass es sich bei dem erwähnten Seminar um die in der Soziologie angesiedelte Lehrveranstaltung »Doof geboren ist keine oder Wie haben wir Frauen das Lernen gelernt« von Niehoff und Zürn, die beide Teil des Projekts Frauengrundstudium waren, handelte.<sup>74</sup> In ihrem Seminar zu der Fragestellung, wie Frauen lernen und sich Theorien aneignen, sollten mit der Methode der Erinnerungsarbeit Lern- und Sozialisationstheorien im Hinblick auf ihre Aussagekraft überprüft werden. Als Literaturgrundlage dienten die Argument-Studienhefte zum Frauengrundstudium.<sup>75</sup>

Aus Unzufriedenheit mit dem Ablauf des Frauenseminars und der Situation am Institut für Politische Wissenschaft, an dem zu diesem Zeitpunkt zwar 30% der Studierenden weiblich gewesen seien, es aber nur eine lehrende Frau und keine einzige Professorin gegeben habe, kam die Gruppe zu dem Fazit:

»Es müssen mehr Frauen als Lehrende ans IPW. Wir träumen davon, daß sie den Wissenschaftsbluff boykottieren, neue Themen und femi-

---

71 Ebd.

72 Zwingel 1998a, S. 3.

73 Schlütter 1987a, S. 4.

74 Vgl. Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung 1985, S. 8.

75 Vgl. ebd.

nistische Aspekte einbringen und als Identifikationsmöglichkeiten für Studentinnen einfach da sind.«<sup>76</sup>

Die Möglichkeit, mehr Frauen als Lehrende am IPW zu etablieren, schätzte die *Autonome Frauengruppe* jedoch als schlecht ein. In den Hamburger Sozialwissenschaften sei eher mit Stellenstreichungen zu rechnen und erst Anfang der 1990er Jahre würden zwei Professuren frei, wobei die Gruppe eher eine Streichung befürchtete, als von einer Neubesetzung auszugehen.<sup>77</sup> Die Frauen sahen daher nur auf der Ebene der Lehrbeauftragten eine Chance für zeitnahe Veränderungen. 1987 saßen nach eigenen Angaben der Gruppe drei der Frauen im Institutsrat des IPW (eine als Haupt- und zwei als Stellvertreterinnen) und konnten in dem Gremium darüber mitentscheiden, wer einen Lehrauftrag erhielt. Sie suchten nach weiblichen Lehrbeauftragten, die die für einen Lehrauftrag nötigen Qualifikationen<sup>78</sup> erfüllten, wobei sie unter anderem von der Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung mit Vorschlägen unterstützt wurden.<sup>79</sup> Die Gruppe schrieb, sie habe anfangs wenig Zeit gehabt, um sich intensiver mit den Frauen und ihrer thematischen Ausrichtung und Arbeit auseinanderzusetzen – sie versuchte erst einmal, geeignete Frauen zu finden.<sup>80</sup>

Als erschwerend erwiesen sich hierbei aus Sicht der Gruppe auch die geringe Vergütung von Lehraufträgen sowie eine lange Vorlaufzeit für ihre Beantragung. Die *Autonome Frauengruppe* schrieb über ihre Ausgangssituation im Institutsrat bezüglich der Vergabe von Lehraufträgen zudem:

»Die Praxis der Bewilligung von L.a. [Lehraufträgen] läuft generell so, daß die Interessierten an die Profs herantreten oder, daß diese ihre Kandidaten ansprechen, so daß sich die männerdominierten Strukturen immer wieder selbst reproduziert haben. Bisher hatte fast jeder Prof die Chance einen bezahlten L.a. zu vergeben, was normalerweise bedeutet, wenn ein Prof seinen Kandidaten pusht, dann reden ihm die anderen nicht rein und fordern von ihm für ihren Kandidaten ebenfalls Zustimmung. Dieses Verfahren gilt zumindest für die im Hinblick auf »Qualifikation« unstrittigen Fälle. Deshalb waren wir gezwungen uns zu überlegen, wie wir die Profs dazu bringen könnten, daß sie unsere

---

76 Schlütter 1987a, S. 4, Hervorhebungen entfernt PC.

77 Vgl. ebd., S. 4f.

78 D.h. eine abgeschlossene Promotion, die Arbeit an einer dem Kursthema entsprechenden Promotion oder langjährige praktische Erfahrungen, vgl. ebd., 5.

79 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 240, Brief von Gisela K. an Hildegard K. vom 18.06.1986; Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 240, Briefe von Gisela K. an Claudia V. vom 23.04.1987 und 19.12.1986, Betreff Potentielle Lehrbeauftragte Politologinnen/Soziologinnen.

80 Vgl. Schlütter 1987a, S. 5.

Vorschläge auch gegen ihre eigenen Präferenzen unterstützen würden. Wobei es nicht darum ging und geht, daß sie nicht auf Vorschläge reagieren, sondern daß Entscheidungen gefällt werden müssen zwischen ihrem Kandidaten und unserer Kandidatin.«<sup>81</sup>

Um vor diesem Hintergrund ihre Forderungen nach einer Vergabe von mehr Lehraufträgen an Frauen zu untermauern, beschloss die Gruppe, mit den Professoren Interviews zur Situation der Frauen am IPW zu führen.<sup>82</sup> Sie erwarteten, dass die Professoren am IPW sich dabei »alle als ›frauenfreundlich‹ darstellen und empfinden würden (so nach dem Motto: ›Wir als Linke, Liberale, Humanisten etc.‹)«<sup>83</sup>. Neben der Möglichkeit, die Aussagen der Professoren im Institutsrat zu verwenden, wollte die Gruppe auch erfahren, wie die Professoren selbst ihre Rolle und die Situation von Frauen am IPW einschätzten. Anfangs plante die *Autonome Frauengruppe*, die Interviews in ihrer ursprünglichen Form zu veröffentlichen, jedoch sei ihnen »schnell klar [geworden], daß diese Ergüsse es verdienten umfassender gewürdigt zu werden«<sup>84</sup>. 1987 veröffentlichte sie daher eine Analyse der Interviews und der Situation am IPW: die *Fällt-Studie*<sup>85</sup> mit dem Untertitel »10 Artikel, die begründen, warum Frauen Schluß machen müssen mit der Herrlichkeit im Wissenschaftsbetrieb«.

In einem der Artikel beobachtet Hildegard Klinkert, dass die Professoren in den Interviews kaum fachliche Qualifikationsanforderungen an wissenschaftlich arbeitende Frauen stellten, jedoch wiederholt emotionale Erwartungen äußerten, die an ein traditionelles Frauenbild erinnern würden, wobei Frauen etwa eine »klima-verändernde« Rolle im Wissenschaftsbetrieb zugeschrieben oder in ihnen ein »mildernder Umstand« zu der Konkurrenz unter den Professoren gesehen wurde.<sup>86</sup> Klinkert vermutet vor diesem Hintergrund, die Professoren würden »nicht bereit sein, diejenigen Frauen in ihren Kollegenkreis aufzunehmen, die ihr Konkurrenzdenken und männliches Kooperationsverhalten zerstören könnten« – etwa, indem diese Frauen die »Mechanismen der Männer anzuwenden wissen«<sup>87</sup>. Klinkert zufolge »erfreu[t]en sich die Professoren an der angenehmen Rolle, die jene Kollegin spielt, die in Wirklichkeit in unserem Fall nicht existiert«<sup>88</sup> und hoben gleichzeitig die Ängstlich-

---

81 Ebd.

82 Vgl. ebd., S. 6.

83 Ebd.

84 Ebd.

85 Nies et al. 1987.

86 Vgl. Klinkert 1987, S. 7f. u. 10.

87 Ebd., S. 10.

88 Ebd., S. 8.

keit von Studentinnen in Seminaren hervor. Neben einer Karriere in der Wissenschaft sahen einige Professoren zudem für Frauen auch die »Alternative«, sich für »Kinder, Küche, Kirche« und die Hausfrauenrolle zu entscheiden, worin Klinkert einen weiteren subjektiven Ausschluss von Frauen aus einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe ausmacht.<sup>89</sup>

In einem der anderen Artikel sieht Andrea Nies, dass sich diese Zuschreibung einer Zuständigkeit wissenschaftlich arbeitender Frauen für das Sozialklima auch darin wiedergefunden habe, wie die Professoren in den Interviews die Unterrepräsentanz von Frauen erklärten.<sup>90</sup> Geschlechtsspezifische Unterschiede und Herangehensweisen im wissenschaftlichen Arbeiten seien dabei zum einen »über das gängige und mehrfach angeführte Erklärungsmuster (prä-, früh- und andere Sozialisation)«<sup>91</sup> hergeleitet worden, zum anderen sieht Nies in den Erklärungsansätzen einiger Professoren auch biologistische Argumentationsweisen.<sup>92</sup> Ein Professor sei einerseits der Ansicht gewesen, dass Frauenförderung Frauen diskriminieren würde, da man ihnen keine Intelligenz zutraue und habe andererseits zugleich in Bezug auf eine »these in der soziobiologie«<sup>93</sup> angeführt, dass Frauen generell eine schlechtere Fähigkeit zu abstraktem Denken hätten als Männer – was für Nies zeigt, »wie wandlungsfähig sich diese begrifflichkeit »intelligenz« erweist und der männlichen ausgrenzungs-ideologie dient«<sup>94</sup>. Feministische Wissenschaft sei zudem von einem anderen Professor mit den Worten als unsinnig kommentiert worden, er könne sich schwer vorstellen, »daß sozusagen die weiblichen ganglionzellen [sic!] anders konstruiert sind als die männlichen«<sup>95</sup>. Nies macht darüber hinaus die Tendenz aus, Unterschiede in der Seminargestaltung als rein persönliche darzustellen, womit aus ihrer Sicht »geschlechtsspezifische herangehensweisen, speziell die weibliche sicht, zumindest neutralisiert, wenn nicht gar negiert werden«<sup>96</sup>.

Die *Autonome Frauengruppe* bezog sich in ihren Interviews auch auf die 1985 an der Universität Hamburg in Kraft getretene Frauenförderrichtlinie und fragte die Professoren, ob ihnen die Richtlinie bekannt sei und was sie davon hielten.<sup>97</sup> Diese Richtlinie zielte auf

---

89 Vgl. ebd., S. 9.

90 Vgl. Nies 1987, S. 11.

91 Ebd., S. 12, Kleinschreibung im Original.

92 Vgl. ebd., S. 14f.

93 Ebd., S. 15, Kleinschreibung im Original.

94 Ebd., Kleinschreibung im Original.

95 Ebd., Kleinschreibung im Original.

96 Ebd., S. 11, Kleinschreibung im Original.

97 Vgl. Nies et al. 1987, S. 41; Müller 1987; zur Einführung der Richtlinie siehe Borgwardt/Eichholz 2002, S. 30ff.

eine Erhöhung des Frauenanteils am wissenschaftlichen Personal und den Abbau der Überrepräsentation von Männern ab.<sup>98</sup> Mit der Frauenförderrichtlinie befasst sich zum Beispiel Christiane Müller in ihrem Artikel in der *Fällt-Studie*. Zur Frage nach Qualifikationskriterien in Berufungskommissionen führt sie dabei etwa einige Ausschnitte aus den Interviews mit den Professoren an, die aus ihrer Sicht verdeutlichen, »daß es hier in erster Linie auf eigene Interessen der Zusammenarbeit ankommt und nicht so sehr auf die Fachqualifikation«<sup>99</sup>. Darüber hinaus geht Müller in ihrem Beitrag auch auf einen vorläufigen Entwurf vom 20. Mai 1987 zur Verschärfung der Frauenförderrichtlinie ein und stellt dar, was eine Umsetzung der geforderten Maßnahmen im Hinblick auf das IPW konkret bedeutet hätte. Sie erwähnt hierbei unter anderem die öffentliche Ausschreibung aller Stellen, die Besetzung von Berufungskommissionen mit mindestens 50% Frauen sowie die Möglichkeit, Berufungsverfahren bei Verstößen gegen die Frauenförderrichtlinien zu stoppen. Zudem nennt sie die 50%ige Quotierung aller Stellen des wissenschaftlichen Hilfspersonals, der besoldeten Lehraufträge und der Tutorien, eine Anpassung der Qualifikationskriterien an weibliche Karriereverläufe sowie eine Halbierung aller bestehenden Professuren, »um qualifizierten Frauen die Möglichkeit zu geben, die Hälfte eines Lehrstuhls zu erhalten und den Studentinnen die Möglichkeit der Identifikation gegeben ist«<sup>100</sup>.

Die endgültige zweite Fassung der Frauenförderrichtlinie trat schließlich am 6. Mai 1988 in Kraft und verpflichtete die Fachbereiche zur Ernennung einer oder eines eigenen Frauenbeauftragten.<sup>101</sup> Hatte der Fachbereichsrat auf die Entwurfsfassungen der Frauenförderrichtlinie von 1985 noch mit dem Beschluss reagiert, dass eine Befassung mit den Richtlinienentwürfen angesichts von Einsparungen und Stellensperrungen »müßig« sei, unterstützte der Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften die zweite Fassung der Richtlinie diesmal einstimmig und wählte am 27. Januar 1988 bereits vor der behördlichen Genehmigung und dem Inkrafttreten der Richtlinie die Sozialhistorikerin Prof. Dr. Marie-Elisabeth Hilger zur ersten Frauenbeauftragten.<sup>102</sup> Darüber hinaus verabschiedete der

---

98 Siehe Borgwardt/Eichholz 2002, S. 34, 30f. Die Einführung einer universitätseigenen Frauenförderrichtlinie wurde u.a. vom Netzwerk Hamburger Hochschulfrauen angeregt und der damalige Universitätspräsident Peter Fischer-Appelt begrüßte das Anliegen. 1984 war zudem bereits eine Richtlinie zur Frauenförderung im Öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg in Kraft getreten, was die Universität unter einen »gewissen Zugzwang« setzte, vgl. ebd., S. 30.

99 Müller 1987, S. 24.

100 Ebd., S. 26; vgl. ebd., S. 25f.

101 Vgl. Borgwardt/Eichholz 2002, S. 36 u. 39.

102 Vgl. ebd., S. 31f., 39. Auch vor dem Hintergrund allgemeiner Sparpolitik wurden

Fachbereichsrat am 6. Juli 1988 einen eigenen Frauenförderplan<sup>103</sup>, mit dem er der Frauenbeauftragten am FB 05 eine im universitären Vergleich recht starke Rolle ermöglichte, wenngleich Frauenforschung hierbei nicht als Ziel verankert und insofern eine an die universitätsweite Richtlinie angelehnte Trennung von Personalpolitik und Frauen- und Geschlechterforschung beibehalten wurde.<sup>104</sup> Als Grund für das schnelle Vorgehen des Fachbereichsrats bei der Wahl einer eigenen Frauenbeauftragten führen Borgwardt und Eichholz u.a. einen entsprechenden Antrag der »im Juli 1987 auf Initiative der studentischen Gremienfrauen am IPW eingerichtete[n] »Kommission zur Frauenförderung und Erhöhung des Frauenanteils am wissenschaftlichen Personal«<sup>105</sup> an, dem der Institutsrat des IPW folgte. Diese Kommission bestand Sievers zufolge aus zwei studentischen Vertreterinnen, einem Professor sowie einer Privatdozentin und befasste sich mit der Umsetzung des Frauenförderplans.<sup>106</sup> Das von Borgwardt und Eichholz beschriebene schnelle Vorgehen bei der Etablierung einer fachbereichseigenen Frauenbeauftragten kann somit auch auf das Engagement von Studentinnen zurückgeführt werden. Da die *Autonome Frauengruppe* am IPW 1987 in der *Fällt-Studie* berichtet, dass sie im Institutsrat aktiv war und Müller in ihrem bereits angesprochenen Artikel unter anderem auch die Einrichtung einer Kommission als umgehend umzusetzende Maßnahme erwähnt, halte ich es an dieser Stelle allerdings für wahrscheinlicher, dass die Kommission auf Initiative dieser Gruppe entstanden sein könnte und nicht aufgrund der erst zu einem späteren Zeitpunkt gegründeten Gruppe der Gremienfrauen.<sup>107</sup> Abschließend klären lässt sich dies anhand der mir vorliegenden Quellen jedoch nicht.

Zur Einweihung des neu renovierten *Pferdestalls* überreichte die *Autonome Frauengruppe* den Professoren feierlich ihre Interviewmanuskripte und verlieh ihnen am 2. Juli 1987 in ihrer Abwesenheit den »Oskar aus der Mülltonne« für ihren »Sprachmüll«.<sup>108</sup> Über diese »Oskar-Verleihung« an die Professoren berichteten auch verschiedene

---

allerdings durchaus Stellenbesetzungen vorgenommen (darunter neun in der Sitzung des Fachbereichsrats, in der jener Beschluss zur Nichtbefassung mit der Frauenförderrichtlinie von 1985 gefasst wurde), vgl. ebd., S. 32. Borgwardt und Eichholz vermuten als Gründe für diese »Protestnote« gegen die von der Universitätsleitung und dem Akademischen Senat ausgehende Initiative neben der Kritik an den für den FB 05 besonders nachteiligen Sparauflagen u.a. auch die Angst vor einem Autonomieverlust des Fachbereichs, vgl. ebd., S. 32f.

103 Die beiden universitätsweiten Frauenförderrichtlinien sahen die Möglichkeit vor, sie durch fachbereichseigene Frauenförderpläne zu ersetzen, sofern diese der Richtlinie gleichkamen und vom Akademischen Senat geprüft worden waren, vgl. ebd., S. 41.

104 Vgl. ebd., S. 41ff.

105 Ebd., S. 39.

106 Vgl. Sievers 2002, S. 115.

107 Vgl. Schlütter 1987a, S. 5; Müller 1987, S. 26.

108 Vgl. Schlütter 1987b, S. 20; Scheub 1987.

Zeitungen.<sup>109</sup> Trotz der teils recht polemischen Analyse der Aussagen ihrer Professoren hat die Veröffentlichung der *Fällt-Studie* den Frauen nicht persönlich geschadet oder einen Eklat verursacht.<sup>110</sup> Sie wurde sogar in einer zweiten Auflage publiziert und nach Angaben der Gruppe zum Teil auch in Lehrveranstaltungen verwendet.<sup>111</sup> Die später gegründete Frauengruppe *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* schrieb darüber hinaus, dass es einer als Feministin bekannten Studentin noch in den 1990er Jahren passieren konnte, »daß ein Mitglied des Lehrkörpers, mit dem frau gerade in eine frauenpolitische Diskussion vertieft war, in einem Nebensatz die *Fällt-Studie* erwähnte«<sup>112</sup>.

Im Sommersemester 1987 und im Wintersemester 1987/88 beantragte die *Autonome Frauengruppe* nach eigenen Angaben jeweils die Vergabe von zwei Lehraufträgen an Frauen, zu den Themen »Frauen in der Politik«, »Angst und Partizipation in der Debatte über Alternativen der Sicherheitspolitik«, »Militär und Politik in Südeuropa« und »Redemokratisierung in Lateinamerika«<sup>113</sup>. Die Gruppe schrieb hierzu, dass sie sich nicht »in eine ›Frauen-Ecke‹ = Reservat abdrängen [...] lassen« wolle und der Ansicht sei, dass es im Hinblick auf jedes Thema eine Herangehensweise gebe, die »insofern feministisch ist, als daß sie die bisher zumeist einfach ausgelassenen, ausgegrenzten Positionen von Frauen thematisiert«<sup>114</sup>. Zugleich würden sie sich aber auch über Themenvorschläge freuen,

»die ganz explizit ein Stück in Richtung feministische Wissenschaft gehen und mit dem Unfug der geschlechtsneutralen Wissenschaft aufräumen. Daß wissenschaftliche Tätigkeit interessengeleitet ist, gehört angeblich zum Selbstverständnis progressiver Wissenschaftler (Frankfurter Schule, Positivismus-Streit), was zur Folge haben müßte, daß der eigene Standpunkt des Wissenschaftlers mit hinterfragt und einbezogen werden muß. Keine Spur mehr von dieser Erkenntnis zeigen die Herren Wissenschaftler jedoch, wenn es dann darum geht, ihr »wissenschaftliches Tun« im Kontext patriarchaler Herrschaftsinteressen (von denen sie wohl oder übel auch profitieren) unter Einbeziehung ihrer eigenen Position zu hinterfragen.«<sup>115</sup>

---

109 Vgl. Sievers 2002, S. 118.

110 Vgl. Zwingel 1998a, S. 4.

111 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 484, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungsverzeichnis SoSe 1988, 1988, S. 42.

112 Zwingel 1998a, S. 3.

113 Nies et al. 1987, S. 21.

114 Schlütter 1987b, S. 18.

115 Ebd., S. 18f.

Für die Zukunft wünschte sich die Gruppe verstärkt Lehraufträge, die sich kritisch mit Wissenschaftstheorie, dem Wissenschaftsbetrieb, patriarchal geprägten Wissenschaftsverständnissen, »männlich konstituierten« wissenschaftlichen Kategorien und dem Geschlechterverhältnis auseinandersetzen.

Zu den Ergebnissen ihrer Arbeit im Institutsrat schrieb ein Mitglied der Gruppe, dass auch eine »Verselbständigungstendenz« sichtbar sei und die Professoren mehr Frauen für Lehraufträge vorschlagen würden.<sup>116</sup> Darüber hinaus wird in den Frauenvorlesungsverzeichnissen berichtet, dass das IPW im Sommersemester 1988 auf Initiative der Gruppe gleich fünf Lehraufträge an Frauen vergab.<sup>117</sup> Zudem entwickelten sich – als Antwort auf die Kritik der Frauen, dass es im Hauptstudium nicht möglich sei, zu feministischen Themen zu studieren, da Lehrbeauftragte nur im Grundstudium Scheine vergeben konnten – einzelne Hauptseminare zu feministischen Inhalten, wie z.B. das Seminar »Gibt es eine feministische (Politik-) Wissenschaft?« von Prof. Dr. Joachim Raschke im Sommersemester 1988.<sup>118</sup> Einige Studentinnen begleiteten diese Seminare in Kooperationen mit den Professoren auch inhaltlich mit, was sie aus ihrer Sicht einerseits zum Teil ungewollt in eine Expertinnenrolle drängte, ihnen andererseits aber auch die Möglichkeit gab, sensible Themenbereiche selbst zu behandeln.<sup>119</sup>

Innerhalb der Gruppe gab es teils unterschiedliche Ansichten darüber, wie wichtig ihnen die inhaltliche Ausrichtung der weiblichen Lehrbeauftragten war und welcher Weg der sinnvollste sei. Zur Debatte standen hier z.B. ein »Marsch durch die Institutionen«, eine Änderung der Qualifikationsanforderungen für Stellenbesetzungen und die Erfolgsaussichten ihres Versuchs, über den Institutsrat mit der Vergabe von Lehraufträgen an Frauen Veränderungen zu bewirken, eine Nische abseits der Universität, reine Frauenseminare und Druck durch den Aufbau einer breiten Basis von unterstützenden Studentinnen.<sup>120</sup> Ebenso diskutierten die Frauen über das bereits im vorangegangenen Kapitel erwähnte Projekt der »Feministischen Unik«, die aus ihrer Sicht den Versuch darstellte, Gegenstrukturen abseits der Universität aufzubauen und dann gestärkt »wieder in

---

116 Vgl. ebd.

117 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 484, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungsverzeichnis SoSe 1988, 1988, S. 42.

118 Vgl. Zwingel 1998a, S. 4; für weitere siehe Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 484, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungsverzeichnis SoSe 1988, 1988, S. 16.

119 Vgl. Zwingel 1998a, S. 4.

120 Vgl. Nies et al. 1987, S. 32ff.

die Uni reinzugehen«<sup>121</sup>. Diese Strategie traf in der Gruppe auf Zustimmung, aber – so ergänzte eine der Frauen – »im gleichzeitigen Prozeß sollen Frauen als Lehrende in die Uni rein!«<sup>122</sup>.

### 3. Das Interdisziplinäre Feministische ♀♀-Plenum

Im Übergang zu den 1990er Jahren verstärkten sich Borgwardt und Eichholz zufolge die ›dünnen Traditionslinien‹ feministischer Initiativen und Gruppen – zu denen sie auch die *Autonome Frauengruppe der Fällt-Studie* zählen – und es bildete sich etwas Neues heraus.<sup>123</sup> Ab dem Ende der 1980er Jahre »verdichtete sich für Frauen am FB 05 die Wahrnehmung, dass dem Status quo ein gender bias zu eigen war, und sie verstanden sich bewusster als Frauen«<sup>124</sup>. Die ›universitäre Frauenfrage‹ entwickelte sich dabei auch zu einem der Schwerpunkte des Studierendenstreiks von 1988/89.<sup>125</sup> Aus Protest gegen die Sparvorgaben, welche den Hochschulen vom Hamburger Senat auferlegt wurden, besetzten die Studierenden am 12. Dezember 1988 den *Pferdestall*, wodurch sich die bereits an anderen deutschen Universitäten entstandene Streikbewegung auch nach Hamburg ausbreitete. Während des Streiks von 1988/89 entstand ein Zusammenschluss von Frauen aus unterschiedlichen Fachbereichen: das *Interdisziplinäre Feministische ♀♀-Plenum*. Die *Autonome Frauengruppe der Fällt-Studie* hatte dabei eine prägende Rolle inne und war in das Plenum integriert.<sup>126</sup> Ihre Aktionen während des Streiks waren für die Gruppe insbesondere durch ihre Parole ›Schluß mit Herrlicher Wissenschaft‹ bestimmt.<sup>127</sup> Dies zeigte sich auch auf der Demonstration aller Hamburger Hochschulen am 14. Dezember 1988, bei der ein an der Spitze gehender ›Frauenblock‹ ein Transparent mit der Aufschrift ›Schluß mit HERRlicher Wissenschaft‹ trug.<sup>128</sup>

Das *Interdisziplinäre Feministische ♀♀-Plenum* schrieb, dass für ihre Gruppe, die begonnen habe, »die Mechanismen der Herrschaftswissenschaft und der gesellschaftlichen Machtinstanzen als Instrumente des Patriarchats, wie Hierarchie, Diskriminierung und Unterdrückung bis hin zu Repression zu entlarven«, eine »feminis-

121 Ebd., S. 33.

122 Ebd.

123 Vgl. Borgwardt/Eichholz 2002, S. 44f.

124 Ebd., S. 44.

125 Vgl. ebd., S. 45.

126 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 485, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), *Hamburger Frauenvorlesungsverzeichnis SoSe '89, 1989*, S. 10, 63 u. 65.

127 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 240, *Interdisziplinäres Feministisches ♀♀-Plenum*, undatiert, S. 1.

128 Vgl. Borgwardt/Eichholz 2002, S. 45. Eine Abbildung hiervon ist auf eine der Ausstellungstafel zur Studierendengeschichte auf S. 312 in diesem Band abgedruckt.

tische Orientierung auf allen Ebenen essentiell notwendig«<sup>129</sup> sei. Hierzu müssten

»die gesamtgesellschaftlichen, d.h. die im Produktions- und Reproduktionsbereich entstandenen Verhältnisse Gegenstand einer geschlechtsspezifischen Forschung werden. Die Analyse der Realität muß aus der Perspektive beider Geschlechter erarbeitet werden mit dem Ziel einer menschengerechten und geschlechts gleichwertigen Entwicklung.«<sup>130</sup>

Aus dem Prinzip der Eigenverantwortlichkeit heraus wollte die Gruppe dabei an der »Umsetzung von feministischen Erkenntnissen und Schwerpunkten in allen Bereichen des Studiums sowie der Gesellschaft«<sup>131</sup> arbeiten.

Im Laufe des Streiks richtete das *Interdisziplinäre Feministische ♀♀-Plenum* im 1. Stock des *Pferdestalls* einen Frauenraum ein.<sup>132</sup> Der Frauenraum entwickelte sich zum Zentrum und Symbol »einer Art feministischer Subkultur am Fachbereich«<sup>133</sup>. In diesem Raum veranstaltete das *♀♀-Plenum* vom Sommersemester 1989 bis zum Sommersemester 1991 autonome Seminare. Thematisch wurde unter anderem zu Feministischer Theorie, Gen- und Reproduktionstechnologie, Matriarchatsforschung, dem Verhältnis von Frauen und Staat, der Rolle von Frauen in der Bevölkerungspolitik und einer historischen Spurensuche nach Frauen in den Sozialwissenschaften gearbeitet.<sup>134</sup> In ihrem Veranstaltungstext zum autonomen Seminar »Frau und Staat« schrieben die Frauen im Sommersemester 1989 dabei zum Beispiel:

»Ausgehend von der Politik des Aristoteles wollen wir uns durch die ersten antiken Staatskonzeptionen bis hin zu den neuzeitlichen vortasten und die darin festgeschriebene Stellung der Frau herausarbeiten, Vergleiche ziehen, diese männlichen Ordnungssysteme auf ihre Bedeutung für uns hinterfragen und ihnen die realen Verhältnisse, auch und insbesondere die, in denen Frauen lebten, gegenüberstellen. Eine weitere Möglichkeit wäre auch, diese patriarchalen Staatsentwürfe mit

129 Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 240, Interdisziplinäres Feministisches ♀♀-Plenum, undatiert, S. 1.

130 Ebd.; vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 485, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Hamburger Frauenvorlesungsverzeichnis SoSe '89, 1989, S. 63 u. 65.

131 Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 240, Interdisziplinäres Feministisches ♀♀-Plenum, undatiert, S. 1.

132 Vgl. ebd.

133 Borgwardt/Eichholz 2002, S. 45.

134 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 485, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Hamburger Frauenvorlesungsverzeichnis SoSe '89, 1989, S. 63f. Für eine exemplarische Übersicht der Seminartitel siehe S. 312 in diesem Band.

literarischen Utopien von Frauen und weiblichen Organisationsformen in der Geschichte zu vergleichen.«<sup>135</sup>

Hier zeigt sich die Tendenz, auch gezielt Theorien und zentrale Begriffe des eigenen Fachs aus einer feministischen Perspektive zu analysieren und im Hinblick auf ihre Einbeziehung von Frauen zu beleuchten.

#### 4. Die Gremienfrauen

Zumindest auf Ebene des Fachbereichs schienen Studentinnen laut Borgwardt und Eichholz vor dem Wintersemester 1988/89 nur wenig an der akademischen Selbstverwaltung beteiligt gewesen zu sein.<sup>136</sup> Dies änderte sich mit dem Unistreik von 1988/89, als am Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften zeitweise ausschließlich Frauen die Studierendenschaft in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung, d.h. in den Institutsräten (mit Ausnahme des Institutsrats Philosophie) und im Fachbereichsrat vertraten.<sup>137</sup> Diese sich selbst als *Gremienfrauen* bezeichnende Gruppe wollte damit »ein Gegengewicht zu den männlich dominierten Uni-Realitäten [herstellen]«<sup>138</sup>. Von Seiten der Lehrenden seien Frauen nur vereinzelt Teil der Institutsräte und des Fachbereichsrats gewesen, schrieben die

---

135 Ebd., S. 12.

136 Vgl. Borgwardt/Eichholz 2002, S. 45.

137 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 487, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungs-Verzeichnis SoSe '94, 1994, S. 95. Die Entstehungszeit dieser Frauengruppe wird dabei unterschiedlich angegeben: Borgwardt und Eichholz verorten die Etablierung der Gremienfrauen ebenfalls im Laufe dieses Studierendenstreiks, auch wenn sie zugleich schreiben, dass erst seit dem Wintersemester 1989/90 ausschließlich Frauen die Studierendenschaft vertraten und an anderer Stelle bereits in Bezug auf den Juli 1987 von einer »Initiative der studentischen Gremienfrauen am IPW« sprechen, vgl. Borgwardt/Eichholz 2002, S. 39 u. 46. In einem Interview mit einigen Gremienfrauen wird dagegen erst 1990 als Zeitpunkt der ersten Frauenliste angegeben, vgl. Zwingel 1998b, S. 27. Ich folge hier der Selbstdarstellung der Gremienfrauen in den Frauenvorlesungsverzeichnissen und gehe davon aus, dass es sie unter dem Namen Gremienfrauen und als fachbereichsumspannende Gruppe ab dem Studierendenstreik von 1988/89 gab und die Frauen, die Borgwardt und Eichholz im Juli 1987 im Zusammenhang mit dem Institutsrat des IPW erwähnen, vermutlich eher der *Autonomen Frauengruppe* um die *Fällt-Studie* zuzurechnen sind. Inwieweit es Überschneidungen zwischen der *Autonomen Frauengruppe* und den Gremienfrauen gab oder erstere zu diesem Zeitpunkt noch im Institutsrat des IPW aktiv war, lässt sich anhand der mir vorliegenden Quellen nicht feststellen. Im Wintersemester 1989/90 scheint die Autonome Frauengruppe bzw. das *Interdisziplinäre Feministische ♀♀-Plenum* noch existiert zu haben, danach taucht die Gruppe jedoch nicht mehr in den Frauenvorlesungsverzeichnissen auf. Auch über den Frauenraum sind Berührungspunkte denkbar – so erinnert sich eine Gremienfrau später, dass die Gremienfrauen aus einer Gruppe entstanden, die sich im Frauenraum des *Pferdestalls* zusammenfand, vgl. ebd., S. 28.

138 Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 488, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungs-Verzeichnis WS 95/96, 1995, S. 93.

*Gremienfrauen* 1994.<sup>139</sup> Dadurch, dass die Studierenden hingegen ausschließlich von Frauen vertreten wurden, würden die Gremien die Zusammensetzung der Studierendenschaft besser repräsentieren.<sup>140</sup> Zudem sahen die *Gremienfrauen* darin auch eine Möglichkeit für Studentinnen, »sich mit anderen Frauen politisch auszuprobieren, zu engagieren und hinter die Unikulissen zu gucken«<sup>141</sup> und eine Chance für Frauen, »ihre Art und Fragestellung in der Hochschulpolitik einzubringen«<sup>142</sup>. Die Gruppe traf sich regelmäßig im Frauenraum des *Pferdestalls*, um sich über die Gremiensitzungen auszutauschen.<sup>143</sup>

Zu ihren Beweggründen schrieben die *Gremienfrauen* 1994 (und in ähnlicher Weise auch in den darauffolgenden Jahren):

»Die Lehrenden an unserem Fachbereich sind fast alle männlich, die Suche nach Autorinnen in den Literaturlisten ist meist vergeblich, Ausschreibungstexte werden häufig so formuliert, daß Frauen kaum Möglichkeiten haben sich zu bewerben, die Sprache und das Diskussionsverhalten in den Lehrveranstaltungen sind oftmals frauendiskriminierend, die Sicht- und Denkweisen der Wissenschaftsinhalte sind überwiegend an Männern orientiert usw. usw.«<sup>144</sup>

Diese Situation wollten sie mit einer ausschließlich aus Frauen bestehenden studentischen Vertretung in den Gremien zumindest ein Stück weit verändern. Die *Gremienfrauen* schrieben dabei, dass diese Sichtweise seit dem Unistreik von 1988/89 vom gesamten Fach-

139 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 487, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungs-Verzeichnis SoSe '94, 1994, S. 95.

140 Vgl. ebd.; Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1, Selbstdarstellung der Gremienfrauen, undatiert.

141 Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 487, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungs-Verzeichnis SoSe '94, 1994, S. 95.

142 Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 487, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungs-Verzeichnis WS 93/94, 1993, S. 90; vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1, Selbstdarstellung der Gremienfrauen (Korrekturvorgabe), Juni 1993.

143 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 487, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungs-Verzeichnis WS 93/94, 1993, S. 90.

144 Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 487, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungs-Verzeichnis WS 94/95, 1994, S. 99; vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 487, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungs-Verzeichnis SoSe '95, 1995, S. 88f.; Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 488, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungs-Verzeichnis WS 95/96, 1995, S. 93; Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 488, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungsverzeichnis SoSe '96, 1996, S. 89; Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 488, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungsverzeichnis WS 96/97, 1996, S. 86.

bereich getragen worden sei und es ihre Gruppe seitdem auf Beschluss einer Vollversammlung gebe.<sup>145</sup> Auf einer Vollversammlung am 8. November 1995 sei dieser Beschluss bestätigt worden.<sup>146</sup>

Das Selbstverständnis der *Gremienfrauen* veränderte sich im Laufe der Zeit und mit den verschiedenen ›Generationen‹ der Gruppe. Auch der Zusammensetzung als Frauengruppe wurde dabei unterschiedliche Bedeutung zugemessen. So fasste ein Mitglied der Gruppe in einem Interview die Diskussion von *Gremienfrauen* aus verschiedenen Generationen in den Worten zusammen:

»Hier scheint's zwei Fraktionen zu geben: Einerseits wir, die beiden ersten Generationen, wo man raushört: Hier sind wir, die Frauen, und wir machen jetzt etwas zusammen, und dabei *auch* Gremienarbeit. Auch wenn es bei mir nicht so ein explizit feministisches Ding war, war es doch so das Gefühl: Ich mache jetzt was mit meinen Frauen zusammen. In den nachfolgenden Generationen hat sich das umgedreht: Dieses Gremiending wurde wichtiger, und Frauenliste ›ist auch okay‹. Eigentlich ist es ein ganz erfolgreiches Unternehmen, wenn sich die Ausgangssituation ›normalisiert‹, und wenn heute Frauen sagen, ich will jetzt Gremienarbeit machen, ohne das auf ihr Frausein zu beziehen.«<sup>147</sup>

Die Frauen setzten sich dabei unter anderem für feministische Lehraufträge, den Erhalt des Frauenraums, Bibliotheksmittel für feministische Literatur sowie regelmäßige Sprechstundenzeiten der Professor\*innen in den Semesterferien ein und organisierten einen Frauen- und später einen Geschlechtertag bei den Orientierungseinheiten für Erstsemester.<sup>148</sup> 1990 erreichten die *Gremienfrauen* im Fachbereichsrat darüber hinaus eine Ergänzung des fachbereichseigenen Frauenförderplans, die »den Qualifikationsbegriff präzisierete, womit die Hoffnung verbunden war, die Chancen für Bewerberinnen zu erhöhen«<sup>149</sup>.

In diese Zeit fallen auch die ersten von Frauen besetzten Professuren am IPW. 1989 und 1990 bot Dr. Ute Schmidt als Gastprofessorin Veranstaltungen zu feministischen Themen an. Dies gab den Studierenden eine Möglichkeit, sich in ihrem Hauptstudium mit feministischen Themen zu beschäftigen und zudem von einer Frau

145 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 487, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungs-Verzeichnis WS 94/95, 1994, S. 99; Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1, Selbstdarstellung der Gremienfrauen, 01.07.1994.

146 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 488, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungsverzeichnis SoSe '96, 1996, S. 89.

147 Zwingel 1998b, S. 28, Hervorhebungen im Original.

148 Vgl. ebd., S. 28, 30 u. 32.

149 Borgwardt/Eichholz 2002, S. 51.

darin prüfen zu lassen.<sup>150</sup> 1991 wurde mit Prof. Dr. Christine Landfried schließlich die erste Professorin an das IPW berufen. Wenngleich ihre Arbeitsschwerpunkte in anderen Bereichen lagen, bot sie einzelne Seminare zu feministischen Themen an.<sup>151</sup> Zu einer frauenpolitischen Zusammenarbeit mit den *Gremienfrauen* kam es jedoch offenbar nicht.<sup>152</sup>

Eine der *Gremienfrauen*, die um 1994 aktiv war, berichtete über die Vorhaben und Erfolge ihrer *Gremienfrauen*-Generation:

»Wir haben uns am Anfang einige Ziele gesetzt. Das ist aus heutiger Sicht ganz lustig. Etwa: »Fortführung der Streikideen« von dem inzwischen fast vergessenen 93/94er Streik. Förderung und Stärkung der feministischen Wissenschaft am Institut. Verbesserung des Lehrangebots, Öffentlichkeitsarbeit am Institut. Zusammenarbeit mit anderen Gruppen. Und eigentlich haben wir sogar ziemlich viel davon verwirklicht. Die Fortführung der Streikideen natürlich nicht.«<sup>153</sup>

Auch wenn sich zu dieser Zeit nicht alle *Gremienfrauen* aus der Politikwissenschaft feministisch verortet hätten, sei es darüber hinaus auch ein Ziel ihrer Generation gewesen, feministische Lehraufträge durchzusetzen, was sie rückblickend als erfolgreich betrachtet. Zudem habe die Gruppe auch die Einrichtung eines Bibliotheksetats für die Anschaffung feministischer Literatur erreichen können.<sup>154</sup>

Demgegenüber berichtete eine *Gremienfrau* der ersten Generation um 1990 über das Selbstverständnis als feministische Gruppe:

»Wir hatten einen ganz klar feministischen Ansatz – das ist vielleicht ein Unterschied zu einigen anderen. Für uns war klar: Wir machen Gremienarbeit, weil wir feministische Politik machen wollen, nicht, weil wir Gremienarbeit machen wollen. Das waren zum Teil auch sehr radikale Positionen. Es war durchaus gang und gäbe zu sagen, wir wollen nur Politik für die Studentinnen machen, denn die Studenten haben sowieso jahrelang ihre Politik bekommen, die interessieren uns nicht. Wenn es z.B. um Stellenbesetzungen ging, hätte wohl keine gewagt, darüber zu diskutieren, ob man da jetzt auch einen Mann hinsetzen könnte. Weil der Ausgangspunkt war, auf alle freiwerdenden Stellen kommen Frauen.«<sup>155</sup>

Dieser Fokus auf eine Politik für Studentinnen schwächte sich in der zweiten und dritten Generation leicht ab und die *Gremienfrauen* ver-

---

150 Vgl. Sievers 2002, S. 118f.

151 Vgl. ebd., S. 119.

152 Vgl. Zwingel 1998b, S. 33f.

153 Ebd., S. 31.

154 Vgl. ebd.

155 Ebd., S. 30.

standen sich hier »*insbesondere* (>zweite Generation< bis Mitte der 90er Jahre)<< und »*auch* (>dritte Generation< in der zweiten Hälfte der 90er Jahre) als Interessenvertreterinnen der Studentinnen«<sup>156</sup>.

Zudem veränderte sich der Stellenwert einer reinen Frauenliste, der in der ersten Generation noch nicht zur Debatte stand, auch wenn auf die Anfangslisten mitunter einige Frauen nur als >Strohfrauen< aufgenommen wurden.<sup>157</sup> Eine Gremienfrau aus der Generation um 1994/95 berichtete, dass sie zwar auf einer Vollversammlung noch einmal durchgesetzt hätten, dass sie eine Frauenliste bleiben, dies aus ihrer Sicht aber auch einen Endpunkt darstellte und in der Zeit danach »Männer eben besser waren als leere Listen«<sup>158</sup>. Borgwardt und Eichholz sehen zudem die allgemeine Entpolitisierung der Studierendenschaft – einschließlich der Studentinnen – in dieser Zeit als Grund dafür an, dass die Tradition der *Gremienfrauen* auslief.<sup>159</sup> 1997 konnten nicht mehr alle Gremien ausschließlich mit Frauen besetzt werden, so dass die Gruppe entschied, die Gremienlisten teilweise wieder für Männer zu öffnen.<sup>160</sup> Diese Situation beschrieben die *Gremienfrauen* als Dilemma, das sie in eine Debatte über ihr »Selbstverständnis, die zurückliegende Zeit als reine Frauengruppe«<sup>161</sup> und ihre künftige Tätigkeit geführt habe.

Zu Beginn der 1990er Jahre vernetzten sich – initiiert von der Frauenbeauftragten Marie-Elisabeth Hilger – auch die Wissenschaftlerinnen am Fachbereich 05 auf >Wissenschaftlerinnenversammlungen< immer stärker.<sup>162</sup> Borgwardt und Eichholz schreiben, dass diese >Wissenschaftlerinnenversammlung< ab 1996 zu einer Frauenversammlung ausgeweitet wurde, »d.h. von nun an [...] auch studentische *Gremienfrauen* [teilnahmen]«<sup>163</sup>. Zwischen 1988 und 1994 erhöhte sich dabei »die Präsenz von Frauen im Wissenschaftsbetrieb merklich, so dass der FB 05 bereits in dieser Zeit im gesamtuniver-

---

156 Borgwardt/Eichholz 2002, S. 46, Hervorhebungen im Original.

157 Vgl. Zwingel 1998b, S. 35.

158 Ebd.

159 Vgl. Borgwardt/Eichholz 2002, S. 46.

160 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1, Selbstdarstellung der Gremienfrauen, 30.01.1997.

161 Ebd.

162 Vgl. Borgwardt/Eichholz 2002, S. 47.

163 Ebd., S. 61. Ab 1988 existierte am Fachbereich 05 zudem eine Kommission, die die Frauenbeauftragte unterstützte und auf Initiative der studentischen Vertreterinnen ab 1991 für alle Studentinnen, Professorinnen, Dozentinnen, Lehrbeauftragten sowie das Technische und Verwaltungspersonal offene Treffen zum aktuellen Stand der Frauenförderung am Fachbereich veranstaltete, vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 486, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Hamburger Frauenvorlesungs-Verzeichnis SoSe '92, 1992, S. 74. Die >Kommission zur Unterstützung der Frauenbeauftragten< führte Borgwardt und Eichholz zufolge jedoch langfristig eher ein Schattendasein, vgl. Borgwardt/Eichholz 2002, S. 42.

sitären Vergleich recht gut dastand«<sup>164</sup>. Borgwardt und Eichholz führen den Anstieg des Frauenanteils dabei auch darauf zurück, dass immer mehr Frauen – insbesondere Studentinnen – an den Auswahlkommissionen beteiligt waren und neu dazugekommene Professorinnen und Frauen aus dem Mittelbau in den Gremien mit über Personalentscheidungen abstimmen konnten.<sup>165</sup> Allerdings blieb zu diesem Zeitpunkt aus ihrer Sicht »das Durchbringen von Schülern, die traditionale Rekrutierung mit ihrem gender bias, ein dominanter Faktor der Personalauswahl«<sup>166</sup>. Eine Gremienfrau berichtete dementsprechend, dass ihrer Ansicht nach eine Stellenausschreibung etwa im Vorfeld passgenau auf den gewünschten Bewerber zugeschnitten wurde und sie häufig das Gefühl hätte, dass wichtige Entscheidungen über Stellenbesetzungen bereits vor den Gremiensitzungen getroffen wurden.<sup>167</sup>

## 5. Das Hamburger Politologinnen-Netzwerk

Einige der *Gremienfrauen* waren ebenfalls in einer weiteren Frauengruppe aktiv, die ab 1995 bestand – der Hamburger Regionalgruppe des *Netzwerks politikwissenschaftlich und politisch arbeitender Frauen*, oder kurz: dem *Hamburger Politologinnen-Netzwerk*.<sup>168</sup> Am 9. November 1994 fand ein Vernetzungstreffen für Frauen im Bereich Politikwissenschaft statt, das von Susanne Zwingel und Cilja Harders organisiert wurde. In ihrer Einladung an interessierte Lehrende, Studentinnen und Frauen außerhalb der Universität schrieben sie:

»Welche kennt es nicht, das alte Lied einsamer Feministinnen/Frauenforscherinnen in der Politikwissenschaft: feministische Theorien und Inhalte werden selten gelehrt, die Versorgung mit Büchern und Zeitschriften zum Thema ist dürrtig, von feministischen Professuren können wir nur träumen und zu allem Überfluß arbeiten wir isoliert und vereinzelt an der Uni, in Seminaren, in Betrieben oder in anderen Institutionen. Da hilft nur eins: Vernetzen, verbünden, austauschen, zusammenschließen!«<sup>169</sup>

Sie erwähnten dabei bereits einen möglichen Anschluss an das *Netzwerk politikwissenschaftlich und politisch arbeitender Frauen*

---

164 Ebd., S. 59.

165 Vgl. ebd., S. 51.

166 Ebd., S. 59.

167 Vgl. Zwingel 1998b, S. 36.

168 Vgl. ebd., S. 27.

169 Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1, Zwingel, Susanne/Harders, Cilja, An alle interessierten Frauen im Bereich Politikwissenschaft. Einladung zum Vernetzungstreffen, undatiert [1994].

oder den Arbeitskreis ›Politik und Geschlecht‹ in der *Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)*.<sup>170</sup>

Das *Netzwerk politikwissenschaftlich und politisch arbeitender Frauen* wurde 1991 parallel zu einer Ad-hoc-Gruppe gegründet, aus der im selben Jahr der Arbeitskreis ›Politik und Geschlecht‹<sup>171</sup> hervorging.<sup>172</sup> Die Idee, einerseits eine Ad-hoc-Gruppe (den späteren Arbeitskreis) innerhalb der DVPW und andererseits ein darüber hinausreichendes Netzwerk zu etablieren, ging auf eine Gruppe von Berliner Politologinnen zurück.<sup>173</sup> 1991 riefen sie auf einem Kongress der DVPW zur Gründung dieser zweiteiligen Organisationsstruktur auf, um Politologinnen sowie Frauen in der Politik durch eine Vernetzung zu stärken und das »randständige Dasein«<sup>174</sup> feministischer Politikwissenschaft zu überwinden. Die Initiatorinnen

»wollten einerseits die Vorteile einer Professionalisierung und Integration feministischer Zusammenhänge in bestehende Institutionen nutzen, andererseits forcierten sie auch die Einbindung in einen (frauen-) bewegungsbezogenen Kontext. Dies sollte die gleichstellungspolitischen Forderungen auf eine breite Mitgliederbasis stellen und deren Durchsetzungschancen verbessern. Außerdem sollte der Gefahr einer Akademisierung und Vereinnahmung durch den Anschluß an die DVPW begegnet werden.«<sup>175</sup>

Die Ad-hoc-Gruppe bzw. der Arbeitskreis nahm dabei vor allem eine Rolle als »Informations- und Anlaufstelle sowie Diskussionsforum innerhalb der DVPW«<sup>176</sup> ein, während das Netzwerk in dezentralen Regionalgruppen organisiert war und als Kontaktstelle allen Frauen aus der Politikwissenschaft oder der politischen Praxis auch jenseits einer universitären Anbindung offenstand.<sup>177</sup> Diese zweiteilige Struktur aus Netzwerk und Arbeitskreis sollte einen Austausch und die »Vernetzung zwischen politikwissenschaftlich und politisch arbeitenden Frauen in Wissenschaft, politischen Verbänden, Institutionen und Projekten« fördern und der »Männerdominanz sowohl in der

170 Vgl. ebd.

171 Die Ad-hoc-Gruppe ›Politik und Geschlecht‹ in der DVPW nahm bereits im Dezember 1991 den Status eines ständigen Arbeitskreises an, vgl. Abels et al. 1998, S. 401. Im Jahr 2020 wurde dieser Arbeitskreis ›Politik und Geschlecht‹ in die ›Sektion Politik und Geschlecht‹ umgewandelt, siehe: Sektion Politik und Geschlecht in der DVPW o.J.

172 Vgl. Abels et al. 1998, S. 401; Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 487, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungs-Verzeichnis SoSe '95, 1995, S. 89.

173 Vgl. Abels et al. 1998, S. 401; Biester 1992, S. 151.

174 Gründungspapier zu der Ad-hoc-Gruppe ›Politik und Geschlecht‹ in der DVPW und dem Netzwerk ›Frauen in politikwissenschaftlicher Forschung und Praxis‹, zitiert nach Biester 1992, S. 151.

175 Abels et al. 1998, S. 401.

176 Biester 1992, S. 151; vgl. Abels et al. 1998, S. 401.

177 Vgl. Abels et al. 1998, S. 401.

Politik als auch in der Politikwissenschaft«<sup>178</sup> entgegenwirken. In den 1990er Jahren nahm die Zahl der Beitritte von Frauen in die DVPW zu. Als Grund dafür gaben viele Frauen in einer Mitgliederbefragung die Aktivität des Arbeitskreises als wichtigen Grund an.<sup>179</sup> Zeitgleich etablierte sich – auch vor dem Hintergrund entsprechender Forderungen aus dem Arbeitskreis »Politik und Geschlecht« – eine Frauenförder- und Gleichstellungspolitik innerhalb der DVPW, in deren Zuge 1995 der *Ständige Ausschuss für Fragen der Frauenförderung* (StAFF)<sup>180</sup> eingerichtet wurde.<sup>181</sup>

Am 7. Februar 1995 schlossen sich die Frauen des Vernetzungstreffens nach einer längeren Gründungsphase auch in Hamburg zu einer Regionalgruppe des *Netzwerks politikwissenschaftlich und politisch arbeitender Frauen* zusammen.<sup>182</sup> Die Gruppe richtete sich insbesondere an Studentinnen der Politikwissenschaft und Frauen, die Politikwissenschaft studiert hatten, war jedoch offen für alle Frauen, die sich für eine Mitarbeit interessierten.<sup>183</sup> In ihrer Gründungsphase bestand die Hamburger Regionalgruppe aus zehn Frauen – von Studierenden im dritten Semester bis hin zu Lehrbeauftragten.<sup>184</sup> Neben der gegenseitigen Vorstellung und Diskussion ihrer Diplom-, Magister- und Hausarbeiten oder aktueller Arbeitsthemen nahmen einige Frauen aus der Gruppe 1995 an einer Tagung des Arbeitskreises »Politik und Geschlecht« teil und nutzten diese Gelegenheit auch zur Vernetzung.<sup>185</sup> Sie planten, zukünftig enger mit der Berliner Regionalgruppe zusammenzuarbeiten und nahmen sich darüber hinaus vor, »außeruniversitär politisch arbeitende Frauen auch mal in die Uni einzuladen, um mit uns zu diskutieren«<sup>186</sup>. Zudem wollten sie dem Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften – oder

178 Arbeitskreis Politik und Geschlecht in der DVPW o.J.

179 Vgl. Rudolph 1997, S. 17; Langer 1997, S. 28; Mülrath 1997, S. 20.

180 Seit 2016 Ständiger Ausschuss für Frauenförderung und Gleichstellung (AFG), siehe: Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft o.J.

181 Vgl. Langer 1997, S. 27.

182 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 487, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungs-Verzeichnis SoSe '95, 1995, S. 89.

183 Vgl. ebd.; Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 488, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungs-Verzeichnis WS 95/96, 1995, S. 94.

184 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 487, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungs-Verzeichnis SoSe '95, 1995, S. 89.

185 Vgl. ebd.; Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1, Selbstdarstellung des Politologinnen-Netzwerks, Regionalgruppe Hamburg, undatiert [1995].

186 Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 487, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungs-Verzeichnis SoSe '95, 1995, S. 89.

zumindest dem Hamburger IPW – »mit Frauen-power ein etwas anderes Gesicht geben«<sup>187</sup>.

Im Sommersemester 1995 organisierte die Hamburger Regionalgruppe des Politologinnen-Netzwerks zwei Veranstaltungen: eine Informationsveranstaltung zu sinnvollen Versicherungen unter dem Titel »Studentinnen, Akademikerinnen und das Labyrinth der Versicherungen« sowie eine Schreib- und Zukunftswerkstatt zum Thema »Wie müßte Politik sein, damit ich (Frau) mich darin wohlfühle?«. Die Frauen trafen sich dabei regelmäßig unter anderem im Frauenraum des *Pferdestalls* und veröffentlichten ihre Informationen über ein »Frauenbrett« im ersten Stock des Gebäudes sowie später auch online.<sup>188</sup>

Im Wintersemester 1995 wuchs die Gruppe auf 13 Frauen an. Einige von ihnen waren Studentinnen der Politikwissenschaft, andere hatten bereits ihre Promotion abgeschlossen.<sup>189</sup> Zu ihrer Motivation schrieben sie 1996:

»Unser Ziel ist es zum einen, feministische Politikwissenschaft am Fachbereich und möglichst auch darüber hinaus sichtbar zu machen, zum anderen sind wir aber auch gerne »unter uns«, d.h. wir sitzen zusammen und plaudern bzw. holen uns Rat und Unterstützung in nicht-nur-politikwissenschaftlichen Lebenskrisen.«<sup>190</sup>

Im Wintersemester 1995/96 organisierte die Gruppe eine Diskussionsveranstaltung mit Vertreterinnen der kurz zuvor gegründeten *Feministischen Partei – Die Frauen*.<sup>191</sup> In Kontakt mit der Berliner Gruppe des Netzwerks stehend, beteiligte sich die Hamburger Regionalgruppe ab 1996 zudem am »Politologinnen-Rundbrief«.<sup>192</sup>

---

187 Ebd.

188 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 488, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungs-Verzeichnis WS 95/96, 1995, S. 94; Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1, Selbstdarstellung des Politologinnen-Netzwerks, Regionalgruppe Hamburg, 29.07. [1997].

189 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 488, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungs-Verzeichnis WS 95/96, 1995, S. 94.

190 Ebd.; vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 488, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungsverzeichnis SoSe '96, 1996, S. 89; Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1, Selbstdarstellung des Politologinnen-Netzwerks, Regionalgruppe Hamburg, 25.01.1996.

191 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 488, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungsverzeichnis SoSe '96, 1996, S. 90; Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1, Selbstdarstellung des Politologinnen-Netzwerks, Regionalgruppe Hamburg, undatiert [1997].

192 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 488, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungsverzeichnis WS 96/97, 1996, S. 86.

Dieser Rundbrief wurde ab 1992 von der Berliner Regionalgruppe des Netzwerks *politikwissenschaftlich und politisch arbeitender Frauen* herausgegeben und sollte – auch über die Fachdisziplin hinaus – zum Austausch über feministisch-politologische Themen beitragen.<sup>193</sup> 1997 nahm der Politologinnen-Rundbrief die Form einer Fachzeitschrift an: der *femina politica – Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, die auch heute noch besteht. Zum Inhalt der *femina politica* gehörten damals unter anderem Informationsrubriken zu den Aktivitäten des Arbeitskreises »Politik und Geschlecht« und des *Politologinnen-Netzwerks*. Die Mitglieder der Hamburger Regionalgruppe berichteten dabei in den »Netzwerk-News« fortlaufend von ihren Aktivitäten und beteiligten sich etwa in Form von Rezensionen und Tagungsberichten regelmäßig an der Zeitschrift.

Eine der Frauen aus der Hamburger Regionalgruppe initiierte ab dem Sommersemester 1996 ein studentisches Forschungsprojekt zu dem Thema »Konflikte unter Frauen in der feministischen Gegenkultur« mit, an dem Studentinnen aus der Politikwissenschaft und der Soziologie beteiligt waren.<sup>194</sup> Das Projekt entstand aus dem (Frauen-) Seminar »Methoden politikwissenschaftlicher Frauenforschung« von Heike Kahlert im Wintersemester 1995/96 am IPW.<sup>195</sup> Darauf aufbauend bot die Lehrbeauftragte Heike Kahlert ab dem Sommersemester 1996 zusammen mit der Studentin und Mitglied des *Hamburger Politologinnen-Netzwerks* Delia Schindler zwei Seminare zu den Themen »Macht und Differenz in der feministischen Gegenkultur« und »Grundlagen qualitativer Sozialforschung« an.<sup>196</sup>

Das Seminar im Sommersemester 1996 wurde ebenfalls ausschließlich von Frauen besucht und war als Lehrforschungsprojekt konzipiert, »in dem es darum gehen sollte, die politischen Praxen zwischen Frauen in »alternativen« institutionellen Zusammenhängen zu erforschen«<sup>197</sup>. Dabei standen insbesondere demokratische und undemokratische Strukturen innerhalb der feministischen Gegenkultur im Vordergrund. Das Forschungsprojekt untersuchte dabei Machtmechanismen und Konflikte zwischen Frauen in sich selbst als autonom definierenden Frauenprojekten.<sup>198</sup> Zu ihrem Forschungsinteresse schrieben einige der Studentinnen in der *femina politica*:

---

193 Vgl. *Femina Politica* o.J.

194 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 488, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungsverzeichnis WS 96/97, 1996, S. 87f.

195 Vgl. Kahlert/Schindler 1997, S. 62.

196 Vgl. ebd., S. 62f.

197 Ebd., S. 62.

198 Vgl. Mittag et al. 1997, S. 72 u. 74.

»Wir waren auf der Suche nach dem *anderen* Umgang zwischen Frauen, nach der Art und Weise, wie ein feministischer Demokratiebegriff zu realisieren versucht wird. Autonome Frauenprojekte entstanden aus dem Anspruch, anders mit Macht umzugehen, womit eine bestimmte Vorstellung über Arbeitsorganisation, Gleichberechtigung (und Hierarchielosigkeit) verbunden ist. Funktioniert das? Wie wird mit Störungen, wie bspw. Konflikten, umgegangen? Wie passen Anspruch und Realität zusammen? Unterscheidet sich *das Andere* wirklich von *etablierten (männlichen/gemischten)* Zusammenhängen?«<sup>199</sup>

Hierzu führten die Frauen problemzentrierte Interviews durch, die von den Studentinnen auch über den Seminarkontext hinaus in einer autonomen »Forschungs-AG« bearbeitet wurden.<sup>200</sup> Über ihren Forschungsprozess veröffentlichten einige der Studentinnen zudem einen eigenen Artikel in der *femina politica*, da sie das von ihnen gewählte Auswertungsverfahren in der deutschen Politikwissenschaft als noch nicht angewandt ansahen und die Probleme und Überlegungen transparent machen wollten, die sich bei der Erhebung und Auswertung ergaben.<sup>201</sup> Die problemzentrierten Interviews kombinierten die Studentinnen des Forschungsprojekts dabei mit dem Forschungsstil der *Grounded Theory*.<sup>202</sup> An dieses Vorhaben knüpfte insbesondere das dritte Seminar im Wintersemester 1996/97 an. Es war kein reines Frauenseminar und konzentrierte sich thematisch auf Auswertungspraxis und *Grounded Theory*, wozu auch Teile der im vorangegangenen Seminar erarbeiteten Interviews analysiert wurden.<sup>203</sup>

Heike Kahlert und Delia Schindler schrieben 1997 zum Hintergrund der Seminare und des Forschungsprojekts, dass es am Hamburger IPW zwar eine »grundsätzliche rhetorische Offenheit« für feministische politikwissenschaftliche Ansätze und qualitative Forschungsmethoden gegeben habe, beide Themenfelder jedoch vor allem von weiblichen Lehrbeauftragten angeboten worden seien, die »semesterweise unterrichten, nicht prüfungsberechtigt sind und nur Leistungsnachweise ausstellen dürfen, die lediglich für das politikwissenschaftliche Grundstudium und für Nebenfachstudierende relevant sind«<sup>204</sup>. Sie sahen darin auch den Versuch, »der Frauenförderung in der Lehre genüge [sic!] zu tun«<sup>205</sup>. Möglicherweise unbeabsichtigt werde mit dieser Vergabep Praxis gleichzeitig

199 Ebd., S. 72, Hervorhebungen im Original.

200 Vgl. Kahlert/Schindler 1997, S. 62; Mittag et al. 1997, S. 72 u. 74.

201 Vgl. Mittag et al. 1997, S. 71.

202 Vgl. ebd., S. 77; Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1, Delia Schindler, Empirisches Forschungsprojekt, undatiert.

203 Vgl. Kahlert/Schindler 1997, S. 63.

204 Ebd., S. 61.

205 Ebd.

»ein diskursiver Zusammenhang von Geschlecht, feministischer Perspektive und Methodenwahl konstruiert, der sich auf der Vorurteilebene hartnäckig hält, empirisch für die Sozialwissenschaften bisher aber nicht eindeutig belegt werden konnte«<sup>206</sup>.

Genau genommen, so Kahlert und Schindler weiter, würden Methodologien und Methoden in der Politikwissenschaft generell vernachlässigt und weitestgehend der Soziologie überlassen.<sup>207</sup> Entsprechend hatte Delia Schindler 1996 bereits an anderer Stelle problematisiert, dass es am IPW auch insgesamt eine ungenügende Methodenausbildung gebe und qualitative Sozialforschung – »da »unwissenschaftlich««<sup>208</sup> – trotz offenkundigem studentischen Bedarf insbesondere zu qualitativen Interviews nicht gelehrt oder unterstützt werde.<sup>209</sup> Das Forschungsprojekt setzte aus ihrer Sicht genau an dieser Leerstelle an, indem sich die Studierenden diese Methoden selbst beibrachten.<sup>210</sup>

Neben dieser Auseinandersetzung mit problemzentrierten Interviews und *Grounded Theory* beschäftigte sich die Hamburger Regionalgruppe auch mit poststrukturalistischen Herangehensweisen und insbesondere Dekonstruktion als Methode. Am 26. Juni 1997 veranstaltete das *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* einen Vortrag mit Encarnación Gutiérrez Rodríguez zu dem Thema »Dekonstruktion und politische Praxis aus feministischer Perspektive« und organisierte am darauffolgenden Tag eine Schreibwerkstatt für Frauen mit Claudia Lenz zur Umsetzbarkeit von Dekonstruktion in politische Praxis.<sup>211</sup> Im Veranstaltungsflyer zu der Schreibwerkstatt schrieb die Gruppe:

»Anknüpfend an den Vortrag von Encarnación Gutiérrez Rodríguez geht es mit Phantasie und Kreativität um die eigene Praxis. Unsere Fragen: Wie lassen sich die theoretischen Impulse der Dekonstruktion für unsere politische Arbeit umsetzen? Und wie wäre eine dekonstruktive

---

206 Ebd.

207 Vgl. ebd.

208 Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 488, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungsverzeichnis WS 96/97, 1996, S. 87.

209 Vgl. ebd.; Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1, Delia Schindler, Studentisches Empirisches Forschungsprojekt am Institut für Politische Wissenschaft, undatiert.

210 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 488, Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.), Frauen-Vorlesungsverzeichnis WS 96/97, 1996, S. 87; Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1, Delia Schindler, Studentisches Empirisches Forschungsprojekt am Institut für Politische Wissenschaft, undatiert.

211 Vgl. Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1, Selbstdarstellung des Politologinnen-Netzwerks, Regionalgruppe Hamburg, undatiert [1997].

politische Praxis unter Frauen denkbar? Wir wollen dazu eigene Texte schreiben und diskutieren.«<sup>212</sup>

Hintergrund dieser Veranstaltungen war auch, den auf einer Tagung des Arbeitskreises ›Politik und Geschlecht‹ zu Möglichkeiten und Problemen dekonstruktivistischer Theorieperspektiven für eine feministische Politikwissenschaft »vermißten Schritt von der Theorie in die politische und politikwissenschaftliche Praxis zu wagen«<sup>213</sup>. Die Tagung wurde unter anderem von der ebenfalls zu den *Gremienfrauen* gehörenden Stefanie Sifft aus dem *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* moderiert, die zu diesem Zeitpunkt eine der Sprecherinnen des Arbeitskreises ›Politik und Geschlecht‹ war.<sup>214</sup> Ein anderes Mitglied der Hamburger Regionalgruppe, Cilja Harders, beschäftigte sich zudem in einem Vortrag mit der eigenen Position als Forscherin im Zusammenhang mit ihrem empirischen Forschungsprojekt zur Situation ägyptischer Frauen in Kairo und versuchte, »die Strukturkategorie Geschlecht mit dekonstruktivistischen Überlegungen anzureichern«<sup>215</sup>.

Als Vorbereitung auf eine DVPW-Tagung beschäftigte sich die Hamburger Regionalgruppe des *Politologinnen-Netzwerks* im Winter 1997 mit der Lektüre von Texten zum Thema Demokratisierung. Aus der Gruppe heraus wurde zudem ein Internet-Seminar für Politologinnen organisiert.<sup>216</sup> Nach ihrem zweijährigen Jubiläum im Jahr 1997 waren dabei neben Politikwissenschaftlerinnen auch Soziologinnen Teil der Hamburger Regionalgruppe. Zu ihrem Ziel, feministische Politikwissenschaft so sichtbar wie möglich zu machen, ergänzten sie, dass für sie dazu auch gehöre, »Anlaufstelle für Frauen zu sein, die sich in Seminaren oder am Institut insgesamt diskriminiert fühlen, und diesen Diskriminierungserfahrungen etwas entgegensetzen«<sup>217</sup>. 1998 berichtete die Hamburger Regionalgruppe des *Politologinnen-Netzwerks* in der *femina politica* auch, dass ihnen vermehrt Beschwerden von Studentinnen über eine Ablehnung und Ausklammerung feministischer Inhalte am Hamburger IPW zugetra-

212 Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1, Stefanie Sifft/Netzwerk politikwissenschaftlich und politisch arbeitender Frauen, Regionalgruppe Hamburg, Veranstaltungsflyer zum öffentlichen Vortrag »Dekonstruktion und politische Praxis aus feministischer Perspektive« von Encarnación Gutiérrez Rodríguez und der Schreibwerkstatt »Dekonstruktion und politische Praxis unter Frauen« mit Claudia Lenz in Hamburg, undatiert [1997].

213 Harders 1997, S. 40; zu der Tagung vgl. Pühl 1997, S. 134ff.

214 Vgl. Pühl 1997, S. 134; Geißel 1997, S. 13; Zwingel 1998b, S. 27.

215 Pühl 1997, S. 135.

216 Vgl. Harders 1997, S. 40.

217 Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1, Selbstdarstellung des *Politologinnen-Netzwerks*, Regionalgruppe Hamburg, undatiert [1997].

gen worden seien.<sup>218</sup> Sie problematisierten zudem das geringe und nur eingeschränkt anrechenbare Lehrangebot in diesem Bereich:

»Da zudem das feministische Lehrangebot (oft nur eine Veranstaltung pro Semester) am Institut fast ausschließlich durch externe Lehrbeauftragte abgedeckt wird, die nur im Grundstudium Leistungsnachweise erstellen dürfen und nicht prüfungsberechtigt sind, hat der Ausschluß von Frauen- und Geschlechterforschung am Institut für Politikwissenschaft Methode – trotz anders lautender Vorgaben des Frauenförderplans des zuständigen Fachbereichs [...]«<sup>219</sup>

Im Dezember 1997 schrieben die Frauen daher einen offenen Brief an die Lehrenden des IPW und stellten diesen auf einer Sitzung des Institutsrats und einer Frauenversammlung des Fachbereichs vor.<sup>220</sup> Mit diesem Brief wollte das *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* »gegen die Diskriminierung feministischer Studentinnen und die anhaltende Nichtbeachtung und Abwertung der Frauen- und Geschlechterforschung«<sup>221</sup> am IPW protestieren. Ein Mitglied der Hamburger Regionalgruppe berichtete infolgedessen in der *femina politica*, dass der offene Brief auf der Institutsratsitzung »völlig unerwartete Emotionen und Reaktionen seitens der ProfessorInnen freisetzte« und »die von den Netzwerkfrauen geschilderten Zurückweisungen von feministischen Themen in Seminaren [...] von den betroffenen ProfessorInnen vehement abgestritten«<sup>222</sup> worden seien. Als Konsequenz wollte die Gruppe zukünftig versuchen, »in Zusammenarbeit mit den studentischen VertreterInnen [...] konkret anhand des Frauenförderplans die Umsetzung der dort gemachten Vorgaben ein[zufordern«<sup>223</sup>. Diese Ereignisse hätten sie zudem auch motiviert, an die zum damaligen Zeitpunkt zehn Jahre zurückliegende *Fällt-Studie* von 1987 anzuknüpfen und mit einer eigenen Veröffentlichung eine neue Bilanz zur Situation von Frauen, Frauenförderpolitik und Frauen- und Geschlechterforschung am IPW zu ziehen. Mit dieser Publikation wollte die Gruppe insbesondere zu einer öffentlichen Debatte am Institut anregen.

### 5.1 Die »gender action in der Politikwissenschaft«

1998 veröffentlichte die Hamburger Regionalgruppe unter dem Motto »Der Mainstream ist zwar zäh, aber wir sind zäher...« die von der

---

218 Vgl. Sander 1998, S. 133.

219 Ebd.

220 Vgl. ebd.

221 Hamburger Politologinnen-Netzwerk 1998, S. 24.

222 Sander 1998, S. 134.

223 Ebd.

Gemeinsamen Kommission und Koordinationsstelle für Frauenstudien und Frauenforschung Hamburg mit herausgebende *gender action in der Politikwissenschaft – Hamburger Dokumentation '98*.<sup>224</sup> Mit dieser »Bestandsaufnahme der patriarchalischen Gepflogenheiten am Institut« wollte die Regionalgruppe »[e]ine kritische Öffentlichkeit schaffen, Mißstände aussprechen und Frauen die Thematik näher bringen«<sup>225</sup>. Zum Hintergrund der *gender action* berichtete die Gruppe:

»Mit unserer Absicht, auf dem 1997 verabschiedeten Frauenförderplan zu beharren, stießen wir in den vergangenen Monaten nicht nur auf taube Ohren, sondern mußten uns hartnäckige verbale Attacks gefallen lassen. Ein weiterer Grund, der uns veranlaßte, unsere Erfahrungen schriftlich der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, waren die Diskriminierungserfahrungen feministisch denkender Studentinnen sowie das nicht vorhandene Lehrangebot.«<sup>226</sup>

Mit der *gender action* wollte die Gruppe zudem »anderen Frauen zeigen, daß sie nicht allein sind und vor allem nicht zu patriarchalen Auswüchsen schweigen«<sup>227</sup>. Das *Politologinnen-Netzwerk* ging dabei der Frage nach, welche Veränderungen in den zehn Jahren nach Erscheinen der *Fällt-Studie* von der *Autonomen Frauengruppe* im Jahr 1987 eingetreten waren.<sup>228</sup> Die *gender action* war dabei auch als eine »Neuaufgabe der Fällt-Studie«<sup>229</sup> gedacht. Mit seiner Bestandsaufnahme wollte das *Politologinnen-Netzwerk*

»zeigen, daß Frauenpolitik an der Universität Tradition hat, auch wenn die unzähligen Initiativen und Aktionen von Frauen konsequent wieder vergessen werden. Wir wollten zeigen, daß seit den 80er Jahren kontinuierlich geäußerte Forderungen von Frauen (die allerdings nicht immer voneinander wußten) ebenso kontinuierlich ausgebremst werden«<sup>230</sup>.

Mit der *gender action* verortete sich das *Politologinnen-Netzwerk* in der westdeutschen Frauenbewegung und versuchte, »Frauenbewegungsgeschichte(n) am IPW zu schreiben, indem wir an die alten und neuen Kämpfe von Frauen in der Politikwissenschaft anknüpfen«<sup>231</sup>.

---

224 Vgl. Hamburger Politologinnen-Netzwerk 1998.

225 Bieringer 1998, S. 126.

226 Ebd.

227 Hamburger Politologinnen-Netzwerk 1998, S. 1.

228 Vgl. ebd.

229 Zwingel 1998a, S. 3.

230 Ebd.

231 Hamburger Politologinnen-Netzwerk 1998, S. 1.

Die Beiträge der (Gast-)Autorinnen reichten dabei von Interviews mit einer der *Fällt-Studien-Frauen* aus der *Autonomen Frauengruppe am IPW*, einigen *Gremienfrauen* und einer Sekretärin am IPW über eine Analyse des Lehrangebots sowie der Verankerung und Kontinuität von Frauen- und Geschlechterforschung in der Hamburger Politikwissenschaft, den Forderungen des *Politologinnen-Netzwerks* und dem Abdruck ihres offenen Briefs an die Lehrenden des IPW bis hin zu Erfahrungsberichten aus Seminaren, der Gremienarbeit, einem autonomen Frauenseminar und zum Studierendenstreik von 1997.

Über das Lehrangebot zu Frauen- und Geschlechterforschung am IPW schrieb das *Politologinnen-Netzwerk*:

»Frauen- und Geschlechterforschung ist im Bereich der Politik- und Sozialwissenschaften eine der innovativsten Forschungsrichtungen der vergangenen Jahre. Die Lehre von geschlechtsspezifischen Themen ist deshalb insbesondere im Grundstudium zentral, damit die Studierenden diesen Bereich als wissenschaftlich relevanten kennenlernen können. Am Hamburger Institut für Politische Wissenschaft ist dies bisher nicht möglich, da die Mitglieder des Lehrkörpers keine geschlechtsspezifischen Ansätze in der Politikwissenschaft vermitteln.«<sup>232</sup>

Die Gruppe forderte deshalb, dass Inhalte aus dem Bereich der Geschlechterforschung regelmäßig im Grundstudium in jedem Teilbereich angeboten und in den Einführungsveranstaltungen thematisiert sowie mittelfristig etwa auch über einen Pflichtenchein fest im Curriculum des Grundstudiums verankert werden sollten. Zudem wollten die Frauen eine Berücksichtigung geschlechterspezifischer Perspektiven in Lehrveranstaltungen des Hauptstudiums – gerade auch dann, wenn Studierende sich diese explizit als Kursinhalt wünschten – und eine Sicherstellung der Möglichkeit, Abschlussarbeiten zu diesen Themen schreiben zu können. Entsprechend der Frauenförderrichtlinie der Universität Hamburg sollten aus ihrer Sicht darüber hinaus fünf Prozent des Bibliotheksetats des IPW in die Anschaffung von Literatur zu Frauen- und Geschlechterforschung fließen.<sup>233</sup>

Das *Politologinnen-Netzwerk* »forder[te] das IPW auf, durch eine angemessene Stellenpolitik den Frauenanteil der festangestellten Lehrenden auf langfristig 50 Prozent jeder Statusgruppe zu erhöhen«<sup>234</sup>. Die nächste frei werdende Professur am IPW – die Professur für Internationale Politik – solle zudem mit dem Schwerpunkt Ge-

232 Ebd., S. 54.

233 Vgl. ebd.

234 Ebd., S. 55.

schlechterforschung ausgeschrieben sowie mit einer Frau, möglichst einer ausgewiesenen Frauenforscherin, besetzt werden.

Die Gruppe berichtete, dass insbesondere ihr »Leitfaden zur Frauenförderung für den habilitierten Mann« positive Resonanz erhalten habe.<sup>235</sup> In diesem Leitfaden wurden »sieben goldenen Regeln der Frauenförderung«<sup>236</sup> als sofort umsetzbare Handlungsmöglichkeiten für Professoren aufgestellt: angefangen damit, in der universitätsnahen Buchhandlung *Heinrich Heine* nicht immer nur an den feministisch-politikwissenschaftlichen Büchern zum eigenen Forschungsschwerpunkt vorbeizugehen, sondern diese auch zu lesen, über Nachwuchsförderung etwa durch die paritätische Vergabe von Stellen für Tutorien oder die aktive Aufforderung von Frauen zur Promotion bis hin dazu, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Wissenschaft und ihre Individualisierung zu Lasten von Frauen nicht auszublenden, sondern Frauen hier mit kreativen Strategien zu unterstützen.

Einige Passagen in anderen Beiträgen der *gender action* lösten nach der Veröffentlichung allerdings auch Differenzen aus: In einer Erklärung, die jeder Ausgabe beigefügt wurde, distanzierte sich die bereits erwähnte Professorin Christine Landfried von der Darstellung einiger Sachverhalte in der Publikation.<sup>237</sup> Sie brachte hierbei zum Ausdruck, dass die Aussagen und Zitate, welche ihr an einigen Stellen in der *gender action* zugeschrieben wurden, falsch, aus dem Kontext gerissen oder teils auch gegenteilig wiedergegeben worden seien, während das *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* seinerseits an der sachlichen Richtigkeit festhielt.

Neben der Veröffentlichung der *gender action* organisierte die Hamburger Regionalgruppe 1998 zwei Internetkurse für Sozialwissenschaftlerinnen, die von der Frauenversammlung des Fachbereichs finanziell unterstützt wurden, an denen sie regelmäßig teilnahmen.<sup>238</sup> Zur universitätsweiten Frauenhochschulwoche vom 8. bis 12. Juni 1998 organisierte das *Politologinnen-Netzwerk* zudem eine Veranstaltung zum Thema feministische Demokratietheorie mit Barbara Holland-Cunz, die laut der Gruppe große Resonanz am Institut erfahren habe.<sup>239</sup>

---

235 Vgl. Bieringer 1998, S. 127; Harders 1998, S. 58.

236 Harders 1998, S. 58.

237 Vgl. Sievers 2002, S. 121; Erklärung von Prof. Dr. Christine Landfried vom 11.06.1998 und Stellungnahme des Hamburger Politologinnen-Netzwerks, der *gender action* beiliegend; Bieringer 1998, S. 127.

238 Vgl. Bieringer 1998, S. 127; Schindler 2000, S. 171.

239 Vgl. Sander 1998, S. 134; Bieringer 1998, S. 127.

## 5.2 Feministische Internationale Beziehungen, oder: »Das Private ist international«

1999 berichtete ein Mitglied der Regionalgruppe Hamburg, sie seien – vier Jahre nach ihrer Gründung – am IPW präsenter als jemals zuvor. Im Sommersemester 1999 plane die Gruppe neben weiteren Internetkursen für Sozialwissenschaftlerinnen auch ein Rhetorik-Seminar für Frauen.<sup>240</sup> Die *gender action* Sorge darüber hinaus »immer wieder für Gesprächsstoff auf den Fluren des Instituts«<sup>241</sup>. Im Sommersemester 1999 stand für das *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* jedoch vor allem die Organisation einer Vorlesungsreihe zu dem Thema »»Making feminist sense of International Politics« – Frauen- und Geschlechterforschung in den Internationalen Beziehungen« im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit.<sup>242</sup> Zur Motivation der Gruppe hieß es:

»Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, verschiedene feministische und gender-Perspektiven in den Internationalen Beziehungen (IB) vorzustellen. Nicht nur die konkreten Formen und Foren der internationalen Politik werden stark von Männern dominiert, auch die wissenschaftliche Aufarbeitung der Internationalen Politik ist bisher (beinahe) ohne die Strukturkategorie Geschlecht ausgekommen.«<sup>243</sup>

Das *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* wollte in dieser Vorlesungsreihe sowohl die theoretischen Grundannahmen der großen Theorieschulen der IB aus feministischer Perspektive analysieren, als auch empirisch anhand themenspezifischer Auswirkungen der Geschlechterverhältnisse blinde Flecken aufarbeiten und die Debatten und Themenfelder internationaler Politik aus einer feministischen Perspektive gemäß dem Titel der Vorlesungsreihe – »Making feminist sense of International Politics« – neu formulieren. Dabei sollten unter anderem die politische Partizipation von Frauen in internationalen Organisationen, die Herausbildung internationaler Frauenbewegungen, die Konstruktion von Männlichkeit und Weiblichkeit in der Friedens- und Konfliktforschung, Veränderungen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung durch Globalisierungsdynamiken oder die Rolle von Geschlecht in der internationalen Entwicklungspolitik untersucht werden.<sup>244</sup> Mit diesem Fokus auf Geschlechterverhältnisse könne das Verständnis Internationaler Politik etwa um The-

---

240 Vgl. Schindler 1999, S. 130.

241 Ebd.

242 Vgl. Schindler 1999, S. 130 u. 132. Der Vorlesungstitel spielte vermutlich auf einen Klassiker feministischer IB-Literatur an – *Bananas, Beaches & Bases: Making Feminist Sense of International Politics* von Cynthia Enloe (1989).

243 Ebd., S. 130.

244 Vgl. ebd., S. 130f.

menbereiche wie Migration von Frauen oder länderübergreifende Frauennetzwerke erweitert werden.

Das *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* plante die Vorlesungsreihe auch, weil es sich dafür einsetzen wollte, die damals frei werdende Professur für Internationale Politik am IPW mit einer Frau und »möglichst einer ausgewiesenen Frauenforscherin«<sup>245</sup> zu besetzen. Hierfür engagierte sich die Gruppe 1999 zudem im Institutsrat.<sup>246</sup> Über ihre Motivation schrieben die Frauen:

»Es war eines unserer Ziele, mit der Vorlesungsreihe im Kontext der *Neubesetzung einer C4-Professur* (Ex-Gantzel) an unserem Institut kompetente Frauen aus den IB in Hamburg vorzustellen und einen inhaltlichen Überblick über IB aus der Sicht feministischer und Frauen- und/oder Geschlechterforschung zu geben. Wir haben uns anschließend während einer öffentlichen Diskussion über den Berufungs-Kriterienkatalog eingebracht und dort auf die in dem Katalog eingeschriebenen geschlechtsspezifischen Selektionsmechanismen (Alter, Länge der Publikationsliste usw.) nachdrücklich hingewiesen.«<sup>247</sup>

Neben dem *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* wirkte auch Prof. Dr. Klaus Jürgen Gantzel<sup>248</sup>, dessen Professur vakant wurde, an der Koordination der Vorlesungsreihe mit. Sie wurde zudem u.a. von der Frauenversammlung des Fachbereichs unterstützt.<sup>249</sup> Die Vorträge der eingeladenen Referentinnen reichten dabei thematisch von einer Zwischenbilanz zu Geschlechterforschung und Internationalen Beziehungen (Birgit Locher-Dodge) und »Perspektiven des Sozialen im Globalisierungsprozess« (Marianne Braig) über »Global Governance und internationale Frauennetzwerke« (Anja Ruf), der Rolle internationaler Frauenorganisationen im UNO-Agenda-Setting in Bezug auf reproduktive Rechte und Gesundheit (Jutta Joachim) und internationaler Frauen-Umweltpolitik (Birte Rodenberg) bis hin zu Geschlechterbeziehungen im Zusammenhang mit der Prävention internationaler Konflikte (Hanne-M. Birckenbach).<sup>250</sup> Rückblickend schrieb die Hamburger Regionalgruppe, dass das »eher marginale Interesse der Institutsmitglieder an feministischen Ansätzen in den IB« in einem »auffällige[n] Gegensatz zu der Resonanz [stand], die die Vortragsreihe bundesweit unter Frauenforscherinnen fand«<sup>251</sup>.

---

245 Ebd.

246 Vgl. Harders 1999, S. 145.

247 Schindler 2000, S. 171.

248 Zum Wirken von Prof. Dr. Klaus Jürgen Gantzel an der Universität Hamburg siehe Beitrag von Laura Six in diesem Band.

249 Vgl. Schindler 1999, S. 132.

250 Vgl. Harders 1999, S. 145.

251 Harders et al. 2000, S. 17.

Zum Verlauf des Berufungsverfahrens berichtete sie zudem, dass am Ende »eine Frau ganz vorne mitmischen [konnte], nämlich auf dem dritten Platz der Berufungsliste«<sup>252</sup>, auf dem ersten Listenplatz jedoch kurz vor seinem Abschluss keine Vertreterin von Frauen- und Geschlechterforschung stand.<sup>253</sup> Die Professur wurde letztlich nicht mit einer Frau oder einer Frauen- und Geschlechterforscherin besetzt.<sup>254</sup>

Die Vortragsreihe bildete auch eine »Keimzelle« dafür, dass die Hamburger Regionalgruppe 2000 die Redaktion des Heftschwerpunkts der ersten Halbjahresausgabe der *femina politica* zum Thema »Feministische Ansätze in den Internationalen Beziehungen« übernahm.<sup>255</sup> In Anlehnung an den Slogan »Das Private ist politisch« und vermutlich inspiriert von Cynthia Enloe, die ihn in der Wendung »The personal is international«<sup>256</sup> aufgriff, schrieb das *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* unter dem Titel »Das Private ist international« einleitend zum Hintergrund des Heftschwerpunkts:

»Den konkreten Anlaß für den Schwerpunkt »Feministische Ansätze in den Internationalen Beziehungen« gab ein lokales Ereignis, nämlich die Stellenbesetzung einer C4-Professur für Internationale Politik am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg. Das Berufungsverfahren nahm keinen besonderen Verlauf, spiegelte aber bestimmte Tendenzen der bundesdeutschen politikwissenschaftlichen Teildisziplin [sic!] Internationale Beziehungen (IB) wider. Diese Tendenzen stellen den weiteren Kontext für die Entstehung des Heftschwerpunktes dar.«<sup>257</sup>

Die Hamburger Regionalgruppe sah feministische Ansätze der Internationalen Beziehungen in Deutschland zu diesem Zeitpunkt als wenig rezipiert an, wobei (deutschsprachige) Sozialwissenschaftlerinnen gleichzeitig noch kaum in dieses Themengebiet vorgedrungen seien. Im Gegensatz zum Stand der Diskussion in der US-amerikanischen Politikwissenschaft habe die Debatte um feministische Ansätze in den IB in Deutschland zum damaligen Zeitpunkt zum Teil gerade erst begonnen - auch wenn die Gruppe bereits Ende der 1980er Jahre erste Arbeiten ausmachte.<sup>258</sup> Mit dem Schwerpunkt wollte das *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* einen Überblick über den Stand

---

252 Schindler 2000, S. 171.

253 Vgl. Harders et al. 2000, S. 17.

254 Siehe Hamburger Bibliothek für Universitätsgeschichte, Ordner IPW 1, Selbstdarstellung des Instituts für Politische Wissenschaft, 9/2002.

255 Vgl. Harders et al. 2000, S. 17.

256 Vgl. Enloe 1989, S. 195ff.

257 Harders et al. 2000, S. 17.

258 Vgl. ebd., S. 17ff.

der Debatte um feministische Perspektiven in den IB und einen ›Wegweiser‹ für noch ungelöste Geschlechterfragen in diesem Teilbereich bieten.<sup>259</sup> Außerdem verband sich damit für die Gruppe die Hoffnung, »[d]aß sich in Zukunft der Anteil qualifizierter Frauen an den Bewerbungen um C4-Professuren und (viel wichtiger!) an den besetzten Stellen in den IB deutlich erhöht«<sup>260</sup>.

Im Jahr 2000 wurden die Mitglieder des *Hamburger Politologinnen-Netzwerks* Cilja Harders und Delia Schindler zu Sprecherinnen des Arbeitskreises ›Politik und Geschlecht‹ gewählt.<sup>261</sup> Der thematische Fokus der Hamburger Regionalgruppe auf feministische Perspektiven innerhalb der IB fand sich auch auf zwei Panels wieder, mit denen der Arbeitskreis ›Politik und Geschlecht‹ auf dem DVPW-Kongress *Politik in einer entgrenzten Welt* im Oktober 2000 vertreten war. Daran waren unter anderem Susanne Zwingel als Referentin und Cilja Harders als Moderatorin aus der Hamburger Regionalgruppe beteiligt, die im Rahmen eines Panels mit Cynthia Enloe und Christine Sylvester über die Perspektiven feministischer IB auf Nationalismus, Militarismus und Krieg diskutierten.<sup>262</sup>

Fünf Jahre nach der Gründung der Hamburger Regionalgruppe schrieb eine der Frauen im Jahr 2000, dass trotz neu hinzugekommenen Frauen »der Anteil der Studentinnen in unserer Gruppe doch erheblich geschrumpft«<sup>263</sup> sei und sie in einer ›Zukunftswerkstatt‹ künftige Handlungsmöglichkeiten erarbeiten wollten. Danach brachen die Berichte des *Hamburger Politologinnen-Netzwerks* in der *femina politica* ab. Das Fehlen des Berichts begründete die Redaktion im Jahr 2001 damit, dass es bei den Hamburger Kolleginnen »nicht so erfreulich« aussehen würde.<sup>264</sup> Auch die Rubrik ›Netzwerk-News‹ verschwand ab dem zweiten Heft 2001 aus der Zeitschrift. Im April 2002 fand in Hamburg eine Tagung zum zehnjährigen Jubiläum des Arbeitskreises ›Politik und Geschlecht‹ statt, die u.a. durch das *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* unterstützt wurde.<sup>265</sup> Zu diesem Zeitpunkt scheint die Gruppe somit noch existiert zu haben. Auch im darauffolgenden Heft fehlte der Bericht, da es laut der Redaktion

---

259 Vgl. ebd., S. 23f.

260 Ebd., S. 24.

261 Vgl. Berg et al. 2000, S. 155; Harders 2000, S. 159. Der vier- bis sechsköpfige Sprecherinnenrat repräsentierte den Arbeitskreis ›Politik und Geschlecht‹ und wurde alle zwei Jahre gewählt. Er organisierte unter anderem Tagungen und war für die Publikationsreihe des Arbeitskreises verantwortlich.

262 Vgl. Schindler et al. 2000, S. 133f.

263 Schindler 2000, S. 171.

264 Vgl. *femina politica* 2001, S. 8.

265 Vgl. Harders et al. 2002, S. 132.

leider nichts vom *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* zu berichten gab.<sup>266</sup>

Einige der Frauen verfolgten die thematische Auseinandersetzung mit feministischer Politikwissenschaft und Internationalen Beziehungen auch beruflich weiter. Cilja Harders ist heute Professorin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin und leitet die Arbeitsstelle »Politik im Maghreb, Mashreq und Golf«. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen dabei u.a. in der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung, der Friedens- und Konfliktforschung sowie der Außen- und Sicherheitspolitik. Susanne Zwingel ist gegenwärtig Associate Professor am »Department of Politics & International Relations« der Florida International University und forscht u.a. zu internationalen Frauenrechtsnormen, Global Governance und Gender, feministischen Theorien der Internationalen Beziehungen und Gender im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten.

## 6. Fazit

Wie gezeigt wurde, waren am Hamburger IPW mehrere Frauengruppen aktiv, die jeweils über einige Jahre bestanden. In den 1970ern bis in die frühen 2000er Jahre versuchten diese Gruppen, am IPW und teils auch darüber hinaus Veränderungen zu bewirken: sowohl im Hinblick auf das Lehrangebot zu feministischen Inhalten und Frauen- und Geschlechterforschung als auch in Bezug auf den Frauenanteil in der Lehre und Frauenförder- und Gleichstellungspolitik. Ihre Ziele verfolgten sie dabei unter anderem dadurch, dass sie Frauenlehraufträge beantragten, sich in den universitären Gremien engagierten, Veranstaltungen und autonome Seminare organisierten, sich (überregional) vernetzten und mit Publikationen auf ihre Themen und Forderungen aufmerksam machten.

Die *Frauengruppe am Soz/Pol* problematisierte in den späten 1970er Jahren die Abwesenheit von Frauen in der Wissenschaft sowie in höheren Positionen an der Universität, eine »subtile Unterdrückung der Studentinnen« in Seminaren und den fehlenden Raum für selbstbestimmtes Arbeiten. Wissenschaft und Forschung würden zudem kaum vom Standpunkt der Frauen aus betrieben. Ging es ihr zunächst vor allem um ein Aufbrechen der Isolation von Frauen an der Universität, verfolgte die Gruppe bald in Zusammenhang mit Frigga Haug und der Frauenredaktion des Argument-Verlags mit dem *Projekt Frauengrundstudium* das Ziel, das Studium »von unten« durch

---

266 Vgl. *femina politica* 2002, S. 8.

selbstorganisierte Seminare zu verändern und die ›Frauenbefreiung auf wissenschaftliche Füße‹ zu stellen. Die Projektgruppe stellte den Anspruch an die Wissenschaft, in ihr als Frauen vorzukommen und betrachtete Lehrstühle für Frauen als die naheliegende, aber aufgrund der langen Umsetzungsdauer nicht ausreichende Forderung. Die Frauen des Projekts verstanden ihren Standpunkt als feministisch-sozialistisch (und später auch als marxistisch-feministisch) und beschäftigten sich thematisch unter anderem mit geschlechtsspezifischer Sozialisation, der Geschichte der Familie, Politischer Ökonomie, Ideologietheorie und Kritischer Psychologie. Zentral war hierbei die Erforschung einer Sozialisationstheorie von Frauen auf Grundlage von Erinnerungsgeschichten. Das *Projekt Frauengrundstudium* definierte sich als autonomes Frauenprojekt. Es war selbstorganisiert, suchte zugleich aber auch Möglichkeiten einer universitären Verankerung. Am Hamburger Institut für Soziologie gelang es, Seminare aus dem Projekt über Lehraufträge an das reguläre Studienangebot anzubinden. Im Zuge dessen erreichte die *Frauengruppe am Soz/Pol* die Einrichtung eines Kettenlehrauftrags, über dessen Inhalt und Dozentin die Studentinnen frei entscheiden konnten. Die Forderung, eine freie Stelle als ›Wanderlehrstuhl‹ nutzen zu können, konnte die Gruppe dagegen nicht durchsetzen. Der Kettenlehrauftrag bestand auch in den frühen 2000er Jahren noch in der Soziologie fort. Angelehnt an die Idee des Frauengrundstudiums gründete sich 1987 in Hamburg zudem eine ›Feministische Universität‹.

Die *Autonome Frauengruppe am IPW* bildete sich im Wintersemester 1985/86 und verstand sich als undogmatisch feministisch, kritisch sowie autonom. Wie gezeigt wurde, entstand sie wahrscheinlich auch in Abgrenzung zu Seminaren, die von Personen aus dem *Projekt Frauengrundstudium* angeboten wurden. Zunächst lag das Ziel der *Autonomen Frauengruppe* in erster Linie darin, den Frauenanteil in der Lehre des IPW zu erhöhen, wozu sie im Institutsrat die Vergabe von Lehraufträgen an Frauen beantragte. Die Gruppe forderte einen höheren Frauenanteil unter den Lehrbeauftragten. Bei ihren Anträgen für Lehraufträge wollte sie sich thematisch nicht in eine ›Frauen-Ecke‹ abdrängen lassen, wünschte sich aber auch einen stärkeren inhaltlichen Fokus etwa auf patriarchal geprägte Wissenschaftsverständnisse und das Geschlechterverhältnis. In ihrer Herangehensweise bezog sich die Gruppe auf die universitäre Frauenförderrichtlinie von 1985 und fragte die Professoren am IPW in Interviews, ob ihnen die Richtlinie bekannt sei und wie sie die Situation von Frauen am Institut einschätzten. Eine Analyse der Antworten publizierte die *Autonome Frauengruppe* 1987 öffentlichkeitswirksam in ihrer *Fällt-Studie*. Einige Studentinnen gestalteten in Kooperation

mit einzelnen Professoren daneben auch Hauptseminare zu feministischen Inhalten mit. Im Zuge des Studierendenstreiks 1988/89 vernetzte sich die *Autonome Frauengruppe* mit Frauen aus anderen Fachbereichen zu einem *Interdisziplinären Feministischen ♀♀-Plenum* und veranstaltete im von ihr mitgegründeten Frauenraum im *Pferdestall* autonome Seminare zu Themen wie Feministischer Theorie, einer historischen Spurensuche nach Frauen in den Sozialwissenschaften oder dem Verhältnis von Frauen und Staat. Hierbei ist die Tendenz erkennbar, dass auch zentrale Begriffe der Politikwissenschaft aus einer feministischen Perspektive analysiert wurden.

Parallel zum *Interdisziplinären Feministischen ♀♀-Plenum* entstand im Zuge des Unistreiks von 1988/89 eine weitere Frauengruppe – die *Gremienfrauen*. Mit Ausnahme eines Instituts repräsentierte in den darauffolgenden neun Jahren ausschließlich diese Frauengruppe die Studierendenschaft in den Gremien des Fachbereichs. Mit ihrer Organisation als Frauenliste wollten die *Gremienfrauen* die akademische Selbstverwaltung repräsentativer machen und ein »Gegengewicht zu den männlich dominierten Uni-Realitäten« bilden. Sie problematisierten den geringen Frauenanteil in der Lehre, die geringe Präsenz von Autorinnen auf den Literaturlisten, überwiegend an Männern orientierte Sichtweisen, einen häufig diskriminierenden Diskussionsstil in Seminaren sowie Frauen ausschließende Formulierungen in Stellenausschreibungen. Ziele der Gruppe waren neben der Erhöhung des Frauenanteils am wissenschaftlichen Personal und in der Lehre auch die Stärkung feministischer Wissenschaft und eine Verbesserung des Lehrangebots. Die *Gremienfrauen* setzten sich vor diesem Hintergrund unter anderem für feministische Lehraufträge und einen Bibliotheksetat für feministische Literatur ein. Nicht jede der beteiligten Frauen verstand sich dabei selbst als feministisch. Während in der Anfangszeit radikalere und in ihrem Selbstverständnis feministische Positionen dominierten, schwächte sich dies im Laufe der Zeit ab, so dass sich die *Gremienfrauen* zunehmend *auch* (und nicht mehr etwa *insbesondere*) als Interessenvertreterinnen der Studentinnen verstanden.

Einige der *Gremienfrauen* engagierten sich auch in einer anderen Frauengruppe, die ab 1995 existierte – dem *Hamburger Politologinnen-Netzwerk*. Es war die Hamburger Regionalgruppe des *Netzwerks politikwissenschaftlich und politisch arbeitender Frauen*, das in Zusammenhang mit dem Arbeitskreis »Politik und Geschlecht« in der DVPW stand. Neben Studentinnen waren im *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* auch Lehrbeauftragte und Frauen mit abgeschlossener Promotion aus der Politikwissenschaft und zum Teil ebenfalls aus der Soziologie aktiv. Ziel des Netzwerks war es insbesondere,

feministische Politikwissenschaft am Fachbereich und darüber hinaus sichtbarer zu machen. Die Hamburger Regionalgruppe forderte hierzu etwa ein regelmäßiges Lehrangebot und mittelfristig eine feste Verankerung von Geschlechterforschung im Curriculum des Grundstudiums sowie die Berücksichtigung geschlechterspezifischer Perspektiven in Lehrveranstaltungen des Hauptstudiums, die Erhöhung des Frauenanteils unter den festangestellten Lehrenden auf langfristig 50 Prozent jeder Statusgruppe und die Ausschreibung der nächsten vakanten Professur mit dem Schwerpunkt Geschlechterforschung. Sie problematisierte das geringe und nur im Grundstudium anrechenbare Lehrangebot für feministische Politikwissenschaft und die Ausklammerung feministischer Inhalte in Seminaren. Zudem setzte sich die Gruppe gegen eine Diskriminierung von Frauen und feministischen Studentinnen ein und verstand sich als Anlaufstelle für Frauen mit Diskriminierungserfahrungen am Institut.

Anknüpfend an die *Fällt-Studie der Autonomen Frauengruppe* gab das *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* mit der *gender action* eine eigene Veröffentlichung heraus. Daneben war die Gruppe auch im Institutsrat des IPW und auf den Frauenversammlungen des Fachbereichs aktiv und organisierte Veranstaltungen. Vor dem Hintergrund der Neubesetzung einer Professur veranstaltete sie dabei auch eine Vorlesungsreihe zu Frauen- und Geschlechterforschung in den Internationalen Beziehungen. Die Professur wurde schließlich jedoch – anders als von der Gruppe gefordert – nicht mit einer Frau oder einer Frauen- und Geschlechterforscherin besetzt. Das *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* beteiligte sich zudem mit Beiträgen und der Übernahme eines Heftschwerpunkts an der feministisch-politologischen Fachzeitschrift *femina politica* und brachte sich zum Teil auch im Rahmen des Arbeitskreises ›Politik und Geschlecht‹ in die DVPW ein. Thematisch beschäftigte sich die Gruppe u.a. mit feministischen Perspektiven auf den Teilbereich der Internationalen Beziehungen, poststrukturalistischen Herangehensweisen und feministischer Demokratietheorie.

Bei einer Gesamtbetrachtung der inhaltlichen Ausrichtung der Frauengruppen am IPW lassen sich einige Parallelen zu breiteren Entwicklungslinien in der politikwissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung erkennen. Kreisky und Sauer zufolge waren Arbeiten feministischer Politikwissenschaft in den 1970er Jahren von einer Beschäftigung mit politökonomischen und marxistischen Ansätzen geprägt.<sup>267</sup> Dieser inhaltliche Fokus kann auch bei der ersten hier behandelten Gruppe gesehen werden. Ebenso schlug sich der

---

267 Vgl. Kreisky/Sauer 1995, S. 14.

Wandel von Frauen- zu Geschlechterforschung in den Forderungen und Sichtweisen der Hamburger Frauengruppen nieder, welcher sich in den 1980er und 1990er Jahren in der feministischen Forschung vollzog.<sup>268</sup> 1995 wurden laut Kreisky und Sauer auch im deutschsprachigen Raum – »angeregt durch die US-amerikanische politik- und geschichtswissenschaftliche Diskussion sowie durch die französische feministisch-dekonstruktivistische Theorie« – zentrale Begriffe der Politikwissenschaft »in ihrer Geschlechtlichkeit diskutiert«<sup>269</sup>. Eine ähnliche Tendenz kann bei den Gruppen am IPW beobachtet werden. Sie begannen dabei etwa, sich mit feministischen Perspektiven in Bezug auf Staatskonzeptionen und Demokratietheorie auseinanderzusetzen. Das *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* beschäftigte sich zudem auch mit dekonstruktivistischen Ansätzen. Fachlich griff es darüber hinaus die feministische Debatte zum Teilgebiet der Internationalen Beziehungen auf, dem sich die deutschsprachige feministische Politikwissenschaft in den 1990er-Jahren zuzuwenden begann.<sup>270</sup>

In der Anfangszeit lässt sich bei einigen Hamburger Frauengruppen ein Bezug auf den Begriff der Autonomie beobachten, der im Kontext der westdeutschen Frauenbewegung sowohl im Hinblick auf die persönliche Selbstbestimmung als auch auf gesellschaftspolitische Unabhängigkeit abzielte.<sup>271</sup> Insgesamt kann die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung in den 1980er Jahren mit Rosenberger und Sauer eher als bewegungsverbunden, transdisziplinär und von sozial- und geisteswissenschaftlichen Nachbardisziplinen beeinflusst gesehen werden.<sup>272</sup> Seit den 1990er Jahren orientierte sie sich ihnen zufolge im deutschsprachigen Raum explizit disziplinär und akademisierte sich merklich.<sup>273</sup> Diese disziplinäre Ausrichtung und Akademisierung findet sich tendenziell auch beim *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* wieder. Mit der *gender action* verortete sich die Hamburger Regionalgruppe in der Frauenbewegung, gleichzeitig lässt sich bei ihr aber insgesamt eine stärkere Orientierung an politikwissenschaftlichen Fachdebatten ausmachen als bei den vorangegangenen Gruppen.

Mit ihrem Engagement konnten die hier behandelten Gruppen einige Veränderungen bewirken, manches wandelte sich allerdings

---

268 Vgl. Kreisky 2004, S. 30. Zum Wandel der Frauen- zur Geschlechterforschung, durch den erstere jedoch nicht vollständig abgelöst wurde, vgl. Krause 2003, S. 17–23 u. 35. Kreisky und Sauer sprechen in Bezug auf diese Entwicklung auch von einem Paradigmenwechsel, vgl. Kreisky/Sauer 1995, S. 15f.

269 Ebd., S. 14.

270 Vgl. Krause 2003, S. 239.

271 Vgl. Gerhard 2009, S. 116.

272 Vgl. Rosenberger/Sauer 2004, S. 9.

273 Vgl. ebd.

kaum. So schreibt Kahlert etwa in der einleitend zitierten Untersuchung über Frauen- und Geschlechterforschung in der Lehre zwischen 1984 und 1996, dass das politikwissenschaftliche Haupt(fach)studium »weitgehend frauenforschungsfrei«<sup>274</sup> blieb. Zudem wurden diese Inhalte beispielsweise nicht durch die Einrichtung einer Professur für Internationale Politik mit dem Schwerpunkt Geschlechterforschung dauerhaft am IPW verankert, die das *Hamburger Politologinnen-Netzwerk* gefordert hatte. Und obgleich im behandelten Zeitraum erstmals eine Professorin an das Institut berufen wurde, blieb die Anzahl an Professorinnen gering - im Jahr 2002 gab es unter den hauptamtlich Lehrenden in der Hamburger Politikwissenschaft sieben Professoren und lediglich eine Professorin.<sup>275</sup> Dennoch ist erkennbar, dass die Gruppen auch einiges erreichen konnten: Durch die Beantragung von Lehraufträgen, selbstorganisierte Seminare sowie Kooperationen mit Professoren bei einzelnen Hauptseminaren vergrößerten die Frauengruppen am IPW das politikwissenschaftliche Lehrangebot zu Frauen- und Geschlechterforschung und erhöhten die Sichtbarkeit feministischer Politikwissenschaft. Darüber hinaus wirkten die Gruppen in den Gremien des Instituts und des Fachbereichs an einer Erhöhung des Frauenanteils in der Lehre sowie einer zunehmenden Präsenz von Frauen im Wissenschaftsbetrieb mit. Unter anderem mit ihren Publikationen schufen sie wiederholt Aufmerksamkeit für ihre Ziele und Themen. Zudem leisteten sie durch ihre Vernetzung und die von ihnen organisierten Veranstaltungen ebenfalls einen Beitrag zu einem stärkeren inhaltlichen Austausch im Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung sowie auch zu einer Überwindung der von einigen der Gruppen angesprochenen Vereinzelung von Frauen, Feministinnen und Frauenforscherinnen. Insgesamt zeigt sich, dass sich im hier betrachteten Zeitraum zwischen 1977 und 2002 immer wieder Frauen zu sehr aktiven Gruppen zusammenschlossen, die sich für Veränderungen einsetzten und ihre Forderungen und feministischen Perspektiven über mehr als zwei Jahrzehnte hinweg am Hamburger IPW präsent hielten.

---

274 Kahlert 1996, S. 54; siehe ähnlich zum Lehrangebot von 1984 bis 1998 auch Kahlert 1998, S. 11.

275 Vgl. Hamburger Bibliothek für Universitätsgeschichte, Ordner IPW 1, Selbstdarstellung des Instituts für Politische Wissenschaft, 9/2002; Sievers 2002, S. 122.

## Bibliografie

### Publizierte Quellen

- Arbeitskreis Politik und Geschlecht in der DVPW (o.J.): Arbeitskreis Politik und Geschlecht in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft. URL: <http://www.politik-und-geschlecht.de/> [Zugriff: 13.01.2021].
- Berg, Tanja/Niekant, Renate/Schuchmann, Uta (2000): Abschlußbericht des 4. SprecherInnenrats Januar 1998 – Februar 2000. In: *femina politica* 9(1), S. 152-155.
- Bieringer, Jutta (1998): Bericht der Hamburger Regionalgruppe. In: *femina politica* 2(2), S. 126-127.
- Biester, Elke (1992): Die Politikwissenschaftlerinnen organisieren sich. In: *Feministische Studien* 10(1), S. 151-153.
- Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (o.J.): Informationen zur Arbeit des Ständigen Ausschusses für Frauenförderung und Gleichstellung (AFG) (bis zur Satzungsänderung am 29.9.2016 Ständiger Ausschuss für Fragen der Frauenförderung) der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW). URL: <https://www.dvpw.de/afg> [Zugriff: 30.05.2023].
- Fachbereich Sozialwissenschaften (o.J.): Politikwissenschaft: Über uns. URL: <https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sowi/ueber-den-fachbereich/fachgebiete/fachgebiet-politikwissenschaft.html> [Zugriff: 26.08.2022].
- femina politica* (2002): Editorial. In: *femina politica* 11(2), S. 7-8.
- femina politica* (2001): Editorial. In: *femina politica* 10(2), S. 7-8.
- Femina Politica* (o.J.): *Femina Politica*: Mission Statement. URL: <https://femina-politica.de/#/mission-statement> [Zugriff: 02.11.2021].
- Frauenredaktion im »Argument«/Projekt Frauengrundstudium (Hrsg.) (1982): *Frauen-Grundstudium 2. Argument Studienhefte*, Band 57. Berlin: Argument-Verlag.
- Geißel, Brigitte (1997): Bericht des SprecherInnenrates. In: *femina politica* 1(2), S. 10-13.
- Hamburger Politologinnen-Netzwerk (Netzwerk politikwissenschaftlich und politisch arbeitender Frauen, Regionalgruppe Hamburg) (Hrsg.) (1998): *gender action in der Politikwissenschaft. Hamburger Dokumentation '98*. Mit hrsg. von der Gemeinsamen Kommission und Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung an Hamburger Hochschulen. Hamburg: Selbstverlag.
- Harders, Cilja (2000): Protokoll der Mitfrauenversammlung am 5. Februar 2000 in Berlin. In: *femina politica* 9(1), S. 155-160.
- Harders, Cilja (1999): Bericht der Regionalgruppe Hamburg des Politologinnen-Netzwerks. In: *femina politica* 8(2), S. 145-146.
- Harders, Cilja (1998): Leitfaden für den habilitierten Mann. Sie finden Frauenförderung schwierig? – Dann lesen Sie dies! In: *Hamburger Politologinnen-Netzwerk (Netzwerk politikwissenschaftlich und politisch arbeitender Frauen, Regionalgruppe Hamburg) (Hrsg.): gender action in der Politikwissenschaft. Hamburger Dokumentation '98*. Mit hrsg. von der Gemeinsamen Kommission und Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung an Hamburger Hochschulen. Hamburg: Selbstverlag, S. 58.
- Harders, Cilja (1997): Bericht der Hamburger Regionalgruppe. In: *femina politica* 1(1), S. 40.
- Harders, Cilja/Jaehrling, Karen/Knorr, Simone/Schindler, Delia/Slomski, Birgit/Zwingel, Susanne (2000): »Das Private ist international«. *Feministische Ansätze in den Internationalen Beziehungen*. In: *femina politica* 9(1), S. 17-24.
- Harders, Cilja/Ostendorf, Helga/Roß, Bettina/Schindler, Delia (2002): Bericht des fünften SprecherInnenrats des AK Politik und Geschlecht. In: *femina politica* 11(1), S. 125-132.
- Jurkovic, Ute (1987): »Den Palast der männlichen Wissenschaft stürmen. Hamburger Frauen gründeten feministische Universität / Theoriedefizit der Frauenbewegung soll aufgearbeitet werden«. In: *taz Hamburg*, 18.04.1987.
- Kahlert, Heike (1998): Ohne Frauen(forschung) ist keine Politikwissenschaft zu machen?! Lehrende und Lehre in der feministischen Politologie an der Universität Hamburg. In: *Hamburger Politologinnen-Netzwerk (Netzwerk politikwissenschaftlich und politisch arbeitender Frauen, Regionalgruppe Hamburg) (Hrsg.): gender action in der Politikwissenschaft. Hamburger Dokumentation '98*. Mit hrsg. von der Gemeinsamen Kommission und Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung an Hamburger Hochschulen. Hamburg: Selbstverlag, S. 6-17.

- Kahlert, Heike/Schindler, Delia (1997): Feministische Politikwissenschaft, Grounded Theory und problemzentriertes Interview. In: *femina politica* 1(1), S. 61-70.
- Klinkert, Hildegard (1987): Emotionale Erwartungen an Frauen von seiten der Männer im wissenschaftlichen Betrieb. In: Nies, Andrea/Stabel, Beate/Müller, Christiane/Vollmer, Claudia/Wollrad, Dörte/dies./Schlütter, Petra/Wellhausen, Sylvia/Bergermann, Ulrike: Fällt-Studie. 10 Artikel, die begründen, warum Frauen Schluß machen müssen mit der Herrlichkeit im Wissenschaftsbetrieb. 2. Aufl. Hamburg: Selbstverlag, S. 7-10.
- Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung (Hrsg.) (1985): Frauen-Vorlesungsverzeichnis WS 85/86. Hamburg: Selbstverlag.
- Langer, Ingrid (1997): Bericht des Ständigen Ausschuß für Fragen der Frauenförderung (StAFF) der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. In: *femina politica* 1(1), S. 27-29.
- Mittag, Sandra/Schiller, Karin/Schindler, Delia/Wirtz, Beate (1997): Macht und Differenz in der feministischen Gegenkultur. Erfahrungsbericht einer studentischen Forschungsgruppe aus dem Hamburger Institut für Politische Wissenschaft. In: *femina politica* 1(1), S. 71-78.
- Müller, Christiane (1987): »Ich und du – raus bist du!« Statt der drei »Ks« die zwei »Gus«. In: Nies, Andrea/Stabel, Beate/Müller, Christiane/Vollmer, Claudia/Wollrad, Dörte/Klinkert, Hildegard/Schlütter, Petra/Wellhausen, Sylvia/Bergermann, Ulrike: Fällt-Studie. 10 Artikel, die begründen, warum Frauen Schluß machen müssen mit der Herrlichkeit im Wissenschaftsbetrieb. 2. Aufl. Hamburg: Selbstverlag, S. 22-26.
- Mürath, Claudia (1997): Zur Marginalisierung von Frauen in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. In: *femina politica* 1(2), S. 19-27.
- Nies, Andrea (1987): »frauen, ... das ist so der Bereich des schöngeistigen und ... auch des ganzen sozialen Klimbims ...« (hart-mann). In: dies./Stabel, Beate/Müller, Christiane/Vollmer, Claudia/Wollrad, Dörte/Klinkert, Hildegard/Schlütter, Petra/Wellhausen, Sylvia/Bergermann, Ulrike: Fällt-Studie. 10 Artikel, die begründen, warum Frauen Schluß machen müssen mit der Herrlichkeit im Wissenschaftsbetrieb. 2. Aufl. Hamburg: Selbstverlag, S. 11-15.
- Nies, Andrea/Stabel, Beate/Müller, Christiane/Vollmer, Claudia/Wollrad, Dörte/Klinkert, Hildegard/Schlütter, Petra/Wellhausen, Sylvia/Bergermann, Ulrike (1987): Fällt-Studie. 10 Artikel, die begründen, warum Frauen Schluß machen müssen mit der Herrlichkeit im Wissenschaftsbetrieb. 2. Aufl. Hamburg: Selbstverlag.
- Projekt Frauengrundstudium (Hrsg.) (1988): Frauen-Grundstudium 4. Im Dschungel der Hörsäle. Argument Studienhefte, Band 69. Hamburg/Berlin: Argument-Verlag.
- Projekt Frauengrundstudium (Hrsg.) (1984): Frauen-Grundstudium 3. Frauen und Moral. Argument Studienhefte, Band 61. Berlin: Argument-Verlag.
- Projekt Frauengrundstudium (Hrsg.) (1983): Frauen-Grundstudium 1. Argument Studienhefte, Band 44. 3. Aufl. Berlin: Argument-Verlag.
- Pühl, Katharina (1997): »Geschlecht als Kategorie in der Politik/-wissenschaft: Chancen und Widersprüche« vom 4.-6. April 1997 in Freudenberg/Sauerland. In: *femina politica* 1(1), S. 134-137.
- Rudolph, Clarissa (1997): Protokoll der Mitgliederversammlung im Rahmen der Fachtagung »Geschlecht« als Kategorie in der Politik/-wissenschaft: Chancen und Widersprüche« in Freudenberg am 5. April 1997. In: *femina politica* 1(1), S. 16-18.
- Sander, Susanne (1998): Bericht der Hamburger Regionalgruppe. In: *femina politica* 2(1), S. 133-134.
- Scheub, Ute (1987): Eine Tonne für den »Sprachmüll«. Uni-Frauengruppe vergab »Oskar« an »frauenfeindliche Professoren« / Quotierung statt »Herrlichkeit im Wissenschaftsbetrieb«. In: *taz Nord*, 03.07.1987, S. 23.
- Schindler, Delia (2000): Bericht der Regionalgruppe Hamburg des Politologinnen-Netzwerks. In: *femina politica* 9(1), S. 171.
- Schindler, Delia (1999): Tätigkeitsbericht der Regionalgruppe Hamburg des Politologinnen-Netzwerks. In: *femina politica* 8(1), S. 130-132.
- Schindler, Delia/Roß, Bettina/Ostendorf, Helga/Harders, Cilja (2000): Informationen des AK »Politik und Geschlecht« in der DVPW. In: *femina politica* 9(2), S. 133-135.
- Schlütter, Petra (1987a): Skizze für ein realsatirisches Stück mit Musikeinlage: »Bei uns wird keine Frau diskriminiert – oder von der (uns) motivierenden [sic!] Wirkung des Widerspruchs zwischen [sic!] wissenschaftlicher Realitätswahrnehmung und der Praxis«. In: Nies, Andrea/Stabel, Beate/Müller, Christiane/Vollmer, Claudia/Wollrad, Dörte/Klinkert, Hildegard/dies./Wellhausen, Sylvia/Bergermann, Ulrike: Fällt-Studie. 10 Artikel, die begründen, warum Frauen Schluß machen müssen mit der Herrlichkeit im Wissenschaftsbetrieb. 2. Aufl. Hamburg: Selbstverlag, S. 4-6.

- Schlütter, Petra (1987b): Zwischenbilanz. »Und sie bewegen sich doch? Und wir bewegen sie doch?! Aber etwas bewegt sich schon!« In: Nies, Andrea/Stabel, Beate/Müller, Christiane/Vollmer, Claudia/Wollrad, Dörte/Klinkert, Hildegard/dies./Wellhausen, Sylvia/Bergermann, Ulrike: Fällt-Studie. 10 Artikel, die begründen, warum Frauen Schluß machen müssen mit der Herrlichkeit im Wissenschaftsbetrieb. 2. Aufl. Hamburg: Selbstverlag, S. 18-20.
- Sektion Politik und Geschlecht in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) (o.J.): Selbstverständnis der Sektion Politik und Geschlecht. URL: <https://www.dvpw.de/gliederung/sektionen/politik-und-geschlecht/wir-ueber-uns/> [Zugriff: 13.01.2021].
- Zwingel, Susanne (1998a): »Oh Gott, eine Fällt-Studien-Frau!« Petra Schlütter über Forderungen, Vorstellungen und Aktivitäten von frauenbewegten Studentinnen der 80er Jahre. In: Hamburger Politologinnen-Netzwerk (Netzwerk politikwissenschaftlich und politisch arbeitender Frauen, Regionalgruppe Hamburg) (Hrsg.): gender action in der Politikwissenschaft. Hamburger Dokumentation »98. Mit hrsg. von der Gemeinsamen Kommission und Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung an Hamburger Hochschulen. Hamburg: Selbstverlag, S. 3-5.
- Zwingel, Susanne (1998b): »...so war doch jedes Wort, das wir erhoben haben, »ne Feier wert!« Die Gremienfrauen – Wie sie wurden, was sie sind. In: Hamburger Politologinnen-Netzwerk (Netzwerk politikwissenschaftlich und politisch arbeitender Frauen, Regionalgruppe Hamburg) (Hrsg.): gender action in der Politikwissenschaft. Hamburger Dokumentation »98. Mit hrsg. von der Gemeinsamen Kommission und Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung an Hamburger Hochschulen. Hamburg: Selbstverlag, S. 27-36.

## Archivalische Quellen

- Fachschaftrats Sozialwissenschaften (FSR Sozialwissenschaften), Ordner Nr. VIII-OE 9, Orientierungseinheit.
- Hamburger Bibliothek für Universitätsgeschichte, Ordner IPW 1.
- Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 240, Fraueninitiativen, Arbeitskreise und Projekte an Hamburger Hochschulen.
- Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 243/1, Fraueninitiativen in den Fachbereichen der Hamburger Hochschulen.
- Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 244, Publikationen von Fraueninitiativen an Hamburger Hochschulen.
- Universitätsarchiv Hamburg, Best. 601 Zentrum GenderWissen, Nr. 484–488, Frauenvorlesungsverzeichnisse Wintersemester 1984/85 bis Wintersemester 1996/97.

## Literatur

- Abels, Gabriele/Geißel, Brigitte/Seemann, Birgit/Sifft, Stefanie/von Wahl, Angelika (1998): Zwischen Networking und Verbandspolitik. Gleichstellungspolitik in der bundesdeutschen Politikwissenschaft. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 28/1997. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 398–408.
- Borgwardt, Rafaela (2002): Positionierung auf zerklüftetem Terrain. Frauen am Institut für Soziologie und die Kategorie Geschlecht in der Lehre. In: dies./Sievers, Andrea/Wachendorf, Petra/Eichholz, Erik: Festung Fachbereich? Frauen und Gleichstellung in Organisationskultur, Personalauswahl und Lehre des Fachbereichs Philosophie und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg 1974 bis 2000. Hamburg: Selbstverlag, S. 93–110.
- Borgwardt, Rafaela/Eichholz, Erik (2002): Der Fachbereich: Prozess der Partizipation unter den Bedingungen einer androzentrischen Organisationskultur. In: Borgwardt, Rafaela/Sievers, Andrea/Wachendorf, Petra/Eichholz, Erik: Festung Fachbereich? Frauen und Gleichstellung in Organisationskultur, Personalauswahl und Lehre des Fachbereichs Philosophie und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg 1974 bis 2000. Hamburg: Selbstverlag, S. 11–92.
- Borgwardt, Rafaela/Sievers, Andrea/Wachendorf, Petra/Eichholz, Erik (2002): Festung Fachbereich? Frauen und Gleichstellung in Organisationskultur, Personalauswahl und Lehre des Fachbereichs Philosophie und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg 1974 bis 2000. Hamburg: Selbstverlag.

- Enloe, Cynthia (1989): *Bananas, Beaches & Bases: Making Feminist Sense of International Politics*. London/Sydney/Wellington: Pandora.
- Faulstich-Wieland, Hannelore (2006): *Einführung in Genderstudien*. 2. Aufl. Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Gerhard, Ute (2009): *Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789*. München: C.H. Beck.
- Kahlert, Heike (1996): *Gegen-Bewegungen. Frauen- und Geschlechterforschung in der Lehre an Hamburger Hochschulen. Evaluation der Frauenvorlesungsverzeichnisse vom Wintersemester 1984/85 bis zum Sommersemester 1996. Eine Untersuchung im Auftrag der hochschulübergreifenden Gemeinsamen Kommission und Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung Hamburg in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Frauenförderung der Universität Hamburg*. Hamburg: Gemeinsame Kommission und Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung an Hamburger Hochschulen.
- Krause, Ellen (2003): *Einführung in die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kreisky, Eva (2004): *Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie*. In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hrsg.): *Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven*. Wien: WUV Facultas, S. 23–43.
- Kreisky, Eva (1994): *Aspekte der Dialektik von Politik und Geschlecht. Plädoyer gegen »geschlechtshalbierte Wahrheiten und Blickrichtungen« in der Politikwissenschaft*. In: Appelt, Erna/Neyer, Gerda (Hrsg.): *Feministische Politikwissenschaft*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 13–35.
- Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (1995): *Der Politik der Männer – die Wissenschaft der Männer? Hoffnung auf ein Ende des Schulterchlusses*. In: dies. (Hrsg.): *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung*. Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 9–24.
- Micheler, Stefan/Michelsen, Jakob (Hrsg.) (1994): *Der Forschung? Der Lehre? Der Bildung? – Wissen ist Macht! 75 Jahre Hamburger Universität. Studentische Gegenfestchrift zum Universitätsjubiläum 1994*. Hamburg: Selbstverlag des Allgemeinen Studierendenausschusses der Universität Hamburg.
- Niesen, Peter/Weiß, David (2021): *Von den politischen Wissenschaften zur Politikwissenschaft. Ein kooperatives Portrait*. In: dies. (Hrsg.): *100 Jahre Politikwissenschaft in Hamburg. Bruchstücke zu einer Institutsgeschichte*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 13–25.
- Povijač, Nicolli (2019): *Aktivitäten von Studentinnen an der Universität Hamburg*. In: Filter, Dagmar/Reich, Jana (Hrsg.): *Respekt! Frauen verändern Wissenschaft an der Universität Hamburg*. Norderstedt: Books on Demand, S. 74–81.
- Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (2004): *Einleitung: Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven*. In: dies. (Hrsg.): *Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven*. Wien: WUV Facultas, S. 9–21.
- Sievers, Andrea (2002): *»...an sich ist das eine ziemlich normale Zeitverschiebung.« Zur Situation von Frauen am Institut für Politische Wissenschaft*. In: Borgwardt, Rafaela/dies./Wachendorf, Petra/Eichholz, Erik: *Festung Fachbereich? Frauen und Gleichstellung in Organisationskultur, Personalauswahl und Lehre des Fachbereichs Philosophie und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg 1974 bis 2000*. Hamburg: Selbstverlag, S. 111–124.
- Wiedwald, Maike (1994): *Alles Lüge! Die Situation von Frauen an der Uni Hamburg: Von Gleichheit keine Spur! In: Micheler, Stefan/Michelsen, Jakob (Hrsg.): Der Forschung? Der Lehre? Der Bildung? – Wissen ist Macht! 75 Jahre Hamburger Universität. Studentische Gegenfestchrift zum Universitätsjubiläum 1994*. Hamburg: Selbstverlag des Allgemeinen Studierendenausschusses der Universität Hamburg, S. 278–285.
- Zimmermann, Gunnar B. (2020): *Zwischen großdeutscher Sendung und basisdemokratischem Abwehrkampf. Ansätze zu einer Studierendengeschichte der Hamburger Universität von der Gründung 1919 bis 1994*. In: Nicolaysen, Rainer/Krause, Eckart/ders. (Hrsg.): *100 Jahre Universität Hamburg. Studien zur Hamburger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in vier Bänden. Band 1*. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 252–306.

## Angaben zu den Autor\*innen

*Jonas von Bockel* ist Politikwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg. Dort unterrichtet und forscht er in historischer wie in systematischer Perspektive zur Politischen Ökonomie, zur Staatstheorie sowie zum Zusammenhang von öffentlichen Finanzen und internationalem Handel.

*Pia Christoph* studiert Politikwissenschaft an der Universität Hamburg.

*Malte Kanefendt* studierte Politikwissenschaft an der Universität Hamburg, in Berlin und Atlanta. Zu seinen Forschungs- und Interessenschwerpunkten gehören politische Theorien über das Verhältnis von Rassismus und Kapitalismus und die Geschichte antikolonialer Befreiungsbewegungen.

*Christopher Kirschner* hat Soziologie an der Universität Hamburg studiert. Gegenwärtig ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe »Sweat – Sociology of Transpiration in the Age of Global Warming« an der Universität Duisburg-Essen und am College for Social Sciences and Humanities der Universitätsallianz Ruhr. Seine Forschungs- und Interessenschwerpunkten umfassen die Körper-, Sinnes- und Sportsoziologie.

*Lennart Riebe* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Politikwissenschaft, insbesondere Geschichte und Theorie politischen Denkens der Universität Hamburg. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit der Geschichte der Politischen Ökonomie und materialistischen Staatstheorien.

*Laura Six* studiert Politikwissenschaft an der Universität Hamburg und war als wissenschaftliche Hilfskraft unter anderem an der Professur für Politikwissenschaft, insbesondere Internationale Beziehungen sowie zuletzt an der Professur für Politikwissenschaft, insbesondere Geschichte und Theorie politischen Denkens beschäftigt. Inhaltlich befasst sie sich insbesondere mit Fragen der Staats- und Kapitalismustheorie.

*David Weiß* hat Politikwissenschaft an der Universität Hamburg studiert und promoviert derzeit zum internationalen Denken neurechter Autoren und dem außenpolitischen Programm der AfD. Am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) ist er als Redakteur für die Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung tätig.



# II. Ausstellung



# Politik und Gesellschaft im Pferdestall. Eine Ausstellung

## Projekt und Anlass

100 Jahre Universität Hamburg, 100 Jahre voller politischer und gesellschaftlicher Umbrüche. Die Ausstellung *Politik und Gesellschaft im Pferdestall – Die Geschichte der Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg* ist das Ergebnis eines selbstorganisierten Studierendenseminars, das über zwei Semester zum 100-jährigen Universitätsjubiläum 2019 stattfand. Sie gibt einen Einblick in verschiedene Facetten der historischen Entwicklung des Fachbereichs: Wie etablierten sich die Sozialwissenschaften in Hamburg? Warum und wogegen wurde von den Studierenden gestreikt? Wie veränderten sich die Lehrinhalte? Wann gab es die erste Professorin am Fachbereich? Und warum trägt das Fachbereichsgebäude noch heute den Spitznamen ›Pferdestall‹?

1 Seit 1983 ist Salvador Allende der Namensgeber für die Adresse des Pferdestalls



## Inhalt und Aufbau

Da Universität mehr ist als die jeweiligen Inhalte von Forschung und Lehre, die in und durch sie vermittelt werden, gliedert sich die Ausstellung in vier Themenbereiche: Im Teil zur »Gebäudegeschichte« (grün) wird der markanten Namensgebung des Gebäudes nachgegangen und dessen stadtpolitische Bedeutung herausgearbeitet, die sich auch in dem Wandel seiner Adresse widerspiegelt. Die Anfänge der Hamburger Soziologie und das Universitätsleben im »Nationalsozialismus« (rot) werden im gleichnamigen Teil aufgearbeitet. Im Teil zur »Fächergeschichte« (blau) werden die Studienstruktur und Seminarinhalte der sozialwissenschaftlichen Studienfächer zum Thema gemacht sowie die Lebenswege und das wissenschaftliche Wirken zweier Lehrender beispielhaft nachgezeichnet. Zudem wird an die Auseinandersetzungen um den Studiengang Gender und Queer Studies erinnert. Unter dem Stichwort »Studierendengeschichte« (gelb) wirft die Ausstellung einen Blick auf feministische Initiativen und Streiks der Studierendenschaft.



2 Der besetzte Pferdestall während des Studierendenstreiks 1988/89



3 Der Lesesaal in der neuen Bibliothek des Pferdestalls um 1930



4 Der Pferdestall heute

### Form und Gestaltung

Im Dezember 2020 wurden die 15 Ausstellungstapeten im Allende-Platz 1 angebracht. Sie sind dort über mehrere Stockwerke verteilt und für die Öffentlichkeit dauerhaft zugänglich. Durch die Renovierung des Gebäudes seit Juni 2022 musste ein Teil der Ausstellung jedoch vorübergehend entfernt werden. Für den vorliegenden Sammelband, der in vielfacher Hinsicht an die Ausstellung anschließt und einzelne thematische Aspekte vertieft behandelt, wurden die Inhalte nicht überarbeitet, sondern nur in ihrer Gestaltung überarbeitet und an die Buchform angepasst. Der Zeitstrahl, der zu Beginn jedes Abschnitts unten links abgebildet ist, gibt Auskunft über den jeweils thematisierten Zeitraum. Die Nachweise der Bildquellen finden sich in gesammelter Form am Ende des Ausstellungsteils.

# Der Pferdestall der Firma Schlüter & Söhne

1908 ← 1933

1919

2019

1908-1933

1 Bauanzeige  
der Hochschul-  
behörde zum  
Umbau des  
Pferdestalls,  
1928

Str. 244

BOHNPLATZ

Nr. 1 - 3

**Bauanzeige**

BAUPOLIZEI  
Eing -11128N \* 6  
Akte Nr. 41-932

Grundeigentümer das Aerar wohnhaft Hamburg  
Verfasser der Bauvorlagen Kahl & Endresen 114-2655 Esplanade  
Übernehmer Peter Kahl Esplanade 41  
Bauleiter Kahl & Endresen Esplanade 14

Es wird beabsichtigt:

Das Haus Bohnplatz 1-3 nach den eingereichten Zeichnungen und Staatlichen Berechnungen für die Zwecke der Hamburgischen Universität umzubauen.

Angabe des Bauwertes Reichsmark 400.000.--

Hamburg, den 1m Oktober 1928

Hochschulbehörde  
Unterschrift des Bauherrn: Peter Kahl

95/

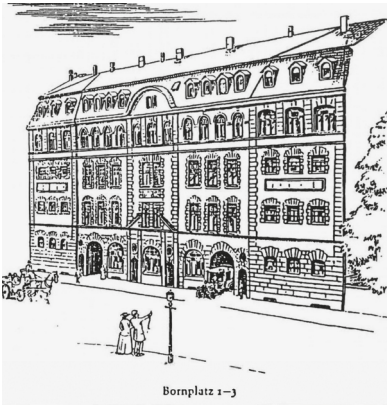
### Wie der Pferdestall zu seinem Namen kam

Das Familienunternehmen J. A. Schlüter wurde im frühen 19. Jahrhundert gegründet und war einer der größten Hersteller und Vertreiber von Fuhrwerken der Stadt. Aufgrund des wachsenden Geschäftsvolumens beschloss die Firmenleitung zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen Geschäftsneubau: 1908 – nach zweijähriger Bauzeit – öffnete der neue Pferdestall der Firma Schlüter & Söhne am Bohnplatz (heute: Allende-Platz) seine Tore. In den folgenden zwanzig Jahren brummte das Geschäft und das Gebäude beherbergte hunderte Pferde, zahlreiche Werkstätten und Geschäftsräume. Das Unternehmen expandierte sogar noch einmal und baute eine Automobilwerkstatt – das heutige Abaton-Kino. Zur Eröffnung des Pferdestalls berichtete der Lokalteil der Hamburger Nachrichten am 17. April 1908:

»Die bekannte Firma J. A. Schlüter Söhne [...] verlegt mit dem heutigen Tage ihre Zentrale nach ihrem imposanten Neubau Bohnplatz 2 [...]. [...] Zwischen den beiden Einfahrten befinden sich die hellen, geräumigen Kontorräume [...]. Nach hinten, durch einen Torweg getrennt, gelangen wir links in die modern eingerichtete Schmiede mit Pferdebeschlaghof, rechts auf einem dritten Hof an dem Maschinenhaus, Kesselhaus, Elektrizitätswerk, Brunnenanlage mit Pumpe, Warenaufzug, Siloanlage für Hafer und Brückenwaage sich befinden. Im Mittelgebäude führen links und rechts zwei breite Rampen zum Aufgang der Pferde für die Stallungen im 1. Stock. [...] Die gesamte zweite Etage entspricht in ihrer Anordnung ungefähr der ersteren [...]. In der dritten Etage [...] befinden sich Sattlerei, Lackiererei, Geschirrkammern und sechs Wagenremisen für ca. 100 Wagen.«

## Die Pferde weichen Büchern

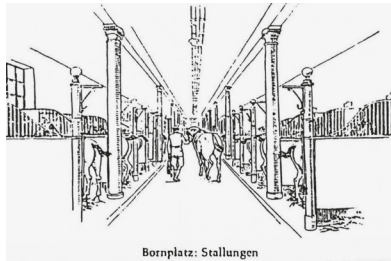
Unter dem Eindruck der wachsenden Popularität des Automobils verkaufte die Firma Schlüter & Söhne den Pferdestall 1928. Käuferin war die Hamburgische Bürgerschaft, die den Pferdestall zu einem Bürogebäude umbauen ließ. Ein Jahr später übergab sie das Gebäude an die Universität, die wegen steigender Studierenden- und Lehrendenzahlen händeringend nach Gebäuden suchte. Der Pferdestall war erst das zweite größere Hamburger Universitätsgebäude. Bis 1933 beheimatete es u.a. das Philosophische und das Psychologische Seminar sowie das Seminar für Erziehungswissenschaften. Erst 1968 zogen die Sozialwissenschaften aus dem Von-Melle-Park 9 in den Pferdestall ein.



Bornplatz 1-3



Bornplatz: Fries über dem Portal

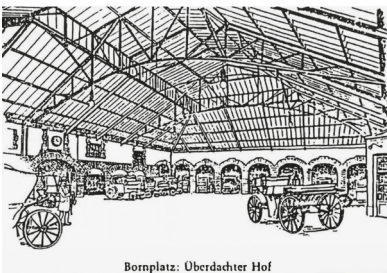


Bornplatz: Stallungen



Bornplatz: Anbau für die Automobil-Abteilung

2 Zeichnungen  
aus der Zeit  
der Nutzung  
als Pferdestall



Bornplatz: Überdachter Hof



3 Der Pferdestall des Unternehmens Schlüter & Söhne am Bornplatz mitten im Grindelviertel, ca. Anfang der 1920er-Jahre

### Etablierung der Wissenschaft im Pferdestall: Agathe Lasch, William Stern und Ernst Cassirer

Die Wissenschaftsgeschichte des Pferdestalls beginnt mit dem Einzug des Philosophischen, Germanistischen sowie des Psychologischen Seminars im Jahre 1929. Agathe Lasch (1879–1942), William Stern (1871–1938) und Ernst Cassirer (1874–1945) waren Teil der jüdischen Wissenschaftler\*innen, die während der Weimarer Zeit im Pferdestall wirkten. Agathe Lasch wurde 1923 die erste Professorin der Hamburgischen Universität und die erste Germanistik-Professorin Deutschlands. Als Gründungsprofessor etablierte William Stern 1919 das Psychologische Institut. Teil des Instituts war auch eine eigene Werkstatt, welche Instrumente für die experimentelle Psychologie herstellte. Sie war wie das ganze Institut ab 1929 im 2. Stock des Pferdestalls ansässig. Der Philosoph Ernst Cassirer prägte die Hamburgische Universität von 1929 bis 1930 als demokratisch orientierter Rektor. Alle drei Wissenschaftler\*innen wurden während des Nationalsozialismus als Jüd\*innen vertrieben oder ermordet.

# Ein Gebäude als Spiegel der Zeit

1 Die ehemalige Synagoge am Bornplatz, aufgenommen von der Beneckestraße

1906 ←

1988

1919

2019



## Die Universität im Stadtviertel

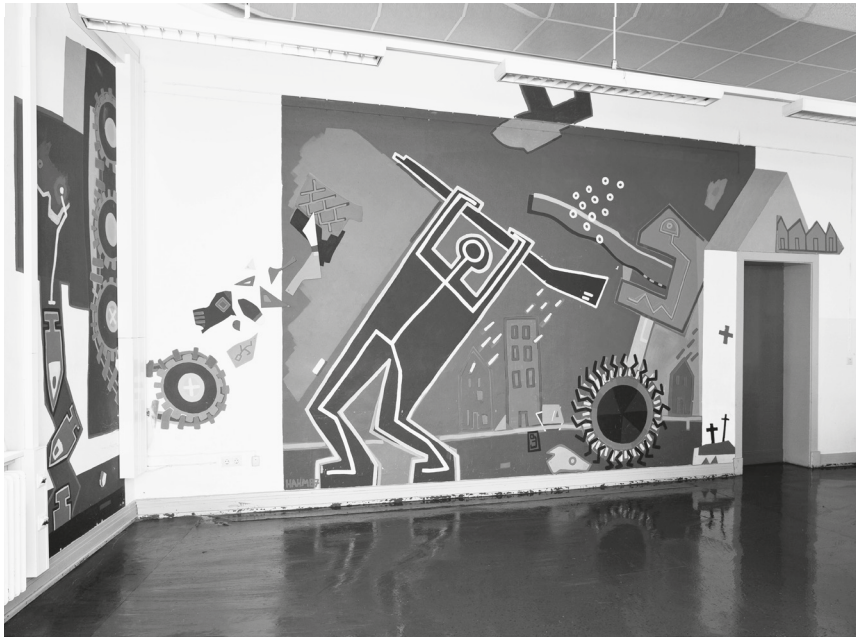
Wie auch der Pferdestall wurde das umliegende Grindelviertel durch historische und gesellschaftspolitische Ereignisse geprägt. Bis in die Anfänge des Nationalsozialismus hinein lag der Pferdestall in direkter Nachbarschaft zu zahlreichen jüdischen Einrichtungen. Unmittelbar im Nachbargebäude des Pferdestalls, dem heute nicht mehr vorhandenen Gebäudekomplex Beneckestraße, fanden zahlreiche jüdische Vereine sowie die Neue Dammtor-Synagoge Platz. Das im Hinterhof platzierte Gotteshaus wurde nach antisemitischen Pogromen 1938 so weit wieder in Stand gesetzt, dass hier weiter jüdische Gottesdienste stattfinden konnten. In Sichtweite des Pferdestalls lag die 1906 errichtete erste freistehende Synagoge Hamburgs, die Bornplatz-Synagoge. Während der Novemberpogrome wurde sie geschändet und beschädigt. Sie musste im Jahr 1939 auf Kosten der jüdischen Gemeinde abgerissen werden. Heute fällt der Blick aus dem Pferdestall auf einen ehemaligen Hochbunker, der dort Anfang 1940 zum Schutz der ›arischen‹ Bevölkerung errichtet wurde. 1950 wurde dieser ebenfalls zu einem Universitätsgebäude umfunktioniert. Seit der Nachkriegszeit umgeben den Pferdestall Kultur- und Gastronomiebetriebe, wie das Abaton-Programmkino.

»Der Luftschutzbunker ist heute mit der Anschrift Allende-Platz 2 Teil der Universität. Er beherbergt unter anderem die Anthropologie. Das Schmunzeln über die Ironie dieser Konstellation gefriert, wenn man sich vergegenwärtigt, unter welcher Bezeichnung dieses Fach einst Eingang in die Hamburger Universität gefunden hat: Als eine der ersten Maßnahmen bei dem Umbau der Hochschule zu einer nationalsozialistischen ›politischen Universität‹ wurde 1933 eine Professur für ›Rassenkunde‹ eingerichtet. Verwandt dafür wurde das Ordinariat für Philosophie, von welchem Ernst Cassirer soeben vertrieben worden war. Als einer der ersten jüdischen Rektoren einer deutschen Universität im akademischen Jahr 1929/30, dem

Jahr des Einzugs in den ›Pferdestall‹, war er von Anfang an antisemitischen Anwürfen ausgesetzt gewesen.« (Eckart Krause, Kalender der Universität anlässlich des 75-jährigen Jubiläums der Universität, Kalenderblatt April, Universität Hamburg, 1994)



2 Das größte Gemälde der Bildreihe von Constantin Hahm im Seminarraum 250: Der Pferdestall zwischen Krieg und Aufklärung



## Ein Kreuzworträtsel aus den Bausteinen »Fahrzeuge«, »Pferde« und »Universität« beleuchtet bündig die lange Geschichte des Gebäudes

### Kunst im Pferdestall: Die Wandgemälde Constantin Hahms

Seit 1988 ist die Geschichte des Pferdestalls durch die im ganzen Gebäude verteilten Wandgemälde von Constantin Hahm (\*1945) verewigt. Der Hamburger Künstler arbeitete damit die Geschichte des Viertels und der Universität auf und beschäftigte sich darüber hinaus mit Grundfragen wissenschaftlicher Arbeit und gesellschaftlicher Entwicklung. Die erste kleine Zeichnung Hahms, ein Kreuzworträtsel aus den Bausteinen »Fahrzeuge«, »Pferde« und »Universität«, beleuchtet bündig die lange Geschichte des Gebäudes. Sie ist das einzige Gemälde, das aufgrund einer Sanierung des Foyers nicht mehr zu sehen ist.

## Wissenschaft zwischen Zerstörung und Aufklärung

Das auffällige Gemälde im Treppenaufgang des 2. Stockwerks befasst sich explizit mit der Gebäudenutzung im 2. Weltkrieg. Während der Pferdestall dem Bombenhagel standhalten muss, kauern sich zwei Menschen in den engen Keller. Im großen Luftschutzbunker gegenüber werden Menschen dagegen wie von einem zauberhaften Schild beschützt. Dies, so die Interpretation, ist Hahms Aufarbeitung einer zynischen Aufteilung: Während die »arische« Bevölkerung sich bei Luftangriffen im eigens gebauten Bunker schützte, musste die »nicht-arische« Bevölkerung im exponierten Pferdestall Zuflucht suchen. Das größte zusammenhängende Gemälde Hahms ist im heutigen Raum 250 zu finden. Hier fließen die Vergangenheit und die heutige wissenschaftliche Funktion des Gebäudes ineinander. Krieg und Zerstörung, u. a. symbolisiert durch Bomben, Grabkreuze und einen Panzer, sind Mahnung für die wissenschaftliche Arbeit, die – so Hahm – durch Aufklärung zu Frieden und Verständigung beitragen muss.



3 Die heute nicht mehr sichtbare Zeichnung von Constantin Hahm im Foyer des Gebäudes: »Pferde und vieles mehr«

4 Gemälde von Constantin Hahm im 2. Stockwerk: Das Gebäude im Bombenhagel



# Vom Bornplatz zum Allende- Platz



### Erinnerungskultur im universitären Grindelviertel

Das in den 1920er Jahren noch intakte jüdische Leben im Grindelviertel wurde durch den deutschen Faschismus fast vollständig zerstört und konnte sich auch in der Nachkriegszeit nur schwer wieder etablieren. So gab es von Seiten der Universität zunächst keine Bemühungen, die vergangenen Jahre des Nationalsozialismus aufzuarbeiten und an das alte Leben im jüdischen Viertel anzuknüpfen. Im Gegenteil: Bis weit in die 1970er Jahre wurde der weitgehend in Vergessenheit geratene Standort der ehemaligen Bornplatz-Synagoge als Parkplatz der Studierenden genutzt. Die Pläne zur Errichtung eines neuen Universitätsgebäudes mit Tiefgarage auf dem Platz der ehemaligen Synagoge waren ein weiterer Ausdruck der fehlenden Erinnerungskultur. Hierfür sollte die ehemalige Talmud-Tora-Schule, die letzte noch vollständig erhaltene jüdische Einrichtung des Viertels, abgerissen werden.

Die 1980er Jahre waren hingegen von verstärkten Bemühungen um die Aufarbeitung dieser Zeit geprägt. 1982 entdeckten Archäologiestudent\*innen bei Grabungen am Bornplatz Teile des alten Ritualbades der einst so symbolträchtigen Synagoge. Am 50. Jahrestag der Novemberpogrome wurde der Platz 1988 als Gedenkanlage eingeweiht. Das Mosaik auf dem Boden bildet den Grundriss sowie das Deckengewölbe des ehemaligen Gotteshauses ab. Die Umbenennung ein Jahr später geschah zur Erinnerung an den im Nationalsozialismus ermordeten letzten Oberrabbiner und ehemaligen Direktor der angrenzenden Schule, Dr. Joseph Carlebach. Zudem erinnern zwei damals aufgestellte Gedenktafeln am südlichen Teil des Pferdestalls bis heute an den ehemaligen Komplex der Beneckestraße, der unter anderem die Neue Dammtor-Synagoge beheimatet hatte.

**Die Pläne zur  
Errichtung eines neuen  
Universitätsgebäudes  
mit Tiefgarage auf  
dem Platz der ehemaligen  
Synagoge waren ein  
Ausdruck der fehlenden  
Erinnerungskultur**

### »Bei Regen fällt der Putz von der Decke«

Mit dem Aufbau des neuen Von-Melle-Campus ab den 1950er Jahren fiel der Blick auch auf das im Krieg weitgehend unbeschädigte Gebäude am angrenzenden Bornplatz. Mochte der ehemalige Pferdestall in der Nachkriegszeit gute Dienste zur Unterbringung »unbeheimateter« Institute sowie kurzzeitig sogar der Universitätsleitung geleistet haben, erschien er in den 1960er Jahren veraltet und die anfallende Sanierung kostspielig. Ein Abriss des alten Gebäudes kam jedoch aufgrund zu hoher Kosten nicht in Frage. Mit der Fertigstellung des Philosophenturms und dem Umzug der geisteswissenschaftlichen Fächer wurde der Pferdestall im Jahr 1968 als Von-Melle-Park 15 Heimat der Hamburger Sozialwissenschaften.

Ende der 1970er Jahre erschien eine Grundsanierung des Pferdestalls schließlich unumgänglich. Geplant war ursprünglich, die verbliebenen Teile des Soziologischen Seminars aus der Sedanstraße in dem renovierten Gebäude am Von-Melle-Campus unterzubringen. Studierende sahen dies als ihre Chance, den Neubau eines »Geisteswissenschaftlichen Zentrums« zu fordern. Auch aus Unzufriedenheit mit der vorübergehenden Verlegung in ein weiter vom Campus entferntes Gebäude besetzten die Studierenden im Juli 1981 kurzzeitig den Pferdestall. Über den maroden Zustand des Gebäudes titelten die Eimsbüttler Nachrichten ein Jahr später: »Bei Regen fällt der Putz von der Decke«. Der Sanierungstermin wurde mehrfach verschoben. Im April 1983 einigte sich der Hamburger Senat schließlich auf eine »mittlere Lösung« für die Instandsetzung des alten Uni-Gebäudes. Damit schloss er sowohl eine Grundsanierung des Gebäudes als auch den Bau eines »Geisteswissenschaftlichen Zentrums« aus. Während der Sanierungsjahre 1985/86 fand der Betrieb im Pferdestall nur eingeschränkt statt. Einzig die Fachbibliothek verblieb für die gesamte Zeit in ihren Räumen im 4. Stock.

Bis heute beheimatet der frühere Pferdestall die Fachgebiete Politikwissenschaft, Soziologie, Journalistik und Kriminologie sowie die Fachbibliothek Sozialwissenschaften. Neben diesen fachbezogenen Einrichtungen befinden sich auch die universitätseigene Druckerei und Werkstätten im unteren Teil des Gebäudes sowie der studentisch organisierte Freiraum »T-Stube« im ersten Stock.



Bis weit in die 1970er-Jahre wurde  
der Standort der ehemaligen  
Bornplatz-Synagoge als Parkplatz  
der Studierenden genutzt



1 Blick auf den  
Pferdestall (links)  
und den Platz  
der ehemaligen  
Synagoge (rechts)  
im Jahr 1971, fo-  
tografiert aus dem  
Philosophenturm



2 »Im ersten Bauabschnitt wurden in der ersten bis vierten Etage 69 Räume neu hergerichtet und 16 Räume durch eine veränderte Aufteilung neu geschaffen. Die bisher »blind«, zum Von-Melle-Campus der Universität gerichtete Süd-Ost-Fassade des »Pferdestalls« (auf der linken Bildseite) hat jetzt Fensterreihen.«

## Hamburg

Hamburger Abendblatt – Seite 3

Dienstag, 2. Juni 1981

### Uni-Gebäude besetzt

Seit gestern ist das Seminar für Sozialwissenschaften besetzt. Das als „Pferdestall“ bekannte Uni-Gebäude am Von-Melle-Park 15 (Rotherbaum) soll mit Semesterbeginn im Herbst endlich renoviert werden. Doch während der zweijährigen Renovierungszeit (etwa ein halbes Studium) müssen die Studenten ganz nach Lokstedt, in die Tropplowitzstraße, umziehen – weit entfernt vom Uni-Betrieb. Der Umbau des „Pferdestalls“ soll 14 Millionen Mark kosten, die Tropplowitzstraßen-Miete 30 Millionen. Es gäbe genug Platz, meint der Fachschaftsrat, zum Beispiel auf einem ehemaligen Schulgelände in der Nähe der Universität, wo für so viel Geld endlich ein von vielen gefordertes Geisteswissenschaftliches Zentrum gebaut werden könnte.

3 Meldung im Hamburger Abendblatt zur Besetzung des Pferdestalls anlässlich der Sanierung

### Im Zeichen internationaler Solidarität

Der Pferdestall wechselte mehrfach seine Adresse, ehe der Platz vor seiner Tür 1983 in Allende-Platz umbenannt wurde. 1974 forderte der Sprecher des Chile-Solidaritäts-Komitees, den Von-Melle-Park zum Gedenken an den chilenischen Präsidenten Salvador Allende umzubenennen. Das Komitee wollte, dass der Unicampus an die internationale Solidarität für die Sozialpolitik der sozialistischen Regierung erinnert und nicht an den einstigen Mitbegründer des Hamburgischen Kolonialinstituts, Werner von Melle. Im September 1983 wurde am zehnjährigen Todestag Allendes ein Teil des Von-Melle-Parks umbenannt. Dies war eine politische Positionierung gegen den gewaltsamen Putsch und die Militärdiktatur unter Pinochet in Chile. Somit lag der ursprünglich am Bornplatz errichtete Pferdestall nach einer kurzen Residenz am Von-Melle-Park schließlich am Allende-Platz.

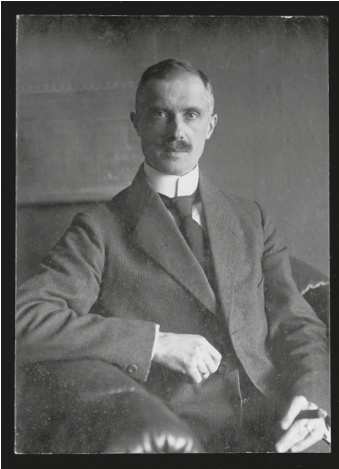


4 Gedenken an  
den chilenischen  
Präsidenten  
Salvador Allende

# Die frühe Hamburger Soziologie







2 Andreas Walther,  
vermutlich in den  
1920er-Jahren

## Walthers Studien klassifizierten acht Hamburger Stadtteile als »gemeinschaftlich«: das Schanzenviertel, St. Pauli, St. Georg, Hammerbrook, Hoheluft, Barmbek, die Neustadt und Rothenburgsort

### Die »Ausmerzungen der Gemeinschaftlichkeits«

Bereits vor 1933 arbeitete Andreas Walther an einer Stadtsoziologie, die besonders im Nationalsozialismus an Bedeutung gewann. Seine Forschung bezog sich auf die NS-Ideologie und nutzte neue soziologische Methoden, die er sich bei Aufenthalten in den USA angeeignet hatte. Ziel war eine umfangreiche Sozialkartografie Hamburgs und die Identifikation »gemeinschaftlicher« Gebiete. Nach der NS-Ideologie fielen hierunter Stadtteile, in denen vermehrt Menschen lebten, die aus rassistischen, politischen oder »sozialhygienischen« Gründen nicht der NS-Volksgemeinschaft zugerechnet wurden.

Im Zuge einer möglichen Sanierung der Wohnbezirke argumentierte Walther für eine »Ausmerzungen« dieser »hoffnungslos Defekten«. Walthers Studien klassifizierten acht Hamburger Stadtteile als »gemeinschaftlich«: das Schanzenviertel, St. Pauli, St. Georg, Hammerbrook, Hoheluft, Barmbek, die Neustadt und Rothenburgsort.



### Was wurde gelehrt?

Die Lehre am Seminar für Soziologie unter Andreas Walther und seinen Mitarbeitern umfasste pro Semester durchschnittlich zwischen fünf und sieben Lehrveranstaltungen. Neben allgemeinen Einführungsvorlesungen und Kursen zur Ideengeschichte des sozialen Denkens wurde vor allem die Soziologie der Großstadt, meist am Beispiel Hamburgs, behandelt. Darüber hinaus standen Seminare zu vergleichender Völkersociologie und Sozialpsychologie auf dem Lehrplan. Die Vorlesungen wurden von ungefähr 15 bis 20 Hörer\*innen besucht, zu den Seminaren kam knapp die Hälfte. Ab 1933 gab es zudem einen zeitungswissenschaftlichen Lehrgang zur Ausbildung nationalsozialistischer Schriftleiter. Ein besonderer Schwerpunkt lag hierbei auf dem Studium der internationalen Presselandschaft. Ab 1935 wurde die Zeitungswissenschaft eine eigene Abteilung, 1943 zog sie als eigenständiges Institut in den Pferdestall am Bornplatz ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die wissenschaftliche Erforschung der Publizistik zunächst nicht wieder aufgenommen.

4 Das Seminar für Soziologie war von 1929 bis 1945 in der Badestraße 6 untergebracht



Seminar für Soziologie der Hanseischen Universität Hamburg  
Badestraße 6

## Beispieltitel von Lehrveranstaltungen

Vergleichende Soziologie und  
Psychologie der führenden  
Völker der Gegenwart,  
Andreas Walther, WiSe 1928/29

Seminar zur Soziologie Hamburgs  
(mit kartographischen Arbeiten und  
Besichtigungen), Andreas Walther,  
WiSe 1930/31

Soziologie der orientalischen Kulturen,  
Andreas Walther, SoSe 1932

Kolloquium über Führertum  
und Hochschule,  
Andreas Walther, SoSe 1932

Soziologische Gliederung  
des deutschen Volkes,  
Andreas Walther, SoSe 1933

Besprechung von Schriften der  
gegenwärtigen deutschen Soziologie  
als Volks- und Lebenslehre,  
Andreas Walther, SoSe 1935

Übungen über die argentinische  
Tagespresse, Franz Hermann Kluge,  
SoSe 1935

Die publizistischen Führungsmittel,  
Paul Lindemann, WiSe 1935/36

Das deutsche Volk, Aufbau  
und Neubau, Andreas Walther,  
WiSe 1936/37

Seminar über die internationalen  
Bewegungen zur Überwindung  
des Liberalismus, Andreas Walther,  
SoSe 1937

Italienische Zeitschriftentypen,  
Franz Hermann Kluge, WiSe 1937/38

Wesen und Aufgaben unseres  
Zeitalters, Andreas Walther,  
2. Trimester 1940

Kolonialpolitik in der Tagespresse,  
Max Baumann, SoSe 1942

Übungen über den Zeitungsleser,  
Max Baumann, WiSe 1943/44

# Konservative Revolution & Politische Universität



### Konservativ, ›revolutionär‹ und antidemokratisch

In den 1920er und 1930er Jahren entstanden verschiedene intellektuelle Strömungen, die dem Begriff der Konservativen Revolution zugerechnet werden. Die tatsächliche ideologische Einheit der Autoren ist höchst umstritten. Alle zugerechneten Personen eint jedoch ein antidemokratisches Politikverständnis und besonders die Ablehnung des parlamentarischen Liberalismus und der Weimarer Republik. Das Verhältnis zum Nationalsozialismus fällt bei einzelnen Vertretern unterschiedlich aus. Theoretische Nähe sind jedoch unübersehbar: Ein ethnischer Volksbegriff, Kulturpessimismus, die Glorifizierung von Krieg und Gewalt, die Befürchtung des ›Untergangs des Abendlandes‹ sowie die Zentralität von ›Männlichkeit‹ und Antisemitismus sind nur einige Gemeinsamkeiten.

**1** Feier zum 1. Mai  
1933 im Hörsaal A  
des Hauptgebäudes  
der Hamburger  
Universität



## Ereignisse an der Universität Hamburg, 1929–1935

Ernst Cassirer wird **1929** zum Hamburger Universitätsrektor gewählt und damit einer der ersten jüdischen Rektoren in Deutschland.

Bis **1931** entstehen an der Universität 75 Professuren.

Am **7. April 1933** tritt das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in Kraft. »Jüdische« und »regimefeindliche« Gelehrte werden entlassen, darunter Ernst Cassirer sowie die Hamburger Sozialwissenschaftler Siegfried Landshut, Kurt Singer und Eduard Heimann. Insgesamt werden über 90 Wissenschaftler\*innen vertrieben.

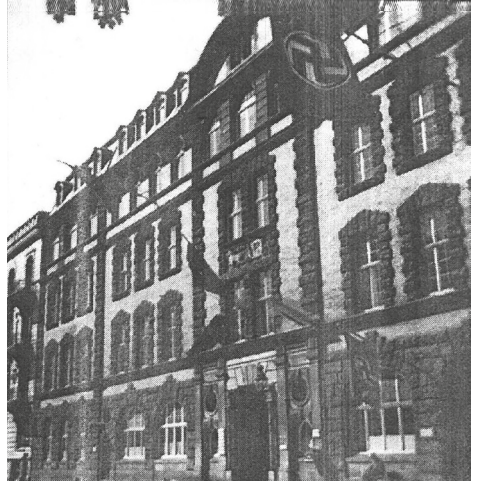
Bei der Feier zum **1. Mai 1933** im Hörsaal A des Hauptgebäudes bekennt sich die Universitätsleitung zum Nationalsozialismus und zu Adolf Hitler als ihrem Führer.

Am **15. und 30. Mai 1933** finden in Hamburg Bücherverbrennungen statt – vorrangig durch die Studierendenschaft.

Auf Bestreben des Rektors Adolf Rein wird die Hamburgische Universität im **Oktober 1935** in »Hansische Universität« umbenannt.

### Der Hamburger Kreis

Die Lehre vom völkischen Nationalismus stieß auch in den elitär-akademischen Zirkeln Hamburgs lange vor der offiziellen »Gleichschaltung« der Universitäten auf Gehör. In Hamburg zählte vor allem ein Kreis um den Theologen Wilhelm Stapel zur Konservativen Revolution. Stapel gehörte bereits 1919 zu den führenden Publizisten antisemitischer Zeitschriften. Ein Mitwirken von Sozialwissenschaftler\*innen am Hamburger Kreis ist nicht bekannt. Die Hansestadt war zudem eine Hochburg der Fichte-Gesellschaft, welcher auch Stapel angehörte. So wurde die erste Fichte-Hochschule in Hamburg gegründet, die das Bildungsbürgertum in einem national-erzieherischen Sinne über die »volkstümlichen Besonderheiten« der Deutschen unterrichtete.



**2** Der Pferde-  
stall im National-  
sozialismus

## Im Mai 1933 finden in Hamburg Bücherverbrennungen statt – vorrangig durch die Studierendenschaft

### Adolf Rein – Nationalsozialismus und Hochschule

Der Historiker Adolf Rein (1885–1979) war zwischen 1934 und 1938 Rektor der Hamburger Universität und eine treibende Kraft für ihre nationalsozialistische Selbstgleichschaltung. Rein entwickelte bereits 1932 die Idee einer politischen Universität, in der die Wissenschaft nach den Grundsätzen einer völkischen Ideologie organisiert werden sollte. In Reins Vorstellung bildete der politische Wille zur deutschen »Machtentfaltung« das übergeordnete Prinzip der Forschung, Wissenschaft sollte zur »Willenswissenschaft« werden. Diese Ideen versuchte er durch den Aufbau einer »Politischen Fachgemeinschaft« zu verwirklichen, in der alle politisch relevanten Fächer (wie u. a. Geschichte, Öffentliches Recht, Soziologie, Anthropologie, Germanistik und »Rassenhygiene«) zusammengeführt wurden. Die Fachgemeinschaft bot Lehrveranstaltungen und »Wissenschaftslager« zu politischen und historischen Themen an, blieb jedoch hinter den Erwartungen Reins zurück und verlor ab 1939 gegenüber anderen nationalsozialistischen Hochschulorganisationen an Bedeutung.



Selbstgefertigte Karten des Seminars für Soziologie:  
Ein Hauptarbeitsgebiet des Seminars ist das vergleichende Studium sozialer Verhältnisse der großen Völker der Gegenwart.

3 Aus der Broschüre  
»Die Hansische  
Universität« (1937),  
herausgegeben von  
Adolf Rein

# Der national- sozialistische Universitäts- alltag



### Die Studierendenschaft – von Regimetreue ...

Bereits im Jahre 1931 konnte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) sowohl in Hamburg als auch an anderen deutschen Universitäten als stärkste Kraft aus den AstA-Wahlen hervorgehen. Insgesamt stieß die Umformung der Hamburger Universität hin zur nationalsozialistischen Universität nach dem Führerprinzip auf keinen nennenswerten studentischen Widerstand. Durch Kräfte wie die 1919 gegründete Burschenschaft Germania konnte dem Nationalsozialismus nahestehendes Gedankengut bereits früh in der Hamburger Studierendenschaft Fuß fassen. Auch die Entlassungen und Vertreibungen verschiedener Wissenschaftler\*innen verliefen ohne studentische Gegenwehr. Im Gegenteil wurden die Zwangsmaßnahmen von studentischer Seite gar befeuert. So kritisierten etwa Mitglieder des Hamburger NS-Studentenbunds im Frühjahr 1933 die Lehrplanung des anstehenden Sommersemesters in einem Schreiben an den nationalsozialistischen Hochschulsenator. Der Studentenbund forderte, den als jüdisch oder marxistisch geltenden Lehrenden ihre Lehraufträge zu entziehen. Namentlich attackierte der Bund u. a. den Sozialökonom Eduard Heimann, den Wirtschaftswissenschaftler Theodor Plaut und den Psychologen William Stern. Am 11. April 1933 schrieb der Hochschulgruppenführer des NSDStB, Alfred Engelken, an den nationalsozialistischen Hochschulsenator Friedrich Offerdinger:

»Die hier aufgezählten Professoren haben sich als ganz unverträglich für die Studentenschaft erwiesen. Die beiden Volkswirtschaftler, bes. Heimann, haben sich begnügt, an der Hochschule Marxismus zu dozieren [...]. Stern ist Psychologe und hat als solcher grossen Einfluss auf die Erziehungswissenschaftler, denen er Psychoanalyse u. a. beibringt. Höchst widerwärtig ist auch der Jude Panofski [richtig wäre: Panofsky], der in Hamburg die Kunstgeschichte vertritt [...]. Seine Kollegs werden durch die typischen Salonbolschewisten besucht.«

**Der Studentenbund  
forderte, den als jüdisch  
oder marxistisch geltenden  
Lehrenden  
ihre Lehraufträge  
zu entziehen**

### ... bis Widerstand

Widerstand wurde dagegen von der »Hamburger Weißen Rose« geleistet. Sie war in mehreren Gruppen organisiert und setzte sich aus etwa 50 humanistisch orientierten Personen zusammen, zu denen auch einige Studierende gehörten. Insbesondere nach dem Tod der Geschwister Scholl verbreiteten sie Flugblätter und Informationen. Weder der Name noch die Bezeichnung als einheitliche Widerstandsgruppe waren jedoch Eigenschreibungen. Mindestens acht Mitglieder der Hamburger Weißen Rose wurden bis Kriegsende ermordet oder erlagen den Folgen ihrer Misshandlungen in verschiedenen Gefängnissen und Konzentrationslagern. An die vier Studierenden unter ihnen erinnert heute eine Gedenktafel im Audimax der Universität Hamburg.



### Der Gaustudentenführer Hans Ochsenius

Ein Beispiel für den Lebensweg eines regimetreuen Soziologen in der NS-Zeit ist die Biografie von Hans Ochsenius (1914–1945). Nach seinem Abitur 1934 studierte Ochsenius Soziologie, Literaturwissenschaft, Philosophie und Geschichte an der Hamburger Universität. Bereits 1929 trat Ochsenius dem NS-Schülerbund und 1934 auch der NSDAP bei. Ab seiner Studienzeit war er im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) aktiv. Zwischen 1938 und 1945 repräsentierte Ochsenius als Gaustudentenführer des NSDStB die Hamburger Studentenschaft gegenüber dem Reichsstudentenführer. Der ausschließlich für männliche Studenten vorgesehene Bund diente als ideologische Verbindung zu den Studierenden, war aber auch für die Überprüfung der politischen Gesinnung von Promovierenden zuständig. 1938 wurde Ochsenius bei dem Soziologen Andreas Walther mit einer Arbeit zur Geschichte der Studentenschaft an der Hamburger Universität promoviert. Während des Zweiten Weltkriegs gehörte er zu einer Propagandakompanie und verfasste Berichte als Kriegsreporter. Am 13. Mai 1945, wenige Tage nach der Kapitulation der Wehrmacht, tötete sich Ochsenius selbst.

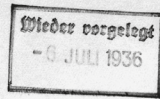
**1** Die vier Studierenden der Hamburger Weißen Rose, welche unter der nationalsozialistischen Herrschaft umgekommen sind. Von oben links nach unten rechts: Margarethe Rothe (1919–1945), Hans Leipelt (1921–1945), Reinhold Meyer (1920–1944) und Frederick Geussenhainer (1912–1945)

Hamburg, den 27. Juni 1936

1. Herr Professor Jäger teilt mit, dass er eine Anstellung des cand. phil. Erich Jahn nicht mehr befürworten können, weil er inzwischen erfahren habe, dass Jahn einen kommunistischen Wahlvorschlag für die Asta-Wahlen unterzeichnet habe. Er nehme an, dass Herr Professor Mühlhausen sein Votum ebenfalls zurückziehen werde.
2. w.v. 16.7.36 dem Herrn Rektor.

*mt. Jc*

*H. Sturwe*



*R*

2 Aktennotiz für  
Rektor Adolf Rein  
zur Anstellungs-  
verweigerung  
Erich Jahns

## Auch ein zurückliegendes Engagement in einer als sozialistisch oder kommunistisch geltenden Organisation führte zur Verweigerung der Doktorprüfung

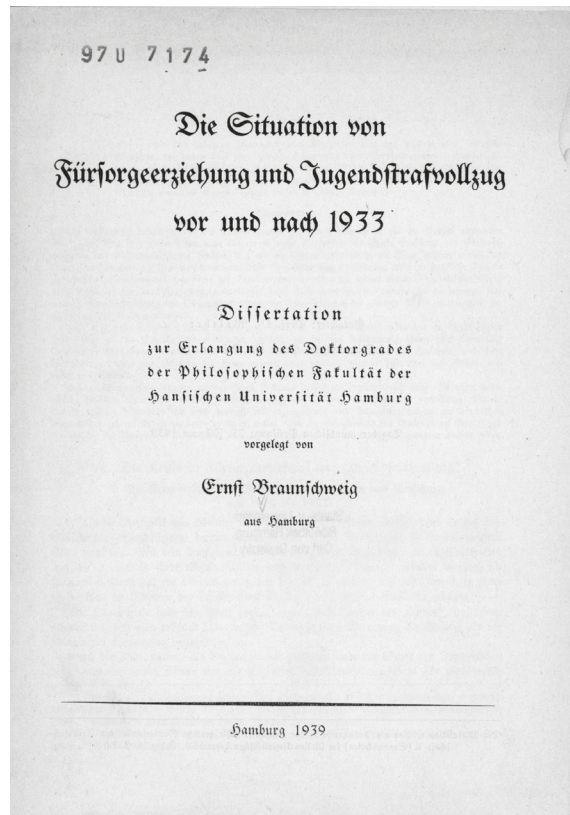
### Promotionsverfahren zwischen Zulassung und Ausschluss

Im Jahr 1931 wurde die Promotion im Hauptfach Soziologie in Hamburg erstmals offiziell möglich, sofern die Studierenden ihre Nebenfächer in der Philosophischen Fakultät belegten. Bis 1944 erfolgten unter der Leitung von Andreas Walther 30 Promotions und zwei Habilitationen. Da die Nationalsozialisten die Anforderungen für eine Promotion zunehmend anhand völkischer und politischer Kriterien ausrichteten, wurden beispielsweise jüdische Studierende ab 1937 nicht mehr zur Promotion zugelassen. Auch ein zurückliegendes Engagement in einer als sozialistisch oder kommunistisch geltenden Organisation führte bei Bekanntwerden zur Verweigerung der Doktorprüfung. So wurde dem Studenten Erich Jahn 1936 seine geplante Anstellung und Promotion am Lehrstuhl der Hamburger Soziologie verweigert. Als Grund hierfür wurde seine Mitgliedschaft in einer kommunistischen Studierendenliste angeführt.

### Entziehungen des Doktorgrades

Bis in das Jahr 1933 führten meist Plagiate oder andere Betrugsvergehen zur Entziehung des Doktorgrades. Ab 1935 wurden die Gerichte dazu verpflichtet, rechtskräftig verurteilte Promovierte den jeweiligen Universitäten zu melden. Eine Entziehung des Doktorgrades konnte ab diesem Zeitpunkt bei einer Verurteilung durch die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder einen Beschluss der Universitäten erfolgen. Bis 1945 wurde an der Hamburger Universität insgesamt 59 Personen aufgrund einer Verurteilung der Doktorgrad aberkannt. Für die Soziologie ist ein solcher Fall bekannt: Offizier und NSDAP-Mitglied Ernst Braunschweig war 1944 wegen angeblicher »fortgesetzter schwerer Unzucht zwischen Männern« nach §175 zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt worden. Braunschweig, der 1939 bei Andreas Walther promovierte, wurde infolgedessen seine Doktorwürde aberkannt.

**3** Dissertation  
von Ernst  
Braunschweig

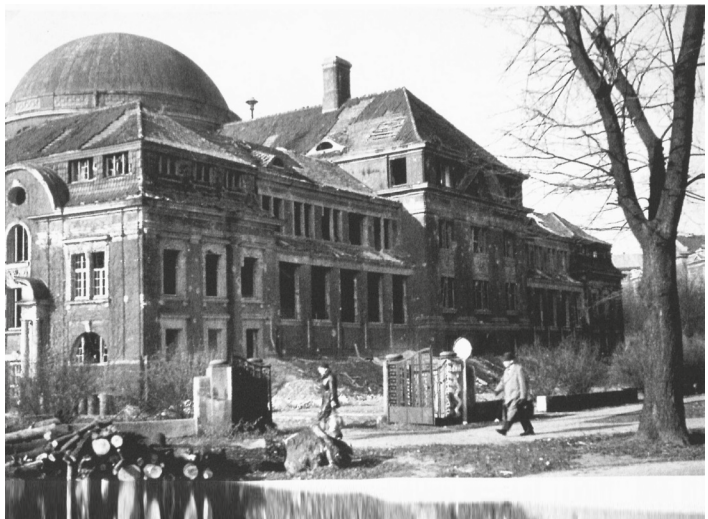


# Vom National- sozialismus zur Bundes- republik



### Die Hamburger Soziologie im Zweiten Weltkrieg

Der im September 1939 einsetzende deutsche Vernichtungskrieg verringerte den Umfang des bisherigen universitären Betriebes. Der Fokus der Reichsregierung hatte sich mit Kriegsbeginn zunehmend von soziologischer Lehre und der Erforschung der Volksgemeinschaft abgewandt. Nur mit Mühe konnte eine kriegsbedingte Schließung der Fakultät verhindert werden. Im Jahr 1940 wurde Andreas Walther zum Leiter der mittlerweile marginalisierten »Politischen Fachgemeinschaft« ernannt, welche er im Sinne eines nationalsozialistischen Studium generale organisierte. 1944 ließ sich Walther auf eigenen Wunsch emeritieren, versuchte jedoch bereits nach kurzer Zeit, in den Lehrbetrieb zurückzukehren, um einen Wegfall des soziologischen Lehrstuhls zu verhindern. Die Alliierten entzogen Walther 1945 alle professoralen Kompetenzen und versetzten ihn zwangsweise in den Ruhestand.



**1** Das zerstörte Hauptgebäude der Universität, Mai 1945

### Die »ruhige Selbstverständlichkeit« nach 1945

Der neue Rektor Emil Wolff thematisierte 1945 in seiner Rede zur Wiedereröffnung der Universität Hamburg den Nationalsozialismus. Gleichzeitig versuchte er jedoch, so schnell wie möglich an eine angebliche Normalität vor 1933 anzuknüpfen:

**»Immerhin verdanken wir es  
dieser Erhaltung und Pflege  
unseres geistigen Erbes,  
daß wir heute vom Stande  
der Wissenschaft aus  
mit der gleichen ruhigen  
Selbstverständlichkeit  
unser Semester beginnen können  
wie im November 1932.«**

Rede von Emil Wolff, gehalten bei der Feier der Wiedereröffnung  
der Universität am 6. November 1945 in der Musikhalle

### Weiterarbeiten statt Aufarbeiten

Die Universität Hamburg nahm schon am 6. November 1945 ihren Betrieb wieder auf. Sie war in der folgenden Zeit weniger von kritischer Auseinandersetzung als von personellen Kontinuitäten geprägt. Dies gilt auch für die Sozialwissenschaften: Dass der 1933 als Jude vertriebene Politikwissenschaftler Siegfried Landshut ab 1951 einen Lehrstuhl innehatte, stellte eine Ausnahme dar. Im Gegensatz dazu erreichte Andreas Walther 1954 im Zuge einer Gesetzesänderung die Umwandlung seines Ruhestands in den bessergestellten Status eines emeritierten Professors. Dem Soziologen Helmut Schelsky (1912–1984) gelang es 1953 unter anderem mit der Unterstützung »ehemaliger« Nationalsozialisten, an die Universität Hamburg berufen zu werden. Schelsky war 1932 Mitglied der SA und des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes sowie von 1937 an Mitglied der NSDAP gewesen.



2 Helmut Schelsky,  
27. Februar 1975

### Helmut Schelsky nach 1945

Helmut Schelsky war bis in die 1980er Jahre einer der prominentesten Soziologen der BRD und wirkte über die akademische Welt hinaus als öffentlicher Intellektueller und Politikberater. 1948 wurde er auf einen Lehrstuhl für Soziologie an der neu gegründeten Akademie für Gemeinwirtschaft nach Hamburg berufen. Von 1953 bis 1960 war er Professor für Soziologie an der Universität Hamburg. Schelsky leitete ab 1954 zusammen mit Siegfried Landshut und ab 1957 zusätzlich mit Carl Jantke das Seminar für Sozialwissenschaften und prägte dadurch das soziologische Lehrprogramm in den 1950er Jahren. Schelsky vertrat einen empirisch orientierten, sozialtechnokratischen und konservativen Ansatz. Nach seinem Weggang aus Hamburg waren viele seiner Schüler\*innen und ehemaligen Assistenten weiterhin am Fachbereich präsent, darunter Heinz Kluth, Janpeter Kob, Hermann Korte, Gregor Siefer und Lieselotte Pongratz, welche teilweise bis in die 1990er Jahre Professuren in der Hamburger Soziologie bekleideten. Über Hamburg hinaus beeinflusste Schelsky die Entwicklung der Soziologie als Fachdisziplin. Es ist in erheblichem Maße auf seine Bemühungen zurückzuführen, dass in den 1950er Jahren Studienpläne und Prüfungsordnungen für Soziologie eingeführt wurden. Dadurch wurde Soziologie zuerst in Frankfurt und West-Berlin als Hauptfach studierbar.

# Das Studium im Wandel der Zeit



## Von der Promotion zum Diplom

Der erste Soziologie-Lehrstuhl an der Universität Hamburg wurde 1926 eingerichtet. Anfangs konnten die neuen Lehrveranstaltungen jedoch nur als Nebenfach besucht werden. Erst mit der Verlegung aus der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät in die Philosophische Fakultät 1934 erhielt die Soziologie das vollständige Promotionsrecht. Der erste Lehrstuhl für die ›Wissenschaft von der Politik‹ entstand 1951, auch hier war zunächst die Promotion der einzige Studienabschluss. Dies änderte sich 1961 mit der Einführung von Magister-Studiengängen für beide Fächer sowie der Schaffung eines Diplom-Studiengangs für Soziologie 1963 und für Politikwissenschaft 1966. Am 9. Februar 1954 schrieb die Hamburger Ausgabe der Welt anlässlich der Einrichtung des Seminars für Sozialwissenschaften:

»Politik und Soziologie sind keine Primärstudien. Man muß schon in einer anderen Wissenschaft oder in einem praktischen Beruf vorher zu Hause gewesen sein, um diese Fächer mit Gewinn zu treiben. Lautverschiebungen oder Römisches Recht kann man pauken, für die Sozialwissenschaften muß man einen weiten Blick und kritisches Vermögen mitbringen.«

### ›Kleine‹ Fächer: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Journalistik, Kriminologie

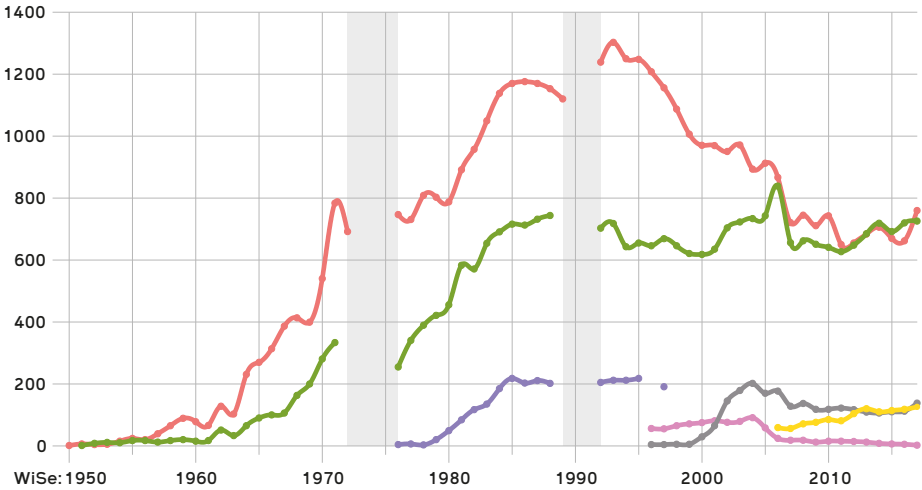
Neben den beiden sozialwissenschaftlichen Schwergewichten haben auch mehrere kleinere Fächer den Fachbereich in seiner Entwicklung geprägt:

#### Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

entstand als inhaltlicher Teilbereich bereits 1957 mit der Einrichtung des zweiten Soziologie-Lehrstuhls. Ab 1977 wurde dann ein eigener Hauptfach-Studiengang angeboten. Die Besonderheit des Faches war die Verknüpfung von sozial- und geschichtswissenschaftlichen Aspekten in einer eigenen Disziplin. Anfang der 2000er Jahre gingen mehrere Professor\*innen des Faches zeitgleich in den Ruhestand, was zum Anlass genommen wurde, die Stellen zu streichen und den Studiengang nicht mehr fortzuführen. Ab 2005 wurde die stark verkleinerte Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in den Fachbereich Geschichte eingegliedert.

**Journalistik** existierte als Teilstudiengang seit 1982 an der Universität Hamburg. Es konnte als Nebenfach zu jedem anderen Fach studiert werden. Das Studium war sehr praxisorientiert, von Anfang an haben auch Dozierende aus der Medienbranche unterrichtet. Zu Beginn der 2000er Jahre wurde ›Journalistik und Kommunikationswissenschaft‹ ein Hauptfach, mit der Umstellung auf das Bachelor-System im Jahr 2005 entstand ein gleichnamiger Master-Studiengang.

**Kriminologie** etablierte sich 1984 mit einem Aufbau- und Kontaktstudiengang, der landesweit der erste seiner Art war. Seit Beginn ist der Anspruch des Faches eine Verbindung von rechts-, sozial- und humanwissenschaftlichen Perspektiven auf Recht und Verbrechen, was sich auch in der universitären Zuordnung zeigt. Zunächst war die Kriminologie am Reform-Fachbereich Rechtswissenschaft II angesiedelt, nach dessen Auflösung im Jahr 2000 dann in den Sozialwissenschaften.



### Studierende der Sozialwissenschaften: Wintersemester 1950–2017 nach Studienhauptfach

- Soziologie
- Politikwissenschaft
- Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
- Kriminologie
- Journalistik und Kommunikationswissenschaft
- M.A. Internationale Kriminologie

Diese Grafik zeigt die Studierendenzahlen nach Hauptstudienfach oder erstem Studienfach inklusive ausländischen Studierenden und bezieht beurlaubte Studierende und Lehramtsstudierende nicht mit ein. Ab dem Wintersemester 2005/06 werden Politikwissenschaft und Soziologie mit einem Bachelor-Abschluss und als Nebenfach in einem Bachelorstudiengang mit zweitem Fach angeboten. Studierende, die die Fächer im Bachelor als zweites Fach oder Nebenfach studieren, sind in dieser Darstellung nicht berücksichtigt. Zu den grau hinterlegten Bereichen liegen keine Daten vor.

**Einen langjährigen  
inhaltlichen Schwerpunkt  
setzte ab 1978 die  
›Arbeitsgemeinschaft  
Kriegsursachenforschung‹, die  
auch Studierende in ihre  
Forschungsprojekte  
einbezog**

**Lehre vom Regieren: Das Studium der Politikwissenschaft**

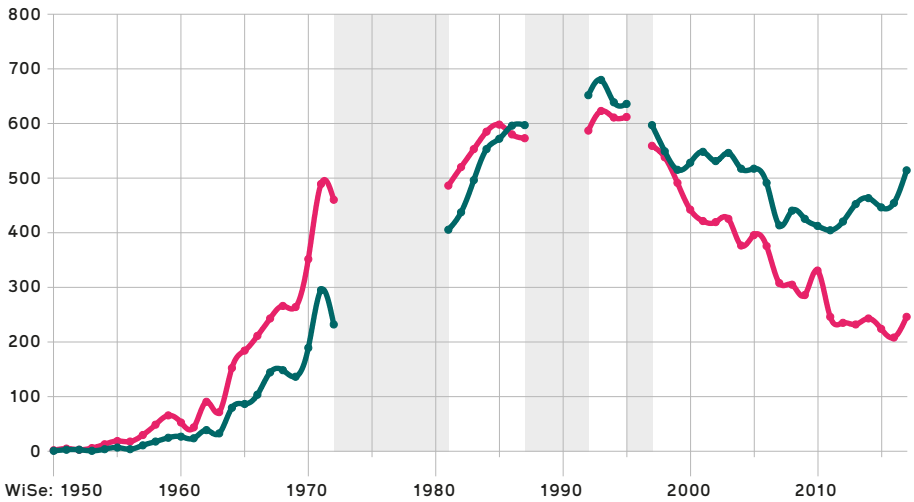
In der Politikwissenschaft umfasste die Einführung eines Hauptfachstudiums eine inhaltliche Aufteilung in drei Teilbereiche, welche bis heute bestehen: ›Politische Theorie und Ideengeschichte‹, ›Politische Institutionenlehre und vergleichende Regierungslehre‹ und ›Internationale Politik‹. Daneben war auch eine Ausbildung in angrenzenden Disziplinen vorgesehen. Pflichtveranstaltungen in Geschichte, Rechtswissenschaft und Soziologie standen in den 1960er Jahren auf dem Studienplan. In den folgenden Jahrzehnten professionalisierte sich das Fach. Der interdisziplinäre Aufbau des Studiums verlagerte sich auf die Nebenfächer und es bildeten sich weitere Teilgebiete wie ›Regierungslehre der BRD‹ und ›Methoden der Politikwissenschaft‹ heraus.

Einen langjährigen inhaltlichen Schwerpunkt setzte ab 1978 die ›Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung‹ (AKUF), die auch Studierende in ihre Forschungsprojekte einbezog. Daneben wurde die Hamburger Politikwissenschaft von Kooperationen mit außeruniversitären Instituten geprägt: Das ›Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik‹ (IFSH) ist seit seiner Gründung 1971 mit Lehrveranstaltungen am Fachbereich vertreten, und mit dem ›German Institute of Global and Area Studies‹ (GIGA) besteht seit 2000 ein Kooperationsvertrag (damals noch als ›Deutsches Übersee-Institut‹). Mit der Einführung des Bachelors 2005 blieb die Regierungslehre ein zentraler Bestandteil des Studiums, behandelte jedoch unter dem Schlagwort ›Global Governance‹ zunehmend Themen der inter- und transnationalen Zusammenarbeit.

### Spezialisierung mit Methode: Das Studium der Soziologie

In der Soziologie fand bereits früh die Aufteilung in eine ›Allgemeine Soziologie‹ und die einzelnen ›Speziellen Soziologien‹ statt. Im Diplomstudiengang mussten daneben auch Seminare aus der Volkswirtschaftslehre und der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte oder Psychologie besucht werden. Ab den 1970er-Jahren bildeten sich dann inhaltliche Schwerpunkte heraus: ›Kriminologie und abweichendes Verhalten‹, ›Wirtschafts- und Betriebssoziologie‹, ›Kommunikation und Massenmedien‹, ›Stadt und Regionalsoziologie‹ und ›Sozialisation und Erziehung‹. Diese prägten das Profil des Instituts über mehrere Jahrzehnte. Außerdem wurde bereits früh auf die Methodenausbildung Wert gelegt. Von Anfang an gehörte eine verpflichtende Statistiklausur zum Soziologie-Studium und ab 1971 war ›Methodologie und Datenverarbeitung‹ ein eigener Arbeitsbereich. Zwischen 1982 und 2003 war zudem die ›Ferdinand-Tönnies-Arbeitsstelle‹ mit einem umfangreichen Forschungs- und Lehrprogramm zum Werk des soziologischen Klassikers am Institut angesiedelt.

Durch die Einführung des Bachelor-Master-Systems wurde 2005 auch das Soziologiestudium grundlegend umgestaltet. Die Zuordnung von Lehrveranstaltungen zu Modulen gab den Studienverlauf stärker vor. Pflichtpraktikum und »berufsbildende Kompetenzen«, welche parallel in der Politikwissenschaft eingeführt wurden, richteten das Studium stärker an den Anforderungen des Arbeitsmarktes aus. Gleichzeitig entstand am Fachbereich Soziologie ein Schwerpunkt zu Nachhaltigkeits- und Klimaforschung. Mehrere Professuren wurden thematisch in diesem Bereich angesiedelt. Seit 2007 beteiligt sich die Hamburger Soziologie zudem an dem Exzellenzcluster ›Climate, Climate Change, and Society (CliCCS)‹ (vormals ›CliSAP)‹.



↑ Studierende der Soziologie, Wintersemester 1950-2017

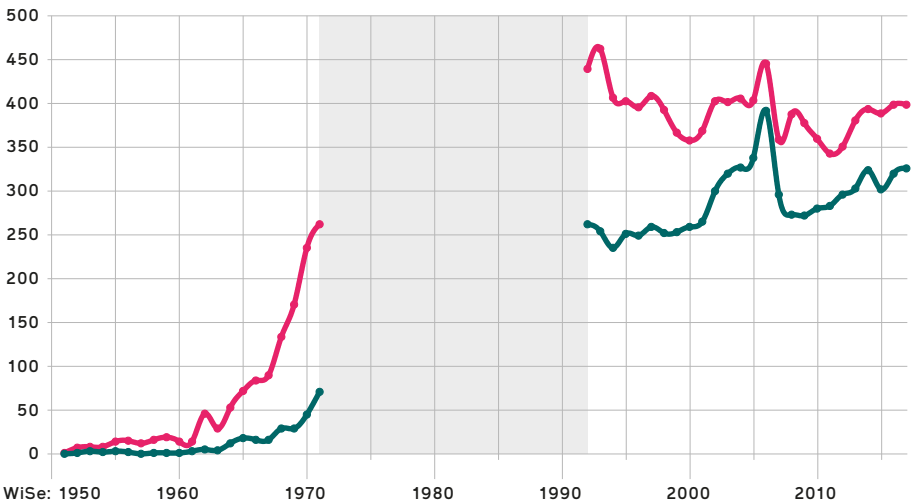
- Studentinnen
- Studenten

Der Anteil an Studentinnen war im Hauptfachstudium oder Studium mit erstem Studienfach Soziologie schon von Beginn an sehr hoch. Bereits in den 1980er Jahren studierten mehr Frauen als Männer Soziologie. Zu den grau hinterlegten Bereichen liegen keine Daten vor.

↓ Studierende der Politikwissenschaft, Wintersemester 1951-2017

- Studentinnen
- Studenten

Politikwissenschaft wurde im Hauptfach oder erstem Studienfach eher von Männern studiert, auch wenn sich die Anzahl der Studentinnen über die Zeit der Zahl der Studenten annäherte. Zu dem grau hinterlegten Bereich liegen keine Daten vor.



# Seminare & Lehrinhalte



### Lehre in der Politikwissenschaft

Im neuen Fach der Politikwissenschaft hatte Siegfried Landshut (1897–1968) zunächst den einzigen Lehrstuhl inne. Seine Lehrveranstaltungen behandelten bis in die 1960er Jahre vorwiegend Politische Theorie und Ideengeschichte sowie Grundbegriffe der parlamentarischen Demokratie. Neugeschaffene Lehrstühle erweiterten das Angebot allmählich um Seminare zu Regierungslehre und Internationaler Politik. Mit der Studierendenbewegung traten dann ab Anfang der 1970er Jahre Lektürekurse zu Karl Marx' »Kapital« und dem Maoismus auf den Lehrplan. Aber nicht nur die Theorie, sondern auch die realexistierende Praxis des Sozialismus in den politischen Systemen Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas war Gegenstand von Seminaren.

International blieb die Lehre jedoch vorerst nur thematisch: Zwar gab es die ersten Lehrveranstaltungen in englischer Sprache bereits 1983 und 1984, sie blieben jedoch viele Jahre die absolute Ausnahme. Die politischen Umbrüche der 1980er und 1990er Jahre schlugen sich wiederum auch im Vorlesungsverzeichnis nieder. Mitte der 1980er-Jahre wurde die neue Partei der Grünen untersucht und bereits 1991 diskutierten die Studierenden die (erwarteten) Auswirkungen der deutschen Einheit. Das Ende des Kalten Krieges und die Ungewissheit der neuen Weltordnung erforderten vor allem neue Konzepte und Begriffe: Lehrveranstaltungen zur Europäischen Integration, »Weltinnenpolitik« und »Global Governance« versuchten, die Verhältnisse einer globalisierten Welt zu erklären. Mit dem neuen Jahrtausend rückten jedoch auch die negativen Seiten der Globalisierung auf den Lehrplan. Seminare zum internationalen Terrorismus, zu Problemen der Demokratisierung und Postkolonialismus reagierten auf die neuen oder wiederentdeckten Konfliktlagen.

**1** Ein Blick in die Fachbibliothek der Sozialwissenschaften heute



## Ausgewählte Seminare der Politikwissenschaft

Methoden strategischer  
Entscheidungen,  
Helmut Schmidt, WiSe 1965/66  
Regierungslehre, Notstand, Demokratie,  
Winfried Steffani, SoSe 1968

Einführung in den »Maoismus«:  
Genesis, Grundzüge und  
Stellenwert im Marxismus-  
Leninismus, M. Y. Cho, SoSe 1974

Die Grünen und Alternativen im System  
der Bundesrepublik – parlamentarische  
Praxis – Reaktion der Etablierten, Detlef  
Murphy, WiSe 1983/84

Gibt es eine feministische  
(Politik-)Wissenschaft?,  
Joachim Raschke, SoSe 1988

Politische Partizipation von Frauen in  
neuen sozialen Bewegungen,  
Frauke Rubart, SoSe 1988

Der Gorbatschow-Effekt:  
Sowjetische Außenpolitik im Wandel,  
Volker Matthies, SoSe 1990

Wirtschafts- und Strukturpolitik  
im vereinten Deutschland: Wahrung der  
Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse  
(Art. 72 GG), Hans Hermann Hartwich,  
WiSe 1991/92

Schwangerschaftsabbruch  
im internationalen Vergleich,  
Christine Landfried,  
WiSe 1992/93

Krieg und Patriarchat – Versuch  
einer Problembestimmung,  
Klaus-Jürgen Gantzel/  
Klaus Schlichte, WiSe 1995/96

Einführung in die Micropolitologie. Am  
Beispiel universitärer Gremienpolitik,  
Frank Nullmeier, WiSe 1997/98

Entgrenzung der Politik:  
Europäisierung, Internationalisierung  
und Globalisierung, Christine Landfried,  
WiSe 1998/99

Einführung in die internationalen  
Beziehungen aus feministischer  
Perspektive, Cilja Harders/  
Susanne Zwingel, SoSe 1999

## Lehre in der Soziologie

In der wiedergegründeten Hamburger Soziologie wurde von Anfang an eine Vielfalt unterschiedlicher Themen gelehrt. Bereits Helmut Schelsky (1912–1984) und seine Mitarbeiter gaben in den 1950er Jahren Seminare zu Familien-, Wirtschafts- und Stadtsoziologie, welche später zu langjährigen Arbeitsbereichen ausgebaut wurden. Von Anfang an dabei war auch die Methodenausbildung: 1955 fand das erste Seminar zu Fragebogen- und Interviewtechnik statt. Ihrer Zeit deutlich voraus war die Methodenabteilung, als sie bereits im Wintersemester 1970/71 eine Lehrveranstaltung zum »Computereinsatz für Sozialwissenschaftler« anbot. Mitte der 1980er Jahre folgte dann der erste Kurs für das Statistikprogramm SPSS.

Eine Abwechslung zum Seminarraum boten seit den 1970er Jahren Forschungspraktika und Lehrveranstaltungen mit Praxisbezug, die beispielsweise im Krankenhaus, im Jugendstrafvollzug oder in der offenen Drogenszene soziologische Zusammenhänge untersuchten. Auch die Medien- und Kommunikationssoziologie ermöglichte eigene Forschungsprojekte in Rundfunk oder Fernsehen. Die marxistische Welle der Studierendenbewegung erreichte das Vorlesungsverzeichnis der Hamburger Soziologie erst mit etwas Verspätung Ende der 1970er Jahre. Zeitgleich bildete sich ein Schwerpunkt zu Frauen- und Geschlechterforschung heraus, der die Lehre am Institut fast 30 Jahre lang stark prägte. Neben empirischen Untersuchungen zur Benachteiligung von Frauen in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft gab es Seminare zur »Ideologie der Mütterlichkeit« oder feministischer Theorie. Anfang der 2000er Jahre entstand kurzzeitig ein eigener Studiengang zu Gender und Queer Studies.

Der internationale Terrorismus: Historische  
Wurzeln, Entwicklungsgeschichte und  
Konsequenzen für die Außen- und Sicher-  
heitspolitik der westlichen Staatenwelt,  
Christina Seyd, SoSe 2002

Peace-building – Beitrag zu  
Frieden und Sicherheit oder neue Form  
externer Intervention?  
Sabine Kurtenbach, WiSe 2013/14

**»manche versuchen auf den Fluren, der Veranstaltung zu folgen«**

... ein Zitat aus der MoPo vom 14. Dezember 1988. In den 1970er und 1980er Jahren stieg die Zahl der Studierenden stark an. Die Mittel der Universitäten wurden jedoch durch die Länder immer weiter gekürzt. In Hamburg lagen die Ausgaben pro Student\*in 1988 sogar fast 40 % unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Bereits 1972 waren Seminare mit 100 Teilnehmer\*innen in den Sozialwissenschaften aufgrund der Stelleneinsparungen keine Seltenheit. In den 1980er Jahren spitzte sich die Situation immer weiter zu, was auch zu dem Studierendenstreik 1988/89 führte. Es fehlten Professor\*innen, Assistent\*innen, Gelder für studentische Hilfskräfte, Tutor\*innen und Sachmittel. In der Bibliothek für Sozialwissenschaften stapelten sich 4000 Bücher aus einem Nachlass, die aus Personalmangel nicht einsortiert werden konnten. Auch für die Anschaffung von aktueller Fachliteratur und Fachzeitschriften gab es zu wenig Mittel. In Seminaren, die eigentlich auf 25 Personen ausgelegt waren, drängten sich 1988 in der Soziologie oft mehr als 60 Studierende bis auf die Flure.

Auch das Betreuungsverhältnis in den Sozialwissenschaften litt enorm. Bereits 1970 sprachen Studierende und Lehrende angesichts eines Verhältnisses von einem Dozierenden zu 63 Studierenden von einer Notsituation. 1994 kamen am Fachbereich auf eine\*n Professor\*in allein 130 Hauptfach-Studierende. Die Sozialwissenschaftler\*innen entschlossen sich aufgrund neuer Sparpläne im Sommersemester 1994 zu einem radikalen Schritt, um auf die unhaltbare Situation aufmerksam zu machen: Alle Seminare mit mehr als 45 Studierenden wurden geteilt und doppelt angeboten. Die Lehrenden nahmen dabei bewusst einen Totalausfall der Veranstaltungen im folgenden Wintersemester in Kauf, um die Überstunden für die ca. 20 zusätzlich geleiteten Seminare abbauen zu können. Auch an den Feierlichkeiten zum 75. Jubiläum der Universität Hamburg wollte sich der Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften angesichts der Sparvorhaben nicht beteiligen.

## Ausgewählte Seminare der Soziologie

Mann und Frau in der modernen  
Gesellschaft, Helmut Schelsky,  
SoSe 1955

Herrschende Klasse, Machtelite,  
Oberschicht, Ralf Dahrendorf,  
WiSe 1960/61

Demographie und Psychologie  
des Illustriertenlesers,  
Otmar Ernst, WiSe 1971/72

Kirche und Gesellschaft. Dialog  
zwischen Theologie und Soziologie,  
Otto Betz/Horst Jürgen Helle,  
WiSe 1968/69

Praxisbetreuung im Arbeitsfeld  
Jugendstrafvollzug (Jugendstrafanstalt  
Neuengamme), Eva-Maria Rühmkorf,  
WiSe 1974/75

Ansätze in der sowjetischen  
Soziologie der Gegenwart,  
Klaus Ziegert, WiSe 1979/80

Social Justice and the City,  
David Harvey, WiSe 1981/82

Arbeiterbewegung und  
Frauenbewegung II – Der Inhalt und die  
Formen, Frigga Haug, WiSe 1982/83

Soziale Milieus und Moden: Historische,  
Theoretische und Empirische  
Einordnung von Yuppies, Schickis und  
Trendlemmingen, Jens Dangschat/  
Dirk Käsler, WiSe 1987/88

Protestverhalten von  
Atomkraftgegnern:  
Eine Sekundäranalyse,  
Karl-Dieter Opp,  
WiSe 1987/88

Eurozentrismus und kulturelle Identität.  
Soziologische Aspekte des  
Nord-Süd-Konflikts, Rudolf Hamann,  
WiSe 1993/94

Empirisches Praktikum:  
»Offene« Drogenszene,  
Heinz Renn, SoSe 1996

»Voll abgedreht« – Jugendkulturen  
in den 90er Jahren, Gabriele Klein,  
WiSe 1995/96

Islamophobie und Homophobie am  
Beispiel des Stadtteils St. Georg,  
Vassilis Tsianos, SoSe 2009

Von der Kundschaft zum  
Schnäppchenjäger. Wege in die  
wirtschaftliche Selbsterstörung...  
und wie man gegensteuert,  
Alexander Deichsel, SoSe 2013

# Siegfried Landshut und die Politik- wissenschaft



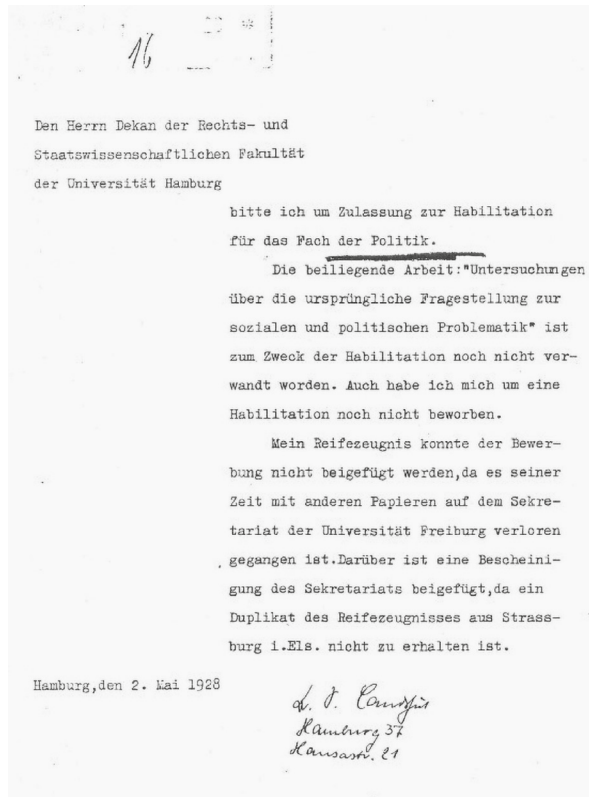
### Landshuts Weg nach Hamburg

Siegfried Landshut (1897–1969) hatte den ersten Hamburger Lehrstuhl für Wissenschaft von der Politik inne. Landshut wird am 7. August 1897 als drittes Kind einer weitgehend assimilierten deutsch-jüdischen Familie in Straßburg geboren. Im Anschluss an seinen freiwilligen Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg studiert er von 1919 bis 1921 zunächst Jura, dann Nationalökonomie in Freiburg und Frankfurt am Main. Nach seiner Promotion im Jahr 1921 widmet er sich dem Studium der Philosophie in Freiburg, Köln, Marburg und Heidelberg. 1925 beginnt am Institut für Auswärtige Politik seine erste Schaffensperiode in Hamburg. 1927 wechselt er als Assistent des Sozialökonomens Eduard Heimann an die Hamburgische Universität. Als Landshut 1933 mit Verweis auf seine jüdische Herkunft gekündigt wird, verlässt er Hamburg. Nach 17 entbehrungsreichen Jahren des Exils folgt Landshut 1951 dem Ruf auf den neu eingerichteten ersten Lehrstuhl für Wissenschaft von der Politik an der Universität Hamburg, wo er über seine Emeritierung hinaus lehrt.



1 Landshut bei einer Vorlesung, 1951

**2 Landshuts Habilitationsantrag an die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, 2. Mai 1928**



### Die Wiederbelebung der klassischen Politik

Landshuts Arbeiten zielen auf eine Rekonstruktion der politischen Wissenschaft aus der antiken Lehre von der Politik ab. Er versteht Politik in Rückbezug auf Aristoteles als praktische Wissenschaft, die sich am Gemeinwohl orientiere. Als ihren Gegenstand sieht er »die politische Gemeinschaft«, die ihren Grund in der gemeinsamen Verbindlichkeit einer konkreten Idee der Lebensführung habe. Damit wendet er sich skeptisch gegen die seit Thomas Hobbes entwickelten Konzeptionen modernen Naturrechts. Durch diese habe sich geistesgeschichtlich das moderne, technische Denken durchgesetzt, welches die Menschen als im Naturzustand isolierte Einzelne auffasse, zwischen denen Bindungen überhaupt erst hergestellt werden müssen. Demgegenüber betont Landshut, dass es eine Einheit gebe, die schon in den Menschen selbst begründet sei.

Die Wiederbelebung des aristotelischen Politikverständnisses ist das zentrale Motiv seiner ersten Habilitationsschrift. Er bittet mit ihrer Einreichung 1928 um die »Zulassung zur Habilitation für das Fach der Politik«, welches es zu dem Zeitpunkt in Deutschland an keiner Universität gibt.

### Vertreibung, Exil und Rückkehr

Landshuts erster Habilitationsversuch scheitert am Veto von Andreas Walther, dem damaligen Lehrstuhlinhaber für Soziologie — nicht zuletzt aufgrund dessen antisemitischer Vorbehalte. Auch sein zweites Habilitationsverfahren wird im Mai 1933 von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät eingestellt. Am 23. Juni 1933 erfährt Landshut, dass ihm als »Nicht-Arier« seine Assistentenstelle gekündigt wird. Am selben Tag verlässt er Hamburg. In der Zeit seines 17-jährigen Exils leben er und seine Familie teils in bitterer Armut. Der Kampf ums Überleben lässt wissenschaftliches Arbeiten kaum zu. Nach drei Jahren des Aufenthalts in Kairo siedelt er 1936 nach Jerusalem über. Dort ist er für zwei Jahre an der Hebrew University in Jerusalem beschäftigt und wird 1939 mit der Anfertigung einer Studie zum Kibbuz beauftragt. Ab 1945 lebt er erneut drei Jahre in Ägypten, bevor er 1948 einen Forschungsauftrag in London annimmt. Als er 1951 einen Ruf nach Hamburg erhält, nimmt er diesen in Ermangelung beruflicher Alternativen an. Für ihn bedeutet dies die Rückkehr zu einigen jener Kollegen, die sich für das Scheitern seiner Habilitation und seine Entlassung 1933 einsetzten oder seiner Vertreibung tatenlos zusahen.

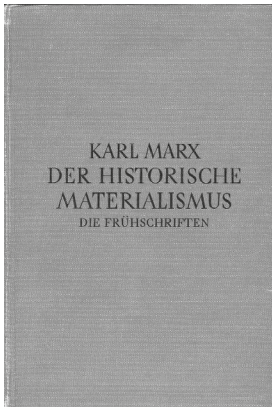
**3** Die aus Deutschland emigrierten Wissenschaftler an der Hebrew University, 1938. In der ersten Reihe ganz rechts: Martin Buber; dahinter stehend: Siegfried Landshut



### Landshuts Wirken in Hamburg und darüber hinaus

Über 14 Jahre lang vertritt Landshut die Politikwissenschaft in Hamburg und prägt das Lehrangebot maßgeblich. In seinen Lehrveranstaltungen behandelt er neben Grundbegriffen und Problemen parlamentarischer Demokratie, öffentlicher Meinungsbildung und politischer Publizistik vor allem Klassiker des politischen und sozialwissenschaftlichen Denkens. Bis in die 1960er Jahre hinein setzt er sich auch über Hamburg hinaus für die Etablierung der jungen Fachdisziplin ein. Ab 1952 engagiert er sich im Vorstand der 1951 gegründeten Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, deren Vorsitzender er in den Jahren 1964–65 ist. Landshuts Werk ist in der Politikwissenschaft jedoch eher randständig und gerät in den folgenden Jahrzehnten weitgehend in Vergessenheit. Der Fachöffentlichkeit bleibt er hauptsächlich durch seine Entdeckung und Herausgabe der Frühschriften von Karl Marx im Jahr 1932 im Gedächtnis, die damals große Aufmerksamkeit hervorrufen.

**Nach 17  
entbehrungsreichen  
Jahren des Exils folgt  
Landshut 1951 dem Ruf  
auf den neu eingerichteten  
ersten Lehrstuhl für  
Wissenschaft von  
der Politik an  
der Universität  
Hamburg**



4 Cover von Karl Marx' »Der historische Materialismus. Die Frühschriften«, herausgegeben von Siegfried Landshut, 1932



5 Landshut (rechts sitzend) in der Diskussion mit Studierenden, 25. Oktober 1952

# Christa Hoffmann-Riem: Familienso- ziologie wird praktisch





1 Christa Hoffmann-Riem in den 1970er-Jahren

### Vita, Werk und Wirken

Christa Hoffmann-Riem (1937–1990) war eine der ersten Professorinnen in der Hamburger Soziologie. Nach einem Studium der Soziologie an der Universität Köln wird sie 1964 mit einer industriesoziologischen Untersuchung bei René König promoviert. Anschließend verbringt sie ein Jahr an der University of California in Berkeley. Seit 1966 lehrt sie an der Universität Hamburg, zunächst als Assistentin am Soziologie-Lehrstuhl und ab 1977 als Professorin für Familien- und Sprachsoziologie. In den 1970er Jahren beschäftigt sie sich intensiv mit neueren Entwicklungen in der interpretativen Sozialforschung. Zusammen mit Studierenden führt sie familien- und migrationssoziologische Studien auf der Grundlage narrativer Interviews durch. In diesem Zusammenhang entwickelt sie interessante methodische Innovationen, wie das narrative Paarinterview. Wichtige Gesprächspartner sind für sie u. a. die Soziologen Fritz Schütze und Anselm Strauss. Mit Strauss arbeitet sie im Rahmen von mehreren Forschungsaufenthalten in den USA zusammen.

Innerhalb ihrer Forschung macht sie diejenigen zum Gegenstand, die von struktureller Benachteiligung betroffen sind. Ihr Interesse gilt sozialen Phänomenen, die bis dahin wenig soziologisch behandelt wurden (z.B. Studien über türkische Arbeitsmigrant\*innen, Adoptionsfamilien oder Gentechnologie). Darüber hinaus versucht Hoffmann-Riem, ihre Forschungsergebnisse den Befragten möglichst einfach zugänglich zu machen. So wird der Projektbericht einer Studie zur ökonomischen und psychischen Situation von türkischen Arbeitsmigrantinnen für die Befragten ins Türkische übersetzt. Im Alter von 52 Jahren stirbt Hoffmann-Riem an den Folgen eines Augentumors. In dem autobiografischen Aufsatz »Losing a Significant Part of the Body«, welcher nach ihrem Tod veröffentlicht wurde, reflektiert sie die Umstände und Folgen ihrer Krankheit aus soziologischer Perspektive. Christa Hoffmann-Riems Arbeiten bleiben für die qualitative Familien- und Migrationsforschung weiterhin von großem Interesse.

### Familienforschung zu Adoption ...

Hoffmann-Riems erstes Lehrforschungsprojekt 1978 untersucht die Lebensumstände von Adoptivfamilien. Mit der Methode des narrativen Interviews befragen die Studierenden im Rahmen eines zweisemestrigen Seminars 30 Adoptiveltern zu ihrem Werdegang: vom Kinderwunsch über den bürokratischen Vermittlungsprozess bis zur Familienbildung. Aus den Forschungsdaten des Seminars entsteht die Studie »Das adoptierte Kind« (1984), welche auch in englischer Sprache erscheint. Ausgehend von den subjektiven Erfahrungen der Eltern untersucht Hoffmann-Riem in der Studie das Verhältnis eines natürlich-biologischen und eines sozialen Verständnisses von Familie. Sie interessiert, wie sich Adoptiveltern gegenüber dem gesellschaftlichen Ideal einer biologisch-sozialen Einheit von Familie verhalten und wie sie innerhalb ihrer eigenen Familie ›Normalität‹ herstellen. Das ›Nicht-Normale‹ wird so zum Schlüssel des Verständnisses von ›Normalität‹. Ziel der Untersuchung war für Hoffmann-Riem dabei auch immer, aufzuzeigen, wie individuelles Leiden im Adoptionsprozess verhindert werden kann, ohne dabei eine fertige praktische Anleitung geben zu wollen.

**»Die Frage ist also, ob die  
Beziehungsqualität, die  
inzwischen in unserer Gesellschaft  
als normal unterstellt wird,  
bei einer künstlichen  
Familiengründung hergestellt  
werden kann.«**

Christa Hoffmann-Riem (1994): Elementare Phänomene der Lebenssituation,  
Deutscher Studien Verlag: Weinheim, S. 145



2 Familienfoto

### ... wird rechtlich wirksam

1984 wird Christa Hoffmann-Riem von Adoptiveltern kontaktiert und erfährt, dass das Hamburger Jugendamt aus Datenschutzgründen die Frist zur Lagerung von Adoptionsakten von 30 auf drei Jahre verkürzen möchte. Den Adoptivkindern wäre es dadurch nicht mehr möglich gewesen, ihre biologischen Eltern zu ermitteln. Die Ergebnisse aus Hoffmann-Riems Studie legten jedoch nahe, dass die Möglichkeit zur Erforschung der eigenen biologischen Herkunft sehr wichtig für die Identitätsbildung der Kinder ist. Christa Hoffmann-Riem schließt sich daraufhin mit engagierten Adoptiveltern und Sozialarbeiter\*innen zusammen. Sie kontaktiert Politiker\*innen, Beamte und den Hamburger Datenschutzbeauftragten, um die Perspektive der Betroffenen darzustellen und die große Bedeutung von Adoptivakten für die Sozialarbeit hervorzuheben. Und tatsächlich kann die Vernichtung der Akten unter großem medialem Echo verhindert werden.

Die Erkenntnisse aus Hoffmann-Riems Adoptionsforschung werden darüber hinaus auch auf bundesweiter Ebene wirksam. Ende der 1980er Jahre befasst sich das Bundesverfassungsgericht mit der Frage, ob zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht auch das Recht gehört, seine eigene Abstammung zu kennen. Innerhalb des juristischen Verfahrens nimmt der Berichterstatter Kontakt zu Christa Hoffmann-Riem auf. Ihre Erkenntnisse fließen in das Urteil des Gerichts ein: Das Wissen um die eigene soziale Herkunft ist ein essenzieller Bestandteil des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit.

# Die umkämpften Gender und Queer Studies



### Die kurze Ära der Gender und Queer Studies

Nach jahrelangen Kämpfen von Wissenschaftlerinnen\* und Studierenden aus allen Hamburger Hochschulen wurden zu Beginn der 2000er-Jahre Sondermittel für ein interdisziplinäres Studien- und Forschungsprogramm zur Frauen- und Geschlechterforschung zur Verfügung gestellt. Gender und Queer Studies konnten damit als eigener Nebenfachstudiengang etabliert werden. Hierzu wurde eine Professur für Queer Theory in den Sozialwissenschaften angesiedelt. Dies löste widerstreitende Reaktionen aus: Von Wissenschaftler\*innen der Universität Hamburg als »Pseudowissenschaft« abgetan und von Zeitungen als »Schwuchtel-Diplom« verunglimpft, trafen die Gender und Queer Studies bei vielen Studierenden auf große Begeisterung. Trotz des Anklangs in der Studierendenschaft wurde der umstrittene Studiengang bereits nach wenigen Jahren eingestellt.



1 Cover der Frauenvorlesungsverzeichnisse und kommentierten Vorlesungsverzeichnisse Gender Studies

FRAUEN-

VORLESUNGSVERZEICHNIS

SoSe 86

Arbeits-ex

pk.



"Für die C4 Professorenstelle für Chauvinismusforschung würde ich diese Dame vorschlagen!"

FRAUEN-

VORLESUNGSVERZEICHNIS

WS 86/87

Fächergeschichte

Arbeits-ex



"Wieder nur ein unbezahlter Lehrauftrag  
Dafür stehe ich doch nicht auf!"

FRAUEN-

VORLESUNGSVERZEICHNIS

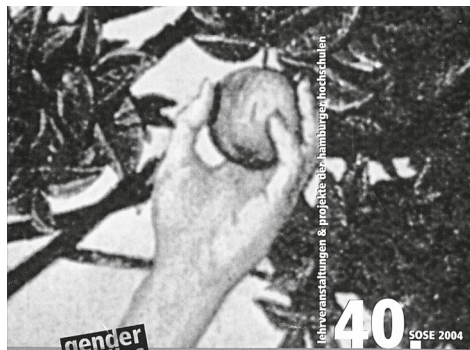
WS 1988/89

SoSe '94

Arbeits-ex



Frauen-  
Vorlesungs-  
Verzeichnis  
HAMBURG



gender studies

Lehrveranstaltungen & Projekte bei Hamburgs Hochschulen

40 SOSE 2004

hamburger  
frauen-  
vorlesungs-  
verzeichnis

frauenforschung  
feministische wissenschaft  
gender & queer studies  
termine & netzwerke

frauenstudien frauenforschung  
hochschulübergreifende koordinationsstelle Hamburg

2 Cover der Frauenvorlesungsverzeichnisse und kommentierten Vorlesungsverzeichnisse Gender Studies

## Von Arbeit bis Technoscience: das Studienprogramm

Der Nebenfachstudiengang Gender und Queer Studies an der Universität Hamburg war eingebunden in ein hamburgweites interdisziplinäres Lehr- und Forschungsprogramm Gender Studies. Dieses bündelte ab 2002 das politische und wissenschaftliche Wirken zahlreicher Frauen\* und Hamburger Hochschulen. Von der Erziehungswissenschaft bis zur Mathematik getragen, war es in seinem fächerübergreifenden Aufbau bundesweit einzigartig. Als Hauptschwerpunkte beinhaltete das Studienprogramm »Arbeit«, »Konstruktion von Körper und Raum« und »Technoscience«. Im Wintersemester 2002/03 wurden die ersten Studierenden der Gender und Queer Studies zugelassen. Das Studienprogramm ermöglichte es den Studierenden, die Rolle und Bedeutung

von Geschlecht in Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft zu analysieren. Inhalt des Studiums war eine Auseinandersetzung mit den Fragen, wie Geschlecht gesellschaftlich konstruiert wird und in Machtverhältnisse eingebettet ist. Fehlender politischer Wille zur Fortsetzung, auslaufende Sonderfinanzierungsmittel und die Umstellung auf das Bachelor-Master-System bereiteten dem Programm jedoch zunehmend Schwierigkeiten. Trotz der Neukonzeption als Bachelornebenfach und ersten zugelassenen Studierenden wurde das Programm beendet und lief ab 2006 aus.

### Studienplan des Diplom-Teilstudiengangs »Gender Studies« an der Universität Hamburg

#### Grundstudium

Grundlagenveranstaltung 1: »Einführung in die feministische Theoriebildung« (2 SWS und 2 SWS Tutorium)

Grundlagenveranstaltung 2: »Subjektbegriff und Machtverhältnisse« (2 SWS und 2 SWS Tutorium)

Lehrveranstaltung aus dem Grundlagenfach »Geschichte ausgewählter sozialer Bewegungen unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechter- und Sexualitäten-Bewegungen« (2 SWS)

Lehrveranstaltungen aus dem Grundlagenfach »Technoscience« (2 SWS)

#### Hauptstudium

Projektseminar 1: z. B. Empirisches Praktikum/Übung/Seminar mit Praxisbezug/dekonstruktivistische Textanalyse/Forschungswerkstatt (2 SWS)

Projektseminar 2 (oder Fortsetzung von Projektseminar 1) (2 SWS)

Hauptseminar/Seminar/Lehrveranstaltung (2 SWS)

Interdisziplinäre Ringvorlesung (2 SWS)  
Der Teilstudiengang schließt mit einer Abschlussprüfung nach Maßgabe von § 7 der Ordnung ab. (Auszug aus: Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis Gender Studies, Sommersemester 2008, S. 11)

## Angebot des FB Sozialwissenschaften für das Gender Studies-Programm im SoSe 2003

Globalisierung und Migration unter besonderer Berücksichtigung feministischer Ansätze, Encarnación Gutiérrez Rodríguez, Soziologie

Forum zwischen Wissenschaft und Praxis – Gender Mainstreaming in der Bildung!? Neue Ansätze und Ergebnisse der Jungen-, Medien- und Genderforschung (Netzwerk LINT), Bettina Jansen-Schulz, Soziologie

Einführung in die Feministische Theoriebildung, Gender Studies und Queer Theory, Antke Engel (Vertretungsprofessur Queer Theory), Soziologie

Gender und »Gesunde Körperpraxen«: Soziologische Perspektiven auf Gesundheitsverhalten, Regina Brunnett, Soziologie

Sexualität als Normalisierungsregime, Antke Engel (Vertretungsprofessur Queer Theory), Soziologie

Einführung in die Geschlechtertheorie Judith Butlers, Antke Engel (Vertretungsprofessur Queer Theory), Soziologie

Nicht-heteronormative Lebensformen, Marianne Pieper, Soziologie

Neue Formen und Visionen des Sozialen, Marianne Pieper, Soziologie

Judith Butler: »Kritik der ethischen Gewalt«, Antke Engel (Vertretungsprofessur Queer Theory), Soziologie

Jenseits der Geschlechtergrenzen, Marianne Pieper/AG LesBiSchwule Studien – Queer Studies

Gender Mainstreaming: Nur alter Wein in neuen Schläuchen? Zu den Risiken und Chancen einer neuen politischen Strategie zur Hervorbringung von Geschlechtergerechtigkeit, Katrin Schmersahl, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Wer gehört zur politischen Nation? Die Geschichte der britischen Reformbewegungen, Jutta Schwarzkopf, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Grenzziehungen. Geschlechtliche Arbeitsteilung als Gegenstand politischer Auseinandersetzung im Zeitalter der Industrialisierung, Jutta Schwarzkopf, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

## Vom soziologischen Schwerpunkt zum Studienfach

Auch wenn durch Wissenschaftlerinnen wie Ingrid Sommerkorn, Christa Hoffmann-Riem, Frigga Haug und Marie-Elisabeth Hilger erste Ansätze bereits ab den 1970er Jahren zu finden waren, etablierte sich ein genderspezifischer Schwerpunkt in der Hamburger Soziologie erst in den 1990er Jahren. Marianne Pieper nutzte ihre Professur, um diesen Studienschwerpunkt fest im Curriculum zu verankern. Zusammen mit studentischen Akteur\*innen wie der AG Queer Studies setzte sie sich für die Ausweitung dieses Schwerpunktes zu einem eigenen Studienprogramm mit einer Professur für Queer Theory ein. Schöpfend aus der feministischen und queeren Bewegung sollten durch empirische Forschung und Theoriearbeit Wissenschaft und Gesellschaft radikal verändert werden. Inspiration kam von der US-amerikanischen Philosophin Judith Butler. Zur Besetzung der Professur kam es jedoch nie. Widerstand aus der Professor\*innenschaft und eine daraus folgende mangelhafte Ausstattung der Professur verhinderten die Stellenbesetzung mit der bereits ausgewählten Kandidatin. Die dadurch fehlenden Lehrkapazitäten begünstigten die Abschaffung des Studiengangs.

## Was bleibt?

Das Beispiel Gender und Queer Studies zeigt: Im Laufe der Zeit wurden einige Wissenschaftsschwerpunkte trotz Protesten wieder abgeschafft. So wurde 2005 auch der Studiengang Sozial- und Wirtschaftsgeschichte beendet. In kleinerem Umfang werden seine Inhalte in der Geschichtswissenschaft weitergeführt. Die zurückgedrängten Studieninhalte der Gender und Queer Studies wollen Studierende und andere Akteur\*innen fortführen und wieder ausbauen. Sie setzen sich beispielsweise für den Erhalt des Zentrums GenderWissen in seiner bisherigen Form ein und organisieren bis heute die studentische Ringvorlesung »Jenseits der Geschlechtergrenzen«. Diese wurde 1990 etabliert und später zwischenzeitlich Teil des Gender und Queer Studies-Curriculums. Die Auseinandersetzung um die Ausrichtung und Möglichkeiten der Sozialwissenschaften in Hamburg gehen also weiter und es stellt sich stets aufs Neue die Frage: Wie soll der Fachbereich in Zukunft aussehen?



**JENSEITS DER GESCHLECHTERGRENZEN 20 JAHRE**

20 Jahre „Jenseits der Geschlechtergrenzen“, 20 Jahre Verqueerung der Verhältnisse an der Uni Hamburg. Die AG Queer Studies lädt zur **JUBILÄUMSPARTY** ein. Mit kulturellen Beiträgen, Stößchen, Torte und Tanz.

<http://agqueerstudies.de>  
<http://centrosociale.de>

**19.06.10 | CENTRO SOCIALE** Sternstr. 2 U Feldstraße **21 UHR**

3 Plakat zum Jubiläum der Vorlesungsreihe »Jenseits der Geschlechtergrenzen«, welche 2020 ihr 30-jähriges Bestehen feiert

# Feministische Initiativen & Gleichstellung



# Wissenschaft - für Frauenköpfe viel zu schwer? ☘

## Liebe Frau,

nun ist es geschafft, ein neuer Lebensabschnitt hat für dich begonnen. Schulstreß, Notenkampf, Abhängigkeit von den Eltern u.ä. gehören der Vergangenheit an.

Ein Leben in Freiheit und Selbstständigkeit liegt vor dir.

IRRTUM!

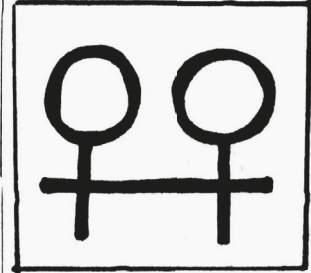
In den Seminaren (mit meist über 50 Teilnehmern) findest du selten Anleitungen zum selbstständigen Arbeiten, geschweige denn Selbstverwirklichung.

Oft redet nur der Prof. und eine Handvoll "superschlauer" Kommilitonen.

Natürlich sagt dir hier an diesem "fortschrittlichen" Fachbereich keiner, Frauen seien dumm o.ä. Dennoch ist eine subtile Unterdrückung der Studentinnen aufgrund ihrer Sozialisation (Erziehung, Umweltbeeinflussung u.ä.) vorhanden. An der Uni wird "wissenschaftlich", d.h. theoretisch, abstrakt, objektiv und praxisfern, gearbeitet. Frauen kommen darin weder als Subjekt noch als Objekt vor. Im Gegensatz zu Frauen lernen Männer oft schon in ihrer Kindheit zu objektivieren und kommen daher meist besser zurecht. Auch "äußerlich" ist die Uni ein Spiegel der bestehenden (männlichen) Gesellschaft. In den höheren Positionen (Professoren, Dozenten ...) sitzen fast nur Männer, in den unteren (Sekretärinnen, Putzfrauen ...) Frauen.

Die Umstände führen häufig dazu, daß sich Studentinnen in ihr Privatleben zurückziehen oder ihr Studium abbrechen.

Wir Frauen haben uns zusammengeschlossen und FRAUENSEMINARE durchgesetzt, die von uns mitgestaltet werden und in denen die Stellung der Frau problematisiert wird. Wir versuchen neue Seminarformen und einen neuen Wissenschaftsansatz zu finden und zu prakti-



1&2 Selbstdarstellung der »Frauengruppe am Soz/Pok für Soziologinnen und Politologinnen in der Zeitschrift zur Orientierungseinheit für Erstsemester im Sommersemester 1981

zieren, wobei wir auch an unsere Erfahrungen anknüpfen.

Ferner bieten F R A U E N G R O P P E N die Möglichkeit zum Kennenlernen, Klönen, Diskutieren der Unisituation und zur Selbsterfahrung.

Außerdem gibt es noch das A S T A - F R A U E N R E F E R A T, die U N I W E I T E I N I T I A T I V E zur Frauenforschung und die R I N G V O R L E S U N G (Termine und Inhalte siehe Anschläge).

Wir, die Frauengruppe am Soz/Pol veranstalten einen Frauenklönabend und hoffen, daß du kommst.

Bis dann!

♀ Frauenklönabend ♀  
 ♀ in der 2. April-Woche ♀  
 ♀ genauen Termin ♀  
 ♀ siehe Frauenbrett ♀  
 ♀ am Eingang zur ♀  
 ♀ Teestube ♀  
 ♀ ♀ ♀ ♀ ♀ ♀ ♀ ♀ ♀

### Festung Fachbereich?

Ab den 1970er Jahren lehrten erstmals Professorinnen in den Hamburger Sozialwissenschaften. Hierzu gehörten die Soziologinnen Lieselotte Pongratz, Christa Hoffmann-Riem und Ingrid N. Sommerkorn sowie die Sozialhistorikerin Marie-Elisabeth Hilger. In der Politikwissenschaft wurde hingegen erst im Jahr 1991 mit Christine Landfried eine Frau auf eine Professur berufen.

Die Anfänge einer akademischen Frauenbewegung in den Sozialwissenschaften reichen bis in die 1970er und 1980er Jahre zurück. An vielen Fachbereichen der Universität Hamburg bildeten sich damals Frauengruppen. Aus einem Studierendenstreik im Wintersemester 1977/78 ging in dieser Zeit auch die ›Frauengruppe am Soz/Pok für

Soziologinnen und Politologinnen hervor. Besonders zu Beginn der 1990er Jahre entstanden immer mehr Fraueninitiativen in den Sozialwissenschaften. Die Studentinnen und Wissenschaftlerinnen setzten sich dabei für mehr Frauen in der Lehre und für einen höheren Anteil an Frauen- und Geschlechterforschung im Studium ein.

Im Jahr 2000 wurde den Wissenschaftlerinnen des Fachbereichs der Frauenförderpreis verliehen. Unter dem Titel ›Festung Fachbereich?‹ untersuchte eine aus dem Preisgeld finanzierte Studie die Frage, inwieweit die Organisationskultur des Fachbereichs Frauen ausschloss. Sie kam zu dem Schluss, dass sich im Verlauf der 1980er und 1990er Jahre ein Bewusstsein für Gleichstellung etablierte und sein ›Festungscharakter‹ abnahm. Als Inhalt des Studiums blieb Frauen- und Geschlechterforschung jedoch vor allem in der Politikwissenschaft weitgehend abwesend.

### Die ›Gremienfrauen‹

In den 1980er und 1990er Jahren vertraten zeitweise ausschließlich Frauen die Interessen der Studierendenschaft in den Gremien des Fachbereichs. Die sich als ›Gremienfrauen‹ bezeichnenden Studentinnen organisierten sich als reine Frauengruppe, um in den meist männlich besetzten Institutsräten der Soziologie, Politikwissenschaft und Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und im Fachbereichsrat ein Gegengewicht zu bilden. Die Frauen engagierten sich für die Vergabe von Frauenlehraufträgen, einen Bibliotheksetat für feministische Literatur und den Erhalt des Frauenraums. Sie veranstalteten zudem spezielle Frauenangebote für die Orientierungseinheiten der Erstsemester. Die ›Gremienfrauen‹ setzten erfolgreich eine höhere Vergabe von Lehraufträgen an Frauen durch. Auf Berufungsverfahren konnten sie jedoch zum Teil kaum Einfluss nehmen. Ende der 1990er Jahre endete die Tradition der ›Gremienfrauen‹.

**»Regine: [...] Die Männer...  
Britta: Die sind in die  
Sitzungen gekommen  
und haben uns Kaffee und  
Tee gebracht, und die  
Profis kuckten nur etwas  
belämmert.«**

Interview von Susanne Zwingel mit einigen  
Gremienfrauen, in: ›gender action‹, S. 32

## 1987: Oskar-Verleihung an die Professoren

»30% Studentinnen, aber keine Professorin und nur eine Frau als Lehrende« (›Fällt-Studie«, S. 4).

Diese Situation am Institut für Politische Wissenschaft empörte eine Gruppe von Studentinnen. Da Professuren in absehbarer Zeit nicht frei wurden, forderten die Studentinnen im Institutsrat die Vergabe einzelner Lehraufträge an Frauen. Die Professoren stellten jedoch in dem Gremium die Mehrheit. Die Frauengruppe beschloss daher, die Professoren zur Situation von Frauen am Institut zu interviewen. Die Studentinnen erwarteten, dass die Professoren sich

dabei als frauenfreundlich darstellen würden und sie die Interviews zur Untermauerung ihrer Forderungen im Institutsrat nutzen könnten. Die Aussagen der Professoren enthüllten jedoch eher ihre diskriminierenden Ansichten, so dass die Frauen die Interviews in einer eigenen Studie veröffentlichten – der ›Fällt-Studie«. Zudem verlieh die Frauengruppe den Professoren 1987 symbolisch den »Oskar« aus der Mülltonne für deren »Sprachmüll«.

## Eine Tonne für den „Sprachmüll“

**Uni-Frauengruppe vergab 'Oskar' an „frauenfeindliche Professoren“ / Quotierung statt „Herrlichkeit im Wissenschaftsbetrieb“**

■ taz. Normalerweise kriegt jemand einen 'Oskar', wenn er 'Kunst' produziert hat. Elf Professoren der Politikwissenschaft wurden gestern von einer autonomen Frauengruppe an ihrem Fachbereich in Abwesenheit ausgezeichnet, weil sie „Müll“ produzierten – „männlichen Sprachmüll“. In Anlehnung an den 'Oskar' in der 'Sesamstraße' erwieh sich die von etwa hundert ZuhörerInnen beklatschte Trophäe als profaner Eimer oder auch „ideelle Gesamtmülltonne“.

Diese witzige Idee hat für die Frauen einen ernsthaften Hintergrund. Erbst darüber, daß es an der ganzen Uni nur etwa vier Prozent Professorinnen gibt und an ihrem Fachbereich keine einzige, erzürnt auch über die geringe Anzahl von weiblichen Lehrbeauftragten (knapp über zwanzig Prozent), hatten sie 'ihre' Professoren in Interviews befragt, woher das käme und wie Abhilfe geschaffen werden könne.

Doch was die Professoren fabulierten und formulierten, erschien den Frauen so „herrlich“, daß sie die gesammelten Zitate in einem Reader, einer „Fällt-Studie“ veröffentlichten, mit zehn Artikeln, die begründen, warum Frauen Schluß machen müssen mit der „Herrlichkeit im Wissenschaftsbetrieb“.

Es ist für wahr erstaunlich, was die Herren Professoren an schönen Umschreibungen für das weibliche Geschlecht fanden, Frauen seien „angenehm“, seien ein „moderates

Element“, seien „klimaverändernd“, sie wirkten „als milderer Umstand“ und hätten eine „Katharsisfunktion“.

Naheliegende Schlußfolgerung für jede Frau, die den Professoren „zufallen will, um im harten und männerdominierten Wissenschaftsbetrieb was zu werden: Behüte deine Weiblichkeit.

Aber, oh weh, gleichzeitig muß sie natürlich kompetent, intelligent, alleswissend und ehrgeizig bis zur Rücksichtslosigkeit sein: „Nur die Frau, die ihren Mann steht, kann sich im Wissenschaftsbetrieb durchsetzen.“ Oder, wie es ein anderer Professor formulierte: „In der Politik ist Quotierung durchführbar, in der Wissenschaft zählt nur Qualifikation.“

Blöde Politikerinnen können wir uns leisten, aber die geistige Elite muß eine (Herren-)Elite bleiben oder was? Die 1985 vom Akademischen Senat verabschiedeten „Frauenförderungsrichtlinien“ werden offensichtlich nicht gerade ernst genommen.

Damit sich das ändert, fordern die Frauengruppe und auch das ASTA-Frauen- und Lesbenreferat deren Verschärfung im Sinne eines von Uni-Vizepräsidentin Heide Piarr vorgelegten Neuentwurfes. Danach soll beispielsweise „das Einbringen spezifisch weiblicher Erfahrungen und Sichtweisen in Forschung und Lehre“ zukünftig als „Bestandteil der Qualifikation“ gelten.

Ute Scheub

3 Ute Scheub  
am 3. Juli 1987  
in der taz

4 Rückansicht  
der ›Fällt-Studie‹  
(1987)



»Wenn feministische  
Wissenschaft als solche  
(angeblich) befürwortet wird,  
warum werden entsprechende Texte nicht  
mit in den Seminarplan von Anfang an  
aufgenommen?«

Christina Schramm, in: ›gender action‹, S. 18

**1998: gender action**

Was hat sich zehn Jahre nach der ›Fällt-Studie‹ am Institut für Politische Wissenschaft geändert? Zu dieser Frage veröffentlichten Frauen der Hamburger Regionalgruppe des Politologinnen-Netzwerks 1998 die Dokumentation ›gender action in der Politikwissenschaft‹. Das 1995 gegründete Netzwerk war an den Arbeitskreis ›Politik und Geschlecht‹ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft angeschlossen. Die Frauen zogen eine negative Bilanz: Zwischen 1984 und 1998 gab es in der Hamburger Politikwissenschaft zwar immerhin 51 Lehrveranstaltungen mit Themen aus der Frauen- und Geschlechterforschung. Sie machten aber nur einen geringen Teil der Lehre aus und wurden überwiegend von Lehrbeauftragten angeboten. Das Seminar-Angebot zur Frauen- und Geschlechterforschung wechselte somit stark und war für den Erwerb von Scheinen im Hauptfachstudium häufig nicht relevant. Das Hamburger Politologinnen-Netzwerk forderte daher neben der Vergabe von Stellen und Lehraufträgen zur Hälfte an Frauen auch eine Professur mit dem Schwerpunkt Geschlechterforschung. Anfang der 2000er Jahre wurde eine Professur für Gender und Queer Studies erkämpft, die jedoch im Institut für Soziologie angesiedelt war und wenig später eingestellt wurde.

# Vom Pauken und Pamphleten — Streiks der Studierenden- schaft



### Hier wird jetzt gestreikt

Studentische Proteste gehören spätestens seit den turbulenten 1960er Jahren zum Universitätsbild. Zwar beteiligten sich einzelne Studierende der Sozialwissenschaften an den 1968er-Protesten. Sie traten dabei jedoch kaum kollektiv als Studierende der Sozialwissenschaften in Erscheinung.

Ende 1976 beschloss eine studentische Vollversammlung einen universitätsweiten Warnstreik. Er richtete sich gegen die anstehende Neufassung des Landeshochschulgesetzes, das eine Regelstudienzeit und die Möglichkeit der Zwangsexmatrikulation vorsah, und gipfelte im Mai 1977 in einem zweiwöchigen Streik, der die gesamte Universität umfasste. In ihrem Protest forderten die Studierenden eine Erhöhung des BAföG-Satzes und ein »politisches Mandat« für den AstA. Auch in den Sozialwissenschaften streikten nun Studierende: Sie riegelten den Pferdestall ab, sodass drei Tage lang kein konventioneller

Lehrbetrieb stattfand. Stattdessen organisierten die Studierenden eigene Seminare zum Landeshochschulgesetz und dem Atomkraftwerk Brokdorf.

**SOZ-POL-SOWI-INSTITUTE  
BESETZT**

**ZIELE - ERFOLGE - AKTIONEN**

- Widerstand gegen die Finanzpolitik von Bund und Senat
- mehr Demokratie und Mitspracherecht
- kein Ausspielen der einzelnen Fachbereiche gegeneinander, von den Sozialbereichen gar nicht zu reden
- die Uni als Lebensraum neu entdecken - Kampf der Anonymität
- die Besetzung läuft und läuft und läuft...
- der gesamte Philtrum, die Physiker, Informatiker und Gewerbelehrer streiken/besetzen - und die anderen stehen in den Startlöchern. Und die Wiwis ???
- die autonomen Arbeitsgruppen tagen massenhaft, kreativ und konstruktiv

AGs (Termine in der T-Stube):

- Ungewöhnliche Maßnahmen
- Finanzplanung HH am FB 05
- Autonomes Studium
- Qualitative Forschung
- Demokratisierung der Uni
- Frauenforschung

**WACHT MIT!**

**WACHT MIT!**

**WACHT MIT!**

*mein persönlicher Streikplan*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

*3.30 AP*

*4.30 AP*

*5.30 AP*

*6.30 AP*

*7.30 AP*

*8.30 AP*

*9.30 AP*

*10.30 AP*

*11.30 AP*

*12.30 AP*

*13.30 AP*

*14.30 AP*

*15.30 AP*

*16.30 AP*

*17.30 AP*

*18.30 AP*

*19.30 AP*

*20.30 AP*

*21.30 AP*

*22.30 AP*

*23.30 AP*

*0.30 AP*

*1.30 AP*

*2.30 AP*

### »WIR SIND NOCH LANGE NICHT FERTIG !!«

1988 löste eine Veränderung des Landeshochschulgesetzes erneut Proteste aus. Diese richteten sich gegen vorgesehene Sparmaßnahmen, Eingriffe in die finanzielle Selbstverwaltung studentischer Gremien und die Erweiterung der Professor\*innenmehrheit in universitären Gremien. Die Landesastenkonzferenz verfasste einen vollständigen Gegenentwurf zum vorgelegten Gesetzestext.

An der Universität Hamburg begann der Streik 1988 in den Sozialwissenschaften mit der Besetzung des Pferdestalls am 12. Dezember. Zuvor hatte eine Vollversammlung des Fachbereichs bereits einen

Aktionsrat für den Streik gegründet. Während des Streiks fielen diverse Veranstaltungen aus, weil sie nicht besucht oder von Streikenden gestört wurden. Im besetzten Pferdestall fanden autonome Seminare statt, ein Frauenraum und das Schwulencafé ›Rosa Pause‹ wurden eingerichtet. Außerdem gab es tägliche Streikzeitungen, die sogar bundesweit verbreitet wurden. In den Weihnachtsferien flaute der Protest zwischenzeitlich ab: Der Streik wurde unterbrochen, allein der Pferdestall blieb durchgehend besetzt. Im neuen Jahr endete der Streik nach einigen Wochen.

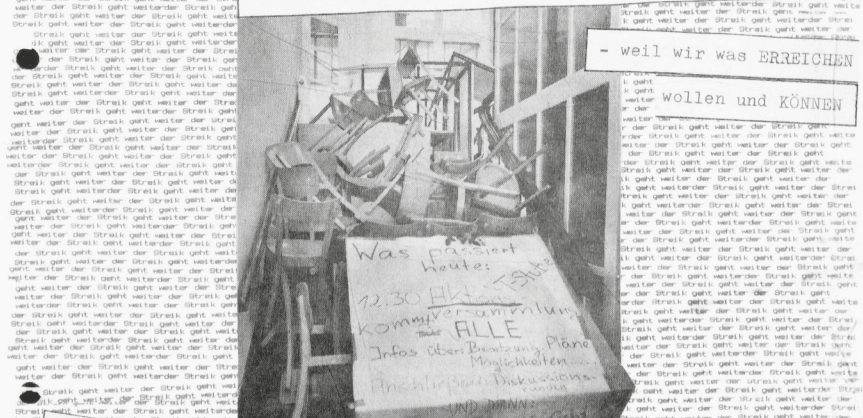
Nachdem der Streik von 1976 die Einführung der Regelstudienzeit noch verhindern

wollte, stand 1988 ihre Abschaffung auf der Agenda. Die Studierenden forderten mit ihrem Streik zudem strukturelle Veränderungen der Universität, wie mehr Mitbestimmung in universitären Gremien, Lohnerhöhungen für das Personal und eine stärkere Frauenförderung. Außerdem bestanden sie darauf, dass aus dem Streik keine Nachteile für sie entstehen dürften: Klausuren sollten nur noch zu tatsächlich behandelten Themen geschrieben werden, der Umfang von Hausarbeiten reduziert und verpasste Referate schriftlich nachgereicht werden können.



SEITZT WIRDS ERNST  
denn jetzt werden wir politisch wirkungsvoll  
= damit Ingo nicht denkt, daß uns die Weihnachtsbescherung gereicht hat  
- damit die Aktionen vor Weihnachten nicht umsonst und vergessen sind

- damit wir unsere inhaltliche Arbeit fortsetzen können  
- weil wir was ERREICHEN wollen und KÖNNEN



Was fasziniert  
12.30 Uhr  
kommunales  
ALLE  
Infos über Planung, Pläne  
Mischformen  
Inhaltliche Diskussion  
UND DANN  
BESIEZUNG GELT WEIT

WIR SIND NOCH LANGE NICHT FERTIG!!  
- damit "sie" merken, daß es uns ernst ist

DER BREIK GEHT WEIT  
- damit auch die Drückeberger von vor Weihnachten mitmachen können  
Aktionen Sozialwissenschaften

2&3 Flugblätter  
während des  
Streiks 1988/89



4 Eine Frauengruppe  
im Studierenden-  
streik 1988/89  
vor dem besetzten  
Pferdestall am  
15. Dezember 1988

#### »Schluss mit HERRlicher Wissenschaft«

Im Laufe des Streiks 1988/89 schlossen sich Uni-Frauen aus verschiedenen Fachbereichen zu einem »Interdisziplinären Feministischen Frauenplenum« zusammen. Auch die »Autonome Frauengruppe« am Institut für Politische Wissenschaft, die 1987 die »Fällt-Studie« veröffentlicht hatte, war hier aktiv. Das Plenum veranstaltete auch über den Streikzeitraum hinaus autonome Seminare, die im Frauenraum (R. 111) im Pferdestall stattfanden. Im Sommersemester 1989 gab es so z. B. autonome Seminare zu den Themen:

- Frauen in Bevölkerungspolitik
- Frauen und Sprache
- Spurensuche – Frauen in den Sozialwissenschaften
- Frauen-Video-Gruppe
- Frau und Staat

### Aufbruch der Isolation – die Wirkung des Streiks 1988/89

Auf den Streik gab es gemischte Reaktionen. Lehrende kritisierten ihn vor allem aufgrund der Verhinderung von Seminaren. Sie zeigten aber auch befürwortende Positionen: Ein Dozent verzichtete auf Sanktionen für Streikende, da die Teilnahme am Streik »ein willkommener Anschauungsunterricht seines Lehrstoffes« sei. Eine andere Lehrkraft veranstaltete ein Seminar zum »Lebensstil im Streik«. Auch unter den Studierenden gab es keine einheitliche Meinung. So bezeichnete ihn ein Bericht einige Monate nach Streikende als »Aufbruch der Isolation im Studium«. In der Aufzeichnung eines Redebeitrages auf einer Streik-Vollversammlung wurde hingegen kritisiert, dass die Streikenden den Streik selbst nicht ernst genommen hätten. Rückblickend wird vielfach positiv auf den Streik von 1988/89 Bezug genommen. So dient er als Gründungsmythos der ›T-Stube‹ dem studentischen Freiraum am Fachbereich, und als gelungenes Beispiel für nachfolgende Protestaktionen.

**Ein Dozent sah in  
dem Streik  
einen willkommenen  
Anschauungsunterricht  
seines Lehrstoffes**

## Bildquellenverzeichnis

- 236–239 Fotografie von Michael Meyborg (1); UHH/Arbeitsstelle für Universitäts-  
geschichte (2&3); UHH/Baumann (4)
- 240–243 UHH/Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte (1&3); Gisela Kühn:  
»J.A. Schlüter Söhne«, Verlag Hanseatischer Merkur, 1957 (Bildgruppe 2)
- 244–247 Staatsarchiv Hamburg (1); Fotografie von Reinhard Scheiblich und  
Karin Plessing (2–4)
- 248–253 Fotografie von Brunhilde Krüger, UHH/Arbeitsstelle für Universitäts-  
geschichte (1); Fotografie von Ballschuh, UHH/Arbeitsstelle für Univer-  
sitätsgeschichte (2); Fotografie von Michael Meyborg (3)
- 254–259 Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts (1); SUB Göttingen/  
Sammlung Voit: Andreas Walther (2); Stiftung für Sozialgeschichte des  
20. Jahrhunderts (3); UHH/Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte (4)
- 260–263 bpk/Joseph Schorer (1); UHH/Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte (2&3)
- 264–269 Aus dem Gedenkband »candidates of humanity«, hrsg. vom VAN Hamburg  
e.V., 1971 (Bildgruppe 1); Staatsarchiv Hamburg, 364-5 K 20.01.401 (2);  
SUB UHH Speicherbibliothek, Sig. 97 U 7174 (3)
- 270–273 Staatsarchiv Hamburg, Willi Beutler, 720-1/343-1/001621\_29 &\_31  
(Bildgruppe 1); Fotografie von Christoph Preker/Sammlung Preker  
Münster (2)
- 274–279 Die Statistiken sind eigene Darstellungen auf Grundlage der Statistischen  
Jahrbücher des Statistischen Landesamts für Hamburg und Schleswig-  
Holstein 1953–1954, der Statistischen Jahrbücher des Statistischen  
Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg 1958–1974, der Statis-  
tischen Berichte der Universität Hamburg 1982–1998 und des Bestands  
202b Datenmanagement und Quantitative Analyse des Universitätsarchivs  
Hamburg, Verzeichnisnummern 146 und 148.
- 280–285 UHH/von Wieding (1)
- 286–291 UHH/Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte (1–5)
- 292–295 Privatbestand/Hoffmann-Riem (1&2)
- 296–301 Archiv des Zentrums GenderWissen (1& Bildgruppe 2); AG Queer Studies (3)
- 302–307 Universitätsarchiv UHH, Bestand Zentrum GenderWissen (1, 2 & 4); taz-  
archiv, Ausgabe vom 3. Juli 1987 (3)
- 308–313 UHH/Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte (Bildgruppe 1–3); Fotografie  
von Dirk Wildt (4)

Wie haben sich Forschung, Lehre und Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg seit ihrer Gründung verändert? Welche gesellschaftlichen und universitären Kontexte und Debatten haben sie geprägt? Und warum wird das Universitätsgebäude am Allende-Platz 1, in dem traditionellerweise die Sozialwissenschaften untergebracht sind, eigentlich »Pferdestall« genannt? Aus einem studentischen Forschungsprojekt entstanden, gibt dieser Band Einblicke in verschiedene Facetten der Geschichte des Fachbereichs. Fünf wissenschaftliche Beiträge werden dabei ergänzt durch eine Ausstellung, die anhand von zahlreichen Bild- und Textquellen hundert Jahre Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg lebendig werden lässt.

